REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 437 · 13.4.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Züri brännt! Erinnerungen an den Aufstand der "Kulturleichen" - Thomas Klein
2. Kein Grund zur Freude. Die "zweite Niederlage" des Klaus Zwickel. Ein Kommentar zum diesjährigen Metall-Tarifabschluss - H.D.
3. Greencard für alle! Die Greencard-Debatte: Ein Lehrstück für rot-grüne Migrationspolitik - Dirk Hauer
4. Im Zweifel für die Regierung. Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich mal wieder "verantwortungsvoll" - mb., Berlin
5. Die Mühen der Ebene. Eine Bilanz aus Schleswig-Holstein zum Abschneiden der PDS - mb., Berlin
6. Aufbruch in die Krise. Der PDS stehen turbulente Zeiten bevor - mb., Berlin
7. Kupfer-Aktionäre bekommen Besuch. Protestaktion bei der Hauptversammlung der Norddeutschen Affinerie - Vo
8. Neue Startbahn - neuer Kampf. Im Rhein-Main-Gebiet formiert sich Protest gegen den Flughafenausbau - Peter Nowak
9. Deportation.class. Kampagne gegen das Lufthansa-Geschäft mit der Abschiebung - Kölner Netzwerk
10. Makabre Wirklichkeit. Aktuelle Chronologie über Todesfälle und Verletzungen von Flüchtlingen - as
11. Blut und Geist. Das Magazin Moondance und sein Herausgeber Timo Kölling - Bob Andrews
12. Baseball als Aufgabe der Linken? Interview mit dem Stadtteilaktivisten Juan Contreras über die Chancen sozialen Wandels in Venezuel
13. Mobilisieren statt Jubilieren. Fallstricke der Erlassjahrkampagne- am Beispiel Südamerika - sk
14. Privateigentum und Patriotismus. Wladimir Putin und die "neue russische Idee" - Kai Ehlers
15. Angola im dritten Jahrzehnt des Kriegses. Verkauf von Diamanten und Öl an den Norden finanziert den Krieg - as, Anne Jung
16. Der Informationskrieg. Zur Rolle der Medien im Kosovo-Krieg - Hermann Werle
17. Gegeninformation braucht Fakten. Anmerkungen zu Hermann Werles Artikel "Der Informationskrieg" - Js.
18. Das reicht noch nicht. Kommentar zur Frühjahrskonferenz - DSe
19. Der Krise ins Auge geblickt. Konferenz der Anti-AKW-Bewegung berät Lage der Dinge - DSe
20. Zwischen Wendepolitik und Energiewende. Einige Anmerkungen zur Diskussion um die Strommarktliberalisierung - Peter Probst
21. Der heimische Ledersitz - näher als das britische Chassis! Tücken internationaler Solidarität am Beispiel BMW-Rover - Mag Wompel
22. Niederlande: Arbeitspflicht für allein Erziehende - dk
23. Eins, zwei, viele Freihandelszonen! Im Stillen schließt EU "Kooperationsvertrag" mit Mexiko - Boris Kanzleiter
24. Ausgrenzung streng nach Tarif. Bündnis für Arbeit in den Niederlanden - Hans Boot
25. "Auf den Müll damit!" Gewerkschaftliche Kontroversen über den Freihandel - David Bacon
26. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Alltag der bezahlten und unbezahlten Arbeit
27. "Die Gewerkschaft kriegt Probleme." Bonisile Mzeku über den Streik bei VW Südafrika
28. Bildungsproduktion im globalisierten Kapitalismus. Hochschulen in Mexiko und Deutschland - Christian Brütt, Boris Kanzleiter
29. Von A bis ®Z? "Der Fall des Märchenprinzen" - ungekürzt und aktualisiert - Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe
30. Deutschlands Weg zur militärischen Sonne. Eine Buchrezension - Werner Rätz
31. Von links nach rechts. Die ideologischen Ursprünge des Faschismus - Js.
32. Der DFB und seine Skandale. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 3: 1945 bis 1999 - Dietrich Schulze-Marmeling
33. "Papa, was ist ein Fremder?" Buchrezension - Katrin Kraus
34. "Dann kannst du dem ins Herz gucken" - über Rio Reiser - DSe
35. Unter Sternen. Die Rio-Reiser-Scherben-Nacht zum 50. Geburtstag mit Konzert in der Volksbühne

36. Kanaksprak. Kanak Attak und Zaimoglu in Hamburg - dk
37. Mit 120 beats per minute zur Rebellion - Hz
38. Cyberwar. Bundesregierung pusht neues Bedrohungsszenario - j., Hamburg
39. Der Tod eines Hamsters
40. An die Börse ...
41. KALENDER
42. 13./14. Mai in Hamburg Sa 11.00 - 19.00 Uhr / So 10.00 - 15.00 Uhr
43. AUFGEBLÄTTERT
44. LESERBRIEF
45. Arbeit à la Card
46. Bildung marktkonform
47. Dem Kranich die Flügel stutzen
48. Quelldatei sp000408.htm
49. Rio Reiser & Kanak Attak

1. Züri brännt! Erinnerungen an den Aufstand der "Kulturleichen"

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:16

Mai 1980: Der Kampf um ein autonomes Jugendzentrum in Zürich wird zum Ausgangspunkt für eine Jugendbewegung, die bald auf andere Städte Europas übergreift. Zürich, das war der Beginn eines Jahres der "Jugendunruhen". Getragen von dem Wunsch, gegen den Beton und die Sterilität der herrschenden Verhältnisse aufzubegehren, sollten eigene Lebensformen und -räume erkämpft werden.

Die Jugend als Forschungsobjekt - in den letzten Tagen wurde mal wieder eine der "Shell-Jugendstudien" veröffentlicht. Danach blicken heute viele Jugendliche durchaus optimistisch in die Zukunft, sind wenig interessiert an Politik oder Parteien und gehen pragmatisch mit den Herausforderungen der Zeit um. Und die Reaktionen darauf: Parteien wollen den Dialog mit diesen "wenig Interessierten".

Wenig interessiert, apolitisch? Das hatten wir schon einmal! "Die Schlaffis kommen" titelte der Stern vor zwanzig Jahren, und meinte: "Diese Jugend geht nicht auf die Barrikaden". Eine Zeile, die kurz darauf von den realen Ereignissen ad absurdum geführt wurde. Ein Teil der vermeintlichen Schlaffi-Generation ging für billigen Wohnraum und autonome Jugendzentren auf die Straße - und auch auf die Barrikade. Eine rasch steigende Zahl von Hausbesetzungen in vielen europäischen Städten beunruhigte die damalige aktive Politikergeneration.

Und was wurde bereits vor zwanzig Jahren empfohlen? Der Dialog mit der Jugend! Der wurde dann in eher unruhigen Zeiten nicht nur im persönlichen Gespräch, sondern - zeitgemäß? - mal auf Distanz, mal hautnah geführt: mit Wasserwerfern und Polizei-Schlagstöcken auf der einen, mit Steinen und verbarrikadierten Häusern auf der anderen Seite.

Selbst in der "ruhigen Schweiz" nahmen sich Jugendliche den von konservativen Politikern und "Geschäftsleuten" auf ganz eigene Art praktizierten Ex-Sponti-Satz "legal, illegal, scheißegal" zu Herzen und wollten "ein Stück vom Kuchen", sprich vom "gesellschaftlichen Reichtum". Das war dann allerdings ein Wunsch, der, so wie er vorgetragen und mit welchen Zielen er versehen wurde, auf wenig Gegenliebe stieß.

Das Beispiel des Autonomen Jugend-Zentrums (AJZ) in Zürich verdeutlicht dies und soll hier stellvertretend für eine Geschichte stehen, die zwar Schweizer Besonderheiten, aber durchaus zahlreiche verallgemeinerbare Merkmale aufweist - beim "Dialog mit der Jugend" in Hamburg, Berlin, Göttingen, Frankfurt a.M., Freiburg und anderen Städten; zu Zeiten, als in bürgerlichen Medien Schlagzeilen wie "Unruhen erschüttern Berlin", die Funktionäre der "großen Politik" aufschreckten.

Zürich war bis Anfang 1980 ein scheinbar ruhiges Pflaster: Wirtschaftsmetropole der Schweiz, Bankenstadt. Im Mai 1980 demonstrierten Jugendliche dagegen, dass 60 Millionen Franken für die Renovierung des traditionellen Züricher Opernhauses ausgegeben werden sollten. Eine Gruppe "Kulturleichen" zeigten den smoking- und pelzmantelgeschmückten Opernhausbesuchern, was sie davon hielten, dass die sogenannte Hochkultur mit Millionen subventioniert wird, während sie mit ihrer eigenen Kultur sprichwörtlich nur auf der Straße standen. Die Polizei trat auf den Plan und es gab die größten Krawallen, die Zürich je gesehen hatte. Auch in den folgenden Nächten kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei.

(Be-)Mühungen im Dialog

Der offiziellen Sicht der Dinge - Jugendliche randalierten und warfen Schaufensterscheiben ein - hielt damals der Videoladen Zürich mit dem Film "Züri brännt" durch eigene Betrachtungen zu den Ereignissen etwas entgegen: "Modern, viereckig, grau und in Ordnung sind die von plastifizierten Hollywoodmonstern belebten Kinderspielplätze. In Ordnung ist überhaupt alles, was glatt, kahl und sauber ist. (...) Andächtige Monotonie von Beamtenschritten in den öden Gängen der Registraturbehörden, riesige planierte Flächen vor den Einkaufszentren, so leer und wunschlos wie die Köpfe der Familienväter am Sonntag.

Doch unten, wo der Verputz zu bröckeln beginnt, wo verschämte Rinnsale Kleenex-sauberer Menschenärsche zu stinkenden Kloaken zusammenfließen, da leben sie (...), wild wuchernd und fröhlich, schon lange. Sie

sprechen eine neue Sprache, und wenn diese Sprache durchbricht, ans Tageslicht stößt, wird Gesagt nicht mehr Getan sein, schwarz auf weiß wird nicht mehr klipp und klar sein. Alt und Neu wird ein Ding sein. Krüppel, Schwule, Säufer, Junkies, Spaghettifresser, Vagabunden, Knackies, Frauen und alle Traumtänzer werden zusammenströmen zur Verbrennung der Väter."

Zur "neuen" Sprache gesellten sich schnell einige politische Forderungen. Denn kurz darauf, am 21. Juni 1980, kam es in Zürich zwar nicht "zur Verbrennung der Väter", aber trotz Demonstrationsverbots gingen rund 6.000 Jugendliche auf die Straße und verlangten die Freilassung der in den Wochen zuvor Inhaftierten. Außerdem forderten sie ein Autonomes Jugendzentrum. Die Polizei zog sich zurück und der populäre Slogan "Ohne Polizei kein Krawall" wurde zumindest an diesem Tag Wirklichkeit. Ebenso die Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum. Am 28. Juni wurde in einem leer stehenden Haus das Autonome Jugendzentrum eröffnet.

Langsam und für Außenstehende kaum spürbar gelang es, die hoffnungsvolle Selbsteinschätzung von damals, politische Strukturen im AJZ aufzubauen und den Begriff "Autonomie" behutsam, aber mühselig aus seiner abstrakten Hülle zu schälen. Die Reaktionen von Presse und etablierten Parteien ließen nicht lange auf sich warten - der Spott auch nicht.

"Kulturleichen" feiern Opernball

"Es ist ein erhebendes Gefühl, für den Staat, diese verrostete, prähistorische Additionsmaschine, eine Gefahr zu sein. Die wildesten, die romantischsten Träume sind plötzlich gar nicht mehr so irreal. Das AJZ als Insel der Gesetzlosen inmitten einer langsam verrottenden Großstadtleiche. Wir, eine Horde verwegener Wegelagerer. (...) Und über unseren Köpfen baumelt bedrohlich der Stadtrat an einem immer dünner werdenden Faden. Irgendwann werden diese Herren einen Grund finden müssen, um das AJZ zu schließen ..."

Eine erstaunlich präzise Beschreibung der weiteren Entwicklung: Im Juli 1980 fanden zwei Live-Sendungen im Schweizer Fernsehen zum Thema AJZ und "Jugendunruhen" statt: Bei der ersten Sendung bliesen die eingeladenen Jugendlichen den Politikern Seifenblasen entgegen. Als die mit Seifenblasendöschen bewaffneten, maskierten und bemalten Jugendlichen nicht zur Räson gebracht werden konnten, brach der genervte Diskussionsleiter die Sendung vorzeitig ab.

Bei einer zweiten Sendung zogen zwei Jugendliche, Deckname "Müller", in der Diskussion konsequent einen satirischen Ansatz durch, indem sie die Gesinnung vieler AJZ-Gegner selbst auf die Spitze trieben: Sie forderten in ernstem Ton, man müsse die Bewegung viel härter anpacken: Nicht nur der Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen sei geboten - deren Verwendung einige Züricher Jugendliche später das Augenlicht kostete - sondern es müsse "scharf" geschossen werden. Die Jugendlichen müssten an die Wand gestellt werden, so Herr Müller mit verzerrter Miene (einigen Fernsehzuschauern einen Spiegel vorhaltend). Lange nahmen die anderen Eingeladenen - Stadträte, Parteienvertreter und hochrangige Polizeibeamte - sichtlich irritiert das Gesagte ernst. Erst am Ende der Sendung ging einigen auf, dass sie Statisten eines ‚unsichtbaren Theaters` geworden waren. Im Tumult und im "Alle ab nach Moskau" bzw. "Ich sage nur: Moskau" von Herrn und Frau Müller ging auch diese Sendung vorzeitig zu Ende.

Die Presse schäumte, der richtige Name von "Frau Müller" wurde veröffentlicht und in der Folge erhielt sie wüste Beschimpfungen und Todesdrohungen. Nach der Sendung mit den "Müllers" gab es dann keine Schweizer Live-Sendungen mit VertreterInnen der Jugendbewegung mehr. Der Versuch, "ins Gespräch" zu kommen, verlief - nach Ansicht der offiziellen Stellen - zu unerfreulich: Der Dialog mit der Jugend wurde fortan lieber mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen geführt. So endete z.B. eine in den Tagen darauf stattfindende Demonstration mit einem brachialen Einsatz der Polizei. Was folgte, war eine zehn Stunden (!) dauernde Straßenschlacht - das Vorspiel zum Ende des AJZ.

Am 4. September war es dann so weit: Das AJZ wurde geschlossen. Am Ende blieb nur noch - "Züri brännt" - zu resümieren: "Was alle bereits mit Schrecken erwartet haben, ist eingetroffen: Ein paar windige Vorwände genügen, um die Schließung des AJZ zu rechtfertigen. Niemand wundert sich. Noch einmal flackern die letzten Restchen Energie auf, die Bahnhofstraße liegt in Scherben, und die Bewegung liegt in den letzten Zügen. Ein langer, arschkalter Winter steht vor der Tür.

Bruch und Neuanfang

Doch es geht weiter. Zwar wird der große Ausverkauf einer Idee beginnen, keine Buchmesse, kein Filmfestival wird an der Bewegung 80 vorbeikommen, die Medien werden alles unternehmen, unsere Unzufriedenheit zu erklären, zu schlucken und zu neutralisieren. Doch draußen, in den nasskalten Straßen, werden immer wieder kleinere und größere Gruppen Zeichen ihrer Existenz setzen, Zeichen, die unmissverständlich an die Sprache eines heißen Sommers erinnern."

Die "Verbrennung der Väter" endete den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen entsprechend: Am 12. Dezember 1980 verbrannte sich an der Züricher Prachtstraße Bellevue die ehemalige AJZ-Bewohnerin Silvia Zimmermann. Nach ihr versuchten noch zwei Jugendliche sich auf offener Straße umzubringen, sie konnten aber gerettet werden. Die AJZ-Schließung wurde später von Stadträten als "Fehler" bezeichnet.

Noch über ein Jahr gab es in Zürich heftige Krawalle. Auch in anderen europäischen Städten war lange von den "Jugendunruhen" die Rede, was in "Züri brännt" auf der "Habenseite" verbucht wurde. Zwar würde von staatlichen Stellen alles versucht, die Rebellierenden hinter Gitter verschwinden zu lassen, doch eines sei nicht mehr zu verhindern: Die Stadt sei mit "zähen Fäden" durchzogen, "Wir haben gelernt, wir haben uns kennen gelernt: Zürich, Lausanne, Basel, Bern, Amsterdam, Bremen, Hamburg, Stuttgart, Freiburg im Breisgau, Berlin ..." ein im doppelten Wortsinn neuer Tanz hatte sich Bahn gebrochen: "Der wühlende Stachel des Punk, Wände erzittern, Nachbarn werden aus den Betten vibriert, wilde Feste werden gefeiert und dem durchschnittlichen Straßenbahnbenutzer zieht es das Arschloch zusammen und sein Gesicht erstarrt zur säuerlichen Grimasse, wenn der erste gemeine Gitarrenriff dröhnt. Das ist sie, die Ouvertüre zu einer neuen Oper. Der Tanz der Kulturleichen".

Tatsächlich war der "Ausbruch" dieses Teils der "Schlaffi-Generation" nicht nur auf einzelne Städte beschränkt und er hatte gesellschaftliche Auswirkungen. Es entstand eine unübersichtliche Sub-Kultur. Ein kollektives Lebensgefühl machte sich breit. Als Bruch mit den herrschenden Verhältnissen und mit der "68er Kultur": weniger ein Tanz um die Macht, (Ton Steine Scherben lieferten das passende Lied dazu: Keine Macht für niemand), eher einer um konkrete (Lebens-)Räume. Und um neue Ausdrucksformen.

Tatsächlich stand danach für einen nicht unerheblichen Teil der Jugendlichen, der sich hier im Tanz der Kulturleichen wiederfinden konnten, nicht nur in Zürich für viele Jahre stets aufs Neue nur der beschriebene "arschkalter Winter" bevor. Der Welle an Hausbesetzungen und Demonstrationen folgten brutale Räumungen, Zerschlagungen von Demos - ein generell etwas auf Distanz geführter Dialog mit der Jugend. Mit durchaus ungewollten Kuriositäten: Bei einem Einsatz der Züricher Polizei im Dezember 1980 wurden nicht nur viele Jugendliche durch Gummigeschosse verletzt. Der Einsatz von Wasserwerfern führte auch zu vereisten Straßen, die Verkehrsunfälle und zahlreiche Stürze ‚Unbeteiligter` zur Folge hatten. Wahrhaft "eisige Verhältnisse".

Immerhin: Einen Sommer lang hatte sogar die "saubere Schweiz" ihren Rajz.

Ein anderer, größerer Teil einer ehemals rebellischen Jugend ist inzwischen allerdings "angekommen" - bildlich gesprochen: in Vorstandsetagen und auf gut gepolsterten Sesseln.

Wie hieß es dazu so schön in den Analysen der 68er: Die normative Kraft des Faktischen. Und die, so sagt es die Theorie und so zeigt es die Praxis, ist nun mal prägend, solange emanzipatorische Politik, solange Visionen, Utopien, Wünsche nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen im öffentlichen (herrschenden) Diskurs nur als Traumtänzerei abgehandelt werden können - und z.B. der Blick auf Aktienkurse vermeintlich das Glück verheißen kann.

Thomas Klein

2. Kein Grund zur Freude. Die "zweite Niederlage" des Klaus Zwickel. Ein Kommentar zum diesjährigen Metall-Tarifabschluss

Autor: H.D. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:49

Gespenstische Feierstimmung und überschwängliche Gratulation zu einem Begräbnis erster Klasse für einen Toten, der vielleicht gar nicht gelebt hat: der Metalltarifabschluss zur Altersteilzeit im Bezirk Nordrhein-Westfalen. Doch was gibt's zu feiern? Verblockte, sechsjährige Altersteilzeit für Beschäftigte ab 57 Jahren, Freistellung spätestens mit 60, jedoch mit gestaffelten Obergrenzen für den Anteil der Beschäftigten, die gehen dürfen (vier bzw. fünf Prozent der Gesamtbelegschaft und jeweils max. 40-60 Prozent der 57-59-Jährigen). Das ist die Form sozialer, solidarischer und beschäftigungspolitischer Verantwortung, die sich die IGM im Zeichen des Bündnisses für Arbeit noch leisten kann und mit der sie die Verbetrieblichung und damit Kapitalisierung der Altersteilzeit vorantreibt. Damit hält man den eigenen Laden zusammen, die Bude(n) ruhig und Kamingespräche am Laufen.

Dafür gibt's 3 Prozent mehr ab Mai 2000, weitere 2,1 Prozent ab Mai 2001 und verlängerte Laufzeiten gratis dazu. Brav! So soll und muss es sein, wenn die Gewerkschaften sich an die Tröpfe von Rot-Blair-Grün und die sich wiederum an den Tropf der Konjunktur hängen. Ob es noch zu einem "zweiten Ergebnis" im Rahmen der nun anstehenden Verhandlungen auf Betriebsebene kommt?

Der Tarifabschluss der IG Metall in NRW ist ein bedeutender Abschluss. Nicht von seiner materiellen Ausstattung her, da bleibt er im Rahmen dessen, was angesichts des Forderungsvolumens zu erwarten war. Die Bedeutung des Abschlusses liegt vielmehr darin, dass er das Ende einer Ära markiert, die Tarifpolitik mit dem Anspruch auf sozialpolitische Gestaltung verband und deren Standards von der IG Metall gesetzt wurden. Der Abschluss von NRW ist ein Zeichen für die Erschütterung der besonderen Machtstellung der IG Metall und ihrer Sonderrolle im Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit. Und er symbolisiert deren Einreihung in den von Unternehmen, Politik und Medien derzeit vorgegebenen Rahmen.

Der Abschluss ist zunächst eine weitere Niederlage ihres Vorsitzenden Klaus Zwickel. Nachdem dieser schon mit seinem Vorstoß in Richtung 32-Stunden-Woche, nicht zuletzt in der eigenen Organisation, gescheitert war, wurde nun die nicht weniger umstrittene Idee einer gesetzlich flankierten Rente mit 60 beerdigt. Eine Rente mit 60 ohne Abschläge wird es nicht geben.

Verloren hat aber insbesondere IGM-Vize Jürgen Peters und die sich an ihm orientierende Strömung innerhalb der IG Metall, die sich tendenziell (und in engen Grenzen) auf kritische Distanz zur Regierung hielt. Gestärkt wurde dagegen jene Fraktion, die auf einen SPD-Wahlsieg in NRW setzt und eine zweite Amtsperiode für eine SPD-Bundesregierung für möglich hält. Zwickel kommt die Rolle zu, "den Laden zusammenzuhalten", das heißt, auch mal mit einem starken Wort die Unzufriedenen einzubinden. Dies macht aber seine "Alleingänge" zur 32-Stunden-Woche und zur Rente mit 60 taktisch nicht klüger, weshalb sie in der Metall-Realpolitik nicht berücksichtigt wurden. Diese Rolle sichert aber seine Position für die verbleibende Amtszeit.

Zum Ergebnis: Erreicht wurde ein Abschluss, der im Vergleich zum Ergebnis der IG Bergbau, Bau, Chemie, Energie (IGBCE) in den Prozenten besser abschneidet, dies aber mit einem kleineren Kreis von Anspruchsberechtigten und schlechteren Konditionen bezahlt. Etwas positiver sieht der Abschluss für die Auszubildenden aus, die in Zukunft mit einer Mindestübernahmezeit von 12 Monaten rechnen können. Jedem Versuch einer weiteren Wochenarbeitszeitverkürzung ist dagegen für lange Zeit ein Riegel vorgeschoben worden, indem eine Kündigung der bestehenden Wochenarbeitszeit-Regelung mit dem automatischen Ende sowohl jeglicher Altersteilzeit als auch der genannten Übernahmeregelung für Auszubildende verknüpft wurde.

Wirklich überraschend kommt diese Entwicklung nicht. Es mag aber verwundern, dass die IGM-Spitze derartig blauäugig in eine Tarifrunde ging, in der für sie eigentlich nichts zu gewinnen war. Der Grundstein dafür war bereits im Scheitern des Zwickel-Vorstoßes zur 32-Stunden-Woche angelegt. Von einflussreichen Funktionären seines Heimatbezirks Baden-Württemberg von vornherein für abenteuerlich und nicht durchsetzbar erachtet, fiel der Vorschlag auch in den Betrieben durch. Zu sehr werden die zurückliegenden

Arbeitszeitverkürzungen mit der Erfahrung der Arbeitsverdichtung verbunden, zu wenig Vertrauen herrscht angesichts des massenhaften Stellenabbaus in beschäftigungswirksame Arbeitsplatzeffekte. Leider ist eine weitere Wochenarbeitszeitperspektive nicht popularisierbar; offenbar ist immer noch ausreichend freie Zeit vorhanden.

Als Folge dieser Pleite müssen Zwickel und seine Berater im IGM-Hauptquartier auf die Idee gekommen sein, mit der Rente ab 60 zwar die im Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit verabredeten Vorgaben zu erfüllen, aber dabei doch eigene Akzente zu setzen. Der Vorschlag zielte auf den bei entsprechenden Altersgruppen äußerst populären Wunsch, so früh wie möglich aus den Betrieben abhauen zu können. Er verband dies mit dem ursprünglich vom damaligen IGM-Vize Riester gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung ins Gespräch gebrachten Gedanken: Da angesichts der allgemeinen Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Zuge der "Rentenreform" von 1992 jeder vorzeitige Ausstieg in die Rente mit finanziellen Verlusten verbunden ist, sollten diese tariflich abgemildert werden. Eine politische Revision traute man sich offenbar unter Rot-Grün nicht zu.

Dass die Rente bald zur "Ente mit 60" mutierte, lag vor allem an dem sehr begrenzten Kreis der Begünstigten und der offenkundigen Gewissheit, dass die Jüngeren, die alles mit niedrigen Abschlüssen bezahlen sollten, niemals davon würden profitieren können. An das ohnehin sehr bescheidene Beschäftigungsziel von maximal 140.000 neuen Jobs glaubte auch diesmal niemand. Berthold Huber, Leiter des Bezirks Baden-Württemberg, hatte zudem früh und öffentlich seine Missbilligung erklärt. Andere Bezirksleiter und einige einflussreiche Betriebsräte hielten das Modell ebenfalls für nicht durchsetzbar.

So war bald klar, dass weder ein - angesichts der Gewinnlage zahlreicher Unternehmen - unter vielen Mitgliedern durchaus populärer Arbeitskampf vor der Tür stand noch die IG Metall ihre "Drohung" wahr machen wollte, eine reine Lohnrunde zu führen. Diese hätte einerseits die Erwartungen der Beschäftigten in höhere Regionen abschweifen lassen, andererseits die von der Schröder-Regierung angemahnte zurückhaltende Lohnpolitik gefährdet. Ein selbstverschuldetes Dilemma. Wer weder gegen die unsoziale Rentenpolitik von Rot-Grün angehen noch aus dem Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit aussteigen will, sollte besser keine Rente mit 60 fordern. Er sieht sonst ziemlich alt aus. Die "Bündnispolitik" kann nun frei vom Ballast der "Rentendiskussion" weitergehen. Dabei ist nichts Gutes zu erwarten.

H.D.

Dieser Kommentar erscheint auch in express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftspraxis.

Der Tarifvertrag in Auszügen

Zwischen METALL NRW, Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen e.V., und der Industriegewerkschaft Metall, Bezirk Nordrhein-Westfalen wird folgendes Ergebnis über die Eckpunkte der Tarifrunde 2000 vereinbart:

1. Prozentuale Erhöhung der Gehälter

Die Tarifgehälter nach dem Stand vom 29. Februar 2000 werden mit Wirkung vom 1. März 2000 um 3% und mit Wirkung vom 1. Mai 2001 um weitere 2,1 erhöht.

2. Pauschalbetrag

Für die Monate März und April 2000 erhalten die Arbeitnehmer/innen anstelle der Erhöhung gemäß Ziff. 1 dieses Ergebnisses einen Pauschalbetrag in Höhe von insgesamt 330 DM brutto (...)

3. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen

Die Ausbildungsvergütungen nach dem Stand vom 29. Februar 2000 werden mit Wirkung vom 1. März 2000 um 3% erhöht. (...)

4. Laufzeit der Entgeltabkommen

1.März 2000 bis 28. Februar 2002

5. Tarifvertrag zur Altersteilzeit

Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit vom 23. Oktober 1997 wird bis zum 30. April 2003 verlängert unter Anpassung an die neue Gesetzeslage und unter Vereinfachung seiner Regelungen.

6. Tarifvertrag zur Beschäftigungsbrücke

Mindestens 57-jährige Arbeitnehmer/innen erhalten einen Anspruch auf bis zu sechsjährige verblockte Altersteilzeit. Die Freistellungsphase beginnt spätestens mit Vollendung des 60. Lebensjahres.

Endet das Altersteilzeitarbeitsverhältnis vor Vollendung des 65. Lebensjahres, so erhält der/die Arbeitnehmer/in für den Verlust seines/ihres Arbeitsplatzes eine Abfindung. (...)

Der Anspruch auf Abschluss eines Altersteilzeitsvertrages ist ausgeschlossen,

- wenn und solange 4% (ab 1. Mai 2002 5%) die Arbeitnehmer/innen des Betriebes von einer Altersteilzeitregelung Gebrauch machen oder diese Grenze durch den Abschluss eines Altersteilzeitvertrages überschritten würde oder

- mehr als 40% des Jahrgangs der 57-Jährigen

- mehr als 50% des Jahrgangs der 58-Jährigen

- mehr als 60% des Jahrgangs der 59-Jährigen

einen Altersteilzeitarbeitsvertrag abgeschlossen haben.

Der Anspruch ist auch ausgeschlossen, soweit eine freiwillige Betriebsvereinbarung zur Altersteilzelt nach § 3 ff. TV ATZ besteht. In diesem Fall sind die Betriebsparteien verpflichtet zu überprüfen, ob und inwieweit die neuen Zugangskriterien / die materielle Ausstattung entsprechend den Regelungen zur Beschäftigungsbrücke in die freiwillige Betriebsvereinbarung integriert werden können. Beiden Betriebsparteien steht ein bis zum 30. September 2000 befristetes Sonderkündigungsrecht zum 31. Dezember 2000 zu. Wird nach einer Kündigung keine Anpassung der freiwilligen Betriebsvereinbarung bis 31. Dezember 2000 vereinbart, gelten die Regelungen zur Beschäftigungsbrücke.

Bei Arbeitnehmer/innen mit Schlüsselqualifikation kann der/die Arbeitgeber/in den Beginn der geltend gemachten Altersteilzelt um sechs Monate verschieben oder den Anspruch auf unverblockte Altersteilzeitarbeit beschränken. (...)

Eine Kündigung dieser Regelungen zur Beschäftigungsbrücke hat die zeitgleiche Beendigung der Laufzeit der Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit in § 3 Manteltarifvertrag und der Sonderregelungen zur Übernahme von Auszubildenden (Ziff. 8 dieses Ergebnisses) zur Folge.

8. Sonderregelung zur Übernahme von Auszubildenden

In Ergänzung des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung wird Folgendes im Rahmen der Beschäftigungsbrücke geregelt: Für nach dem 1. Mai 2001 durch erfolgreiche Abschlussprüfung beendete Ausbildungsverhältnisse beträgt die Übernahmezeit entsprechend § 3 TV Besch mindestens 12 Monate.

9. Manteltarifvertrag

Die Laufzeit der Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit in § 3 Manteltarifvertrag vom 11. Dezember 1996 in der Fassung vom 23. Oktober 1997 wird bis zum 30. April 2003 verlängert

Eine Kündigung der Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit in § 3 Manteltarifvertrag hat die zeitgleiche Beendigung der Laufzeit der Regelungen zur Beschäftigungsbrücke und der Sonderregelungen zur Übernahme von Auszubildenden (Ziff. 8 dieses Ergebnisses) zur Folge. (...)

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat den Abschluss in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie begrüßt. Schröder sagte am Dienstag vor Beginn einer Tagung zur Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen in Wolfsburg, der Abschluss sei ein Zeichen für die gesamtwirtschaftliche Verantwortung der Tarifparteien und passe sich ein in die Beratungen des Bündnisses für Arbeit. Mit der Vereinbarung vom Dienstagmorgen unterstützten die Tarifparteien die "beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung", sagte Schröder.

(Handelsblatt, 28.3.2000)

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Werner Stumpfe, erklärte in Köln, er werde dem Vorstand von Gesamtmetall die Übernahme des Düsseldorfer Modells für die übrigen Regionen empfehlen. In einem Radiointerview sagte er, die Einigung bedeute vor allem Planungssicherheit für die Unternehmen: "Wir haben jetzt in der Metallindustrie drei Jahre Ruhe, drei Jahre keine Drohungen, keine Arbeitskämpfe, keine Warnstreiks."

(Yahoo, 28.3.2000)

3. Greencard für alle! Die Greencard-Debatte: Ein Lehrstück für rot-grüne Migrationspolitik

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:13

Seit Gerhard Schröders spektakulärem Greencard-Vorstoß rauscht es gehörig im deutschen Blätterwald. Einwanderungspolitik ist über Nacht wieder zu einem Top-Thema geworden. Um Humanität, Menschenrechte und Schutz vor Verfolgung, Hunger und Krieg geht es dabei allerdings nicht. Die eindeutige und unwidersprochene Botschaft lautet: Migrationspolitik ist ein anderes Wort für Arbeitsmarktregulation.

Ende Februar, auf der Computer-Fachmesse CeBIT, verkündete Schröder die Greencard für 30.000 nicht-deutsche Software-SpezialistInnen. Vornehmlich osteuropäische und indische Computer-Cracks sollen der deutschen High-Tech-Branche mit ihrem geschätzten Bedarf an 70.000 zusätzlichen Arbeitskräften aus der Patsche helfen. Inzwischen gibt es einen ersten Entwurf des Arbeitsministeriums für eine "Anwerbestoppausnahmeverordnung". Demnach sollen zunächst 10.000 Fachkräfte für maximal drei Jahre eine Arbeitserlaubnis erhalten. Familiennachzug ist dabei genauso untersagt wie ein Wechsel des Arbeitsplatzes. Falls die Erfahrungen entsprechend positiv ausfallen, sollen diese Regelungen auf ein weiteres Kontingent von 10.000 Menschen ausgeweitet werden. (FAZ, 24.3.) Insgesamt soll die Öffnung des 1973 verkündeten prinzipiellen Anwerbestopps auf drei Jahre begrenzt sein. Die Bundesregierung erteilt damit dem Wunsch aller Wirtschaftsverbände nach Ausweitung der Regelung auf andere Branchen (im Gespräch ist u.a. das Handwerk und der Maschinenbau) genauso eine Absage wie dem Ansinnen der Grünen, Familiennachzug und Arbeitsplatzwechsel zu ermöglichen.

Reaktionäre Gewerkschaften

Ein Teil der Reaktionen auf die Schröder-Initiative war vorhersehbar, etwa der rassistische "Kinder statt Inder"-Ausfall von Jürgen Rüttgers, CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Rassistische Reflexe produzierten auch die Karikaturisten der FAZ, bei denen Horden bärtiger Gestalten, bepackt mit heiligen Kühen den tumben deutschen Michel überrollen, oder griesgrämige deutsche Handwerker sich angesichts unzufriedener weiblicher Kunden, die nach indischen Klempnern telefonieren, auch schon mal auf Witwenverbrennungen freuen.

Vorhersehbar waren auch die Reaktionen aus Kreisen der Gewerkschaften. Sie lehnen die Öffnung des Arbeitsmarktes für Nicht-Deutsche ebenfalls ab. Die ver.di-Gewerkschaften und die IG Metall befürchten Lohndumping und eine "Schmutzkonkurrenz" nicht-deutscher Billig-ArbeiterInnen. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und IG Metall-Chef Klaus Zwickel verweisen auf die von den Unternehmen selbst verschuldete Ausbildungsmisere, von der die Greencard ablenken solle. 32.000 erwerbslose EDV-ExpertInnen und 54.000 erwerbslose Ingenieure seien ein Potenzial, "das die Wirtshaft nutzen müsse", so Zwickel. Eine Argumentation, der sich pikanterweise auch Pro Asyl annähert. Die Flüchtlingshilfsorganisation stellt der Greencard die Forderung nach einer Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge entgegen und verweist auf die "tausende Hochqualifizierte", die "integrationsbereit und integrationsfähig" seien und zudem schon Deutschkenntnisse besäßen.

Alle wollen dasselbe

So berechtigt diese Argumente auf den ersten Blick sein mögen: Im Kern läuft diese Kritik an der Greencard auf ein reaktionäres Abwehrargument hinaus: Der deutsche Arbeitsmarkt soll Deutschen oder zumindest bereits hier lebenden Menschen vorbehalten bleiben. Statt gleiche Rechte für alle zu fordern, laufen solche Argumentationslinien letztlich auf die Verteidigung und Absicherung eines Privilegs hinaus: Die Fleischtöpfe denen, die am nächsten dran sind.

Die Abwehr der Greencard mit dem Lohndumpingargument ist darüber hinaus der Reflex einer gewerkschaftlichen Haltung, die Lohnverfall und Deregulierung nicht wegkämpfen, sondern staatlicherseits wegregulieren will. Ralf Schröder hat recht, wenn er den Gewerkschaften in der jungle world Heuchelei vorwirft. Denn in der Tat ist gegen den real praktizierten Lohnraub in den letzten Jahren von Gewerkschaftsseite genauso wenig mobilisiert worden wie gegen Arbeitsmarktderegulierung und

Flexibilisierung. Mit Co-Management und nicht zuletzt im Bündnis für Arbeit sichern die Gewerkschaften diese Prozesse sogar aktiv ab.

Der beste Schutz gegen Lohndumping sind immer noch möglichst gute Kampfbedingungen. Sichere Aufenthaltstitel, uneingeschränkte Arbeitserlaubnis, zyklische Legalisierungen, gleiche Löhne für gleiche Arbeit: Das wären gewerkschaftliche Positionen, mit denen bei einem globalisierten Arbeitsmarkt eine globale Solidarität von unten entwickelt werden könnte. Doch so läuft die Haltung der Gewerkschaften im Kern auf die rechtspopulistische Formel "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" hinaus, auch wenn sie das so nicht ausgesprochen haben.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob es in Schröders Absicht lag oder nicht: Mit seinem Greencard-Vorstoß wird ein Instrument neu diskutiert, das man schon in der Mottenkiste verschwunden sah: ein Einwanderungsgesetz. Dabei überrascht zum einen die Breite der FürsprecherInnen: Olaf Henkel und Dieter Hundt für die deutschen Kapitalistenverbände, FDP, Grüne und der größte Teil der CDU. Auch die PDS in Gestalt der Abgeordneten Ulla Jelpke fordert jetzt ein solches Gesetz (Handelsblatt, 16.3.). Alle sind sich darin einig, dass es sich bei den Greencards nur um einen ersten Schritt handeln könne. Die Versorgung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit neuer Arbeitskraft darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss auf eine geregelte Grundlage gestellt werden, ein Einwanderungsgesetz soll das bewerkstelligen. Lediglich die SPD äußert sich - angesichts der bevorstehenden Wahl in Nordrhein Westfalen - zurückhaltend an dieser Frage.

Zum zweiten sind inzwischen offenbar alle kritischen Stimmen, die noch Anfang der 90er Jahre etwa bei den Grünen ein Einwanderungsgesetz zu einem hochumstrittenen Projekt gemacht hatten, völlig verschwunden. In der Greencard-Diskussion mutierte das Einwanderungsgesetz von einem hochbedenklichen Regulierungsinstrument zu einem neuen politischen Kassenschlager. Und das, obwohl drittens der eigentliche Kern eines solchen Gesetzes - gerade unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen - selten zuvor so klar und unverblümt artikuliert wird wie in der momentanen Debatte: Von den Unternehmerverbänden bis zu den Grünen wollen alle ein Einwanderungsgesetz als Steuerungsinstrument für den Arbeitsmarkt. Die Dominanz einer utilitaristischen Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen "der deutschen Wirtschaft" oder "der deutschen Gesellschaft" wird von allen Seiten anerkannt und mit keinem Wort kritisch hinterfragt.

Über die scheinbar liberale Haltung der Kapitalisten braucht man sich dabei am wenigsten zu wundern. Aus ihrem Interesse an einer industriellen Reservearmee, an "innovativen, leistungsbereiten und weniger satten" Arbeitskräften als willkommenes Deregulierungspotenzial hatten sie eigentlich noch nie ein Hehl gemacht. Wirtschaftliberale Journalisten wie Roland Tichy in der Wirtschaftswoche oder Volkswirte wie Nobert Walter von der Deutschen Bank hatten sich schon Anfang der 90er Jahre für eine leichtere Einwanderung stark gemacht und sich gegen die "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik gestellt. Den großen Wirtschaftsverbänden geht es um einen regulierten Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. um eine regulierte Verwertung von Arbeitskraft. Ihr Modell eines Migrations- und Grenzregimes ist das einer gezielten und selektiven Migrationssteuerung und nicht das einer rigorosen Abschottung. In diesem Sinne ist das Kapital immer schon liberaler gewesen als der deutsch-nationale Populismus.

Dass Migrationspolitik wenig mit Humanität zu tun hat, dafür aber um so mehr mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, dass hat die laufende Diskussion in dankenswerter Klarheit deutlich gemacht. Falls es jemals irgendwelche Illusionen über den tatsächlichen Zweck von migrationspolitischen Instrumentarien gegeben haben sollte, die momentane Debatte räumt damit auf. Statt der Greencard ein Einwanderungsgesetz "zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung", fordert FDP-Präsidiumsmitglied Frau Leutheusser-Schnarrenberger, und zwar nicht nur wegen des Mangels an SpezialistInnen, "sondern generell angesichts des langfristigen Rückgangs der deutschen Bevölkerung". Zuwanderungsbegrenzungsgesetz heißt folgerichtig auch der Gesetzentwurf, den die FDP gerne im Bundestag diskutieren möchte.

Utilitaristische Einwanderungsrhetorik

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, wie beherzt die Grünen dieses Kosten-Nutzen-Kalkül zu übernehmen bereit sind. Ein Einwanderungsgesetz müsse her, damit auch wirklich "die fähigsten Köpfe" kommen, so etwa die Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir und Matthias Berninger. Özdemir, immerhin innenpolitischer Sprecher seiner Partei, will eine "moderne Einwanderungspolitik", und dazu "gehört auch, dass ein Staat sich in den Bereichen öffnet, wo Bedarf ist". "Die Zuwanderung von Arbeitskräften, die im

öffentlichen Interesse liegen", ist auch eine Säule in einem Einwanderungsgesetz wie es der grünen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, vorschwebt.

Vor zehn Jahren haben die Grünen auf Grund solcher Argumentationen ein quotenbewehrtes Einwanderungsgesetz eben als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgelehnt. Und auch in ihrem Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz aus der letzten Legislaturperiode geht es vordringlich darum, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die vor geschlechtsspezifischer Verfolgung, vor Armut oder vor ökologischen Katastrophen fliehen, einen sicheren Zugang ohne das Nadelöhr des Asylverfahrens zu ermöglichen. Damals wie heute war richtig, dass es dazu keines Einwanderungsgesetzes mit Quotenregelungen bedarf. Und damals wie heute ist es auch richtig, dass im Ernstfall Einwanderung nicht nach solchen humanitären Kriterien reguliert wird. Wenn die Greencard-Diskussion eines zeigt, dann das, dass es gerade heute keine emanzipatorische Bezugnahme auf ein Einwanderungsgesetz geben kann. Ein solches Gesetz ist aus einer fortschrittlichen Warte heraus so überflüssig wie ein Kropf.

Die Debatte zeigt auch noch eine ganz andere Gefahr: CDU und CSU fordern ein Einwanderungsgesetz bei gleichzeitiger Abschaffung des Asylrechts. Bereits 1991 hatte Daniel Cohn-Bendit, damals grüner Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, den Artikel 16 des Grundgesetzes im Tausch für ein Einwanderunggesetz angeboten. Heute machen sich grünennahe "QuerdenkerInnen" wie die Jura-Dozentin und professionelle Tabu-Brecherin Sybille Thönnies daran, das deutsche Asylrecht ideologisch zu schleifen. Asyl sei nur als politisch bestimmter Gnadenakt für "Gäste" vorstellbar, das deutsche Asylrecht als einklagbares Individualrecht sei ein historisches Unikum, das im europäischen Harmonisierungsprozess abgeschafft werden müsse, so Thönnies am 3.12.1999 in der taz, und sie weist darauf hin, dass mit der Genfer Flüchtlingskonvention die Aufnahme von Flüchtlingen auch von der "Sicherheit und Ordnung im eigenen Land abhängig gemacht" werden könne. Gleichzeitig spricht sie sich für ein Einwanderungsgesetz aus.

Mit den Vorstößen der CDU/CSU - Einwanderungsgesetz plus europaweite Harmonisierung des Asylrechts bei Abschaffung des Asylrechts als Individualanspruch - wird der Thönniessche Tabubruch politikfähig. Damit wird gleichzeitig der gesamte Einwanderungsdiskurs auf den Punkt gebracht: Die Reste einer ausschließlich humanitär-meschenrechtlichen Position in der Flüchtlingspolitik - geronnen im Asylrecht - werden beseitigt und durch eine rein utilitaristische Arbeitsmarktorientierung ersetzt. Seinen Ausdruck wird das in einem Einwanderungsgesetz mit engen, an den Erfordernissen des Arbeistmarktes orientierten Zuwanderungsquoten finden. Wir werden hier ein weiteres Beispiel dafür erleben, wie mit moderner Rhetorik die alten rot-grünen Debatten aus der Oppositionszeit in eine wirtschaftsliberale und utilitaristische Regulierung der Ware Arbeitskraft umgebogen werden.

Dirk Hauer

4. Im Zweifel für die Regierung. Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich mal wieder "verantwortungsvoll"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:40

Hoch her gehen sollte es auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von Bündnis 90/Die Grünen vom 17. bis 19. März in Karlsruhe - diesen Eindruck vermittelten zumindest viele BeobachterInnen im Vorfeld. "Schicksalstage der Grünen" waren angekündigt, ging es doch um Themen, die (ehemalige) grüne Essentials berühren: Parteireform, Atomausstieg und Rüstungsexporte. "In der Regierungspolitik zunehmend pragmatisch, bei den eigenen Strukturen jedoch reformresistent", so lautet die Parteitags-Bilanz des Handelsblatt am 20. März.

Am treffendsten jedoch brachte das Ergebnis der BDK die Süddeutsche Zeitung vom selben Tage auf den Punkt: "Pubertierende Jugendliche machen es ähnlich: Sie färben sich die Haare grün, um den Eltern zu zeigen, wie ätzend spießig sie sind. Fahren aber trotzdem mit ihnen auf die Seychellen, denn so billig kommt man da nie mehr hin."

Egal ob bei der Frage des Atomausstiegs, der Rüstungsexporte oder der einige Tage vor der BDK bekannt gewordenen Bewilligung einer Hermes-Bürgschaft für ein chinesisches AKW durch Außenminister Fischer, immer wurde die Position des Bundesvorstandes (BuVo) und der führenden bündnisgrünen PolitikerInnen übernommen bzw. bestätigt. Nur bei der Strukturreform färbte sich die grüne Basis die Haare grün, um im Bild zu bleiben. Hier wurde die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit von 487 Stimmen verfehlt; nur (bzw. immerhin) 427 der 750 Delegierten votierten für den BuVo-Antrag, der eine teilweise Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat bei der Besetzung des neu zu wählenden BuVo vorsah, sowie die Einführung eines Präsidiums, das die Handlungsfähigkeit des BuVo einschränken sollte. Allerdings stimmten die grünen Delegierten einer Vergrößerung des BuVo auf sechs Mitglieder zu und beförderten die BuVo-SprecherInnen zu Parteivorsitzenden.

Jubel für Trittins Konsens-Kurs

Trotz ihrer Niederlage halten Realos, Neoliberale und Regierungslinke am strategischen Umbau der Partei fest. Mittels "Professionalisierung" sollen der Partei die Reste oppositionellen Gehabes ausgetrieben werden. Renate Künast und Fritz Kuhn, Fischers dream team für die neu zu besetzenden Parteivorstandsposten, haben sich jedenfalls entschlossen, auf der nächsten BDK im Juni zu kandidieren.

In der Atomfrage war schon vorher klar, dass dem Parteitag für die Anti-Atom-Bewegung die gleiche Bedeutung zukommen würde wie vergangenes Jahr der Sonderparteitag in Bielefeld für die antimilitaristischen Kräfte in diesem Land. Zu Beginn der rot-grünen Koalition hieß es noch, man werde, falls es im Konsens mit der Atomindustrie zu keinem Ausstieg aus der Atomenergie komme, eben im Dissens über den Weg eines Ausstiegs-Gesetzes juristisch das Abschalten der AKWs erzwingen. Nach 14 Monaten Verhandlungen mit der Industrie ist davon nichts mehr übrig. Ebenso nachgiebig wie sich Jürgen Trittin bei den Rest-Laufzeiten der Atomkraftwerke zeigte - von 25 Jahren, über deutlich unter 30 Jahren, bis hin zu 30 plus drei Jahren -, ist er nun auch in dieser Frage umgefallen. Noch eine Woche vor der BDK hatte er sich gegen weitere Verzögerungen bei den Konsensverhandlungen ausgesprochen. Auf der BDK allerdings verteidigte Trittin den BuVo-Antrag, in dem der Atomindustrie ausdrücklich kein Ultimatum bei den Verhandlungen gesetzt wird.

Trittin, seit seinem Amtsantritt von der Öffentlichkeit als Buhmann aufgebaut, aber auch von den Realos und Neoliberalen in der eigenen Partei immer wieder angefeindet, zeigte einmal mehr mit seiner Parteitagsrede, welche Bedeutung er für die Einbindung der linken Grünen und unzufriedenen BasisvertreterInnen hat: "Die Gründung der Grünen war unsere Antwort auf die Erfahrung, dass Hunderttausende auf der Straße und eine Mehrheit der Bevölkerung die Große Atom-Koalition von Schmidt bis Strauß nicht stoppen konnten", so beschwor Trittin die gemeinsamen Anfänge. Den Delegierten und den Vertretern der Anti-AKW-Bewegung Honig ums Maul schmierend, verwies er auf die Erfolge im Anti-AKW-Kampf: Abschaltung des Schnellen Brüters in Kalkar, Verhinderung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, Schließung der Plutoniumfabrik in Hanau.

"Der Einstieg - der unumkehrbare Einstieg - in die Atomenergie war keine Erfindung der Energiewirtschaft und der CDU. Der Einstieg in die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft, Biblis, Kalkar, Wiederaufarbeitung, HTR: Das alles waren SPD-Projekte. Die Gründung der Grünen war eine Kampfansage an die Pro-Atompartei SPD." So gesehen lässt sich auch die größte grüne Nachgiebigkeit als Erfolg verkaufen: "Wenn wir uns mit der SPD auf 30 Jahre geeinigt haben, dann hat das nichts mit Nachsicht mit der Industrie zu tun. Es hat seinen Grund darin, dass wir einen Kompromiss mit der SPD finden mussten."

Die Delegierten hörten es mit Wohlwollen und belohnten Trittins Einsatz mit minutenlangem Applaus. Am Ende stimmten sie mit großer Mehrheit für den BuVo-Antrag, in dem von einer Restlaufzeit von 30 plus 3 Jahren gesprochen wird. Die linken Grünen rechneten es sich dabei als Erfolg an, dass sie den Antrag in der Debatte "noch ein bisschen aufpeppen" konnten - so die Einschätzung des SprecherInnenrats BasisGrün vom 21.3.. Tatsächlich hatte der BuVo einige Punkte des Gegenantrags in den eigenen aufgenommen (u.a. sicherheitsorientierter Vollzug des bestehenden Atomgesetzes; solange der Atomausstieg nicht geregelt ist, werde sich die Partei am außerparlamentarischen Widerstand gegen Castor-Transporte und für die Stilllegung der AKWs beteiligen.)

Zu Gunsten der Regierungsbeteiligung stimmte die grüne BDK auch bei der Debatte um die Lieferung von Kampfpanzern an die Türkei. Der von den Berliner Grünen eingebrachte Änderungspassus "Sollte es zu einem solchen Export von Panzern - auch in verminderter Stückzahl - kommen, muss dies für Bündnis 90/Die Grünen den Ausstieg aus der Koalition bedeuten" wurde mit 296 zu 305 Stimmen abgelehnt.

Linksgrüne sehen sich als Sieger

Das positive Resümee, die der SprecherInnenrat von BasisGrün nach dem Parteitag zog, ist nicht nachvollziehbar: "Die Grüne Linke ist als relevante Größe wieder vorhanden, kann nach dieser BDK nicht als ewige Nein-Sager diffamiert werden, sondern hat sich als wieder erstarkte Strömung mit ihren Inhalten in den gefassten Beschlüssen verankern können." Tatsächlich haben sich die linken Grünen lediglich bei der Strukturreform durchsetzten können, aber hier mussten sie auch nur eine Sperrminorität mobilisieren. Die Seychellen sind eben auch für die Parteilinken reizvoller als etwa das Wendland. Und wer das anders sieht, der soll halt gehen - wie die sechs der sieben grünen Abgeordneten im Kreistag von Lüchow-Dannenberg, die nach dem Abschied der Grünen von der Anti-Atom-Bewegung für sich den Trennungsstrich gezogen haben.

mb., Berlin

5. Die Mühen der Ebene. Eine Bilanz aus Schleswig-Holstein zum Abschneiden der PDS

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:41

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein ist in der PDS wieder einmal Ernüchterung eingetreten über den beschwerlichen Weg nach Westen. 1,37 Prozent der Stimmen konnte der schleswig-holsteinische Landesverband am 27. Februar auf sich vereinigen. Das entsprach lediglich 80 Prozent der Stimmen der Bundestagswahl 1998, dem bislang besten Ergebnis der PDS bei Wahlen im hohen Norden.

Im Vorfeld hatte man sich durchaus Hoffnungen gemacht, ein respektables Ergebnis erzielen zu können. Dass man die Fünf-Prozent-Hürde nehmen könnte, dachte zwar niemand, aber ein Ergebnis zwischen 1,5 und 2 Prozent sei schon drin, so die Meinung der WahlkämpferInnen in Schleswig-Holstein und des Parteivorstandes im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Manche träumten sogar von einer Drei vor dem Komma.

Innerparteilich waren die Voraussetzungen für eine Wahlbeteiligung im Westen selten so gut. Der Wahlkampf war schon lange vorher geplant und mit der Bundespartei abgestimmt. Das PDS-Wahlprogramm und die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf soziale Gerechtigkeit entsprachen ganz den Idealvorstellungen, wie sie von den Strategen in Berlin entwickelt worden waren. Auseinandersetzungen wie bei den Hamburger Kandidaturen waren also ausgeschlossen. Aber trotzdem hat es auch diesmal nicht geklappt. Der Landesgeschäftsführer der PDS Schleswig-Holstein, Uli Schippel, äußerte sich insgesamt enttäuscht. Leider sei das Resultat kein deutlicher Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges der PDS im Westen, erklärte er auf der Sitzung des Parteivorstandes am 28. Februar. (PID, 3.3.)

Hendrik Thalheim, verantwortlich für Wahlen und Öffentlichkeitsarbeit im Parteivorstand, warf in dieser Sitzung die wohl entscheidende Frage auf: Warum soll man im Westen überhaupt PDS wählen? Zehn Jahre nach der "Westausdehnung" der Partei hat die PDS immer noch beinahe ausschließlich als bundespolitischer Faktor und mit ihrem bundespolitischen Profil Ausstrahlung auf ein kleines Wählersegment im Westen. Dabei ist objektiv die Ausgangslage eigentlich gut. Seitdem SPD und Grüne die Bundesregierung stellen, verwaist im Westen die linke Seite des Parteienspektrums zunehmend. Doch die Partei steht im Westen vor dem Problem, dass sie nur unzureichend am "politischen Wettbewerb" teilnehmen kann. Von einer flächendeckenden Organisierung und Präsenz kann in keinem der alten Bundesländer gesprochen werden,

ebenso wenig davon, dass die PDS dort eine landespolitische Funktion inne hätte.

"Offensichtlich ist es uns nicht gelungen, enttäuschte Grünen- und SPD-WählerInnen zur Zweitstimmenabgabe für die PDS zu gewinnen", so Uli Schippel in einem Interview mit der Zeitschrift der PDS Rheinland-Pfalz, linksrheinische. "Es ist offensichtlich, dass eine relativ positive Grundstimmung für die PDS im Westen - zur Zeit stehen wir in den Umfragen zur Bundestagswahl im Westen bei 1,5 bis 2 Prozent - nicht einfach auf die Landesebene runterzubrechen ist. Landtagswahlen haben ihre eigene Logik und es ist uns nicht gelungen, deutlich zu machen, warum die Menschen hier vor Ort PDS wählen sollen. D.h., uns wurde keine Funktion bei der Landtagswahl zugeschrieben."

Das lag sicherlich nicht alleine daran, dass angesichts des CDU-Spendenskandals und einer massiven Zweitstimmenkampagne der SPD für die Grünen die Wahl schon im Vorfeld gelaufen schien. Schippel gibt zu: "Eine Rolle spielt auch die Tatsache, dass wir zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung bisher nicht landespolitisch existent waren." Erst ab Januar 1999 habe sich der Landesverband ernsthaft und intensiv mit landespolitischen Themen beschäftigt. In einer Situation, in der es keine aktuellen politischen Auseinandersetzungen außerhalb des Parlaments gibt, die sie aufgreifen könnte und in denen sie aktiv ist, scheint und ist die PDS in Schleswig-Holstein schon allein organisatorisch und personell überfordert, landespolitisch Profil zu entwickeln. Wer das Programm der PDS zu den Landtagswahlen liest, wird dort viele Allgemeinplätze wiederfinden, Konkretes zur Situation im Lande dagegen eher wenig.

Dass die West-Landesverbände momentan weder inhaltlich noch organisatorisch auf der landespolitischen Ebene agieren können, sieht man in der PDS sehr wohl. Diese Defizite hofft man allerdings durch kommunalpolitisches Engagement ausgleichen zu können. Uli Schippel sieht dies skeptisch: "Natürlich ist es einfacher, in Kommunalparlamente einzuziehen, zumal die 5-Prozent-Hürde fällt. Aber angenommen, wir

kämen 2003 in die Kommunalparlamente aller kreisfreien Städte - wovon ich ausgehe - dann ist die PDS auch dann nur für einen relativ kleinen Teil der WählerInnen in einem Flächenland erlebbar. Dies hilft zwar, ist aber auch keine neue Qualität. Wir müssen darüber hinaus schon eigenständige Zugänge zur Landespolitik entwickeln."

mb.

6. Aufbruch in die Krise. Der PDS stehen turbulente Zeiten bevor

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:53

Der Streit, der während der Programmdiskussion in den letzten Monaten zu Tage trat, hat auf dem Münsteraner Parteitag der PDS seine Folgen gezeigt. Die Widersprüche über den weiteren Weg der Partei wurden vor allem in der friedenspolitischen Debatte ausgetragen. Nach den Plänen der Parteiführung sollte von diesem Parteitag ein deutliches Signal ausgehen, dass die PDS als linke Oppositionspartei "in der Bundesrepublik angekommen" sei. Mit den Ankündigungen von Lothar Bisky und Gregor Gysi, nicht zur Wiederwahl für den Parteivorsitz bzw. den Fraktionsvorsitz zur Verfügung zu stehen, signalisierte er allerdings genau das Gegenteil.

Welcher Teufel hat die PDS geritten, als sie nach der Bundestagswahl 1998 ihre Programmdebatte begann? Unmittelbar nachdem die PDS zum ersten Mal in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen war, meinten führende GenossInnen, nun sei eine Programmdiskussion die Aufgabe der Stunde. Auf der 1. Tagung des 6. Parteitags Mitte Januar 1999 in Berlin verabschiedeten die Delegierten einen entsprechenden Beschluss. Darin hieß es: "Nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre steht die PDS vor der Aufgabe, ihr programmatisches Selbstverständnis als sozialistische Partei in Deutschland links von der Sozialdemokratie zu profilieren." (1) Ob das durch eine Überarbeitung des geltenden Programms oder durch dessen Neufassung geschehen sollte, wurde wohlweislich offen gelassen. Gleichwohl hieß es in dem Beschluss auch: "Insgesamt sollten die Eckpunkte und der innere Zusammenhang einer linken Reformalternative genauer als im gegenwärtigem Programm der PDS formuliert werden."

Regierungsfähig durch neues Programm?

Grundlagen für die Diskussion sollten von einer "ProgrammKommission" erarbeitet werden. Ihr gehörten neben Lothar Bisky und Dietmar Bartsch sechs weitere vom Parteivorstand berufene GenossInnen an. Die Ökologische Plattform, die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistische Forum, die Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa sowie die Jugendstruktur in und bei der PDS schickten je eineN VertreterIn. Aus den West-Landesverbänden kamen zwei weitere GenossInnen hinzu. Lange Zeit wurde in der "ProgrammKommission" das Ziel verfolgt, einen gemeinsamen Diskussionsentwurf vorzulegen. Doch es zeigte sich, dass kein Konsens in der Kommission gefunden werden konnte. Im November legte die Mehrheit der Kommission "Thesen zur programmatischen Debatte" vor. Michael Benjamin (KPF), Uwe-Jens Heuer (Marxistisches Forum) und Winfried Wolf gaben hingegen ein Minderheits-"Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS" ab. (2)

Benjamin, Heuer und Wolf begründeten ihr Votum so: "Faktisch hat die Mehrheit der Kommission einen neuen Programmentwurf vorgelegt, offene Fragen und Problemstellungen werden kaum benannt." Dadurch entstehe der Eindruck, statt das Programm von 1993 zu überarbeiten, solle ein neues erarbeitet werden. Dahinter steht der Vorwurf, die Thesen der "ProgrammKommission" würden zu einer Verwässerung der PDS-Programmatik führen. Mit den Worten der drei: "Wir (haben) uns auf die Punkte konzentriert, bei denen sich nach unserer Auffassung bei ihrer Durchsetzung in der PDS diese sich von ihrem antikapitalistischen, antimilitaristischen Gründungskonsens entfernen, ihre sozialistische Identität beschädigen würde."

Sie kritisierten, dass in den Thesen der "ProgrammKommission" "Aussagen und Formulierungen ... aufgenommen" wurden, "von denen bekannt ist, dass sie für viele Mitglieder unserer Partei nicht akzeptabel sind". Das betreffe vor allem die Ausführungen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, die "Moderne-Konzeption", die Vorstellungen zur Überwindung der Profitdominanz, die "Umwertung" der DDR-Geschichte und die "Grundwerte-Konzeption". Gerade der letzte Punkt weise "Parallelen zur SPD-Entwicklung" auf. Auch dort sei Sozialismus auf eine politisch-geistige Strömung wie etwa Konservatismus oder Liberalismus reduziert worden.

Benjamin, Heuer und Wolf benannten zudem noch zwei weitere Punkte, an denen sich in den letzten Wochen eine heftige Diskussion in der PDS entwickelte: die Frage einer möglichen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sowie die Frage, ob die PDS "nach Einzelfallprüfungen" Militäreinsätzen nach Beschluss des UN-Sicherheitsrates zustimmen könnte. (vgl. ak 432)

Von Anfang an stand die Programm-Debatte unter dem Verdacht, hier sollten Positionen aufgegeben werden, um eine Regierungsbeteiligung der Partei nach den nächsten Bundestagswahlen 2002 zu ermöglichen. Vor allem der PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch nutzte jede passende (und unpassende) Gelegenheit dazu, dies als Zielmarke auszugeben. Aber auch Gregor Gysi unterstrich, die Partei müsse 2002 auf Bundesebene koalitionsfähig sein. Die selbe Leitlinie gab ebenso der Parteivorstand im Januar 1999 aus.

Der Reformer-Flügel und mit ihm die Mehrheit im Parteivorstand meinte damit Konsequenzen aus der neuen politischen Situation zu ziehen, die nach der Bundestagswahl entstanden war. Schon bald nach den ersten sozialpolitischen Korrekturen an den letzten Entscheidungen der Kohl-Regierung zeigte sich, dass von rot-grüner Reformpolitik keine Rede sein konnte. Dadurch öffneten sich für die PDS auf der linken Seite des Parteienspektrum neue Räume. Als linke Oppositionspartei kam ihr eine neue Funktion zu. Die Reformer wollten diese Chance nutzen - auch dadurch, dass auf dem ersten Parteitag der PDS in einer westdeutschen Stadt Signale in diese Richtung ausgesendet würden.

Gregor Gysi umriss die neuen Herausforderungen in seinem "Brief an die Delegierten", der zu heftigen Diskussionen innerhalb der Partei führen sollte, so: "Welche Alternativen haben Sozialistinnen und Sozialisten im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Zukunft ohne Kriege, für den notwendigen ökologischen Umbau, für die Entwicklung in Ost und West, für eine wirkliche Gleichstellung der Frauen, für die Beendigung der Umverteilung von unten nach oben usw.? Das ganz konkret inhaltlich vorzuschlagen, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von der PDS." (3) Schluss müsse sein mit ideologischen Debatten, notwendig sei die Hinwendung zur realen Politik - so lässt sich seine Position zusammenfassen.

Eine besondere Schärfe bekam Gysis Brief durch die Abgrenzung von den "Dogmatikern". Gysi meinte konstatieren zu müssen, in der Partei sei "eine gewisse Hinwendung, an die Stelle von Analysen, des Suchens nach Antworten, des Aufstellens von Prinzipien bequeme Dogmen zu setzen, um sich mit den Realitäten des Lebens nicht auseinander setzen zu müssen, festzustellen". Anders als noch vor fünf Jahren nannte er aber auch Ross und Reiter: "Aus der Plattform (der KPF; Anm. ak) kommen so gut wie nie konkrete Politikvorschläge ... Die Plattform betätigt sich im Wesentlichen als ideologische Wächterin."

KPF warnt vor "Entmannung" der Partei

Als Gysi diesen Brief veröffentlichte, war in der Partei schon eine scharfe Debatte über den weiteren Weg entbrannt, angestoßen vom Minderheiten-Votum in der "ProgrammKommission" und aufgegriffen von der jungen Welt. Dort wurden die Mehrheitsthesen als Verrat am sozialistischen Ziel gebrandmarkt. "Unsere Führer sind der SPD in den Arsch gekrochen, bevor die ihn hingehalten hat," so Gerhard Branstner in der jW vom 14. März. "Die ... Regierungsbeteiligung besteht in der Preisgabe der eigenen sozialistischen Ziele und der schließlichen Entmannung (sic!) der Partei."

Indem die Reformer die Programmdebatte in einen direkten Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung stellen, haben sie solchen Verdächtigungen Tür und Tor geöffnet. In seinem Delegiertenbrief stellte Gregor Gysi allerdings klar, dass er momentan keine reale Möglichkeit für eine Regierungsbeteiligung der PDS sehe. "Voraussetzung für eine Mitte-Links-Option auf Bundesebene ist, dass es eine starken außerparlamentarischen Druck ... gäbe ... Nach meiner Auffassung ist es die Aufgabe der PDS, in den außerparlamentarischen Bewegungen dafür zu streiten, dass ein solcher gesellschaftlicher Reformdruck entsteht." Eine Position, die so ähnlich auch Winni Wolf vertritt: "Das Ziel, auch auf Bundesebene für Koalitionen bereitzustehen, ist nicht als solches abzulehnen. Es muss jedoch klar sein: Entweder der PDS und anderen Kräften gelingt es, bis 2002 eine so mächtige außerparlamentarische und parlamentarische Bewegung zu entwickeln, dass eine neue Bundesregierung ab 2002 den unsozialen und militärischen Groß-Schweinereien entsagen müsste. Gelingt dies nicht ..., dann würde eine Regierungspartei PDS als Teil eines ‚Linksblocks` die Geisel einer solchen Regierung sein." (konkret, 4/2000)

Gleichwohl verfasste Winni Wolf mit Michael Benjamin und Uwe-Jens Heuer im Vorfeld des Parteitags einen Aufruf, in dem vor einem Richtungswechsel gewarnt wird: "Wir bleiben dabei: Erste Orientierung der PDS ist der außerparlamentarische und parlamentarische Widerstand." (3) Das dürfte der wahre Knackpunkt sein: Die PDS hat sich dafür entschieden, auf den parlamentarischen Weg zu setzen, und sie hat damit bei Wahlen - auf den Osten beschränkt - auch Erfolg. Fraglich ist, ob eine solche Partei tatsächlich parlamentarisches und außerparlamentarisches Wirken miteinander vereinbaren kann - wenn das Abschneiden bei Wahlen

entscheidendes Erfolgskriterium ist. Die permanente Auseinandersetzung mit dem (wahl-)politischen "Konkurrenten" bewirkt dabei andere Erfahrungsprozesse und Problemwahrnehmungen als eine politische Arbeit, in der man nicht ständig mit gegnerischen Positionen konfrontiert ist. Man mag das als "Verrat" bezeichnen, wird damit aber den Gang der Dinge nicht aufhalten.

Verratsgeschrei hilft nicht

Denn faktisch ist die Streitfrage längst entschieden: Die PDS ist eine Parlamentspartei mit - jedenfalls im Osten - einer Wählerschaft um die 20 Prozent. Zwar mag vieles, was die innerparteilichen KritikerInnen am Kurs der Parteiführung inhaltlich kritisieren, "im Prinzip" richtig sein. Aber das ist keine Antwort auf die Probleme, vor denen die PDS steht, und vor allem beinhaltet es keine Alternative. Die PDS-Führung will die sich seit der Bundestagswahl 1998 eröffnende Chance nutzen und sich als (links-)sozialdemokratische Partei einen festen Platz im bundesdeutschen Parteiensystem sichern. Die aktuellen Umfragewerte um die sieben Prozent zeigen, dass für eine solche Partei in der BRD Bedarf besteht. Gregor Gysi hat angedeutet, welche Rolle die Programmdebatte in diesem Zusammenhang spielt: "Es darf keine programmatischen Formelkompromisse geben. Wenn es einzelne dogmatische Linke in der PDS gibt, müssen sie spüren, dass das Programm gegen sie steht." (Berliner Zeitung, 8.2.)

Für Siegesgeschrei besteht nach dem Münsteraner Parteitag kein Anlass. Von der Niederlage der Reformer hat die Linke in der BRD keinen Vorteil. "Pazifisten schießen Gysi ab", titelte die junge Welt am 10. April und kommentierte: "Mit dem Beschluss von Münster hat sich die PDS wenigstens als konsequente Antikriegspartei erwiesen." Doch schon heute ist sicher, dass diese Frage, wenn nicht schon auf dem nächsten Parteitag im Herbst, dann über kurz oder lang im Sinne der Parteiführung entschieden wird. Der auf Intervention von Hans Modrow dem Beschluss angefügte Satz - "die von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen wird die PDS entsprechend ihrer Grundposition in jedem Fall prüfen" - ist ein deutliches Indiz dafür.

Der Rückzug ihrer beiden Führungspersönlichkeiten kommt für die Partei nicht unerwartet. Insbesondere der Verzicht Gysis ist für die weitere (parlamentarische) Zukunft der PDS ein schwerer Schlag. Indem er ihn schon jetzt verkündete, wollte Gysi der Partei den Ernst der Lage bewusst machen. Der PDS stehen turbulente Zeiten bevor.

mb.

Anmerkungen:

1) "Organisierung einer programmatischen Debatte in der PDS", Beschluss der 1. Tagung des 6. Parteitags der PDS. Dokumentiert in: Disput 1/99/PID 3/4-99

2) Beides ist dokumentiert in: PID 47/99

3) Gregor Gysi: An die Delegierten der 3. Tagung des 6. Parteitags der PDS, in: PID 11/2000

4) Aufruf von Benjamin, Heuer und W. Wolf: "Gegen einen Richtungswechsel - für eine starke PDS", dokumentiert in: PID 13/2000

7. Kupfer-Aktionäre bekommen Besuch. Protestaktion bei der Hauptversammlung der Norddeutschen Affinerie

Autor: Vo · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:31

Am 4. April trafen sich im noblen Hamburger Congress-Centrum die Aktionäre der Norddeutschen Affinerie zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung. "Begrüßt" wurden sie vor dem Tagungsort von Menschen aus der Hamburger Hafengruppe, dem Pazifik-Netzwerk, dem BUKO und anderen Organisationen, die mit Transparenten, Plakaten und Flugblättern darauf aufmerksam machten, dass diese nach eigenem Bekunden umweltfreundlichste Kupferhütte der Welt mitverantwortlich ist für schwerste Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in Papua-Neuguinea und im indonesisch besetzten West-Papua (Irian Jaya).

Denn die Norddeutsche Affinerie (NA) bezieht einen Großteil ihres Kupfererzes von zwei Minen, die im Hochland von Neuguinea liegen. Das ist zum einen die Ok Tedi-Mine auf dem Gebiet Papua-Neuguineas (PNG), und zum anderen die Freeport-Mine in West-Papua. Beide Minen gehören zu den weltgrößten Tagebauprojekten. Mit Ok Tedi unterhält die NA langfristige Lieferverträge; sie bezieht jährlich rund 90.000 Tonnen Kupferkonzentrat von dort, das ist fast ein Viertel des von der NA-weiterverarbeiteten Kupferkonzentrats. Und auch Erzfrachter mit Kupfererz aus der Freeport-Mine machen mehrmals im Jahr im Hamburger Hafen fest.

Ok Tedi ist jüngst in die internationalen Schlagzeilen geraten, weil die Betreibergesellschaft selber eingestehen musste, dass der Betrieb der Mine zu verheerenden Umweltzerstörungen führt. Schon seit Jahren hatten Umweltschützer immer wieder kritisiert, dass der Minenbetrieb gegen jegliche international üblichen Umweltstandards verstößt und zu Flussvergiftung, großflächigem Absterben tropischer Regenwälder usw. führt. Die Betreibergesellschaft, der australische Bergbaugigant Broken Hill (BHP), hatte diese Kritiken stets zurückgewiesen, die Kritiker denunziert und lächerlich gemacht. Nun musste BHP erstmals unabhängige Umweltstudien zulassen. Sie bestätigten die kritischen Stimmen, ja, übertrafen teils sogar noch die schlimmsten Befürchtungen. Kleinlaut musste der BHP-Chef einräumen, dass man den Betrieb von Ok Tedi gar nicht hätte aufnehmen dürfen, wenn man um dieses Ausmaß der Umweltzerstörungen gewusst hätte. Im März nun bestätigte eine Studie der Weltbank die verheerenden Umweltschäden und zog die Schlussfolgerung, dass man unter ökologischen Gesichtspunkten die Mine eigentlich sofort stilllegen müsste. Gegenwärtig läuft in Papua-Neuguinea und international eine lebhafte Debatte um die Zukunft von Ok Tedi. Internationale Umweltorganisationen fordern ihre sofortige Stilllegung und BHP selber lanciert öffentlich immer einmal wieder Gerüchte, sich aus dem Projekt möglichst rasch zurückziehen zu wollen. Nun stellt sich allerdings das Problem, dass Ok Tedi für Papua-Neuguinea der größte Devisenbringer und Steuerzahler ist und dass die gesamte Minenregion mittlerweile am Tropf der Bergwerksgesellschaft hängt. Die gesamte Infrastruktur, viele sozialen Einrichtungen werden aus Mitteln der Bergwerksgesellschaft unterhalten. Eine sofortige Schließung der Mine hätte für die Menschen in der Region katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen. Daher wird gefordert, dass sich BHP jetzt nicht einfach aus dem Staube machen dürfe und die Menschen nicht mit der von der Mine verursachten ökologischen Katastrophe allein lassen dürfe. Vielmehr müsse eine Strategie für die Minenschließung einschließlich ökologischer und sozialer Rehabilitationsmaßnahmen erarbeitet werden.

Der Förderkreis "Rettet die Elbe", der NA-Aktien besitzt, hat zur Unterstützung der betroffenen Menschen in der Ok Tedi - Region zur NA-Hauptversammlung beantragt, dass die NA sich für die Schließung der Mine einsetzt und zweckgebunden zur Abhilfe von wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Minenschließung eine Rücklage von 1% des Bilanzgewinns bildet.

Auf der Hauptversammlung sah sich der Vorstandsvorsitzende der NA genötigt, angesichts der Proteste vor der Tür und der Anträge von "Rettet die Elbe" relativ ausführlich auf das Thema Ok Tedi einzugehen. Der Tenor seiner Ausführungen: Man sehe zwar die Umweltprobleme und verfolge die internationale Diskussion hierüber, doch entscheiden über die Zukunft der Mine müssten andere, zudem könne man auf das Kupferkonzentrat von Ok Tedi bei der NA nicht verzichten. Und überhaupt: Wenn wir das Ok Tedi - Erz nicht

abnehmen, dann tun das andere, und die würden das lange nicht so umweltschonend weiterverarbeiten wie wir. In seiner Rede auf der Hauptversammlung legte Bernd Moritz von "Rettet die Elbe" nochmals die Argumente der Protestierenden dar und forderte die NA auf, sich ihrer Mitverantwortung für das von Ok Tedi verursachte ökologische Desaster zu stellen. In der nachfolgenden intensiven Diskussion bot der Aufsichtsrat an, in einen Dialog mit Umweltschützern, dem Minenbetreiber und der Regierung von Papua-Neuguinea einzutreten. Gegenstand des Dialogs soll ein möglicher Beitrag der NA zur Behebung der ökologischen und sozialen Probleme im Minengebiet sein.

Noch viel schlimmer sieht es auf der anderen Seite der die Insel Neuguinea teilenden Grenze, bei der Freeport-Mine in West-Papua, aus. Dort ist es der US-Bergbaukonzern Freeport McMoran mit Stammsitz New Orleans, der am Grasberg eine riesige Gold- und Kupfermine betreibt, ohne Rücksicht auf Natur und ortsansässige Bevölkerung. Freeport hat stets eng mit dem indonesischen Suharto-Regime zusammengearbeitet, es war und ist in Indonesien der größte Steuerzahler. Indonesisches Militär und privater Sicherheitsdienst der Bergbaugesellschaft sorgen gemeinsam für einen reibungslosen Minenbetrieb gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Dabei schrecken sie vor Mord, Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen nicht zurück. Mit dem Aufschwung des west-papuanischen Widerstands gegen die indonesischen Besatzer in den letzten Wochen und Monaten (vor allem seit dem Unabhängigkeitsreferendum in Ost-Timor) hat sich auch der Widerstand gegen die Mine verstärkt. Immer wieder kommt es zu Unruhen und Sabotageaktionen. In der indonesischen Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, die Freeport wegen seiner Umweltzerstörung kritisieren, einschneidende Veränderungen des Minenbetriebs fordern und gar mit einer Schließung der Mine drohen. Um dem entgegenzuwirken, reiste eigens Henry Kissinger, seines Zeichens ex-US-Außenminister und Aufsichtsratschef von Freeport, Ende Februar nach Jakarta. Er warnte vor einer Verschlechterung des Investitionsklimas für den Fall, dass man Freeport nicht weiter agieren lasse wie bisher, woraufhin er von Präsident Wahid zu seinem persönlichen Berater in Freeport-Angelegenheiten ernannt wurde!

Die NA macht sich zum Komplizen der Unterdrücker der west-papuanischen Bevölkerung. Am Kupfererz der NA aus der Freeport-Mine klebt das Blut der Papua. Auch das sollte mit der Aktion vor der Aktionärsversammlung publik gemacht werden. Die Protestierenden vor dem Congress-Centrum machten deutlich: Die NA wird auch künftig unter Beobachtung stehen.

Vo

8. Neue Startbahn - neuer Kampf. Im Rhein-Main-Gebiet formiert sich Protest gegen den Flughafenausbau

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:14

Allen Versprechungen der 80er Jahre zum Trotz plant die Flughafen AG erneut den Bau einer Startbahn für den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen. Um Widerstand wie beim Bau der Startbahn-West zu verhindern, sollte dieses Mal mit einem Mediationsverfahren für ausreichende Akzeptanz gesorgt werden. Doch das Spiel scheint nicht aufzugehen.

Die Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn-West des Flughafens Frankfurt/Main war Anfang der 80er Jahre ein Fokus der damals starken Protestbewegungen und Widerstandskulturen. Die Aktionen der Startbahn-GegnerInnen reichten dabei von der Einleitung eines (später verbotenen) Volksbegehrens, über Großdemonstrationen, Flughafenblockaden, bis hin zur Errichtung eines Hüttendorfes und militanten Aktionen. Doch gegen allen Widerstand wurde der Flughafenausbau durchgesetzt, mit der Einweihung der Startbahn-West im April 1983 war der Kampf verloren.

Mit allmonatlichen Sonntagsspaziergängen um die Startbahn-Mauern simulierte der radikale Bewegungsflügel danach weiterhin Widerstand. Bei einer dieser Spaziergänge am 2.11. 1987 fielen Schüsse, die 2 Polizisten das Leben kosteten und den Widerstand gegen die Startbahn-West endgültig zum Erliegen brachten. Die Staatsmacht nutzte die Gelegenheit für die juristische Abrechnung mit der Bewegung.

Seit einiger Zeit sorgt die Frankfurter Flughafen AG dafür, dass es eine Renaissance der Startbahn-West-Bewegung geben könnte. Denn ihre Versprechungen aus den 80er Jahren, nach der Erweiterung der Startbahn-West werde kein Baum mehr fallen, sind längst Makulatur. Angesichts der Konjunktur auf dem Flugsektor ist eine abermalige Erweiterung des Flughafens geplant.

Doch die Flughafen-BefürworterInnen haben gegenüber den 80er Jahren dazu gelernt. Im Zeichen der NGOisierung von Protestbewegungen werden Bürgerinitiativen nicht mehr frontal bekämpft, sondern eingebunden. Auf Beschluss des hessischen Landtags sollten in einem Mediations-Verfahren VertreterInnen der Flughafen-Firmen, LandespolitikerInnen und BI-Delegierte zusammengebracht werden. Der in der Startbahn-West-Bewegung geschätzte Pfarrer Kurt Oeser (SPD) aus Mörfelden-Walldorf wurde einer der drei Mediatoren. Oeser geriet wegen seiner Funktion allerdings heftig in die Kritik, und ein Großteil der neu entstandenen BIs verweigerte die Mitarbeit. "Mediation - ein anderes Wort für Sand in die Augen und Lärm ins Ohr", so hieß es in ihren Presseerklärungen.

Mediation statt Widerstand?

Das von der Mediatoren Anfang Februar vorgestellte und als "Anti-Lärm-Paket" gepriesene Ergebnis sah neben einer generellen Befürwortung des Flughafenausbaus (sie schlugen eine Nord- und zwei Südvarianten vor) ein von den Anliegergemeinden seit langem gefordertes Nachtflug-Verbot vor, gegen das die Flughafen AG sofort Sturm lief.

Seit einigen Monaten gibt es in der Region rund um den Frankfurter Flughafen regelmäßige Informationsveranstaltungen zu den neuen Ausbauplänen. In mehreren Städten wie Mörfelden-Walldorf, Neu-Isenburg oder Rüsselsheim machen Stadtverwaltung und Protestbewegung gemeinsame Aktionen. Viele mittlerweile in die Jahre gekommene Alt-AktivistInnen sind wieder dabei. Ähnlich, wie bei anderen Protestbewegungen fehlt der Nachwuchs. Die technikbegeisterten Computerkids, für die eine Flugreise zum Alltag gehört, sind so einfach nicht mehr zu mobilisieren.

An der ersten großen Anti-Startbahn-Demonstration der neuen Runde in der Frankfurter Innenstand am 25. März beteiligten sich ca. 4.000 Menschen. Das waren wesentlich mehr, als selbst die größten OptimistInnen der BIs erwartet hatten. Allerdings waren auch hier die über 35-Jährigen in der großen Überzahl. Es war vor allem ein Protest der Betroffenen. "Bemerkenswert war auch das geschlossene Fernbleiben der Politik. Dass sich Ausbaubefürworter wie die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth oder ihr sozialdemokratischer

Herausforderer in spe, Achim Vandreike, in den Zug der Protestierenden einreihen, war nicht zu erwarten. Aber dass sich kein einziges Magistratsratsmitglied und so gut wie kein Stadtverordneter aus dem Römer ein Bild von dem machen wollte, was die Menschen in Stadt und Umland bewegt, ist bedauerlich;" kommentierte die Frankfurter Rundschau vom 27. März.

Auch die grünen SpitzenpolitikerInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet suchte man vergebens. Die geben sich zwar kämpferisch gegen den Ausbau, doch Demoredner Michael Wilk, ein Veteran vom linken Flügel der Startbahn-Bewegung, sprach mit seiner Einschätzung wohl vielen DemonstrantInnen aus dem Herzen: "Es kann vermutet werden, wie das Votum der Grünen ausgefallen wäre, wenn sie weiter an der Regierung wären". Die SozialdemokratInnen zumindest haben schon für Klarheit gesorgt. Gegen eine relevante Minderheit, vor allem aus den betroffenen Gemeinden, ist die Partei auf Pro-Ausbau-Kurs gegangen. In wie weit die PDS, die sich eindeutig gegen den Flughafenausbau stellt, davon profitiert, wird sich spätestens bei den nächsten Wahlen zeigen.

Der Protest formiert sich

Auch ob sich die zersplitterte Rest-Linke wie einst in den 80er Jahren wieder auf eine Anti-Startbahn-Kampagne einigen kann, ist noch völlig offen. Erste zaghafte Ansätze gibt es. Das autonome Spektrum zeigt Interesse an dem Thema. Andererseits gibt es in diesen Kreisen seit Jahren eine schwer zu brechende Kampagnenmüdigkeit. Dabei würde das Thema Startbahn-Erweiterung Anknüpfungspunkte für eine Reihe anderer Kämpfe bieten. Die Rolle von Flughäfen als Drehscheibe für den internationalen Handel - auch mit Waffen - könnte ebenso thematisiert werden, wie das Abschieberegime. Gerade der Frankfurter Flughafen hat sich mit einem eigenen Abschiebeknast, in dem auch Minderjährige festgehalten werden, international in die Schlagzeilen manövriert. Bisher gab es nur wenige Versuche, dagegen Widerstand zu leisten. Eine linke Bewegung gegen die Flughafen-Erweiterung könnte daran durchaus anknüpfen.

Peter Nowak

9. Deportation.class. Kampagne gegen das Lufthansa-Geschäft mit der Abschiebung

Autor: Kölner Netzwerk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:44

Am 28. Mai 1999 starb der sudanesische Flüchtling Aamir Mohamed Ageeb an Bord einer Lufthansa-Maschine. Er sollte, durch BGS-Beamte begleitet, in den Sudan abgeschoben werden. Die Beamten hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und ihn so lange auf den Sitz gedrückt, bis er erstickte.

Der Tod von Aamir Mohamed Ageeb war im letzten Jahr der Auslöser für das bundesweite Netzwerk kein mensch ist illegal, auf die Verantwortung der Lufthansa bei Abschiebungen hinzuweisen und gegen ihre Beteiligung zu protestieren. In diesem Zusammenhang fanden dann auch schon 1999 einzelne Aktionen bei Reisebüros, auf Flughäfen oder z.B. bei der Aktionärsversammlung der Lufthansa statt. Nun soll dieser Protest in einer bundesweiten Kampagne gebündelt und forciert und nach einer Anfangsphase auch auf internationaler Ebene angestoßen werden.

Die Kampagne will durch vielfältige Aktionen und Projekte eine breite Öffentlichkeit erreichen, um auf die Verantwortung der Lufthansa aufmerksam zu machen. Es handelt sich dabei nicht um eine Boykottkampagne. Die Kampagne zielt vielmehr darauf, dass Lufthansa angesichts eines drohenden Imageverlustes vom "Geschäft mit der Abschiebung" ablässt.

Etliche Kampagnen der letzten Jahre haben wiederholt gezeigt, dass international operierende Konzerne reagieren, wenn sie einen Ruf zu verlieren haben. Der befürchtete Imageverlust hatte auf die oberen Konzernetagen sowohl in der Kampagne gegen Shell als auch im Zusammenhang mit der Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen eine enorme Wirkung. Dass auch die großen Fluggesellschaften auf Proteste sensibel reagieren, belegen Beispiele aus den Niederlanden, Belgien und der Schweiz: Im vergangenen Jahr beschloss Swissair, bis auf weiteres die Mitnahme "renitenter Deportees" in ihren Maschinen zu verweigern. Die Dachbesetzung bei Martin Air und die Androhung einer massiven Kampagne durch niederländische AktivistInnen vom Autonoom Centrum führten dazu, dass der Konzern aus dem Geschäft mit den Sammelabschiebungen ausschied.

Sie haben einen guten Ruf zu verlieren

Der Lufthansa sind allerdings bislang größere Proteste selbst nach dem Tod von Aamir Mohamed Ageeb erspart geblieben. Das soll sich nun ändern: Das schmutzige Geschäft mit den Abschiebungen und die Verantwortung der Lufthansa sollen in eine breite Öffentlichkeit getragen werden. Die ebenso klare wie einfache Forderung an die Lufthansa lautet: Ausstieg aus diesem Geschäftsbereich!

Anstelle eines Boykottaufrufs setzt die Kampagne auf die breite Veröffentlichung der gewalttätigen Schattenseite des Luftverkehr-Business und die Aufforderung an Fluggäste wie Flugpersonal zur Zivilcourage und zum Handeln gegen Abschiebungen. "Und deswegen werden wir überall auftauchen, wo die Lufthansa präsent ist, im Internet, vor den Flugschaltern auf den Airports, bei den Niederlassungen der Lufthansa, in Reisebüros. Wir werden alle Mitarbeiter der Gesellschaft auffordern, den Transport von ‚Schüblingen` abzulehnen, und sie und die Fluggäste über Möglichkeiten des Protestes gegen Abschiebungen aufklären. Denn nicht nur der Bundesgrenzschutz und die Geschäftsführungen der Luftfahrtgesellschaften tragen Verantwortung für Abgeschobene. Auch Piloten, Stewardessen, das Bodenpersonal und Polizisten können sich weigern, als willfährige Handlanger der staatlichen Abschiebepolitik zu fungieren, und damit womöglich das Leben von Flüchtlingen retten. Flugkapitäne sind nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für das Leben und die körperliche Unversehrtheit an Bord verantwortlich. Um dem verzweifelten Protest von Flüchtlingen zum Erfolg zu verhelfen, bedarf es oft gar nicht viel. Manchmal genügen laute Worte oder die schlichte Weigerung von Passagieren, sich beim Start der Maschine hinzusetzen. Wir fordern deshalb auch die Fluggäste auf, gegen Abschiebungen zu protestieren." (Kampagnenzeitung deportation.class)

Dass das Eingreifen von Passagieren durchaus erfolgreich sein kann, bewiesen im letzten Jahr die Fluggäste eines Swissair-Fluges nach Kinshasa, sie befreiten einen gefesselten Asylbewerber. "Der Mann, der hinter

einem Vorhang platziert worden war, hatte durch Schreien auf sich aufmerksam gemacht. Bei einer Zwischenlandung in Kamerun rissen rund 20 Passagiere den Vorhang weg, schlugen und traten auf die Schweizer Polizisten ein und befreiten den jungen Mann." (FR, 29.05.1999) Die Abschiebung wurde somit von den Fluggästen abgebrochen, der 23-jährige Kongolese kehrte in die Schweiz zurück. Als kurze Zeit später ein palästinensischer Flüchtling bei seiner Abschiebung eines gewaltsamen Todes stirbt, stellt Swissair den Transport von "renitenten Deportees" ganz ein.

Wesentlich unspektakulärer wurde die Abschiebung des Kurden Naci Assin noch vor dem Abflug verhindert: "Im Flugzeug sind der Freund und Naci aufgestanden und weigerten sich, sich anzuschnallen. Damit war der Flug blockiert. Irgendwann kam die Polizei rein und hat beide rausgeschleift ..." (junge welt, 13.3.1998)

Warum steht "nur" die Lufthansa im Zentrum der Kampagne, ist es doch so, dass die gesamte Abschiebepraxis und ihre Instrumente insgesamt ausgehebelt werden müssten? Die Lufthansa ist eben jener Konzern, der in der BRD eine ähnliche Funktion übernimmt wie KLM in den Niederlanden oder Swissair in der Schweiz.

Fasten your seat belt ...

Er sorgt dafür, dass Abschiebungen quasi rund um die Uhr in fast jedes Land der Welt möglich sind. Somit spielt die Lufthansa im Abschiebesystem eine zentrale Rolle. Wenn hier eine Änderung der Konzernpolitik erreicht werden kann, müssen Alternativen überlegt werden, die vielleicht nicht so reibungslos über die Bühne gehen. So funktionieren bislang Einzelabschiebungen nicht ohne die regulären Linien- und Charterflüge. Bei Abschiebungen in verschiedene Länder ist die "Ausschaffungs"-Maschinerie auf diese Möglichkeit der Einzelabschiebungen angewiesen, da Sammelabschiebungen organisatorisch und finanziell nicht zu machen sind. Ein Ausstieg der Lufthansa aus dem Abschiebebusiness wäre ein großer Erfolg.

Die Lufthansa-Kampagne bietet sehr viele konkrete Ansatzpunkte, da der Konzern fast überall vertreten ist (z.B. durch Reisebüros) - und das in ganz Europa. Hieraus ergeben sich womöglich ungeahnte Aktions- und Kooperationsmöglichkeiten. Da auch in den Benelux-Ländern, Frankreich und Italien die Fluggesellschaften Thema für die Antirassismus-Bewegungen sind, ist eine Zusammenarbeit zumindest punktuell schon vorprogrammiert.

Doch erst einmal muss die Kampagne in der BRD anlaufen. Im April gibt es in einigen Städten Aktionen an Flughäfen. Zum Todestag von Aamir Mohamed Ageeb ist für den 26.-28. Mai verabredet, in vielen Städten Mahn- und Protestaktionen zu veranstalten. Im Juni sollen Aktionen bei der Lufthansa-Aktionärsversammlung in Berlin ein erster Höhepunkt der Kampagne sein. Dabei wird die Kampagne an die positive Zusammenarbeit mit den Kritischen AktionärInnen im Vorjahr anknüpfen. War die damalige Aktion recht spontan organisiert, könnte mit der jetzt noch verbleibenden Vorbereitungszeit die Lufthansa-Aktionärsversammlung dieses Mal zu einem Spektakel werden, an das sich die Lufthansa noch lange erinnern wird. So wird es der Konzernspitze und den vielen AktionärInnen vielleicht nicht mehr möglich sein, sich vor einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema zu drücken.

Neben der Abschiebepraxis soll die Lufthansa im Rahmen der Kampagne auch immer wieder an ihre Verantwortung gegenüber den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen erinnert werden, die in den Lufthansa-Werken während des Nationalsozialismus schuften mussten. Allzu klammheimlich ist die Lufthansa dem "Entschädigungs"-Fonds beigetreten, mit dem Ziel, das Thema und eine Kritik erst gar nicht in der Öffentlichkeit aufkommen zu lassen. So billig soll sie nun doch nicht davonkommen.

Deshalb sollen die Forderungen nach Entschädigung und einer Aufarbeitung der Konzerngeschichte (Öffnung der Archive) immer wieder Thema in der Kampagne sein. So sind z.B. Veranstaltungen mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen geplant. Ein Teil der Wanderausstellung, die im Rahmen der Kampagne erstellt wurde, ist auch diesem Thema gewidmet. Daneben können sich die BesucherInnen der Ausstellung darüber informieren, wie sie sich am Flughafen und im Flugzeug bei Abschiebungen verhalten können. Plakate, die im Rahmen der Kampagnen-Vorbereitung entstanden sind, veranschaulichen verschiedene Aspekte, was Abschiebungen für die Flüchtlinge bedeuten und wie damit Geld gemacht wird. Texttafeln bieten Hintergrundinformationen zur Abschiebepolitik und der Rolle der Lufthansa. Die Ausstellung wird in verschiedenen Städten der BRD (und eventuell der Nachbarländer) zu sehen sein.

Gegen die Abschiebungen durch die Lufthansa sind noch viele andere Aktionen denk- und machbar: Alle Orte, an denen die Lufthansa in der Öffentlichkeit präsent ist, können für eine Gegenöffentlichkeit genutzt werden - Tourismusmessen, Flughäfen, Reisebüros, das Internet etc. So haben in Berlin ein gutes Dutzend Leute im März eine Aktion bei der Internationalen Tourismusbörse durchgeführt, bei der auf die Rolle der Lufthansa bei Abschiebungen aufmerksam gemacht wurde. (siehe: www.deportation-alliance.com)

Erklärtes Ziel bei allen Aktionen soll sein, das Image der "sauberen" Fluggesellschaft mit dem Makel der Beteiligung an Abschiebungen zu beflecken und der Lufthansa das Geschäft (damit) zu vermasseln. Damit die Kampagne gegen die Abschiebungen durch die Lufthansa erfolgreich wird, ist ihre Verbreiterung natürlich unabdingbar. Ansatzpunkte und Interventionsmöglichkeiten bietet die Lufthansa zur Genüge. Sollte es gelingen, das antirassistische Spektrum und andere Teile der Linken in der BRD für diese Kampagne zu gewinnen, dann wird sich die Lufthansa spätestens im Sommer sicher anschnallen müssen.

Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal

Service

Plakatausstellung

(Kontakt und Bestellung): Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal,

c/o Ev. Gemeinde, Siebachstr. 85, 50733 Köln,

Tel: 0221-97310313,

E-Mail: kmii@stadtrevue.de

Materialien

(Kampagnen-Plakate, Zeitungen, Postkarten, Flugblätter und Aufkleber):

AG für Freies Fluten, Metzger Str. 8, 63450 Hanau,

Fax: 06181-184892,

E-Mail:

AG3F@OLN.comlink.apc.org

Kontakt

Die Kampagne kein mensch ist illegal verfügt über kein Büro oder feste Strukturen, ist aber über diese Ansprechstellen erreichbar. Post: kein mensch ist illegal c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustraße 2 a, 10961 Berlin, Telefax: 06181/184892 Telefon: 0172/8910825, E-Mail:

grenze@ibu.de, http://www.

contrast.org/borders/kein,

Bankverbindung:

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration,

Berliner Sparkasse,

BLZ 100 500 00, Konto-Nr.: 61 00 24 264, Stichwort: "kein mensch ist illegal"

10. Makabre Wirklichkeit. Aktuelle Chronologie über Todesfälle und Verletzungen von Flüchtlingen

Autor: as · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:17

Die rassistische Gewalt wohnt in der Nachbarschaft, fährt mit der gleichen Straßenbahn; sie stattet dem Flüchtlingsheim einen "Besuch" ab und lauert auf deutschen Kirmesfesten. Fast täglich werden hier lebende MigrantInnen überfallen, bedroht oder gedemütigt. Ab und zu sind solche Überfälle auf MigrantInnen auch im Kleingedruckten der hiesigen Tageszeitungen zu lesen. Etwas mehr Aufmerksamkeit bekommt nur, wer nicht nur verletzt, sondern auch zu Tode gehetzt wird - beispielsweise Farid Gouendoul in Guben. Damit die Kurzmeldungen nicht im Alltagsgeschäft untergehen und die Opfer rassistischer Gewalt nicht vergessen werden, dokumentiert die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) seit 1993 die Überfälle von rechten SchlägerInnen auf Flüchtlinge. Sie erfasst aber auch die von Staats wegen herbeigeführten Todesfälle und Verletzungen.

Bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften und Hetzjagden starben nach Angaben der ARI seit 1993 mindestens 52 Menschen; mindestens 458 wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Dunkelziffer für angegriffene und verletzte Flüchtlinge dürfte aber sehr hoch sein. Während es für das Bundesland Brandenburg Initiativen wie die Opferperspektive oder das Büro der Ausländerbeauftragten gibt, die systematisch dokumentieren, sind die Vorfälle in den restlichen Bundesländern nur lückenhaft erfasst.

Der größte Teil der Todesfälle von Flüchtlingen geht jedoch auf das Konto des Staates. In dem erfassten Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1999 starben mindestens 113 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland. Allein 87 Personen starben an den östlichen Grenzen Deutschlands. 267 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 141 an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Der Bundesgrenzschutz verletzte 58 Flüchtlinge, als sie versuchten, die deutsche Grenze zu überwinden. Ein Großteil von ihnen wurde von Zoll- und Diensthunden gebissen. Durch Polizeigewalt in der BRD starben 9 Flüchtlinge und mindestens 97 wurden verletzt.

78 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 36 Menschen starben in der Abschiebehaft. Mindestens 185 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung und Panik vor der Abschiebung selbst verletzt oder versuchten sich umzubringen und überlebten zum Teil schwer verletzt. Während der Abschiebung starben fünf Flüchtlinge und 97 wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.

Nicht aufgeführt sind die Menschen, die - auf Grund ihres Arbeitsverbotes, wegen der Beendigung der Aufenthaltsgenehmigung oder weil sie einen Schuldenberg, der ihre Flucht finanziert hat, abtragen müssen - in sogenannte nicht legale Arbeit gedrängt wurden und dabei zu Tode kamen oder verletzt wurden.

Die ARI stützt ihre Dokumentation auf Pressemeldungen, Hinweise und eigene Recherchen. Die Berliner Initiative weiß, dass es kaum gelingen kann, eine vollständige Chronologie zu schreiben - zu hoch ist die Dunkelziffer. Darüber hinaus erfasst die Initiative auch keine Übergriffe auf MigrantInnen, sondern beschränkt sich ausdrücklich auf Flüchtlinge. Alles andere würde wohl auch den Rahmen der verdienstvollen Dokumentation sprengen.

as

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, 7. aktualisierte Auflage, Berlin 2000, 13,50 DM

Zu bestellen bei: Antirassistische Initiative Berlin, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 030/7857281

11. Blut und Geist. Das Magazin Moondance und sein Herausgeber Timo Kölling

Autor: Bob Andrews · Rubrik: Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:09

Das ursprüngliche Musikmagazin Moondance vollzieht in seiner jüngsten Ausgabe den Schritt zum kulturpolitischen Magazin, mit einem Konglomerat verschiedener hinlänglich bekannter Autoren, Themen und Interviews mit Musikgruppen, die Repräsentanten einer rechts-esoterischen, konservativ-revolutionären oder faschistischen Kulturstrategie sind.

Timo Kölling (Porta Westfalica) ist Herausgeber des Magazins Moondance, das 1995 als Black Metal Fanzine startete. Diese ausschließlich musikalische Präferenz ist mittlerweile in den Hintergrund getreten. Die jüngst erschienene, mit aufwendigem Umschlag und 168 Seiten äußerst umfangreiche fünfte Ausgabe markiert den Wandel vom reinen Black Metal zu einem Magazin, das sich mit Musik und Themen aus Heidentum, Esoterik und Philosophie auseinander setzt. Dieser Wandel ist auf die Öffnung der Musik des Black Metal hin zur Pop-Kultur zurückzuführen, die für Kölling gleichbedeutend ist mit dem Niedergang dieser Musikrichtung und der von ihr repräsentierten Inhalte und Werte. Für Kölling steht Black Metal in seiner ursprünglichen Form für Satanismus und Heidentum, nordische Mythologie und Naturmystik, Misanthropie und Individualismus. (1) Mit dem konstatierten Niedergang begab sich Kölling auf die Suche nach Denkern und Musikern, die seinen Vorstellungen entsprechen, und fand jene, die das Gestern bzw. Vorgestern repräsentieren. In der vierten Ausgabe veröffentlichte er einen langen Nachruf auf Ernst Jünger. Ein Autor, mit dem er die Vorstellung von der "Un-Gleichheit" der Menschen teilt. "Ich lehne es ab, die moderne Ideologie zu teilen, dass Menschen gleich sind", so Kölling im Interview mit dem itatalienischen Fanzine Hellflame: "Menschen sind ungleich, und es gibt keinen Grund, warum man diese Wahrheit nicht sagen sollte. Wie der viel respektierte und hoch gefeierte Ernst Jünger in einem seiner Bücher schrieb: ‚Manchmal habe ich das Gefühl, dass der Unterschied zwischen Menschen größer ist als zwischen einem Menschen und einem Stein.` 99,9% der Menschheit heute ist meiner Meinung nach spirituell tot und folglich ist die Minderheit der spirituell Überlegenden eine Elite." (2) Kölling, der auch Mitglied des heidnischen Bundes Order Of Jarls Of Balder ist, veröffentlichte vor einigen Jahren das "Equilibrium Manifesto". Die kleine Schrift ist eine Synthese aus Ideen von Friedrich Nietzsche, Oswald Spengler und Julius Evola. In ihr kehrt Kölling die Notwendigkeit hervor, in diesen von ihm proklamierten Zeiten des Untergangs der europäischen Kultur eine neue Tradition zu entwickeln, die auf alten Werten aufbauen soll, Spengler nannte dies "Der Untergang des Abendlands". "Gewöhnlich denke ich, dass ein Neuerwachen des Blutes möglich ist. Sicher nicht während dieser Zeiten des Verfalls und Niedergangs, aber diese Zivilisation, wie wir sie heute sehen, hat keine Zukunft. Sie wird umkommen in Chaos und Zerstörung. Aber wir müssen heute beginnen, eine neue Elite zu schaffen, die den Geist unserer Kultur durch diese Zeiten des Chaos sicher geleiten wird. Andernfalls wird es zu spät sein." Es ist eine Mischung aus pessimistischem Kulturverfall, faschistischem Elitedenken und der Sehnsucht nach einer spirituell, mystisch verklärten Diktatur.

Diese Sehnsucht, deren Erfüllung im Moondance in einem Rückgriff auf in die Vergangenheit gesucht wird, bildet die Klammer derer, denen Kölling sein Magazin widmet. Es sind dies Friedrich Nietzsche, Julius Evola, Ernst Jünger, Stefan George, Hermann Hesse, Corneliu Zelea Codreanu, Miguel Serrano. Ideologisch bleiben die Anleihen nicht beim aussagekräftigen Titel von Köllings Publikation "Anti-Egalitarismus als freiheitliche Doktrin", denn Codreanu als Führer der faschistischen Bewegung Rumäniens, der Eisernen Garde, und Miguel Serrano als Vertreter des "esoterischen Hitlerismus", einer spirituellen Rechtfertigung des Nationalsozialismus, sind eindeutige Bezugspunkte. Nicht nur die Denker, deren Ideologien in diesem Magazin verbreitet werden, auch die Mitschreiber des Heftes sind wohl bekannt. Die Artikel des für die Buchbesprechungen zuständigen Martin Schwarz alias Robert Schwarzbauer finden sich normalerweise in einschlägigen Publikationen der extremen Rechten, von Criticon, Nation Europa oder Opposition, aber auch im rechten Darkwave-Magazin Sigill.

Damit der Geist der kulturellen Veränderung nicht nur auf den deutschen Sprachraum beschränkt bleibt, wurde das Magazin komplett in Englisch verfasst. In seinen Darstellungen und mit den Interviews von einschlägig bekannten Musikern versucht Timo Kölling eine Aufbruchstimmung in eine neue (alte) Zeit zu vermitteln. Neben Interviews mit Musikgruppen aus dem Metal-Bereich werden u.a. auch Markus Wolff von der Formation

Waldteufel und Gerhard Petak (Kadmon), von der Musikgruppe Allerseelen interviewt. Wolff klagt über die Zerstörung von Natur und den Verfall von Kultur und Tradition. Ein Heilszeichen kündet sich für ihn an in der stetigen Ausbreitung heidnischer Gemeinschaften, an der er als aktives Mitglied der nordisch-germanischen Glaubensgemeinschaft Tribe of the Wulfing selbst beteiligt ist. Ein von ihm verfasster Artikel über die Bedeutung der Irminsul, Symbol der nordischen Weltenesche, ist ein Nachdruck aus dem rechten heidnischen Magazin Vor Tru. (3) Auch Michael Moynihan, selbst Mitglied jener Vereinigung und Kopf der Band Blood Axis, kommt in dem Magazin zu Wort. In einem Interview lässt er sich über seine Vorstellungen von "Schönheit und Stärke" aus, die sich an sozialdarwinistischen Thesen und faschistischen Ideen orientieren. Der Bericht "The Blood Axis Indo European Sacrifice Tour" aus seiner Feder, in der Namensgebung eine Anlehnung an den indo-europäischen bzw. indo-arischen Mythos, soll schließlich die Dimension des heidnisch-völkischen Aufbruchs skizzieren, dessen er während seiner letzten Tournee gewahr wurde.

Nazi-Symbole als Blickfang

Die von Kölling präsentierten Inhalte stellen einen weiteren Einbruch rechts-esoterischen, konservativ-revolutionären und faschistischen Gedankenguts in ein subkulturelles Milieu von Darkwave bis Black Metal da, das sich bisher kaum gegen solche Bestrebungen abgegrenzt hat.

Und schon künden Werbeanzeigen in einschlägigen Magazinen vom Erfolg des Konzeptes, so z.B. im rechtsgerichteten Sigill aus Dresden, das praktisch ein Pendant zum Moondance in der Darkwave-Szene ist. (4) In der neusten Ausgabe wird das Magazin mit einer ganzseitigen Anzeige beworben, optischer Blickfang ist das Symbol der Schwarzen Sonne, das auch das Cover des Moondance-Magazin ziert. Bekannt ist dieses Symbol aus der Wewelsburg, der ehemaligen Ordensburg der SS. In dessen Gruppenführerraum ließ Himmler ein Bodenmosaik mit dem Symbol anfertigen, das heute als Vorlage für die rechte Heiden- als auch Darkwave-Szene dient. Aber auch im Heavy-Metal-Genre findet das Magazin seinen Widerhall. Das Magazin Legacy, mit einer Auflage jenseits der Zehntausender-Grenze, veröffentlichte beispielsweise eine lange Rezension des Magazins. Dem Rezensenten Thor Wanzek ist die politische Dimension des Moondance wohl bewusst, da das Magazin, wie er schreibt, "in seiner Optik als auch inhaltlich gegen akzeptierte Normen von einigen selbst ernannten Antifaschisten und Demokraten verstößt". (5) Dennoch rät er zum Kauf des Magazins und vertraut dabei auf die kritische Intelligenz der Leserschaft. Dass es damit nicht so weit her zu sein scheint, verdeutlicht der Rezensent selbst: Wanzek schreibt, nachdem er sich pflichtbewusst gegen dumpfe neonazistische Parolen abgegrenzt hat: "Das Moondance unterstützt jedoch eine kulturelle und philosophische Sichtweise, die trotz und auch gerade durch ihre ‚Weltfremdheit` sehr überlegenswerte und meines Erachtens nach positive Gedanken enthält." Die Parolen der neonazistischen Rechten verdammend ist es so möglich, die Konservativen Revolutionäre und Faschisten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als moderate Denker zu empfehlen und Bands wie Blood Axis, Allerseelen, Changes und Waldteufel zu hofieren. Jene Musiker, die versuchen, diesem Gedankengut unter heidnischen Gesichtspunkten neues Leben einzuhauchen und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, wie z.B. jüngst wieder Markus Wolff (Waldteufel), der als Single-Auskopplung seines neuen Tonträgers das Lied "Berghoch am Walde" veröffentlichte. Musik und Text stammen von Hermann Wirth, dem Begründer des SS-Ahnenerbes der Forschungsorganisation für germanische Vor- und Frühgeschichte im Geiste des Nationalsozialismus!

Bob Andrews

Anmerkungen:

1) Vgl. auch: Dornbusch, Chr.: Unheilige Allianz. Black Metal zwischen Heidentum und Neonazismus. In: ak, Nr. 428.

2) Hellflame, Nr. 6.

3) Vor Tru, Nr. 57. Das Magazin ist das offizielle Organ der Asatru Alliance, einer Dachorganisation germanisch-heidnischer Gruppen in den USA.

4) Vgl.: Cremet, Jean: Jenseits von Böhse Onkelz und Screwdriver: Darkwave. In: ak. Nr. 389.

5) Legacy, Nr. 5.

12. Baseball als Aufgabe der Linken? Interview mit dem Stadtteilaktivisten Juan Contreras über die Chancen sozialen Wandels in Venezuel

Interview mit dem Stadtteilaktivisten Juan Contreras über die Chancen sozialen Wandels in Venezuela

Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:23

Das als "stabil" geltende Venezuela geriet in letzter Zeit gleich mehrmals auf Grund massiver Erschütterungen in die Schlagzeilen der internationalen Presse: Ende 1998 wählte eine überwältigende Mehrheit den ehemaligen Putschisten Hugo Chávez zum Präsidenten und verwies die jahrzehntelange Zweiparteienherrschaft aus "sozialdemokratischer" AD und "christdemokratischer" COPEI auf die Plätze. Im Dezember vergangenen Jahres zerstörte dann eine Unwetterkatastrophe große Teile der venezolanischen Karibikküste. Tausende, vor allem ElendviertelbewohnerInnen, ertranken in den Fluten.

Doch politisch brodelt es unter der Oberfläche der südamerikanischen Erdölrepublik schon seit mehr als 10 Jahren. Im Februar 1989 reagierte die Bevölkerung mit einem spontanen Aufstand, dem sogenannten Caracazo, auf die neoliberale Sparpolitik der sozialdemokratischen Regierung von Carlos Andrés Pérez. Ende 1989 und 1992 folgten Putschversuche einer linksnationalistischen Offiziersbewegung, die Pérez fast um sein Amt brachten.

Die venezolanischen Unteroffiziere um den heutigen Staatschef Chávez verstanden sich jedoch im Gegensatz zu den meisten Militärkonspirationen in anderen lateinamerikanischen Staaten als Teil einer Volksbewegung. Die wichtigsten Punkte ihres Putschprogramms lauteten: Kampf der Korruption, Stopp den neoliberalen Wirtschaftsreformen, Demokratisierung von unten und größere Souveränität gegenüber den USA.

Die beiden versuchten Staatsstreiche, die in einzelnen Stadtteilen die Dynamik eines Volksaufstandes annahmen, wurden von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen. Dennoch konnte die Opposition aus den Reihen des Militärs nicht endgültig besiegt werden. Eine breite Solidaritätsbewegung schützte die Unteroffiziere vor allzu langen Haftstrafen. Chávez und die "patriotischen Militärs" gründeten eine legale Wahlplattform, die Revolutionär-Bolivarianische Bewegung (die heute Bewegung 5. Republik heißt) und gewannen 1998 gemeinsam mit den zentrumslinken Parteien MAS und PTT die Wahlen. Seitdem regiert im Land eine Mitte-Links-Koalition, die sich dem "Bolivarismus" verschrieben hat, eine lateinamerikanische Spielart des Antiimperialismus, benannt nach dem Unabhängigkeitsgeneral Simón Bolívar.

Juan Contreras ist Mitglied der Coordinadora Cultural Simón Bolívar, einem Dachverband landesweiter Basis- und Stadtteilorganisationen. Der Arbeitsschwerpunkt der Coordinadora liegt im Stadtteil 23 de Enero, einem Armenviertel mit etwa 500.000 EinwohnerInnen am Rand der Hauptstadt Caracas. Die Coordinadora gilt in Venezuela als eine der wenigen linken Gruppierungen mit klar radikalen politischen Profil.

ak: Die Coordinadora hat 1998 den Präsidenten Chávez im Wahlkampf unterstützt. Du hast dich sogar auf einer Liste der Bewegung 5. Republik aufstellen lassen und für den Kongress kandidiert. Für eine basisorientierte und wenig staatszentrierte linke Strömung finde ich das überraschend.

Contreras: Früher waren wir Teil der radikalen, bewaffneten Gruppen und strebten eine staatliche Machtübernahme an. Seit 1991 haben wir Kontakte zu der illegalen Unteroffiziersbewegung, die hinter den Aufständen von 1989 und November 1992 steckte. Am zweiten Aufstand waren wir aktiv beteiligt. Vor diesem Hintergrund ist klar, warum wir Chávez unterstützen. Seine Wahl eröffnet uns Möglichkeiten, an einer Transformation des Landes auf verschiedenen Ebenen mitzuwirken - allerdings nur, wenn dieses Projekt zu einer Basisbewegung wird. Das bedeutet nicht, dass wir die Regierung unkritisch betrachten. Chávez hat sich mit einigen seiner ehemaligen Kampfgefährten überworfen, es hat bis jetzt keine echte soziale Veränderung gegeben, die Korruption blüht wie eh und je. Aber die Dinge lassen sich auch nicht von einem Tag auf den anderen verändern.

Zusammenfassend würde ich also sagen: Es geht nicht um das Projekt Chávez, sondern um ein Projekt für Venezuela, das allen Leuten ein menschenwürdiges Leben, Zugang zu Gesundheit und Bildung und die

Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen garantiert. Ob sich dieses soziale Projekt materialisiert oder nicht, ist das Kriterium für unsere Haltung gegenüber dem Präsidenten.

Auf den ersten Blick erscheint die Coordinadora Cultural Simon Bolivar eher als soziales, denn als politisch subversives Projekt. Ihr veranstaltet zum Beispiel auch viele kulturelle und sportliche Events. Baseball als Aufgabe der Linken?

Die Stadtteilorganisierung hat eine lange Tradition. Fast alle Nachbarschaftsverbände, Kulturclubs und Sportgruppen in 23 de Enero haben seit den 70er Jahren einen politisch radikalen Einfluss ausgeübt. Als die Führungen der linken Organisationen zerschlagen wurden, mussten wir uns selbst organisieren. Wir versuchten, die Fehler der alten venezolanischen Linken zu überwinden. Eines der größten Probleme der klandestinen Organisationen bestand darin, dass sie kaum Verbindungen zu den Leuten besaßen und die tägliche politische sowie soziale "Kleinarbeit" vernachlässigten.

Die Guerilla-Aktivisten, die sich legalisieren ließen, gingen in die Parlamente, wurden Abgeordnete oder Gemeinderäte. Dabei vergaßen sie häufig, dass es keine Veränderung der Gesellschaft ohne Beteiligung der Bevölkerung gibt.

Wir dagegen haben uns bei der Gründung der Coordinadora an Antonio Gramscis Konzept der dualen Macht orientiert: Dem Aufbau einer Machtstruktur innerhalb von bestehenden Machtstrukturen.

So gab es bis zur Regierungsübernahme von Chávez einerseits Leute, die sich an Protesttagen Schlachten mit der Polizei lieferten, und gleichzeitig existierte eine starke Basisarbeit, die vor allem das Ziel verfolgte, die Menschen spüren zu lassen, dass sie etwas eigenes schaffen können.

Mit Kultur- und Sportveranstaltungen wollen wir der Jugend aus den Elendsvierteln eine Alternative zu den Drogen aufzeigen, ihnen beweisen, dass auch Leute von unten etwas schaffen können; und wir arbeiten daran sie zu organisieren. Soziale Organisierung ist eine Form der Parallelmacht.

Du bist in den letzten Jahren ständig verhaftet worden ...

Ja, unter den Regierungen von Carlos Andres Pérez und Rafael Caldera war die Repression kontinuierlich. Es gab Hausdurchsuchungen, Überfälle auf 23 de Enero, Festnahmen und die absurdesten Vorwürfe. Als 1996 dann die Transportpreise erhöht und in Caracas mehr als 20 Busse verbrannt wurden, geriet unser Viertel erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit und die Justiz erließ Haftbefehle gegen die meisten von uns. Der Staat verfolgte die Coordinadora, weil sie in der Bevölkerung ein politisches Bewusstsein geschaffen hatte und in der Lage war, zu wachsen.

Was würdest du als die positiven Ergebnisse von Chávez' bisheriger Amtszeit bezeichnen?

Zum einen, dass sich die Venezolaner wieder zu politischen Äußerungen ermutigt fühlen. Egal, wo du heute hingehst, ob du in ein Taxi steigst, an einer Straßenecke mit Leuten herumstehst oder einen Friseurladen betrittst - überall diskutieren die Leute über Politik. In den 40 Jahren Zweiparteiensystem war das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten inexistent.

Außerdem hat Chávez die beiden großen Parteien AD und COPEI beerdigt. Wenn man weiß, wie die Eliten dieser Parteien das Land beherrscht und ausgeraubt haben, versteht man, welch herausragende Leistung das ist.

Drittens ist eine neue Verfassung ausgearbeitet und über ein Referendum legitimiert worden, die in der Menschenrechtsfrage und für ethnische Minderheiten große Verbesserungen gebracht hat. Die neue Verfassung macht auch ein politisches System ohne Parteienherrschaft möglich.

Nicht zuletzt verfolgt die Chávez-Regierung seit langem das erste Mal wieder eine souveräne Außenpolitik. Außenminister Rangel hat beispielsweise die US-Blockade gegen Kuba durchbrochen und unterstützt den Verhandlungsprozess zwischen Staat und Guerilla in Kolumbien.

Die Regierung Chávez versteht sich - genau wie ihr auch - als "Patrioten" und betont die Bedeutung nationaler Souveränität sowie einer Politik "zu Gunsten der Venezolaner". Was bedeutet ein nationalistischer Diskurs für ein Land wie Venezuela, in dem Millionen von MigrantInnen leben, darunter viele Illegalisierte?

Du musst die Forderung nach Souveränität in einem konkreten Zusammenhang sehen. Es ist ein Verdienst der Regierung Chávez, dass sie gegenüber den USA eine selbstständige Position entwickelt und der US-Luftwaffe das Überfliegen venezolanischen Luftraums verboten hat. (1)

Zudem ist den Menschen in Lateinamerika seit Jahrhunderten eine eigenständige kulturelle, soziale und politische Entwicklung verweigert worden. Wir suchen nach einer eigenen Identität. Einwanderung ist dabei nicht das Problem. In Venezuela leben Menschen aus fast allen Kontinenten. Wir haben verschiedenste Hautfarben und kulturelle Einflüsse. Das Selbstverständnis des Bolivarianismus ist lateinamerikanisch und nicht im engen Sinne nationalstaatlich. Wir wollen die Einheit dieses Kontinent und der Menschen, die auf ihm leben. Unser Widerstand richtet sich nicht gegen Migration, sondern gegen das Kultur- und Lebensmodell, das uns von den mächtigen kapitalistischen Staaten aufgezwungen wird.

Bis vor 10 Jahren hat Venezuela dank der Erdöleinnahmen eine Sonderrolle in Lateinamerika eingenommen. Einerseits gab es Nahrungsmittelsubventionen und Gesundheits sowie Erziehungswesen waren im Prinzip staatlich. Andererseits existierte eine unvorstellbare Bürokratisierung des Staats-Apparats. Die Korruption war maßlos. Die Bevölkerung hat Chávez an die Macht gebracht, um der Korruption und dem neoliberalen Kurs etwas entgegenzusetzen. Nun hat sich allerdings unter seiner Regierung bisher nichts Wesentliches an der Sparpolitik seines Vorgängers geändert.

Es stimmt, die unter Carlos Andrés Pérez (dem ehemaligen Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationalen, ak) 1989 eingeleitete neoliberale Kürzungspolitik wird auch von Chávez fortgesetzt. Allerdings muss man fairerweise darauf hinweisen, dass der politische Prozess in Venezuela eine Vielzahl von Feinden besitzt. Die USA verfolgen die Entwicklung mit Argusaugen, die Nachbarländer, die unter der Fuchtel Washingtons stehen - allen voran Peru - sind ebenfalls gegen soziale Veränderungen und schließlich hat hier jeder Ansatz von Transformation auch mit den einheimischen Unternehmer und den bürgerlichen Medien zu kämpfen, die auf der Seite des Kapitals stehen.

Die Chávez-Regierung hat bis jetzt nicht eine einzige gegen das Kapital gerichtete Maßnahme ergriffen ...

Klar, was in Venezuela passiert, hat mit einer Revolution nichts zu tun. Chávez ist kein Linker, das behauptet er auch nicht. Aber du musst auch die Rahmenbedingungen sehen. Wir leben in einer unipolaren Welt, in der die Spielräume für alternative Politik klein sind. Wenn es dennoch zu realen Verbesserungen in den Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Wohnen kommt, werden wir diesen Prozess unterstützen.

Allerdings deuten im Moment alle Anzeichen darauf hin, dass sich die Angelegenheit verschlechtern wird. Es würde mich nicht wundern, wenn Linke wie wir in einem Jahr wieder mit Haftbefehl gesucht werden.

Vor einigen Tagen habe ich mit einem Studentenvertreter in Mérida gesprochen, der Chávez als "die letzte Alternative zum offenen Klassenkrieg" bezeichnete. Schätzt du das ebenfalls so ein?

Ich glaube, dass es zu schweren Zusammenstößen kommen wird, wenn Chávez die Hoffnungen der Bevölkerung enttäuscht. In diesem Fall sind verschiedene Szenarien möglich: die Renaissance der Guerillagruppen, Volksaufstände, aber auch militärische Auseinandersetzungen innerhalb der Armee. Sicher ist nur, dass diese Regierung für viele den letzten Ausweg repräsentierte. Ein Grund mehr, ihr eine Chance zu geben.

Interview: Raul Zelik, Caracas

Anmerkung:

1) Die US-Armee nutzt ununterbrochen den Luftraum Ecuadors, Perus und Panamas zur Kontrolle der kolumbianischen Guerillagebiete.

13. Mobilisieren statt Jubilieren. Fallstricke der Erlassjahrkampagne- am Beispiel Südamerika

Fallstricke der Erlassjahrkampagne - am Beispiel Lateinamerika

Autor: sk · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:52

Vor hundert Jahren stornierte Brasilien erstmals die Zahlung seiner Auslandsschulden. Es begann ein Kreislauf, der in den 80er Jahren als sogenannte Schuldenkrise traurige Berühmtheit erlangte. Vorausgegangen war die großzügige Kreditvergabe internationaler Gläubiger, die vom Ölboom profitiert hatten, an lateinamerikanische Regierungen. Die Folgen waren fatal für die gesamte Region. Ein großer Teil der bewilligten Kredite wurde (und wird) von korrupten Regierenden selbst auf private Bankkonten in Europa oder den USA umgeleitet. Ein Land nach dem anderen versank in der Zinsfalle.

Die internationalen Finanzinstitutionen sollten die vor dem Konkurs stehenden Länder wieder zahlungsfähig machen, der Internationale Währungsfonds (IWF) knüpfte die Bewilligung seiner Finanzspritzen an harte Strukturanpassungsprogramme (SAP). (1) Im Fall von Brasilien ist es dem IWF beispielsweise gelungen, die Privatisierung der Schlüsselindustrien Telekommunikation und Energie durchzusetzen. Die SAP hatten in den meisten Fällen die rapide Verarmung großer Bevölkerungsteile in den betreffenden Ländern zur Folge. In den vergangenen 20 Jahren stieg in Lateinamerika die Zahl der nach Weltbank-Kriterien Verarmten von 136 auf 204 Millionen Menschen. (2)

In Bolivien, wo inzwischen 70 Prozent der acht Millionen EinwohnerInnen von weniger als einem Dollar pro Tag leben muss, protestieren die durch Massenentlassungen der letzten Jahre stark geschwächten Gewerkschaften seit Monaten gegen ein neues Sparprogramm des IWF. Dies sieht weitere drastische Lohnkürzungen und Kündigungen vor. Selbst IWF und Weltbank geben allerdings inzwischen zu, dass die während der 90er Jahre angewandte harte SAP-Politik nicht funktionierte. 1996 wurde von den Schuldnerländern und der Weltbank die Initiative der hochverschuldeten Länder (HIPC) gegründet, mit dem Ziel, das Niveau der Schulden so weit zu drücken, dass sie "erträglich" werden, sowie eine begrenzte Schuldenreduzierung für wenige als besonders arm eingestufte Länder zu erreichen.

Die HIPC-Initiative wurde von den Kirchen und einigen NGOs von Beginn an stark kritisiert. Zum einen, weil das Konzept nur einen Teilerlass der Schulden für bestimmte Länder vorsieht. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Initiative von den Kreditgebern entworfen wurde, denen der bedingte und teilweise Schuldenerlass als Mittel der Kontrolle darüber dient, ob sich die "ausgewählten" Länder in "gute Schuldner" verwandeln und wieder zahlungsfähig werden. Drittens ist die Initiative direkt mit mit Reformprogrammen des IWF verknüpft: Den bisher strikt monetaristisch ausgerichteten SAP sollen in Zukunft sogenannte "Armutskriterien" hinzugefügt werden. So ist der teilweise Schuldenerlass für die HIPC-Länder an sogenannte "Antiarmutsstrategien" geknüpft, die von den Regierungen der Schuldnerstaaten vorgelegt werden müssen. Die Privatisierungslogik soll allerdings unangetastet bleiben. In der Praxis bedeutet diese modernisierte Form der SAP, dass die Schuldnerstaaten private Träger, NGOs, Kirchen und Unternehmer mit der Finanzierung und Durchführung von Sozialprogrammen betrauen, wie es heute schon in Bolivien der Fall ist, wo NGOs unter staatlicher Aufsicht den größten Teil des Gesundheitssektors bestreiten. Der IWF gibt damit die formale Verantwortung der Armutsbekämpfung an die Staaten der Dritten Welt zurück.

Modernisierte Strukturanpassung

Erlassjahr 2000 oder Jubilee 2000 heißt eine Kampagne, die im Juni vergangenen Jahres beim G-7-Treffen in Köln erstmals öffentlich auftrat. Von der katholischen Kirche gegründet, sind inzwischen Gewerkschaften, NGOs und Grassroots-Initiativen aller Kontinente daran beteiligt. Der Mainstream von Jubilee 2000 denkt allerdings realpolitisch und fordert lediglich einen bedingten Schuldenerlass, geknüpft an staatliche Sozialprogramme. Trotzdem ist es auch dem Druck von der Erlassjahrkampagne zu verdanken, dass die Vertreter der G-7-Staaten vergangenen Juni in Köln den von HIPC eingebrachten Vorschlag akzeptierten, 41 "arme hochverschuldete Länder" des Südens insgesamt 100 Milliarden Dollar Schulden zu erlassen. Beim Weltbanktreffen in Washington Anfang dieses Jahres beschlossen Weltbank und IWF die Umsetzung des Vorschlags. Den betreffenden Ländern - in Lateinamerika sind es Nicaragua, Honduras, Guyana und Bolivien -

sollen die Schulden so weit erlassen werden, dass der jährliche Schuldendienst nicht über 10 Prozent der Exporteinnahmen liegt. In Bolivien liegt er derzeit bei 35, in Nicaragua bei 43 Prozent.

Verschiedene Beispiele verdeutlichen jedoch, dass die ausschließliche Fixierung auf die Regierungen der Schuldnerländer, die statischen "Armutskriterien" des HIPC und das vereinheitlichende Forderungskonzept der Erlassjahrkampagne vor Ort seltsame Früchte tragen kann: "Eine gute Nachricht" habe er für seine Landsleute, verkündete der bolivianische Präsident Hugo Banzer Anfang Februar nach dem Gipfel in Washington: der Andenstaat sei so arm, dass er es in die zweite "Runde" des Entschuldungsprogramms der Internationalen Finanzorganisationen "geschafft" habe. Bolivien würden mit der Initiative insgesamt 1,75 seiner 3,7 Milliarden US-Dollar Außenschuld erlassen. Staatschef Banzer versucht mit dem "Armutszeugnis" die Folgen seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik zu kaschieren. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Bolivien sank von 740 Dollar 1970 auf 550 Dollar heute. Doch der Präsident erklärte euphemistisch: "Der Erlass ist der Beitrag meiner Regierung zum Kampf gegen die Armut".

Der Run ums Armutszeugnis

Für die EntschuldungsaktivistInnen derjenigen Länder, die von der Initiative ausgeschlossen sind, bedeutet die HIPC eine Enttäuschung. In einigen der nicht als arm eingestuften Ländern liegt der Anteil des Schuldendienstes an den Exporteinnahmen zum Teil noch höher als in den HIPC -Ländern, wie im Fall von Brasilien mit 58 Prozent. Dieses Missverhältnis ist der Tatsache geschuldet, dass die Auswahlkriterien sich im Wesentlichen auf makroökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf beziehen. Dementsprechend wird Brasilien von HIPC als Land mit "mittelmäßigem" Einkommen eingestuft; eine Einschätzung, die auch Jubilee 2000 übernahm. So war das faktisch hoch verschuldete Amazonas-Land in der internationalen Kampagne kein Thema. Gemessen an der Einkommensverteilung ist Brasilien jedoch das Land mit den größten Ungleichheiten weltweit.

Auch viele NGOs in Peru sind frustriert. Trotz einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.200 Dollar ist das Andenland nicht in den Kreis der HIPC-II Länder aufgenommen worden. Kritische peruanische Wirtschaftsexperten beschuldigen die neoliberal orientierte Fujimori-Regierung, die Zahlen für die Berechnung des BIP aufgeblasen zu haben, um das Land für Investoren attraktiver darzustellen. Nach Einschätzung des Ökonomieprofessors Ismael Muñoz ist das BIP politisch manipuliert worden. "Wenn man den Index auf einem Jahr mit hohen Preisen aufbaut", führt der oppositionelle Hochschullehrer aus, "wird der Wert der Produktion künstlich aufgebauscht - es ergibt ein fälschlich hohes Bruttoinlandsprodukt, das die Wirtschaft stärker erscheinen lässt." Real befände sich Peru "in einer ähnlichen Situation, wie Honduras oder Bolivien", konstatiert Muñoz.

Während viele reformorientierte NGOs in Lateinamerika fortfahren, sich am "Run um das Armutszeugnis" zu beteiligen, beginnen Basis-Netzwerke aus dem Süden andere Strategien zu verfolgen. So geht es Jubilee South, einem Zusammenschluss von NGOs und Gewerkschaften, Basisorganisationen wie der brasilianischen Landlosenbewegung MST und katholischer Kirche, vor allem um die politische Radikalisierung der Erlassjahrkampagne. Aus der Taufe gehoben wurde das South-Projekt vergangenes Jahr in Köln - aus Opposition zahlreicher TeilnehmerInnen des Südens zur vorherrschenden Struktur und Orientierung der Jubilee 2000-Kampagne.

Unmoralische Schulden

Zuerst fanden sich die Jubilee 2000-Strukturen und einige soziale Bewegungen aus Lateinamerika zusammen. Inzwischen sind auch Basisbewegungen und NGOs sowie Kirchen und Gewerkschaften aus Afrika und Asien an dem Süd-Süd-Bündnis beteiligt. Das erste interkontinentale Treffen fand im November vergangenen Jahres im südafrikanischen Johannesburg statt. Ziel von Jubilee South ist nicht der Ausstieg aus Jubilee 2000, sondern die Interessen der Südgruppen auf die Tagesordnung der Kampagne zu setzen.

Von den Vertretern des Südnetzwerkes konkret kritisiert wird vor allem die Einbeziehung einiger NGOs der Nordkampagne als Berater bei Institutionen wie der Weltbank. Die Nord-NGOs, so die sich anschließende Forderung, hätten sich nicht gegenüber diesen Institutionen, sondern gegenüber dem Süden zu legitimieren.

Aus der Kritik an der Orientierung der von wenigen Nord-NGOs dominierten Jubilee 2000-Kampagne speist sich auch der zentrale politische Ausgangspunkt von Jubilee South. Brian Ashley, einer der Koordinatoren des Treffens in Johannesburg, kritisiert, dass die Kampagne für den Schuldenerlass im Norden die Gründe für die

Verschuldung sowie das damit verbundene Herrschaftsverhältnis über den Süden nicht aufgreift und unbeleuchtet lässt, dass die Schuldenkrise vieler Länder des Südens als "Folge von Sklaverei, Kolonialismus und heute im Kontext der Globalisierung" zu sehen ist. Im Mittelpunkt von Jubilee South steht deshalb die Doktrin der schändlichen Schulden, "die Benennung der Unrechtmäßigkeit und Immoralität der Schulden."

Jubilee South bittet demzufolge nicht um einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder, sondern fordert eine bedingungslose Streichung. Die Forderungen der "Nordkampagne" an die Südregierungen, die durch Entschuldung freiwerdenden Mittel für Sozialprogramme zu verwenden, bezeichnet der Südzusammenschluss als "neokolonial" und "paternalistisch". Die Initiative soll beim Süden liegen und die Verwendung der frei werdenden Ressourcen von der sozialen Opposition vor Ort entschieden werden. Zum Ausgleich der (neo)kolonialen Ausbeutung der Länder des Südens und der Unterstützung der lateinamerikanischen Militärdiktaturen verlangt Jubilee South Reparationszahlungen des Nordens.

Jubilee South versteht sich im Gegensatz zu den Nordvertretern der Erlassjahrkampagne nicht als Ein-Punkt-Kampagne. Laut Ashely ist der "Kampf um Schuldenstreichung ein Kampf um Mobilisierung, in dessen Prozess die Verschuldungskrise als eine moderne Form der Sklaverei, als Ausdruck der Beziehung zum Norden offen gelegt wird."

Inzwischen ist in Lateinamerika tatsächlich einiges in Bewegung geraten. Bereits im Dezember richteten 50 Basisorganisationen und die katholische Kirche Boliviens einen Brief an die Regierung sowie an die ausländischen Gläubiger. Darin fordern sie unmittelbar an der teilweisen Schuldenstreichung beteiligt zu werden, die in ihrem Namen beschlossen wurden. Für das Frühjahr hat die bolivianische Mitbestimmungsinitiative, die ebenfalls in Jubilee South aktiv ist, einen nationalen Dialog aller Sektoren der Gesellschaft organisiert, um konkrete Vorschläge zur Verwendung und Kontrolle des Geldes zu unterbreiten, das nicht mehr in den Schuldendienst fließen wird. Unterdessen läuft in Brasilien eine Massenkampagne für eine Volksabstimmung über die Schulden, gleichzeitig wird ein Tribunal gegen die Verantwortlichen der Schuld organisiert.

Die europäische Linke hat sich mit politischen Interessensbekundungen am Jubilee-South-Konzept bisher stark zurückgehalten. Laut Ashley hat die internationalistische Linke die Möglichkeiten der Jubilee-Kampagne nicht begriffen. Er fordert, dass sie sich "in die Kampagne hineinbegibt. Das ist die internationale Solidarität, die wir uns wünschen." Ein Ansatzpunkt für gemeinsame Mobilisierungen könnte zudem die bisher nur punktuell und sehr unterschiedlich artikulierte Forderung nach kostenlosem Überleben sein - jenseits der Forderung nach staatlichen Sozialprogrammen, versteht sich.

Stefanie Kron

Anmerkungen:

1) Die SAP sehen drastische Kürzungen des staatlichen Sozialbudgets, eine starke Exportorientierung sowie die Privatisierung staatlicher Betriebe vor.

2) Als arm gilt laut Weltbank, wer von weniger als zwei Dollar pro Tag leben muss.

14. Privateigentum und Patriotismus. Wladimir Putin und die "neue russische Idee"

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:10

Wladimir Putin ist, wie erwartet, neuer Präsident Russlands. Mit 52,52 Prozent hat er die Stimmen all derer auf sich vereinigt, die Russland wieder als bestimmendes Mitglied der Völkergemeinschaft sehen wollen. Der ewige Zweite, Kommunist Gennadij Szuganow, folgt mit 29,44 Prozent; dann kommt Grigori Jawlinksi mit einem Achtungserfolg von 5,85 Prozent; die restlichen Kandidaten rangieren unter "ferner liefen". Die Wahlbeteiligung lag mit ca. 70 Prozent relativ hoch.

Mit diesem Ergebnis hat Russland, sollte man meinen, auf absehbare Zeit erst einmal Ruhe. Die Frage ist aber, was geschieht nun? Außer seiner Versicherung, er werde die tschetschenische Frage bis zur letzten Konsequenz lösen, hat der neue Mann im Kreml bisher kein Programm veröffentlicht. Nur so viel ist klar: Nach diversen Äußerungen, die Wladimir Putin auf dem Weg vom stellvertretenden zum rechtmäßig gewählten Präsidenten gestreut hat, soll ab sofort Schluss sein mit dem Kopieren westlicher Reform-Vorstellungen, soll Russland seinen eigenen, russischen Weg zwischen Marktwirtschaft und traditionellen kollektiven Lebens- und Wirtschaftsformen finden. Aus der Verschmelzung russischer Traditionen mit den "universellen, allgemein menschlichen Werten" soll eine "neue russische Idee" entstehen. Ihr Kern ist die Verbindung von Privateigentum und Patriotismus.

Zum geflügelten Wort avancierte Putins Mahnung an die Strategiekommission, die sein Programm ausarbeiten soll: "Erinnern Sie sich daran", rief er aus, "die Diktatur des Gesetzes ist die einzige Diktatur, der wir uns unterwerfen müssen. Der Verlust der Rechtsordnung führt zu Chaos und Grenzenlosigkeit."

Den starken Staat und die Demokratie - beides will Wladimir Putin fördern; Russland will er stärken - und es zugleich mit der NATO versöhnen. Ja, er scheute sich nicht, vor laufenden Kameras der BBC einen russischen NATO-Beitritt für möglich zu erklären.

Den größten Beifall im Lande selbst bekommt der neue starke Mann nichtsdestotrotz von der patriotischen Seite - so etwa von Alexander Dugin, einem der aktivsten Ideologen des patriotischen Lagers, der die Welt als Grundkonflikt zwischen Russland und Amerika begreift. Zu Zeiten der Perestroika galt Dugin als nationalistischer Extremist; inzwischen ist er als Berater des kommunistischen Dumapräsidenten Selesnjow ins Zentrum der Macht aufgerückt.

Dugin ist von Wladimir Putins Sieg begeistert: "Putin - das ist ein gigantischer Erfolg meines Projektes." Aber nicht nur Patrioten vom Zuschnitt Alexander Dugins, auch die Kommunisten zeigen sich angezogen von dem Kurs, den Putin steuern will. Denn er entspricht der Linie, den sie in ihrer zehnjährigen Opposition der Privatisierungspolitik Jelzins entgegen gehalten haben: Patriotismus, starker Staat, Rettung Russlands vor dem Ausverkauf an das Ausland, Orientierung auf die "kollektiven Traditionen" des Landes.

Putins Einschwenken auf diese Linie stürzt die KPRF allerdings in schwere Abgrenzungssorgen, denn für den einfachen Beobachter der Politik sind die Losungen Putins und Szuganows kaum noch unterscheidbar. Ähnlich ergeht es Alexander Lebed. Allerdings sind seine Anhänger, ebenso wie die Kommunisten, sich sicher, dass Putin sehr bald an seine Grenzen stoßen werde - und dann werde man nach ihnen rufen.

Sicher ist: Kernfragen der weiteren russischen Entwicklung stehen an, die nicht durch nationalistische Propaganda, auch nicht durch die Fortsetzung des Krieges gegen Tschetschenien gelöst werden können. Das ist die Frage der Überprüfung der Privatisierung und, wenn nötig, der Korrektur ihrer kriminellen Ergebnisse. Das ist die Privatisierung von Grund und Boden, die seit 1991 immer wieder am Einspruch der Duma und der regionalen Parlamente gescheitert ist. Das ist die Frage, was mit den sogenannten natürlichen Monopolen geschehen soll. Gemeint sind damit vor allem GASPROM, der Gigant der Gasverwertung, RAOUES, der allrussische Energiekonzern, und die Eisenbahn. An dem Versuch, auch diese Monopole zu privatisieren, sind die Regierungen während Jelzins Präsidentschaft mehrfach gescheitert. Gegenwärtig gibt es Anzeichen dafür, dass die Clans, die Jelzin gestützt haben, einen erneuten Anlauf zur Aufteilung dieser Monopole und zur Freigabe des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden unternehmen wollen. Statt einer Versöhnung von

Privatkapital und Patriotismus steht also eine Verschärfung des Konfliktes zwischen Staats- und Gemeinschaftsinteresse und dem Interesse der Oligarchen bevor.

Eine Diktatur befürchtet die Mehrheit der westorientierten Intelligenz, zu der auch Jegor Gaidar, Boris Nemzow, Sergej Kirijenko und andere der früher so genannten "jungen Radikalreformer" gehören. Während allerdings die liberale Basis sich auf einen außerparlamentarischen Kampf einstellt, gehen die Führer der Liberalen auf Schmusekurs mit der neuen Macht. Offensichtlich hoffen sie, dass man sie erneut zu radikalen Reformen ruft.

Eine Alternative zu Wladimir Putin bildet allein "Jabloko", die Partei des Mannes, der den dritten Platz bei der Präsidentschaftswahl vom 24. März einnahm. Grigori Jawlinski solidarisierte sich kurz vor der Präsidentenwahl öffentlich mit einem Meeting der Kriegsgegner. "Jabloko" wird auch in Zukunft die Funktion des demokratischen Mahners zufallen. Macht wird sie kaum ausüben können.

Abwartend reagiert die konservative Mitte. Im Hauptquartier von "Vaterland", der Parteizentrale des Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow, der im Dumawahlkampf auf Platz drei verwiesen wurde, bewertet man Wladimir Putins Erklärung vom eigenen Weg als "leere Worte, bestenfalls schöne Wünsche." Russlands Besonderheit bestehe allein darin, dass Putin den Kampf gegen die Korruption nicht aufnehmen könne. "Wenn er das täte", so ein Vertreter von "Vaterland", "dann würde in Russland einfach keine politische Elite mehr übrig bleiben."

Der konservative Analytiker Wjatscheslaw Nikonnow beurteilt das "Putinsche Fieber" mit geradezu aufreizender Gelassenheit. "Putin hat kein Konzept", erklärt Nikonnow. Klar sei aber, dass es ein westliches Entwicklungsmodell für Russland nicht geben werde. Doch auch das Gerede von Kollektivismus sei Unsinn. "Es geht nicht um Kollektivismus, es geht um korporative Strukturen", so Nikonnow. "Man sagt oft, wir hätten den Kollektivismus aus dem Osten und die Arbeitsliebe aus dem Westen. Ich denke eher, wir haben den Individualismus aus dem Westen, aus dem Osten den Despotismus. Despotismus auf individueller Grundlage - das ergibt eine einzigartige Mischung. Sie ist dem westlichen Menschen wenig verständlich. Mit Sicherheit aber gibt es keine puritanische protestantische Arbeitsethik in Russland und wird es auch keine geben. Es ist ganz offensichtlich, dass es hier andere Spielregeln geben wird."

Andere Spielregeln - damit meint Nikonnow die Traditionen der russischen Gemeinschaftsstrukturen, die aus der traditionellen Bauerngemeinschaft entstanden sind. In der Sowjetunion war es das Arbeitskollektiv. In ihm waren Arbeitswelt und außerbetriebliche Realität untrennbar miteinander verwoben. Die Existenz dieser Strukturen wird von niemandem im heutigen Russland bestritten. Unterschiedlich sind aber die Bewertungen: In Jelzins Privatisierungsprogramm von 1991 wurden diese traditionellen Strukturen als "schädlicher Kollektivismus" zur Ursache der Krise und zum Hauptgegner des Fortschritts erklärt und ihre Auflösung verordnet. Die Mehrheit der Kollektive erwies sich als resistent, unter dem Druck der Privatisierung allerdings auch als nicht mehr arbeitsfähig.

Heute, das ist der Hintergrund für Wladimir Putins Hinwendung zum "Kollektiv", zeichnet sich von der Basis und von den Regionen her eine Reorganisation dieser traditionellen Gemeinschaftsstrukturen ab. Diese Entwicklung hat allerdings nichts Sozialistisches oder Alternatives. Es ist die bloße Existenznot, welche die Menschen zwingt, sich für die Erhaltung der betrieblichen und darauf basierenden außerbetrieblichen Lebenszusammenhänge einzusetzen, denn deren weiterer Zerfall würde in absehbarer Zeit Hungerkatastrophen im Lande heraufbeschwören.

In diesem Zusammenhang bekommt Putins Einschwenken auf den "Kollektivismus" seinen Sinn: Vollkommen offen ist allerdings, ob er die Kollektive stärken oder sie weiter zerschlagen will, ob er die Privatisierung beendet oder sogar noch einmal beschleunigt. Die Antwort auf diese Frage werden die nächsten Monate geben.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

15. Angola im dritten Jahrzehnt des Kriegses. Verkauf von Diamanten und Öl an den Norden finanziert den Krieg

Autor: as, Anne Jung · Rubrik: Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:15

Die zwischenzeitlich immer wieder aufflackernde Hoffnung auf Frieden wurde in Angola jeweils aufs Neue zerstört. Dabei zieht nicht nur das militärische Patt zwischen der MPLA und der UNITA den Krieg in die Länge, auch das Interesse der Transnationalen Konzerne an den Rohstoffen des Landes heizt das Kriegsgeschehen an: Während der Kriegsjahrzehnte hat sich in Angola eine profitable Kriegsökonomie herausgebildet, die mitverantwortlich für die "Friedensmüdigkeit" der Kriegsparteien ist. Der Export von Öl und Diamanten finanziert nicht nur die Waffenkäufe, sondern versorgt auch ein Geflecht von Geschäftsleuten, Söldnern, Sicherheitsdiensten, Ölfirmen, Diamantenverkäufern und Waffenhändlern mit satten Gewinnen.

In zahlreichen afrikanischen Ländern verlieren Regierungen und staatliche Institutionen die Kontrolle über Teile ihres Staatsgebietes und somit auch über die dort vorhandenen Rohstoffvorkommen. Rebellen, Oppositionsgruppierungen oder sogenannte warlords verkaufen vorhandene Rohstoffe, um damit eigene Interessen zu finanzieren. Im Zentrum der Konflikte stehen oftmals Transnationale Konzerne, die mit Unterstützung "ihrer" Regierungen aus dem Norden, in die Konflikte eingreifen, die Kriegssituation für ihre Zwecke ausnutzen und damit den Krieg anheizen und verlängern. Angola ist dafür nur ein Beispiel.

Der Krieg in Angola wird nicht mehr um Ideale oder um Unabhängigkeit geführt. Er ist auch kein Stellvertreterkrieg der großen Mächte. "Der Krieg in Angola ist ein Krieg ohne Moral, ohne Ideale. Es geht nur noch um Geld, persönliche Macht. Sowohl die gewählte Regierung als auch die Rebellen kämpfen gegen das eigene Volk", beschreibt der angolanische Intellektuelle Rafael Marques (1) den Krieg in dem südwestafrikanischen Land.

Beteiligt am Krieg sind nicht nur die angolanischen Fraktionen, sondern auch ausländische Regierungen, Ölkonzerne und Diamantenhändler. Ohne die Absatzmärkte im Norden wäre der Krieg nicht finanzierbar. Der Krieg in Angola ist ein hochprofitables und stabiles System, das wahrscheinlich nur nach Beendigung des Zustroms von Finanzmitteln in sich zusammenfallen würde (ähnlich wie in Mosambique).

Während sich die Regierungspartei MPLA in erster Linie über den Verkauf von Erdöl und nur zu einem kleineren Teil mit dem Erlös von Diamantenverkäufen finanziert, sind Diamanten die wichtigste Ressource der von Jonas Savimbi geführten UNITA. Mit den Diamantenverkäufen in Europa und Nordamerika erzielte die UNITA zwischen 1992 und 1998 Gewinne von mindestens 3,7 Milliarden US-Dollar.

Wichtiger Abnehmer der angolanischen Diamanten ist die Firma De Beers. Seit 60 Jahren dominiert das britisch-südafrikanische Unternehmen und seine Central Selling Organisation (CSO) die internationale Diamantenindustrie, indem sie über 70 Prozent der weltweiten Diamantenproduktion klassifizieren, bewerten und verkaufen. Durch dieses Kartell kann der Preis für Diamanten, die entgegen gängigen Vorstellungen gar nicht so selten vorkommen und an sich keinen hohen Wert besitzen, hochgehalten werden.

Sanktionen gegen die UNITA

1997 und 1998 verhängte der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen die UNITA, da sie gegen Bestimmungen des Friedensabkommens (Lusaka-Protokoll von 1994) verstoßen hat. Die beiden Resolutionen haben zum Ziel, den direkten oder indirekten Export von UNITA-Diamanten zu unterbinden. Mittlerweile gab De Beers bekannt, dass sich die Firma aus Angola zurückziehen werde. Sie würden auch keine Diamanten mehr von der UNITA kaufen. Dies hieße jedoch entweder, dass die UNITA bald nicht mehr in der Lage wäre, ihre von Diamantenverkäufen erzielten Gewinne für Waffen auszugeben oder dass die UNITA ihre Diamantenproduktion außerhalb des Kartells - beispielsweise auf dem inoffiziellen russischen Markt - verkaufen wird. Das wiederum würde bedeuten, dass in absehbarer Zeit die Diamantenpreise verfallen. Man darf gespannt sein, welches Szenario eintritt.

Jedenfalls kommt der im März dieses Jahres veröffentlichte UN-Bericht über die Einhaltung der internationalen Sanktionen gegen den Diamantenhandel der UNITA zu dem Ergebnis, dass die Steine der Rebellenbewegung nach wie vor an die Börse von Antwerpen gelangen.

Die "ethische Bergbaupolitik" von De Beers bedeutet einen Strategiewandel: Der Konzern verliert zunehmend die Kontrolle über den Markt. Daher unternimmt De Beers den Versuch, konkurrierende Diamantenschürfer und -händler mit Hilfe von ethischen Standards, die die informellen Händler nicht erfüllen können, vom Markt zu drängen.

Die "neue Ethik" von De Beers entpuppt sich als geschickter Schachzug, den Markt wieder in den Griff zu bekommen. Oder wie es ein Vertreter des Hohen Diamantenrats unverblümt aussprach: "Wenn man die Entwicklung Angolas zu einem der größten Diamantenproduzenten der Welt aufhalten will, muss man es jetzt tun." (taz 13.03.00)

Bei der Kontrolle über Bodenschätze werden die Konzerne und warlords seit vielen Jahren von privaten Söldnern und Sicherheitsfirmen unterstützt. Schnell und ohne internationale Verhandlungen und Kontrolle können Söldnerheere jederzeit aufgestellt werden. Die südafrikanische Sicherheitsagentur Executive Outcomes (EO) war lange Zeit Marktführer der privaten Sicherheit. (2) Ursprünglich hatte EO auf der Seite der UNITA gegen die Regierung gekämpft. Das Motto von EO: "politische Offenheit nach allen Seiten als unternehmerische Initiative".

EO rekrutierte ihre Söldner größtenteils aus einer Spezialeinheit der südafrikanischen Armee. Die Angebotspalette umfasst sämtliche militärische Dienstleistungen, die für einen Bodenkrieg notwendig sind. 1992 hat EO für die in Angola operierenden Ölgesellschaften Gulf Chevron und Pentrangol Ölfelder an der Küste von Soyo geschützt. Dies mündete 1993 in das Angebot, die angolanischen Streitkräfte (FAA) umzustrukturieren und neu auszubilden. Zwei Jahre später eroberten die EO-Söldner die Diamantenzentren Saurimo und Cafunfo in der Provinz Lunda Norte zurück. Hauptgewinner dieser Operation war der Diamantenkonzern De Beers - der mit wachsendem Unmut die Kontrolle der UNITA über die Diamantengebiete beobachtete - sowie der mit EO assoziierte Konzern Diamond Works. Mittlerweile hat die amerikanische Military Professional Ressources, Inc. (MPRI) den Vertrag zur Sicherung der Soyo-Ölfelder übernommen.

Es hat sich ein Markt herausgebildet, in dem militärische Offensiven und wirtschaftliche Ambitionen ineinander greifen und mit dem Verweis auf Sicherheitsinteressen gerechtfertigt werden.

Während die Rebellenbewegung UNITA ihre Waffenkäufe weitgehend aus den Einnahmen der illegalen Diamantenausfuhr finanziert, ist die Regierung Angolas unter Präsident Jose Eduardo dos Santos auf den Ölexport angewiesen. Der Erdölexport beträgt etwa 94 Prozent der Exporterlöse Angolas. Auf Grund der kriegsbedingten Zerstörung fast aller anderen Wirtschaftsbereiche trägt die Erdölwirtschaft etwa 45 Prozent zum angolanischen Bruttoinlandsprodukt bei.

Angola gilt inzwischen als weltweit lukrativstes Explorationsgebiet. Experten schätzen, dass das südwestafrikanische Land in den nächsten Jahren Nigeria, den führenden Ölproduzenten auf dem afrikanischen Kontinent, überholen und zu Afrikas größtem Erdölexporteur aufsteigen könnte. Das Handelsblatt zählt schon jetzt Angolas Ölfirma, den Staatskonzern Sonangol, zu einer der mächtigsten Firmen auf dem afrikanischen Kontinent.

Geschickter Schachzug von De Beers

Die guten Rahmenbedingungen - die Ölfelder liegen überwiegend vor der Küste sowie in der Exklave Cabinda und sind weitgehend vom Krieg verschont geblieben - locken immer mehr Investoren ins Land: Chevron aus den USA, Amoco-BP, Mobil und ESSO aus Großbritannien, Statoil aus Norwegen und die britisch-niederländische Shell.

Die US-Regierung hat mittlerweile die Seiten gewechselt - nachdem sie 20 Jahre lang gemeinsam mit Apartheid-Südafrika die UNITA im Kampf gegen die damals sozialistische Regierungspartei MPLA unterstützte. Amerikanische Ölkonzerne haben acht Milliarden Mark in Angola investiert. Öl aus Angola deckt derzeit sieben Prozent des amerikanischen Bedarfs. Auf 16 Prozent soll dies bis zum Jahr 2005 gesteigert werden.

Die angolanische Regierung vertraut nach den jüngsten Funden und dem Anstieg des Ölpreises zunehmend auf den weiteren Anstieg ihrer Erdölproduktion. Damit kann sie weiterhin Waffen aus der Ukraine, Brasilien und Russland kaufen - zumal auch direkte Verbindungen zwischen Ölfirmen und Waffenhändlern bestehen. Beispielsweise verweist der Name der Ölfirma Falcon Oil & Gas , die in einem Förderungsblock Partner von Exxon ist, auf Pierre Falcone. Dieser besitzt enge Kontakte zu dem General und Waffenkäufer Manuel Helder Vieira Dias und hat eine "Transportlinie" für Waffen aus Osteuropa aufgebaut. Auch die Firma Pro-Dev aus der Schweiz, ebenso Anteilseignerin an einem Ölfeld, besitzt Kontakte zur südafrikanischen Rüstungsfirma Denel Corporation und soll bereits in größeren Waffengeschäften zwischen British Aerospace und verschiedenen Regierungen im Nahen Osten vermittelt haben.

Öl schmiert die Kriegsmaschinerie

Es liegt nahe, dass Pro-Dev der angolanischen Regierung ähnliche Dienste anbietet. Die Anteile an ihrem Fördergebiet könnte die Firma als Zahlungsgarantie erhalten haben. Da Regierungen, wie die von Angola, über keine Kapitalreserven verfügen, mit denen sie ihre Importe bezahlen können, sind die Waffenschieber genauso wie die Transnationalen Konzerne inzwischen dazu übergegangen, zukünftige Öleinnahmen als finanzielle Garantie zu akzeptieren. Verstärkt sind Ölfirmen, private Banken und Investment-Firmen als Geld- und Kreditgeber auf den Plan getreten. Mit sogenannten "signature bonuses" für Bohrrechte in den lukrativen Fördergebieten vor der Küste zahlten BP-AMOCO, Exxon und Elf-Aquitaine schätzungsweise 900 Millionen US-Dollar an die angolanische Staatsfirma Sonangol. Mittlerweile hat die angolanische Regierung die Einnahmen von mehr als drei Jahren Erdölproduktion bereits vorgemerkt, um internationale Schulden zurückzuzahlen. Diese belaufen sich nach Angaben des südafrikanischen Daily Mail &Guardian auf 11 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig soll die Aussicht auf eine erhöhte Ölförderung als Sicherheit für neue Kredite dienen.

Die Ursachen des langen Krieges in Angola eindeutig zu benennen, fällt schwer. Nur so viel ist sicher: Inzwischen geht es eher um ökonomische Fragen als um politische Gegensätze. Die Ideologie wird zu einem Instrument der Kriegsökonomie, wenn es darum geht, die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Der lange Krieg bietet vielen Menschen, vor allem denen in der Armee, eine ökonomische Grundlage - und sei es nur die Möglichkeit, systematische Plünderungen vornehmen zu können. Junge Männer haben oft nichts anderes gelernt als zu kämpfen; eine zivile Berufstätigkeit ist meist unvorstellbar. Der Krieg schafft die Bedingungen dafür, dass keine der kriegsführenden Parteien gezwungen ist, sich mit den Folgen des Krieges für die Bevölkerung auseinander zu setzen. Stagnation und Armut wird mit den Ausgaben für den Krieg gerechtfertigt. Doch dass dieser Krieg in diesem Ausmaß und in dieser Länge überhaupt möglich ist, liegt am Interesse der Transnationalen Konzerne die Rohstoffvorkommen des Landes billig auszubeuten und Länder wie Angola weiterhin in Abhängigkeit zu halten.

as /Anne Jung, medico international

Anmerkungen:

1.) Zitiert nach Stefan Schaaf: Der Fluch des Reichtums. Südwestfunk 1999. Als einer der wenigen Intellektuellen in Angola kritisiert Marques sowohl die Regierungspolitik als auch die Rebellenbewegung UNITA. Seine Bücher sind in Angola nicht erhältlich, da seine Lyrik als subversiv gilt. Er ist Sprecher der angolanischen Friedensbewegung, die in einem Friedensappell beide Kriegsparteien zu Friedensverhandlungen auffordert. Marques wurde im März dieses Jahres zu 6 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 14.000 US-Dollar wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt. (Infos zur Soli-Kampagne gibt es bei medico international)

2.) EO hat sich offiziell im Januar 1999 aufgelöst. Angeblich operieren sie im Untergrund weiter. Derzeitiger Marktführer ist die britische Firma Sandline International, die EO auch schon in Papua-Neuguinea als Subunternehmen rekrutiert hatten.

Fatal Transactions

Die Kampagne Fatal Transactions, vor wenigen Monaten von medico international gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen gegründet, informiert über die politischen und ökonomischen

Hintergründe von Kriegen in Afrika und legt die illegale Ressourcenausbeutung und die Profitinteressen Transnationaler Konzerne offen.

Fatal Transactions fordert die Transnationalen Konzerne auf, sich aus den vom Krieg zerütteten Ländern Afrikas zurückzuziehen. Alle Firmen, die in den vergangenen Jahren von dem Handel profitiert haben, sind für die Beseitigung der Kriegsschäden und die Entschädigung der Opfer verantwortlich zu machen.

Informationen und kostenlose Faltblätter bei medico international oder www.medico.de. medico international e.V., Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt am Main; Tel: 069 94438-0 Fax: 069 436002.
medico-Spendenkonten: 1800, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01), 6999-508, Postbank Köln (BLZ 370 100 50).

Termine

Diamanten: Der Krieg in Angola

Anne Jung von medico international berichtet von der internationalen Kampagne Fatal Transactions.

Hamburg, 26.4., 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34>

Angola-Wochenendseminar

Die Evangelische Akademie Hofgeismar lädt ein zu einem Seminar zum Thema Friedensperspektive für Angola. ReferentInnen sind unter anderen Sebastian Kasack und Anne Jung (beide medico international), Alex Vines (Human Rights Watch, London) und Emanuel Matondo (Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative (IAADH), Berlin)

Hofgeismar, 28.-30.4., Evangelische Akademie. Infos und Anmeldung bei medico international: 069/9443827

16. Der Informationskrieg. Zur Rolle der Medien im Kosovo-Krieg

Autor: Hermann Werle · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Medien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:30

"Es wird nie so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd" (Bismarck)

"Wir führen keinen Krieg," ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. März 1999 in seiner Regierungserklärung die Nation wissen, vielmehr handele es sich um eine "Militäraktion" oder nach NATO-Jargon um eine "Luftkampagne". Es handelte sich aber nicht nur um einen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, sondern zugleich um einen "(Des)Informationskrieg" an der "Heimatfront". Auf nahezu allen Fernsehkanälen die gleichen Bilder und in den Kommentaren der Tagespresse auffallend ähnliche Meinungen zur Notwendigkeit der Bombardierungen. Eine Verschwörung? Gleichschaltung?

Das erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit, heißt es immer wieder, wobei der Ausspruch nicht einmal die halbe Wahrheit wiedergibt. Die ersten Opfer sind zweifelsohne die betroffenen Menschen. Außerdem suggeriert der Spruch, dass vor dem Krieg nicht gelogen würde. Schon Bismarck wusste das besser und war sich der strategischen Bedeutung von Information und Desinformation bewusst.

Adolf Hitler erläuterte am 10. November 1938 vor der deutschen Presse, wie er systematisch die Kriegsbereitschaft der Deutschen erreicht hatte: "Dazu war es aber notwendig (...) dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt."

Die Brutkastenlüge

Auch die Bevölkerung der BRD musste von dem Krieg zunächst überzeugt werden, um für den dritten deutschen Waffengang gegen Serbien ein ruhiges Hinterland zu gewährleisten. In einem Spiegel-Interview vom 20. Juli 1992 erklärte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe die planmäßige Weise, mit der die wiedervereinigte Bevölkerung Deutschlands auf kommende Kriege eingestimmt werden sollte - den Deutschen wurde seinerzeit von der FAZ ein "tiefverwurzeltes Friedensbewusstsein" attestiert: "Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf die neuen Aufgaben vorzubereiten. Bei Blauhelm-Einsätzen ist das schon gelungen: Zwei Drittel der Bevölkerung stimmen zu." (1)

Wie die Schaffung eines gesellschaftlichen Konsens ohne Propagandaministerium und ohne repressive Zensurmaßnahmen funktionieren kann, belegen die Hintergründe zur "Brutkastenstory", die zum Sinnbild moderner psychologischer Manipulation der Bevölkerung und Kriegsvorbereitung wurde.

Eine der Lehren des Vietnamkriegs war für die US-Administration und Militärs, dass der freien journalistischen Interpretation von Bildern aus Kriegsgebieten entgegengewirkt werden muss, da die Kriegsbereitschaft der heimischen Bevölkerung dadurch unterwandert würde. So schlug der Public Relations-Spezialist der US-Marine Arthur A. Humphries 1983 u.a. vor, die Medien gezielter in der Kriegsführung einzuplanen: "Die Nachrichtenmedien können in der psychologischen Kriegsführung ein nützliches Werkzeug, ja sogar eine Waffe sein, die den Soldaten den Einsatz ihrer schweren Waffen erspart." (2)

Zur Vorbereitung des Kriegs gegen den Irak wurde eine der größten PR-Agenturen in den USA unter Vertrag genommen. Ausgestattet mit einem Budget von 10,7 Millionen US-Dollar startete die PR-Agentur Hill & Knowlton 1990 einen Propagandafeldzug für die "Befreiung" Kuwaits, deren Höhepunkt die "vielleicht übelste Propagandalüge der Bush-Administration und der kuwaitischen Regierung" (3) war. Im Oktober 1990 schilderte ein 15-jähriges Mädchen vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses unter Tränen Gräueltaten irakischer Soldaten. Diese hätten in einem kuwaitischen Krankenhaus 15 Babys aus Brutkästen gerissen, auf den Boden geworfen und dort sterben lassen. Die Brutkästen seien entwendet worden. Aus anderen Krankenhäusern wurden ähnliche Vorfälle geschildert, so dass u.a. amnesty international 312 auf diese Weise getötete Babys und gestohlene Brutkästen zählte - ai dementierte diese Angabe später. Präsident

Bush griff die Gräuelgeschichte in seiner Kriegskampagne immer wieder auf, so dass der zunächst kriegskritische US-Senat der Intervention zustimmte und durch die mediale Aufbereitung der Geschichte auch innerhalb der US-Gesellschaft ein Meinungsumschwung zu verzeichnen war.

Im Januar 1992 wurde die Identität der jungen Zeugin enthüllt - es handelte sich um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, die von Hill & Knowlton als Zeugin aufgebaut worden war. Präsident der PR-Agentur war Craig Fuller, ehemaliger Stabschef von George Bush. Weitere Nachforschungen ergaben, dass kuwaitische Ärzte offensichtlich gelogen hatten, Brutkästen an ihren Plätzen standen und Untersuchungen durchgeführt worden waren, um herauszufinden, was Menschen besonders erregt. Ergebnis war, dass die befragte Bevölkerungsgruppe sehr heftig auf Baby-Gräuel reagiert hatte.

"Serbien muss sterbien"

Als die Brutkastenlüge publik wurde, war eine andere PR-Agentur bereits damit betraut, das Image Kroatiens, Bosnien-Herzegowinas und der kosovarischen Opposition zu fördern und die serbische Position in Misskridit zu bringen. Um diese Aufgabe effizient auszuführen sind lediglich ein Computer, ein Faxgerät und ein Karteikasten notwendig. "Die Kartei enthält die Namen von einigen Hundert Journalisten, Politikern, Repräsentanten humanitärer Organisationen und Universitätsangehörigen", erklärt der Direktor von Ruder Finn Global Public Affairs, James Harff. Als größten Erfolg beschreibt er: "Dass es uns gelungen ist, die Juden auf unsere Seite zu ziehen." Antisemitismus ist in Kroatien und Bosnien nicht nur ein historisches Phänomen, sondern auch im heutigen politischen Diskurs prägend. "Die jüdischen Intellektuellen und Organisationen hatten daher allen Grund, den Kroaten und Bosniern feindlich gesinnt zu sein. Diese Tatsachenlage umzukehren, das war für uns eine Herausforderung. Wir haben das meisterhaft geschafft, und zwar zwischen dem 2. und 5. August 1992, als die New Yorker Newsday die Sache mit den Lagern herausbrachte. (...) Wir sind sofort auf den Zug aufgesprungen. Im Handumdrehen konnten wir die Serben in der öffentlichen Meinung mit den Nazis gleichsetzen". James Harff fährt fort, dass die Medien von nun an ihren Sprachgebrauch wandelten und emotional stark aufgeladene Begriffe verwendeten wie "ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw., bei denen man an Nazi-Deutschland, Gaskammern und Auschwitz denkt." (4) Damit war das Feld auch in Deutschland bereitet - nach Saddam Hussein wurde nun Slobodan Milosevic mit Hitler gleichgesetzt und damit dem "Bösen" ein Name gegeben.

"Irrer Serbe", "Schlächter", "serbischer Hitler" waren vor dem Krieg gängiges Vokabular in den deutschen Massenmedien. Darüber hinaus wurde die Kriegspropaganda vom ständigen Bezug auf den Nationalsozialismus begleitet. Die Lehren aus dem NS "Nie wieder Krieg" und "Nie wieder Auschwitz" wurden von der rot-grünen Regierung schlicht verdreht und instrumentalisiert. Aus militärischer Selbstbeschränkung wegen Auschwitz wurde mit der beschworenen "deutschen moralischen Verantwortung" der Kriegseinsatz legitimiert. Mit den Worten Schröders vom 16. Oktober 1998: "Ich denke, die Tatsache, dass Deutschland unter einer verbrecherischen Führung auf dem Balkan schuldig geworden ist, erlaubt es dem demokratischen Deutschland von heute nicht, in diesem Teil Europas Verbrechen geschehen zu lassen - eher umgekehrt." (5) In diesem Klima wurden kritische Fragen nach Quellen und Belegen für Massengräber, Massaker, Massenvergewaltigungen, Deportationen und Konzentrationslager "mit der Rechtfertigung des Kriegsgegners gleichgesetzt, (...) die vielleicht gefährlichste Entwicklung für den Journalismus, die aus diesem Krieg auf dem Balkan resultiert", wie Albrecht Reinhardt, Leiter der Programmgruppe Ausland des WDR, resümiert. (6)

Dass diese Entwicklung von Kriegstreibern durchaus gewollt ist, erklärte NATO-Sprecher Jamie Shea in einem Fernsehinterview: "Kosovo war der erste Medienkrieg. (...) Die Journalisten waren gleichsam Soldaten in dem Sinne, dass sie der Öffentlichkeit erklären mussten, warum dieser Krieg wichtig war." (7) Gefüttert mit Desinformationen der PR-Agenturen, der NATO und der Regierungsvertreter, waren selbst kritische JournalistInnen dem Mainstream ausgeliefert oder wurden von ihren Chefredaktionen mundtot gemacht. In dieser Medienstruktur kam den Journalisten und Journalistinnen primär nicht die Aufgabe des Fälschens von Nachrichten, sondern vielmehr die der Verbreitung derselben zu. Die Verifikation von Meldungen, ein im Pressecodex von 1996 verankerter Grundsatz, wurde regelmäßig zu Gunsten eines diskursiven Opportunismus unterlassen.

Psychologische Kriegsführung

Das vermeintliche Massaker von Racak am 15. Januar 1999 ist nur ein Beispiel dafür, dass unhinterfragt veröffentlicht wurde, was in das geschaffene Bild der "serbischen Schlächter-Banden" passte. Er hätte sich schon in vielen Kriegsgebieten aufgehalten, aber Racak sei "das Schrecklichste, was er in seinem Leben gesehen habe", erklärte William Graham Walker, ehemaliger Chef der OSZE-Mission im Kosovo, vor laufenden Kameras. Auf einen schlüssigen Bericht der Untersuchungskommission zu Racak wartet die kritische Öffentlichkeit bis heute. Die ARD-Tagesthemen stellten auf Grundlage der Autopsieprotokolle des finnischen Pathologen-Teams diesbezüglich am 23. März dieses Jahres fest: "Für das Massaker von Racak gibt es keine stichhaltigen Beweise."

Die scheinbare Pluralität der Presse bekräftigt die Wirkung täglicher Desinformation und wird so zum Bestandteil moderner psychologischer Kriegsführung. Kriegsminister Scharping beispielsweise behandelte JournalistInnen ganz im Sinne des NATO-Sprechers Shea wie Soldaten und forderte sie auf Pressekonferenzen auf, zu gezeigten Fotos, "genau das zu beschreiben, was auch er daraus erkenne." Zwischenfragen wurden nicht geduldet.

"In dieser Situation erreicht der Propaganda-Apparat der Regierung eine neue Qualität". Diese von Albrecht Reinhardt attestierte neue Qualität ist integraler Bestandteil der psychologischen Kriegsführung. In der US-Armee heißt die zuständige Einheit Psychological Operations (PSYOPS), in der Bundeswehr "Truppe für Operative Information" (OpInfo). Scharping als oberster Chef der Truppe handelte ganz nach deren Maxime, die in der Konzeption über die Aufgaben der OpInfo dargestellt ist: "Massenkommunikationsmittel können Verlauf und Ausgang von Konflikten entscheidend beeinflussen. Wer über solche Mittel verfügt, wird sie zu seinem Nutzen und zum Schaden des Gegners einsetzen. Propaganda, Desinformation und Manipulation von Meinungen sind Teil des Kampfes um und mit Information. In einem Klima einseitiger Information und eingeschränkter Informationsmöglichkeit kann politische, ethnische, religiöse (...) Ideologisierung bis hin zur Gewaltbereitschaft gedeihen." (8)

Fünf Offiziere der OpInfo haben derzeit unter Beihilfe von zehn albanischen Mitarbeitern mehr als 100 Ausgaben der albanischen Tageszeitung "Ditet e Shpreses" in Prizren herausgegeben. Mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren und dem "obersten Grundsatz, Neutralität gegenüber jeder Ethnie zu wahren", wie die Zeitung der deutschen Truppe bekundet, werden deutsche Werte nun auch im albanischen Kososvo etabliert.

Hermann Werle

(Gegeninformationsbüro Berlin)

Anmerkungen

1) Schmid, Fred: In: isw Report Nr. 23. Kerneuropa - Keim zur Weltmacht. S. 12.

2) Claßen, Elvi: In: ami Nr. 10. 1998.

3) Chomsky, Noam: Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Trotzdem Verlag 1996. S. 76.

4) Merlino, Jacques: Da haben wir voll ins Schwarze getroffen. In: Bittermann, Klaus: Serbien muß sterbien. Edition Tiamat 1994. S. 153 ff.

5) zit. nach Schwab-Trapp, Michael: Der deutsche Diskurs über den Jugoslawienkrieg. In: Medien in Konflikten. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 2000. S. 106.

6) Aus: Menschen machen Medien. Zeitschrift der IG Medien. Nr. 7 Juli 1999.

7) "Der Krieg und ein fauler Frieden". ARD-Dokumentation. 29. Oktober 1999.

8) Europäische Sicherheit. Juli 1999.

17. Gegeninformation braucht Fakten. Anmerkungen zu Hermann Werles Artikel "Der Informationskrieg"

Autor: Js. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Medien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:39

Dass ein ak-Artikel in derselben Ausgabe kritisch kommentiert wird, ist ungewöhnlich. Im vorliegenden Fall hat sich die Redaktion aus zwei Gründen für dieses Vorgehen entschieden: Der Artikel enthält zum einen wichtige Fakten über die Kriegspropaganda der westlichen Medien und kann die Wachsamkeit bei der täglichen Zeitungslektüre verstärken helfen; gleichzeitig allerdings geraten dem Autor, der die Gräuelpropaganda entlarvt, die tatsächlichen Kriegsgräuel aus dem Blick.

Zunächst wird das Thema des Artikels vom Autor eher verhüllt: Geht es im Vorspann um die Rolle der Medien im NATO-Krieg gegen Jugoslawien, folgen sodann längere Exkurse: "Bismarck und später die Nazis", namentlich Hitler mit einem längeren Zitat über manipulativ steuerbare Vorgänge "im Gehirn der breiten Masse des Volkes", schließlich die "Brutkastenlüge" aus dem 2. Golfkrieg - ein besonders ekelhaftes Beispiel psychologischer Kriegsführung an der Heimatfront.

Der sich direkt anschließende Schwenk von Kuwait nach Jugoslawien setzt dann vor allem auf die Wirkung der Suggestion: "Zu dem Zeitpunkt, als die Brutkastenlüge publik wurde, war eine andere PR-Agentur bereits damit betraut, das Image Kroatiens, Bosnien-Herzegowinas und der kosovarischen Opposition zu fördern und die serbische Position in Misskredit zu bringen." Diejenigen, die Serbien "in Misskredit bringen", setzen nur fort, was die Erfinder der Brutkasten-Story begonnen haben - sollen wir wohl folgern. Tatsächlich gibt es in den westlichen Medien hemmungslose anti-serbische Hetze; massenhaft wirksam werden konnte diese allerdings auch wegen der realen Politik der serbischen Nationalisten: Der jugoslawische Bürgerkrieg begann im Juni 1991, als die Bundesarmee mit Panzern gegen Slowenien vorging; die Unterdrückung der Albaner im Kosovo wurde seit 1989 immer mehr verschärft und führte schließlich zu einem Apartheid-System - schon vor dem Beginn des NATO-Krieges wurden albanische Zivilisten von serbischen Soldaten und Paramilitärs umgebracht oder vertrieben, ihr Eigentum geraubt und ihre Häuser verbrannt.

Auf Tatsachen allerdings lässt sich Hermann Werle gar nicht erst ein - deshalb hat auch seine Schilderung der medialen Kriegspsychose einen bitteren Beigeschmack. "In diesem Klima wurden kritische Fragen nach Quellen und Belegen für Massengräber, Massaker, Massenvergewaltigungen, Deportationen und Konzentrationslager ‚mit der Rechtfertigung des Kriegsgeners gleichgesetzt`", schreibt Werle (das Zitat im Zitat stammt von dem WDR-Redakteur Albrecht Reinhardt). Diese Beschreibung übergeht allerdings die bedauerliche Tatsache, dass ein erheblicher Teil der deutschen Kriegsgegner mehr oder weniger offen Partei für die serbische/jugoslawische Seite ergriffen hat - nachzulesen in junge Welt, Unsere Zeit, konkret und anderen Publikationen von Anhängern des Realsozialismus. Die ohnehin schwächliche Anti-Kriegsbewegung krankte gerade daran, dass allzu oft die pro-serbischen Kräfte den Ton angaben. Deren "Antimilitarismus" aber ist zutiefst unglaubwürdig, weil er die Verbrechen der serbischen/jugoslawischen Seite entweder ausblendet oder als Erfindungen abtut.

"Antimilitaristen" an der Seite Serbiens

Als besonders schwer wiegenden Beweis für den "diskursiven Opportunismus" der in den Kriegsdienst getretenen Medien nennt Werle das "vermeintliche Massaker von Raçak" am 15. Januar 1999. Er beschränkt sich aber nicht auf die Kritik, dass die Medien den parteiischen Bericht des OSZE-Beobachters William Walker ungeprüft für wahr befanden, sondern setzt der Medienversion seine eigene entgegen und spricht von einem "vermeintlichen Massaker". Hier lohnt ein Blick ins Wörterbuch (Wahrig, Gütersloh und München 1991): "Vermeintlich" bedeutet demnach so viel wie "irrtümlich vermutet" oder "fälschlich angenommen". Anders gesagt: In Raçak hat kein Massaker stattgefunden. Als Beleg nennt Werle einen Bericht der ARD-Tagesthemen vom 23.3.2000, dessen Fazit bei genauem Hinsehen allerdings etwas anders lautet: "Für das Massaker von Raçak gibt es keine stichhaltigen Beweise." "Stichhaltig" im Sinne von "unwiderlegbar" (Wahrig, a.a.O.) sind die Beweise für das Massaker von Raçak in der Tat nicht - allerdings hat Peter Wuttke in ak 432 (18.11.99) in einem längeren Artikel etliche Indizien zusammen getragen, die dafür sprechen; gleichzeitig hat er Einwände, auch von jugoslawischer Seite, kritisch geprüft. Besonders detailliert hat er sich

mit Diana Johnstones Aufsatz "Das Raçak-Massaker als Auslöser des Krieges" auseinander gesetzt. Wuttkes Fazit: Johnstones Artikel enthalte "eine Reihe von Falschaussagen, Verkürzungen und Mystifizierungen... Diese berechtigen in der Summe dazu, ihn als klassisches Beispiel von Verschwörungstheorien und Propaganda abzutun."

Bemerkenswert ist, dass es bis heute keinen einzigen Diskussionsbeitrag oder Leserbrief gab, der sich mit Wuttkes Untersuchung kritisch auseinander gesetzt hätte. Wenn man bedenkt, dass "Raçak" in der deutschen Linken außerordentlich umstritten war und ist, dann ist das einerseits erstaunlich - andererseits auch wieder nicht, und zwar aus dem selben Grund: Wer nach dem Schema verfährt "der Feind meines Feindes ist mein Freund", kann auf die Untersuchung komplizierter Sachverhalte verzichten - ein schlichtes Glaubensbekenntnis reicht allemal. Mit dieser Haltung macht sich allerdings angreifbar, wer Gegeninformation zu seinem Anliegen erklärt hat.

Bekenntnisse statt Untersuchungen

Fazit: Medienkritik, die von den Fakten nichts wissen will, versagt. Die Linke darf sich nicht herausreden, es hätte über die Lage im Kosovo keine verlässlichen Informationen gegeben. Es gab die Aussagen von Flüchtlingen und Deserteuren, von Beobachtern und Mitgliedern humanitärer Organisationen; es gab Artikel in absolut NATO-feindlichen Zeitungen, u.a. in ak 427 (10.6.99) ein sehr aufschlussreiches Interview mit dem Titel "Der Krieg im Kosovo begann nicht erst im März". Man kann das ignorieren, sollte sich dann aber mit Einschätzungen zur Lage besser zurück halten.

Js.

Dieser Artikel ist zwar eine "Auftragsarbeit" der ak-Redaktion; er wurde dort aber nicht beschlossen und gibt insofern allein die Meinung des Autors wieder.

18. Das reicht noch nicht. Kommentar zur Frühjahrskonferenz

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:28

Zumindest im Ansatz haben die in Mülheim versammelten Teile der Anti-AKW-Bewegung erkannt, dass sie unter Rot-Grün vollkommen andere Voraussetzungen für ihren Widerstand hat und heftig daran arbeiten muss, sich darauf einzustellen. Ein Schritt in diese Richtung hat die Konferenz sicher gebracht.

Doch mit Differenzierungen und einem Bemühen, die Realität klar ins Visier zu nehmen, tun sich fast alle Beteiligten schwer. Je stärker sich die AktivistInnen als Anti-KapitalistInnen outen, desto einfacher wird häufig das Weltbild: Liberalisierung muss einfach schlecht sein, weil es dem Kapital nützt, - und was diesem nützt, kann eben nicht gut sein. Unter diesem schlichten Feinbild-Denken kann es denn schon passieren, dass die Realität einfach nicht beachtet wird. Dumm nur, dass der Gegner komplizierter vorgeht (siehe nebenstehenden Artikel).

Verständlich, aber wenig hilfreich ist, dass viele einfach keinen Bock darauf haben, den BürgerInnen immer wieder die Alternativen zum Atomstrom aufzudröseln, zum tausendsten Mal das Risiko schwerer Atomunfälle zu skizzieren und so weiter. Schlichte Info- und Aufklärungsarbeit ist eben nicht unbedingt Sache von eher autonomen oder linken Gruppen. Zwar bemerken viele Gruppen, dass das politische Umfeld nicht eben größer wird, und erkennen an, dass es bei der Mobilisierung in nächster Zeit zumindest nicht einfacher werden wird. Nur für das eigene Agieren werden daraus kaum Konsequenzen gezogen. So verkündet die Konferenz trotz einiger Bedenken, dass die diskutierte Atomstrom-Boykott-Kampagne geeignet ist, neue Konfliktfelder zu erschließen, eine atomkritische Diskussion vor Ort auszulösen und vor allem auch von der Fixierung auf die Castor-Transporte unabhängiger zu werden: Doch hinter vorgehaltener Hand wird die Kampagne dann für die Umweltverbände und engagierte BürgerInnen als Betätigungsfeld empfohlen, aus dem man sich besser raushält. Das aber dürfte nicht ausreichen!

Ärgerlich ist auch, dass neben ökonomischen Banalitäten der vorherrschende Anti-Kapitalismus häufig als Anti-Parlamentarismus daherkommt. Eine Kostprobe aus einem Impuls-Referat? "Gegen Entscheidungen zu protestieren ist unser Recht, weil uns so wenig recht ist. Wir korrigieren und beeinflussen. Aber wenn wir den Parlamentarismus einschränken, schwächen wir Herrschaft, dann machen wir Widerstand. Wir entscheiden und lenken selbst basisdemokratisch. ..." Gott sei Dank ist eine solche Position politisch in diesem Land vollkommen bedeutungslos. Nimmt man sie ernst, dann wäre sie brandgefährlich.

Zu hoffen ist, dass zumindest Teile der Bewegung aus den unterschiedlichen politischen Strömungen die mit Mülheim aufgenommene Debatte über die neue Lage unter Rot-Grün ebenso wie über mögliche praktische Aktivitäten miteinander fortsetzt.

DSe

19. Der Krise ins Auge geblickt. Konferenz der Anti-AKW-Bewegung berät Lage der Dinge

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:27

Etwa 160 AtomkraftgegnerInnen versammelten sich vom 31. März bis 2. April in Mülheim an der Ruhr zur diesjährigen Frühjahrskonferenz. Anders als sonst üblich, hatten die Organisatoren der Konferenz klare Diskussionsvorgaben gemacht. So sollte es um die Liberalisierung der Strommärkte gehen, eine Standortbestimmung unter der rot-grünen Bundesregierung versucht werden und schließlich über die weiteren Aktivitäten auf Bundesebene beraten werden. Das Ganze stand außerdem unter der Fragestellung, eine "konkrete Kapitalismuskritik" zu entwickeln und es sollte um "die Wiedergewinnung einer emanzipatorischen Perspektive" der Anti-Atom-Bewegung gehen.

Nach dem Desaster der letzten Herbstkonferenz in Dannenberg kann die Mülheimer Konferenz zumindest als Teilerfolg bewertet werden. Natürlich ist es nicht die Bohne gelungen ist, den Anti-Kapitalismus wirklich konkreter zu fassen und auch über eine emanzipatorische Perspektive ist nicht wirklich diskutiert worden. Allerdings hat sich die Bewegung seit längerer Zeit erstmalig wieder die Zeit genommen, die politischen und ökonomischen Verhältnisse und die Auswirkungen auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten genauer unter die Lupe zu nehmen. Schon das ist als Teilerfolg zu bezeichnen. Bereits am Freitag Abend versuchten sich drei Referenten mit der ökonomischen Realität auseinander zu setzen. Während Ernst Lohoff von der Gruppe Krisis sich verzweifelt abmühte, das Konferenz-Motto "Hinter der Strahlung steht der Wert" zu fassen (und scheiterte), gingen Jürgen Sattari und Henrik Paulitz (vgl. dazu die letzten ak) auf die konkreten Entwicklungen im liberalisierten Strommarkt und bei den internationalen (Atom-)Kraftwerksbauern ein. Paulitz begründete seine These, dass der Ausstieg aus dem Atomprogramm ein längerer Auslaufprozess werden dürfte, wenn nicht die Anti-AKW-Bewegung entscheidend die laufenden Prozesse störe oder ein schwerer Atomunfall den Lauf der Dinge gravierend beeinflusse. Im Rahmen dieses Prozesses schloss Paulitz nicht aus, dass es vor allem im asiatischen Raum auch noch vereinzelt zu AKW-Neubauten kommen könne. Sattari zeigte auf, dass die Liberalisierung der Strommärkte dazu führen werde, dass in den nächsten Jahren vermutlich nur noch drei oder vier dann auch international agierende Stromkonzerne übrig bleiben werden. Dadurch würden die jetzt aufgelösten Monopolgrenzen auf höherem Niveau neu etabliert.

In diesem Zusammenhang mit den möglichen Chancen durch die Liberalisierung kam es zu einer längeren Debatte über den Vorschlag eines Atomstromboykotts.

Atomstromboykott erschließt neue Konfliktfelder

Eine solche Atomstromboykott-Kampagne zielt darauf, die kommunalen bzw. städtischen Entscheidungsträger dazu aufzufordern, neue Stromverträge für städtische Verwaltungen und sämtliche öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen etc.) nur dann abzuschließen, wenn der Lieferant keinen Atomstrom in das örtliche Netz einspeist. Unter einer solchen Zielsetzung, so der Ansatz der Kampagne, könnte unabhängig von Atomtransporten regional in nahezu jeder Stadt das Thema Atomausstieg wieder problematisiert werden. Gleichzeitig könnte über die (positiven und negativen) Folgen der Liberalisierung der Strommärkte diskutiert werden. Mit einer Orientierung auf die politischen Entscheidungsträger vor Ort soll gewährleistet werden, dass eine solche Kampagne nicht zur alternativen VerbraucherInnenberatung verkommt.

Teilerfolg der Konferenz

Der Vorschlag für eine dezentrale Kampagne wurde zwar durchaus als eine Handlungsmöglichkeit angesehen, das Atomthema wieder stärker auch lokal zu etablieren. Doch offenkundig hatten vor allem die autonomen Gruppen heftige Magenschmerzen damit, dass eine solche Kampagne die Liberalisierung positiv darstelle, weil sie auf der Möglichkeit aufbaut, den Stromlieferanten frei zu wählen.

Am Samstag Vormittag ging es dann um das Verhältnis der Bewegung zur rot-grünen Regierung. Kritisch wurde festgestellt, dass sich die Anti-AKW-Bewegung unter der rot-grünen Bundesregierung öffentlich abgemeldet und so den Grünen die Möglichkeit geboten hat, sich als der entschlossenste Aussteiger zu präsentieren. Die Kritik, dass die Grünen mit Restlaufzeiten von 30 Jahren das Atomprogramm eher

verlängern, dass sie mit der Schaffung von Zwischenlagern an den AKW-Standorten die Entsorgungsfrage politisch entschärfen und dass der Ausbau von Anlagen wie der Uran-Anreicherungsanlage in Gronau auch unter Rot-Grün munter weitergeht, ist kaum ernsthaft in die Öffentlichkeit transportiert worden. Dies zu ändern, wurde zwar mehrfach proklamiert, Instrumente dafür aber kaum in die Debatte gebracht.

Allerdings ist sich die Anti-AKW-Bewegung bewusst, dass der nächste Castor unter anderen Bedingungen als die bisherigen Transporte nach Ahaus oder Gorleben stattfinden wird. Rot-Grün wird diese Transporte als "Ausstiegs-Castoren" verkaufen, denn bevor der Atommüll auf der Schiene rollt, wird es einen Konsens geben. Zumindest gehen fast alle davon aus. Zusätzlich dürfte es Probleme in der Mobilisierung und auch Vermittlung von Aktionen geben, sollte der Atommüll zuerst aus Frankreich rollen. Trittin und andere werden dann die Bewegung mit dem Nationalismus-Vorwurf angreifen und die deutsche Verantwortung für den in Frankreich lagernden und zurückzunehmenden Atommüll betonen. Dies in Verbindung mit einem massiv propagierten Ausstiegkonsens dürfte dazu führen, dass die Anti-AKW-Bewegung schon im Vorfeld die Auseinandersetzung suchen muss. Dazu soll vor allem eine Demonstration am 7. Juni in Münster dienen. Dort halten die Grünen planmäßig ihre nächste Bundesdelegiertenkonferenz ab, zu der die Bewegung bundesweit mobilisieren will. So soll der Konflikt der Anti-AKW-Bewegung zum rot-grünen Konsens-Nonsens öffentlich zugespitzt werden.

Eher nebenher und am Rande verlief die Debatte, die Wolfgang Ehmke (in der vorletzten ak) von der BI Lüchow Dannenberg angezettelt hatte. Er hatte die Sofortausstiegsforderung als einerseits recht und anderseits billig bezeichnet. Für Ehmke ist es demnach selbstverständlich, dass es angesichts der Gefahren durch die Atomenergienutzung in all ihren Schritten nur Sofortausstieg heißen kann. Doch es reiche eben nicht aus, dies wie ein Schutzschild vor sich herzuschieben. Die Bewegung müsse sich auch darum bemühen, in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen, Ausstiegskonzepte diskutieren und auf diese Weise versuchen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erzeugen, die einen Sofortausstieg auch umsetzbar machen könnten.

Am 7. Juni Demo gegen die Grüne BDK in Münster

Aktionen sind zwar dazu immer erforderlich, reichen aber allein nicht. Dies war vieler Orts so verstanden worden, als wolle sich Ehmke von der Sofortausstiegsforderung verabschieden. Deshalb hatte u.a. die Gruppe Anna-Liese aus Marburg betont, dass jede Beteiligung an Diskussionen über Restlaufzeiten schon von übel und daher abzulehnen sei. (vgl. auch die letzte ak) Ein Widerspruch, der auf dieser Ebene keiner ist. Denn natürlich lassen sich die Widersprüche rot-grüner Ausstiegskonzepte ohne weiteres öffentlich und kritisch diskutieren, ohne sich an der Frage von Restlaufzeiten zu beteiligen. Dass es im Kern derartiger "Missverständnisse" eher um unterschiedliche Politikbegriffe geht, dass es offenkundig vollkommen unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, wie eine Bewegung politische Stärke erreicht, wie sie auf Entscheidungsprozesse und öffentliche Meinung einwirkt und wie sie sich die Legitimation für ihre Aktionen besorgt, darüber gab es keine Debatte.

Eine klare Einordnung hat die sogenannte Uran-Kampagne erfahren. Seit über einem Jahr arbeiten verschiedene Gruppe daran, das Thema Uranabbau und die Brennstoffversorgung der AKWs stärker in den Blickwinkel zu rücken. Anknüpfungspunkt ist hier die Gronauer Uran-Anreicherungsanlage, in der das zur Brennelemente-Herstellung erforderliche spaltbare Uran produziert wird. Dazu finden fast täglich Atomtransporte mit Uranhexafluorid, einem zwar wenig strahlenden, aber chemisch umso gefährlicheren Stoff statt.

Urankampagne: wichtig, aber kein Highlight

Um diesen für das Atomprogramm wichtigen Bereich stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken, soll der nächste Castor-Transport nach Ahaus genutzt werden. Nach den Aktionen gegen den noch im Herbst möglichen Transport soll im Anschluss in dem nur zehn Kilometer entfernten Gronau die Abschlusskundgebung durchgeführt werden. Einig waren sich aber fast alle, dass mit diesem Thema ein neuer Kristallisationspunkt, wie es die Castor-Transporte sind, nicht machbar sein dürfte. Dazu fehlt bislang eine emotionale oder auch symbolische Aufladung dieser Transporte.

DSe

20. Zwischen Wendepolitik und Energiewende. Einige Anmerkungen zur Diskussion um die Strommarktliberalisierung

Autor: Peter Probst · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:34

Auf dem Strommarkt ist viel in Bewegung. Die europaweite Liberalisierung muss oft als Begründung für verschiedene Phänomene herhalten: Preisstürze, Arbeitsplatzabbau, Übernahmen, Fusionen, vermeintliches Ende der regenerativen Energien usw. Doch Arbeitsplatzabbau und Verkauf kommunalen Eigentums an E-Werken auf Grund leerer öffentlicher Kassen sind Entwicklungen, die nicht erst durch die Liberalisierung, sondern bereits vorher durch politische und ökonomische Strategien geschaffen wurden.

Erklärtes Ziel der CDU/FDP-Regierung seit der "Wende" 1983 war die Verbesserung der Akkumulationsbedingungen für das Kapital. Dazu gehörte die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie die Umverteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums durch Steuerentlastungen und Subventionen einerseits und der Abbau von Sozialleistungen andererseits.

Diese Ziele wurden weitgehend umgesetzt: Von 1980 bis 1996 stiegen das Bruttosozialprodukt um 137%, die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 240%, das private Geldvermögen um 233% und die Nettolohn- und Gehaltssumme um 97%. Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen und vervierfachte sich die Zahl der Arbeitslosen.

Gleichzeitig lag das Aufkommen aus veranlagter Einkommens-, Körperschafts-, Kapitalertrags-, Vermögens- und Gewerbesteuer 1997 rund 17 Milliarden DM unter dem Niveau von 1992 (-12,8%). Damit verminderte sich der Anteil der fünf überwiegend den Unternehmen und den Vermögensbesitzern zuzurechnenden Steuern am Bruttoinlandsprodukt von 4,4 auf 3,3 %, während die Lohnsteuerquote bei rund 8% verblieb. Die Steuerquote insgesamt erreicht mit 21,7% den niedrigsten Stand seit 1951 und verwies Deutschland auf den vorletzten Platz der EU-Staaten (vgl. D. Horn-Wagner (ÖTV Hamburg) auf einer Veranstaltung am 26.1.2000).

Wendepolitik führt zu leeren Kassen

Das trifft für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen zu. Mit unterschiedlichen Schlüsseln werden die einzelnen Steuern auf diesen drei Ebenen verteilt. Die Kosten der steigenden Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen gehen einseitig allein zu Lasten der Kommunen und Städte.

Angesichts des vom Bund durchgesetzten Einnahmenverzicht blieben auch bei Ländern und Kommunen die Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. So wurde der "Zwang" zum Verkauf kommunalen Eigentums geschaffen. Im Energiesektor wirkt dies seit einigen Jahren. Der Verkauf kommunaler Anteile an Stadtwerken findet seit Beginn der 90er Jahre statt (z.B. in Hamburg, Bremen, Berlin, Hannover).

Betriebswirtschaftlich ist bei den Konzernen seit den 90er Jahren das Konzept des Shareholder Value maßgebend. Diese Strategie zielt auf einen möglichst hohen Aktienkurs, begleitet von einer ertragsreichen Dividendenausschüttung. So sollen vorrangig die Interessen der Anteilseigner bedient werden. Wichtiges Instrument dabei ist der Abbau laufender Kosten: Einerseits durch Rationalisierung im Betrieb, d.h. technischer Fortschritt und Erhöhung des Leistungsdrucks auf die ArbeitnehmerInnen und andererseits die Auslagerung von Abteilungen, um die gleiche Leistung sodann billiger einzukaufen. Auch in großen Konzernen werden die einzelnen Abteilungen dem Konkurrenzdruck des Marktes preisgegeben: bei Leistung gleicher Qualität zählt nur noch das günstigste Angebot. Die Folge ist ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ein ebenso wichtiges Instrument ist die Übernahme anderer Firmen, um den eigenen Marktbereich zu vergrößern und dann doppelt vorhandene Abteilungen und Arbeitsplätze zu vernichten (die sog. Synergien). Wo Übernahmen nicht gehen, finden dann Fusionen statt.

Im Energiesektor gab es bereits die erwähnten Einkäufe der Energiekonzerne in städtische E-Werke, die spätere Übernahmen vorbereiten helfen. Eine erste Fusion unter den großen Stromkonzernen fand 1996 zwischen den Badenwerken und der EVS zur EnBW statt. In der gesamten Strombranche wurden zwischen 1991 und 1995 knapp 30.000 Arbeitsplätze (von 217.590 auf 187.860) gestrichen.

Die europaweite Liberalisierung sichert diese Entwicklungen auf den Strommärkten ordnungspolitisch ab und führt gleichzeitig zu ihrer Beschleunigung. Die Preiskonkurrenz in allen Marktsegmenten erhöht den Druck, die Kosten zu senken, um am Markt bei sinkenden Preisen bestehen zu können. Gleichzeitig bieten Fusionen unter den großen Energieversorgern die Möglichkeit, die eigene wirtschaftliche Macht zu vergrößern sowie Hauptkonkurrenten auszuschalten, in dem man mit ihnen zusammengeht. Durch die derzeit beschlossenen Fusionen reduziert sich die Zahl der großen Energieversorger auf drei bis vier Unternehmen, die bundesweit in allen Bereichen tätig sind:

1. RWE AG, gebildet aus der jetzigen RWE und VEW,

2. die zur VEBA/VIAG gehörende E.ON, gebildet aus PreussenElektra und Bayernwerk,

3. EnBW, bei denen die französische EdF eine Minderheitsbeteiligung hält,

4. VEAG, sofern das Kartellamt erzwingt, dass sich dort ausländische Konzerne einkaufen können.

Wichtig ist jedoch, dass Maßnahmen zur Kostensenkung bereits vor der Liberalisierung der Märkte getroffen wurden, zu einem Zeitpunkt, wo die doch recht plötzliche Konkurrenz in allen Marktsegmenten noch nicht absehbar war. Die Liberalisierung wird von den Unternehmensleitungen gern als Begründung für unpopuläre Maßnahmen herangezogen, auch wenn sie dafür nicht die Ursache ist. Zitat Simson (Vorstandsvorsitzender der Bayernwerke): "Glauben Sie, in der alten Struktur hätten unsere Stromtöchter PreussenElektra und Bayernwerk 2.300 Arbeitsplätze abbauen können, wie es im Rahmen der Fusion geplant ist? Wir sind nicht stolz darauf, aber es ist nötig, um die Kosten zu senken und wettbewerbsfähig zu bleiben." (Spiegel, 4.10.99, S. 138ff)

Arbeitslosigkeit + Gewinne steigen - Steuern sinken

Das Argument kommunaler Parlamente, ökologische und soziale Forderungen könnten nicht erfüllt werden, weil kein Geld vorhanden sei, ist also ein selbstgeschaffener Sachzwang. Ökologische und soziale Forderungen sollen nicht erfüllt werden, weil dies die Verwertungsbedingungen einschränkt und damit die Gewinnmaximierungsmöglichkeiten derer, die sich an der Börse reich spekulieren.

Energiepolitisch geht es um mehr als nur der Frage nach dem Ende der Atomenergie. Wegen des zunehmenden Treibhauseffekts wird seit Jahren auch das Ende fossiler Energieträger diskutiert. Welche Folgen hat also die Liberalisierung des Strommarktes auf die weitere Entwicklung?

Eine ökologische Energiewende ist anhand von vier Punkten zu definieren:

1. Stilllegung der Atomanlagen,

2. Effizienter Einsatz von Primärenergie, um ausgehend vom aktuellen Verbrauch ca. ein Drittel einzusparen,

3. Erzeugung eines weiteren Drittel durch regenerative Energien (v.a. Wind und Sonne),

4. Erzeugung des letzten Drittel in KWK-Anlagen mit hohem Wirkungsgrad, vorzugsweise (wegen der geringeren Co-Emissionen) erdgasbefeuert.

Zu 1.: Die Liberalisierung stärkt vordergründig die AKW. Da die Investitionskosten bei laufenden AKW überwiegend bereits über die Abschreibungen wieder verdient wurden, können sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen kostengünstig Strom produzieren und ermöglichen gleichzeitig enorm hohe steuerfreie Rückstellungen. Die EVU werden also die alten AKW so lange wie möglich weiterbetreiben wollen. Andererseits können technologische Alternativen (GuD-Kraftwerke), die auch als Neuanlagen zu konkurrenzfähigen Preisen produzieren, auf Grund des freien Marktzugangs wirksam werden. Zudem werden die EVU jetzt mit einzelnen Atomanlagen angreifbarer: Unter Konkurrenzbedingungen werden lange Stillstandszeiten von AKW sofort ökonomisch wirksam und könnten diese schnell vom Markt kicken. Die Liberalisierung schafft also andere Rahmenbedingungen für den Betrieb der AKW. Laufen sie ungestört, bleiben sie eine Goldgrube. Gelingt es durch politische Maßnahmen, längere Stillstandszeiten zu erreichen, kann der ökonomische Druck schnell für das vorzeitige Aus einzelner Anlagen sorgen.

Zu 2.: Für die Einsparmöglichkeiten durch Energieeffizienz bedeutet der Preiskampf in jedem Fall einen deutlichen Rückschritt. Großverbraucher in Industrie und Gewerbe können seit der Marktfreigabe

Preisnachlässe von ca. 30% verbuchen. Effizienzstrategien sind oftmals mit hohen Investitionskosten verbunden, die durch Einsparungen im laufenden Verbrauch wieder verdient werden. Sinkende Strompreise verlängern aber die Amortisationszeiträume, so dass weniger in Effizienz investiert werden wird. Die seit April 1999 geltende Stromsteuer konnte anfangs den Preisverfall verlangsamen, reicht aber bei weitem nicht aus, um die Preisstürze zu kompensieren.

Zu 3.: Bei der regenerativen Energieerzeugung werden weiterhin jährliche Zuwachsraten realisiert. Machte der Anteil der regenerativen Erzeugung (Wasser, Wind, Sonne, Biomasse, Müll) 1998 noch 5,2% aus, so stieg er 1999 auf 5,9% bei etwa gleich bleibendem Stromverbrauch. Zwar war der Zuwachs v.a. durch höhere Erträge der bestehenden Wasserkraftwerke bestimmt (regenreiches Jahr). Aber auch die Windenergie legt nach wie vor zu. Ein Ende der Steigerungsraten ist noch lange nicht erreicht. Auf Grund technologischer Entwicklung können zukünftig Offshore-Standorte vor der Küste bezogen werden, was größere Anlagen ermöglicht. Die Folge sind höhere Erträge und damit niedrigere Kosten pro kWh. Bei der Photovoltaik geht die technologische Entwicklung in Richtung drastische Kostensenkung in der Herstellung.

Folgen für Ausstieg + Energiewende

Die rot-grüne Bundesregierung hat durch die Novellierung des Einspeisegesetzes vom 25.2.00 die regenerative Stromerzeugung abgesichert. Die Stromversorger sind nun verpflichtet, zu festen Preisen regenerativen Strom unbegrenzt abzunehmen. Die Kosten dafür werden über eine bundesweite Umlage auf die Strompreise umgelegt. Die Einspeisevergütungen reichen aus, um den Ausbau der Windenergie fortzuführen. Damit wird Solarstrom möglicherweise erstmalig in nennenswerten Mengen produziert werden. Rot-Grün geht davon aus, dass das neue Gesetz sogar die Rahmenbedingung dafür bietet, den Anteil der regenerativen von heute fünf auf 10% im Jahre 2010 zu steigern.

Zu 4.: Wegen des Preisverfalls war das große Sterben von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung befürchtet worden. Diese Anlagen sind umweltfreundlich, haben aber einen höheren Stromerzeugungspreis. Auch hier hat Rot-Grün durch ein am 24.3.00 beschlossenes Vorschaltgesetz für den Schutz der Anlagen gesorgt. Die Netzbetreiber müssen nun auch für KWK-Strom festgelegte Preise zahlen, deren Kosten über eine bundesweite Umlage finanziert werden. Dieses Soforthilfeprogramm soll bald von einem KWK-Ausbaugesetz abgelöst werden, das den Anteil von KWK-Strom von heute 10% auf 20% im Jahre 2010 steigern soll.

Werden diese Prognosen realisiert, wäre es Rot-Grün tatsächlich gelungen, negative Folgen der Liberalisierung für regenerative und KWK-Erzeugung zu verhindern und diese Bereiche sogar auszubauen. Über den Erhalt der KWK-Anlagen wäre dann auch der Arbeitsplatzabbau bei den Stadtwerken bei weitem nicht so heftig wie im völlig liberalisierten Markt. Damit ließe sich ein Teil der SPD-Basis (Stadtwerke) und ein Teil der Grünen-Basis (Energiewende-Szene) wieder in rot-grüne Regierungspolitik einbinden, ohne dass es zum großen Konflikt mit den AKW-Betreibern kommt.

Eine echte ökologische Energiewende ist dies natürlich noch lange nicht. Der verhaltene Ausbau von Ökostrom bekämpft weder wirksam den Treibhauseffekt noch verdrängt er in absehbarer Zeit den Atomstrom. Durch das Bedienen ökonomischer Interessen wird jedoch entstandener Unmut bei Stadtwerken und Ökoverbänden befriedet. Politisch bleibt es deshalb erforderlich, die gegenwärtige Energiepolitik zu bekämpfen, ohne dabei die veränderten Rahmenbedingungen aus den Augen zu verlieren.

Peter Probst

21. Der heimische Ledersitz - näher als das britische Chassis! Tücken internationaler Solidarität am Beispiel BMW-Rover

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:46

BMW will sich von der erst vor wenigen Jahren erworbenen britischen Firma Rover trennen. Die Produktion des Landrovers ist bereits an Ford verkauft, für die Reste werden Investoren gesucht. Rover wird nicht nur zerlegt, sondern Standorte werden auch geschlossen. Im Gespräch sind Arbeitsplatzverluste im Werk Longbridge bei Birmingham im Umfang von 4.000-6.0000 Stellen. Statt Solidarität üben sich deutsche und britische Gewerkschaften in nationaler Standortsicherungsrhetorik.

Rover hätte BMW gefährdet" - so titelte am 20.3.2000 die Welt ihr Interview mit BMW-Gesamtbetriebsratschef Manfred Schoch. Ihr Fazit nahm sie im Untertitel vorweg: Schoch trägt die Vorstandsentscheidung, sich von Rover zu trennen, mit. Das tun wohl alle ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat von BMW, denn sie alle haben - nach einem Vorgespräch mit dem IG Metall-Vorstand - die Absichtserklärung für die Verkaufsverhandlungen unterzeichnet. Die Begründung, wie sie eingeweihte Kreise aus dem Gespräch mit der IG Metall kolportieren: "Sonst hätte Rover BMW mit reingerissen." Management und Betriebsrat scheinen sich darin einig: Die Verteuerung der Produktion bei Rover durch die britische Zinspolitik hätte den gesamten Konzern gefährdet.

Doch was war eigentlich gefährdet? Zur Eröffnung des Genfer Automobilsalons Ende Februar hatte BMW-Chef Milberg noch verkündet: "BMW ist stark wie nie zuvor." Dies bestätigte Schoch auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung am 17. März: "In der Segmentberichterstattung werden wir für die Marke BMW einen neuen Rekordgewinn von 4,1 Mrd. Mark vor Steuer ausweisen können. Diese Rekorde konnten nur durch die hervorragenden Leistungen der gesamten BMW-Belegschaft erreicht werden, die sich mit vielen Überstunden, Sonderschichten und Mehrarbeit für diesen Erfolg eingesetzt hat. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein." (Welch merkwürdiger Stolz!, MW)

Es geht offenbar um BMW und nur um BMW - in Deutschland: "Oberstes Ziel war es, die Selbstständigkeit unseres Unternehmens BMW zu erhalten. Diese Zielsetzung soll und darf sich auch in der Zukunft nicht ändern! Der Betriebsrat vertritt einstimmig die Meinung, dass wir auch weiterhin mit einem Vorstand verhandeln wollen, der im Vierzylinder in München sitzen muss! (...) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nun angedachten Lösungen bei Rover wären für uns alle ein wichtiger, ja sogar lebensnotwendiger Befreiungsschlag. BMW bleibt damit selbstständig, und die Arbeitsplätze bei BMW bleiben sicher! Der Vierzylinder wird nicht nach Detroit, Chicago, Paris oder Wolfsburg verlegt, und auch ein Aktientausch wird nicht stattfinden."

Von den betroffenen britischen KollegInnen ist in der gesamten Rede kein Wort, und schon der angestrengte Hinweis, man habe sich "für Rover bemüht", deutet auf anderes als die Unterstützung der britischen KollegInnen hin: "Eines muss auch deutlich gesagt werden, wir arbeiten für Rover an einer anständigen Lösung, wir werden kein Werk schließen, sondern bemühen uns um einen neuen Eigentümer, der Rover weiterführen wird." Alles aus Solidarität? Nein: "Die Schließung von Rover Cars würde übrigens Mehrkosten in Höhe von 3 Milliarden Mark nach sich ziehen! Herr Prof. Milberg hat also selbst in dieser prekären Lage eine Lösung vorbereitet, die dem Unternehmen weitere Milliardenverluste ersparen würde."

Auch für die IG Metall verdient dieser Akt der "Standortsicherung" bei BMW durch den Verkauf von Rover offenbar gewerkschaftlichen Applaus - zumindest zitiert die Welt am 20. März Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer, er habe den neuen Kurs von Milberg demonstrativ unterstützt und bewundere den BMW-Chef "für seine Klarheit und Kompetenz, wie er die Dinge angeht". Noch 1999 hatte sich die IG Metall gerühmt, Rover gerettet zu haben. Sitzt nun das Hemd näher als die Jacke, pardon: der Ledersitz näher als das Chassis?

Deutsche Jobs zuerst

Ausdrücklich betont wird, dass eine Voraussetzung für die Zustimmung der ArbeitnehmervertreterInnen darin bestanden habe, dass das Werk in Longbridge nicht geschlossen wird. Lassen wir die Frage beiseite, zu welchen Mitteln die bundesdeutschen Interessenvertreter greifen wollen, wenn dies dennoch geschieht. Betrachten wir stattdessen, wohin die Blicke schweifen, wenn es um die Verhinderung der Schließung geht, nämlich in Richtung Großbritannien. Hier erweisen sich unsere Metaller dann doch als wahre Internationalisten und sind mit Vorschlägen schnell bei der Hand.

Die Hilfsmöglichkeiten der britischen Regierung bestehen für Schoch in der Vermittlung eines Einstiegs von General Motors, Toyota oder Honda. Auf Flugblättern, die vor den Werkstoren in Longbridge verteilt wurden, forderten die britischen KollegInnen bei Rover hingegen die Verstaatlichung des Unternehmens. Doch auch die britische Bevölkerung wird von deutscher Seite aus gefordert und soll ihren Beitrag leisten; auf die Frage nach den Überlebenschancen von Rover (Cars) äußerte sich Schoch in dem Welt-Interview: "Wenn mehr Engländer Rover kaufen würden, dann hätte auch Rover Cars eine Zukunft." Womit dann auch die Schuldigen in der Misere ausgemacht sind.

Nebenbei gesagt: Schochs Forderung könnte sich durchaus schon bald erfüllen, denn die Gewerkschaften Amalgamated Engineering and Electricians Union (AEEU) und General Municipal Boilermakers (GMB) riefen bereits zum Boykott von BMW auf - ein Aufruf, der allerdings von der Transport & General Workers Union (T&GWU) (noch?) nicht mitgetragen wird. In der Tat bewegt man sich dabei allerdings auf sensiblem Terrain, schenken sich doch Gewerkschaftsvertreter diesseits und jenseits des Kanals wenig in Sachen nationaler Standortverteidigung.

So geht es für T&GWU-Chef Woodley um nichts Geringeres als "eine Schlacht für Groß-Britannien und die britische Industrie". (International Herald Tribune, 22.3.2000) Und James Bond, wird vom AEEU-Generalsekretär dafür kritisiert, ein deutsches Auto zu fahren: "007 ist ein internationales Symbol des britischen Patriotismus. Es ist undenkbar, dass er weiterhin in einem dieser Autos umherfahren kann." (Frankfurter Neue Presse, 22.3.2000) Der Top-Agent dürfte sich damit in eine - offenbar nicht nur für ihn ungewohnten - Rolle als weltgewandter und -offener Saboteur nationalen Blechbildungsinteressen "im Auftrag of Her Majesty" wiederfinden. Es macht eben einen Unterschied, ob auf Grund einer bestimmten Politik Druck auf ein bestimmtes Unternehmen ausgeübt werden soll - oder ob dazu auf "nationale Interessen" rekurriert wird.

Doch wem kann überhaupt etwas vorgeworfen werden? BMW-Chef Milberg offenbar nichts. Auf der Pressekonferenz am 17. März verkündete er: "Wir haben alles unternommen, um Rover im Sinne der Mitarbeiter wie auch der Shareholder zu sanieren. Aber angesichts der veränderten Rahmenbedingungen war die Grenze des für uns unternehmerisch Verantwortbaren erreicht. Wir mussten jetzt handeln und jetzt eine Entscheidung herbeiführen". Wo allerdings nur wenige Sätze vorher von den - offenbar wenig wirksamen - 8.000 Entlassungen im Zuge der Sanierungsbemühungen die Rede war, können sich die Bemühungen ganz offensichtlich nur auf das Wohl der Shareholder bezogen haben.

Hat sich auch der BMW-Gesamtbetriebsrat (GBR) nichts vorzuwerfen? Nach vorliegenden Informationen aus - wie üblich - gut informierten Kreisen wurden die BMW-Belegschaften von ihren Vertretern im Aufsichtsrat nicht über die Entscheidung informiert und mussten diese der Presse entnehmen. Erst am 17. März wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen, weil "die Belegschaft ein Anrecht darauf hat, zu erfahren, warum es zu den nun getroffenen Entscheidungen gekommen ist", so Schoch in seiner Rede.

Standortnationalismus

Sowohl aus der BMW-Belegschaft und ihren Betriebsräten, als auch aus britischen Gewerkschaftskreisen wird der Zeitpunkt der Informationsweitergabe kritisiert. Den ArbeitnehmervertreterInnen im BMW-Aufsichtsrat wird vorgeworfen, von diesen Plänen gewusst zu haben, ohne z.B. die T&GWU zu informieren (siehe www.labournet.de). Dieser Vorwurf trifft sie genauso wie das BMW-Management, dem sowohl von Toni Blair als auch vom Handels- und Industrieminister Stephen Byers Heimlichtuerei vorgeworfen wird. Aus dem Umfeld des GBR-Vorsitzenden wurde dieser Vorwurf mit dem üblichen, aber nicht alles erklärenden Verweis auf das im Aufsichtsrat vereinbarte Stillschweigen gekontert - nicht ohne Stolz in der Stimme, sich damit als verlässlicher Partner des Managements erwiesen zu haben. Die Arbeitgeberseite hatte offensichtlich keine

solchen Skrupel; schon im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung am 16. März gab es von hier aus offenbar Vorabmeldungen an die Medien.

Noch sind keine Verträge "in trockenen Tüchern", und nach vorliegenden Informationen stocken die Verhandlungen mit dem Risikokapitalfonds Alchemy, der für eine Übernahme in der Diskussion war. Ein Grund dafür kann in der breiten Empörung liegen, die eine Äußerung des Alchemy-Chefs Jon Moulton gegenüber der britischen Presse auslöste. Frei übersetzt ließ er verlauten, es sei natürlich tragisch, wenn Menschen überflüssig würden, doch auch Hämorrhoiden müssten herausgeschnitten werden.

Und in Longbridge? Hier herrscht - bei heftiger Empörung - ziemliche Ratlosigkeit über das richtige Verhalten. Eine Vollversammlung aller Vertrauensleute, die erst eine knappe Woche nach der Bekanntgabe des Verkaufs stattfand, beschloss einen Protestzug am 30. März in London und eine landesweite Demo am 1. April in Birmingham. Die "Save-Rover"-Demo hat breite Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren. Fest steht, dass sich die Belegschaft verraten und verkauft fühlt. Sie haben auch allen Grund dazu, denn die ca. 9.000 KollegInnen in Longbridge stehen nach einer drastischen "Personalreduktion", dem Verzicht auf Lohnerhöhungen in den letzten zwei Jahren und neuen, erweiterten Schichten vor dem kaum noch abwendbaren Aus für "ihre" Arbeitsplätze.

Es ließe sich (mal wieder) einiges daraus lernen, z.B. dass Verzicht selten belohnt wird. Doch noch zieht es Tony Woodley, Vorsitzender der T&GWU, vor, BMW als einer "unehrlichen" Firma Wortbruch vorzuwerfen (FR, 17.3.2000). Auch ist nicht sicher, inwieweit die BMW-Belegschaften in Deutschland tatsächlich glauben, mit dem Coup seien ihre Arbeitsplätze gerettet worden, oder ob sie sich mit den Longbridge-KollegInnen solidarisieren werden. Bisher ist nicht bekannt, ob die außerordentliche GBR-Sitzung am 29.3. dazu aufgerufen hat. Laut Schoch haben die BMW-Belegschaften sich ohnehin bereits solidarisch genug gezeigt: "Allein 12.000 BMW-Mitarbeiter haben Rover-Fahrzeuge gekauft. Auch das zeigt das Engagement der BMW-Belegschaft für Rover." (ebd.) Doch das kann doch nicht alles gewesen sein?!

Unterdessen verlautet aus allen BMW-Standorten, die KollegInnen seien kaum zu mobilisieren. Wie bereits bei VW im Zusammenhang mit den 1.300 in Südafrika gekündigten KollegInnen heißt es oft, es sei zwar alles sehr schlimm, doch weit weg, und man könne ja nichts machen. Immerhin gab es jedoch eine Delegation von BMW-KollegInnen auf der Großdemonstration in Birmingham am 1. April.

Und fest steht - ob bei BMW oder VW: Welt-, Euro- oder einfach Betriebsräten kann internationale Solidarität nicht überlassen werden. Denn unter einem "lebensnotwendigen Befreiungsschlag", wie GBR-Vorsitzender Schoch den Verkauf von Rover bezeichnete, könnten wir uns durchaus etwas anderes vorstellen.

Mag Wompel

Dieser Beitrag erscheint zeitgleich in express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

22. Niederlande: Arbeitspflicht für allein Erziehende

Autor: dk · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:25

Ob niederländisches Poldermodell oder deutsche "Neue Mitte", ob "Aktivlinie"

in Dänemark oder "New Deal" in England: Die postmoderne Sozialdemokratie krempelt den traditionellen Sozialstaat um. "Aktivierung" heißt das neue Zauberwort. Was auf den

ersten Blick linksliberal nach "Empowerment" oder nach "Befähigung" zu neuer "Selbstverwirklichung" klingt, bedeutet überall in erster Linie Zwang, Arbeitspflicht und Sozialleistung nur gegen Gegenleistung.

Auch in den Niederlanden will man diejenigen, die aus dem hochgradig flexibilisierten Produktionsprozess herausgesondert worden sind, als Arbeitsmarktreserve erschließen, und sei es mit Druck. Ende September 1999 unterbreitete die linksliberale Staatssekretärin im Sozialministerium, Anna Verstand, dem Parlament in Den Haag einen Gesetzentwurf, der allein erziehende SozialhilfeempfängerInnen zur Arbeit zwingen soll. Mindestens Teilzeitjobs mit 24 Stunden pro Woche sollen danach für diesen Personenkreis Pflicht werden. (FR, 8.10.1999) Seit 1996 besteht in den Niederlanden für SozialhilfeempfängerInnen der allgemeine Bewerbungszwang. Allein Erziehende waren bisher allerdings von der Pflicht, regelmäßig Bewerbungen nachzuweisen, verschont geblieben.

Betroffen von diesen Plänen sind ca. 40.000 Personen, meist Frauen. Zu der oft aussichtslosen Suche nach einem Kindertagesplatz kommt auf sie die Perspektive eines schlecht bezahlten Aushilfsjobs hinzu. In aller Regel übersteigt der Lohn für eine solche Teilzeitstelle kaum den Sozialhilfesatz. In den Fällen, wo der Lohn tatsächlich knapp über der Sozialhilfe liegt, droht der Verlust von Zuschüssen, etwa für Tagesmütter, Miete oder Heizung. Selbst die sozialdemokratische DeVolkskrant warnt vor einer Armutsfalle.

Der Hintergrund für diese jüngste Regierungsinitiative liegt im momentanen Arbeitskräftemangel in den Niederlanden. Im Baugewerbe, im Handel, in Hotels und Gaststätten und im Dienstleistungssektor klagen die Unternehmer nicht nur über fehlende Hochqualifizierte. Selbst Blumenzüchter und Fast-Food-Ketten klagen über fehlendes Personal. In einigen Fällen führt dies bereits zu einem unerwünschten Druck auf die Löhne. So hat etwa die Supermarkt-Kette van den Broek die Mindestlöhne um 30% angehoben, bisher ohne großen Erfolg. (SZ, 28.10.1999)

Angesichts dieser Situation haben Staat und Unternehmer offenbar die verdeckten Erwerbslosen als Arbeitsmarktreserve bemerkt. Bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 3,2% geht das Central Büro für Statistik (CBS) von einem zusätzlichen Arbeitskräftereservoir von 900.000 bis 1,5 Mio. Menschen aus. In erster Linie sind es Frührentner, SozialhilfeempfängerInnen, MigrantInnen und Alleinerziehende, die "aktiviert" werden sollen.

dk

23. Eins, zwei, viele Freihandelszonen! Im Stillen schließt EU "Kooperationsvertrag" mit Mexiko

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:29

Am Rande des Gipfels der Staatschefs der Europäischen Union in Lissabon Ende März schloss die EU ein Wirtschaftsabkommen mit Mexiko. Damit ist der erste Freihandelsvertrag unter Dach und Fach gebracht, welcher Europa mit einem amerikanischen Land verbindet.

Während der Verhandlungsprozess in Europa wenig Beachtung fand, ist er in Mexiko ein Politikum ersten Ranges. Präsident Ernesto Zedillo zeigte sich nach der Unterzeichnung am 23. März auf dem Rückflug nach Mexiko ungewohnt heiter. Mit Journalisten begoss er den Abschluss, welcher nach Meinung des Handelsministers Herminio Blanco den wichtigsten wirtschaftspolitischen Erfolg von Zedillos sechsjähriger Amtszeit darstellt. Der Vertrag wird nicht zufällig am 1. Juli in Kraft treten, ein Tag bevor die Mexikaner Zedillos Nachfolger wählen.

Doch die gute Laune des Präsidenten teilen nicht alle seine Landsleute. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen befürchten vor allem negative Auswirkungen: "Es handelt sich um einen neuen Freihandels- und Investitionsvertrag, der den sozialen Ausschluss und die soziale Polarisierung in unserem Land vergrößern wird", schreiben sie in einer Deklaration.

Gutgelaunter Präsident ...

Konkret sieht das Vertragswerk vor, bis 2007 schrittweise nahezu alle Handelszölle für den Warenverkehr zwischen der EU und Mexiko abzubauen. Neben den Handelserleichterungen werden auch die Investitionsmöglichkeiten verbessert. Daneben sieht der Vertrag eine engere politische und wissenschaftliche Kooperation vor.

Für die mexikanische Regierung ist der Vertragsabschluss die vorläufige Krönung ihrer Bemühungen um eine Liberalisierung des Außenhandels und der Integration in die Weltwirtschaft, die sie als Musterschüler des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank nach der Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre begann. Etappen auf diesem Weg waren der Eintritt in die OECD, das Gatt und die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA).

Mexiko avanciert so zu einem Modell für die Integration eines Schwellenlandes in die globalisierte Ökonomie. Während Blanco dies zum Anlass nimmt, über die gestiegenen Exporte zu jubeln, welche von 1993 bis 1999 von 53 Mrd. US-Dollar auf 135 US-Dollar emporschnellten, weisen gewerkschaftliche Organisationen und NGOs auf die Schattenseite des Modells hin. Der Exportzuwachs ist demnach hauptsächlich auf die boomende Maquilaindustrie an der Grenze zu den USA zurückzuführen. Dort schießen in den letzten Jahren Billiglohnfabriken aus dem Wüstensand wie anderswo Pilze aus dem Boden. Außer einer schönen Exportbilanz bleibt für Mexiko dabei aber kaum etwas übrig, denn die Unternehmen der Maquilaindustrie zahlen weder Zölle noch Steuern. Die meist weiblichen Beschäftigten verdienen sieben mal weniger als ihre Kolleginnen ein paar Meilen nordwärts in den USA.

Schlechtgelaunte Gewerkschaften ...

Gewerkschaftliche Gruppen wie die Frente Autentico del Trabajo (FAT) befürchten nun, dass auch europäische Konzerne die günstigen Produktionsbedingungen verstärkt nutzen werden und so den Status Mexikos als Billiglohnland, in dem Unternehmen weder Rücksicht auf Arbeitsrechte noch Umweltschutzauflagen nehmen müssen, zementiert. In einer Stellungnahme weisen sie darauf hin, dass "im Abkommen mit Europa keine Vereinbarungen im Arbeits- und Umweltbereich getroffen wurden." Die mexikanische Regierung begründet dies mit bemerkenswerter Offenheit: Die Regulation dieser Bereiche gefährde Mexikos Konkurrenzfähigkeit.

Eine weitere Befürchtung der Gegner des Vertrags ist, dass subventionierte Billigimporte aus den EU-Ländern die mexikanische Landwirtschaft und Industrie weiter schädigen könnten. Bereits nach dem In-Kraft-Treten des

Nafta-Abkommens 1994 sind Bereiche wie die kleinbäuerliche Maisproduktion von der billigen US-amerikanischen Konkurrenz plattgewalzt worden.

Alfonso Moro vom Netzwerk gegen Freihandel erklärt: "Der Anteil mexikanischer Produkte, welche auf dem europäischen Markt konkurrieren können ist sehr klein. Dazu kommt, dass von den zehn wichtigsten Exportprodukten Mexikos in die EU, sieben von europäischen Unternehmen in Mexiko hergestellt werden." Letztlich profitierten daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung.

Kosmetische Menschenrechtsklausel

Präsident Zedillo von der seit 71 Jahren regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) begründete den Vertragsabschluss in Lissabon auch damit, dass Mexiko mit Europa die "Werte der Demokratie, des Respekts vor den Menschenrechten und des Rechtsstaates" teile. Darüber schütteln die Gegner des Freihandelsvertrag in Mexiko den Kopf. Sie kritisieren, dass die Aushandlung des Vertrags weitgehend hinter verschlossenen Türen erfolgte. Nicht einmal die Abgeordneten des Senats seien bis wenige Tage vor Abschluss vom Inhalt des Vertragstextes in Kenntnis gesetzt worden. Die politische Opposition, Gewerkschaften, Bauernverbände oder Menschenrechtsorganisationen hätten praktisch keine Möglichkeit gehabt, auf den Verhandlungsprozess Einfluss zu nehmen.

Auch die Demokratieklausel des Vertrags stelle sich bei näherer Betrachtung als Kosmetik dar, wie Moro meint. Zwar legt sie fest, dass "geeignete Maßnahmen" ergriffen werden sollen, falls es in einem der Unterzeichnerstaaten zu schweren Menschenrechtsverletzung komme. Gleichzeitig heißt es aber, dass die Sanktionen das Funktionieren des Vertrags so wenig wie möglich beeinträchtigen sollen.

Während Präsident Zedillo erklärt, dass durch den Vertrag "gute, sichere und zahlreiche Arbeitsplätze" in Mexiko geschaffen würden, welche "die Basis für eine gerechte und menschliche Entwicklung" bilden sollen, sind die Freihandelsgegner frustriert: "Für uns ist der Vertrag das Urbild für die antidemokratischen kommerziellen Mechanismen, welche die Welthandelsorganisation (WTO) fördert. Es war genau dieser Typ von Verträgen gegen den die Zivilgesellschaft sich im November beim WTO-Gipfel in Seattle erhoben hat", sagt Moro.

Boris Kanzleiter

24. Ausgrenzung streng nach Tarif. Bündnis für Arbeit in den Niederlanden

Autor: Hans Boot · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:21

"Poldermodell und Bündnis für Arbeit. Sozialdemokratischer Neoliberalismus in den Niederlanden und der BRD", so lautete der Titel einer Veranstaltung der Hamburger Gruppe Blauer Montag vom 21. Oktober 1999. Der folgende Text basiert auf dem Referat, das Hans Boot dort gehalten hat.

Ich beginne mit einem Zitat von Lodewijk de Waal, Vorsitzender der größten niederländischen Gewerkschaftsföderation, dem sozialdemokratisch orientierten FNV: "Die Bemerkung, dass ein Organisationsgrad von 60% vielleicht nicht gut ist, mag für einen Gewerkschaftsvorsitzenden sonderbar sein. Aber wir brauchen ein gewisses Maß an Ohnmacht. Das heißt nicht, dass ich mir nicht einen etwas höheren Organisationsgrad wünschen würde (z.Z. 27%, davon 17% beim FNV; HB). Aber mehr als maximal 35% würde ich nicht wollen, damit ein neues Gleichgewicht in den Beziehungen mit den Arbeitgebern und dem Staat entstehen kann. Eine stärkere Machtstellung, die etwa so groß wäre, dass eine Gewerkschaft alle Veränderungen aufhalten könnte, ist nicht gut. Wesentlich für das Poldermodell ist es, dass es bei jeder der drei Parteien ein Bewusstsein der Ohnmacht gibt."

Traditioneller Korporatismus

Nach Meinung der postmodernen Gewerkschaftsführung ist die Zeit der Macht "gegen" also vorbei, die Ära der Macht "mit" hat angefangen. Die Folge ist eine tief greifende Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung und damit der Gesellschaft. Wenn es noch so etwas wie Opposition gibt, dann ist sie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften marginal. Die ideologische Zustimmung zum Co-Management des Poldermodells hingegen ist hochorganisiert.

Beim Poldermodell handelt es sich um die aktuelle Variante des traditionellen niederländischen Korporatismus. Die Niederlande gehören zu den Ländern in Westeuropa, in denen am wenigsten gestreikt wird und in denen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder am niedrigsten ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist in hohem Maße gesellschaftlich integriert, die Gewerkschaftsführung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen an der sozialen und wirtschaftlichen Steuerung beteiligt. Dabei zeigt sie ein großes Verständnis für die Defizite der kapitalistischen Produktionsweise, was sich nicht zuletzt in einer "verantwortlichen Lohnpolitik", d.h. Lohnbescheidenheit und Lohnzurückhaltung äußert. Diese kapitalfreundliche Ausrichtung und staatliche Orientierung haben den Einfluss der Gewerkschaftsführung überproportional gestärkt und den Einfluss der Mitglieder entsprechend geschwächt.

Diese Skizze trifft generell die Geschichte der modernen Gewerkschaften in den Niederlanden. Sehr kurz zusammengefasst kann die spezifische niederländische Entwicklung durch die lange Dominanz des Handelskapitals und des Kolonialismus und der damit verbundenen langsamen und späten Industrialisierung erklärt werden. Eine Industrialisierung, die zudem sehr zerstreut und kleinbetrieblich geprägt war und kaum auf eine Tradition handwerklicher Werkstattorganisation traf. Die Gewerkschaften entwickelten sich folglich außerhalb der Betriebe. Sie waren damit von Beginn an zentralistisch strukturiert und auf die Kooperation mit Staat und Unternehmern orientiert. Vor diesem Hintergrund findet nach dem Zweiten Weltkrieg eine definitive korporatistische Reorganisierung der Gesellschaft statt. Die anerkannten Gewerkschaften treten in eine Vielzahl von Beratungs- und Beherrschungsinstitutionen ein, in denen sie paritätisch mit Unternehmern und Staat zusammensitzen.

Erst ab 1964, vor dem Hintergrund einer niedrigen Arbeitslosigkeit und einer leichten Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse, begann die Metallgewerkschaft mit der sog. Betriebsarbeit. Es war das erste Mal, dass die Gewerkschaft in den Betrieben selbst auftauchte. Und von Beginn an war dies eine zweischneidige Angelegenheit. Zum einen entstanden Mitglieder-Basisorganisationen mit teilweise streitbarem, auch anti-kapitalistischem Kurs. Andererseits war die Betriebsarbeit auch der Versuch der Bürokratie, auf die damalige "Krise der Gewerkschaft" eine Antwort zu finden, sowohl auf die Auflösungserscheinungen wie auch auf die sich radikalisierenden Strömungen.

Für niederländische Begriffe waren das Ende der 70er Jahre und der Beginn der 80er eine heiße Zeit. 1979 kam es bei den Hafenbetrieben zu einem wilden Streik gegen den gerade abgeschlossenen Tarifvertrag. Der Rotterdamer Hafen wurde wochenlang lahm gelegt. Im Herbst 1983 demonstrierten eine halbe Million Menschen gegen die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen. Auch der FNV beteiligte sich mit dem Motto "Jobs statt Bomben". Kurz danach streikten die Beamten sieben Wochen lang gegen eine 3%ige Gehaltskürzung.

Gleichzeitig erreichte die internationale Wirtschaftskrise, die während der ersten Hälfte der 70er Jahre ausbrach, auch die Niederlande. Waren 1980 noch 7,4% der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, betrug die Arbeitslosenquote 1982 bereits 14,2%, zwei Jahre später sogar 17,3%. Als Reaktion auf diese dramatische Entwicklung unterschrieben die VertreterInnen von Gewerkschaften und Unternehmern unter staatlicher Aufsicht im November 1982 das Abkommen von Wassenaar.

Formell war das ein Plan zur sozialwirtschaftlichen Wiederbelebung. Materiell handelte es sich um ein neoliberales Aufräumprogramm. Profitmaximierung wird zur allgemein anerkannten Leitlinie, die von Gewerkschaftsseite durch eine Strategie der mehrjährigen moderaten Lohnanpassung begleitet wird. Im Gegenzug wird den Gewerkschaften eine geringfügige Arbeitszeitverkürzung zugestanden, die aber nur sehr langsam umgesetzt werden soll. Die Unternehmer können damit zum einen Überkapazitäten und die sog. "stillen Stunden", die informellen Verschnaufpausen im Betriebsalltag, abbauen. Und nicht zuletzt wird von ihnen die Arbeitszeitverkürzung auch als Flexibilisierungshebel gegen die ArbeiterInnen benutzt.

Flexibel bis zum Umfallen

In der konkreten Praxis hat das Poldermodell zu einer Umorganisation des Arbeits- und Produktionsprozesses geführt, der die Niederlande zum Europameister der Flexibilisierung gemacht hat. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden ist seit 1982 ungefähr gleich geblieben, die Zahl der Arbeitsstellen ist jedoch gestiegen. Darin drückt sich aus, dass inzwischen 40% aller Arbeistplätze Teilzeitjobs sind, bezahlt mit Teilzeitlöhnen. Der EU-Durchschnitt liegt dagegen nur bei 18% Teilzeitstellen. Drei Viertel dieser Teizeitjobs werden von Frauen eingenommen.

Die Zahl der befristeten Jobs hat ebenfalls stark zugenommen, nämlich um mehr als 10%, auch hier sind zu zwei Drittel Frauen betroffen. Ca. 40% aller neu geschaffenen Jobs sind heute zeitlich befristet und flexibel. Es sind hauptsächlich die Jobs von Frauen, MigrantInnen und Jugendlichen. 1990 war 1,8% der Arbeit Zeitarbeit. Inzwischen ist dieser Prozentsatz auf 4,6% gestiegen. Zwischen 15% und 20% aller geleisteten Arbeitsstunden sind heute Überstunden. Ca. 50% aller Arbeitsplätze sind hochgradig flexibilisiert, d.h. der Einsatz der Arbeitskraft orientiert sich flexibel an den Vorgaben der Maschinenlaufzeiten. Auch die Lohnflexibilität hat stark zugenommen und beträgt heute 25%.

Verglichen mit dem Jahr 1982 ist die Arbeitsproduktivität bis 1990 um 20% gestiegen, die Löhne hingegen stagnieren nahezu. Die Gewinne haben sich in diesem Zeitraum verdreifacht. Beamte müssen in diesem Zeitraum einen Realeinkommensverlust von 17% hinnehmen, SozialhilfeempfängerInnen gar um 20%. Während die Lohnquote in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist, ist die Profitquote permanent gestiegen. Gleichzeitig wird an den sozialen Errungenschaften genagt, etwa im Bildungssektor, bei der Gesundheitsversorgung oder bei den Sozialleistungen. Und der Staat macht den Weg frei für eine durchgreifende Ökonomisierung der Gesellschaft über weit reichende Privatisierungsmaßnahmen und die Durchsetzung betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnungen. Auch hier geht es im Prinzip um eine Umverteilung des gesellschaftlichen Einkommens.

Die Daten über die zunehmende Flexibilisierung deuten auf allgemeine Hochdruck-Arbeit hin. Seit 1982 sind die Klagen über zu schwere Arbeit von 35% auf über 60% gestiegen. Arbeitsstress, arbeitsbedingte Krankheiten und Unfälle sind kein zufälliges Nebenprodukt mehr, sondern strukturelles Kennzeichen der Arbeit. Das Management ist permanent bestrebt, die psychischen und physischen Grenzen der ArbeiterInnen zu überschreiten. Das Poldermodell produziert ein Produktionssystem, das auf Management-by-Stress beruht.

Selbstverständlich sieht die soziale Wirklichkeit anders aus als der "soziale Dialog", als die korporatistischen Beratungsinstitutionen oder als die Ideologie vom "gegenseitigen Nutzen". Trotz einer neuen und erheblich strengeren Gesetzgebung steigt die Zahl der Arbeitsunfähigen, nach neuesten Zahlen auf inzwischen über

17% der Erwerbsbevölkerung. Ein Drittel - vor allem Jugendliche - sind dabei auf Grund psychischer Beschwerden arbeitsunfähig.

Dies ist ein Phänomen der Aussonderung, man könnte auch sagen der gesellschaftlichen Abschreibung, und begründet den hohen Umfang der versteckten Erwerbslosigkeit. Die offiziellen Erwerbslosenzahlen sind niedrig: 1998 3,6% Männer und 7,2% Frauen, insgesamt 4% (aber: 18% MigrantInnen). Aber wenn die mehr als 900.000 Erwerbsunfähigen vollständig oder auch nur teilweise mitgezählt werden, wenn auch die Frühverrenteten oder die Menschen in subventionierten (öffentlichen) Beschäftigungsmaßnahmen mitgezählt werden (insgesamt 180.000), so liegt die Erwerbslosenquote immerhin bei 22%. Wenn diese Zahlen berücksichtigt werden, hat sich die Situation gegenüber 1982 kaum verändert. Das Poldermodell hat also eine Armee von Abgeschriebenen, von "Überflüssigen" geschaffen.

Management-by-Stress und die Aussonderung "unproduktiver" und "überflüssiger" Bevölkerungsteile, das ist der Grundmechanismus der Sanierung à la Poldermodell. Das Modell beruht auf einer Mischung von Neoliberalismus und Korporatismus. Es beruht auf der Einbindung und Beteiligung der Gewerkschaften an einer tragenden und stützenden Rolle des gesellschaftlichen Umbaus.

Bündnisgerecht aussortiert

Die Haltung der Gewerkschaft als Schirmherrin des Poldermodells bedeutet gleichzeitig, dass die radikaleren Strömungen ausgeschaltet werden. Diese Entwicklung darf nicht unterschätzt werden. Die Gewerkschaften selbst organisieren sich zunehmend wie ein Konzern: Die einzelnen Mitglieder werden auf Kunden von "Gewerkschaftsprodukten" reduziert; die hauptamtlichen SekretärInnen werden zu diplomierten professionellen SachbearbeiterInnen umgewandelt; der/die Vorsitzende funktioniert wie ein Manager; die innergewerkschaftliche Demokratie wird durch Marketing-Techniken ersetzt, und die Gewerkschaften bieten Service und Beratungsdienstleistungen an, von der Karriereplanung über Hypothekendarlehen bis hin zu Anlageberatung bei Wertpapieren.

Das Poldermodell wird in ganz Europa gelobt. Besonders die internationale Sozialdemokratie ist begeistert. "New Labour", "Third Way" oder "Neue Mitte" sind verwandte Konzepte. Aber zu kopieren ist das Poldermodell nicht. Es ist ein typisches Produkt einer bestimmten Geschichte und bestimmter Kräfteverhältnisse. Dahinter versteckt sich eine Ideologie, die durchaus verallgemeinert wird. Eine Moral, in der das Subjekt, das Individuum selbst verantwortlich und schuldig erklärt wird für soziale Problemlagen. Im nächsten Schritt werden Erwerbslosigkeit und Armut von einem gesellschaftlichen zu einem individuellen Problem. Und noch einen Schritt weiter brauchen die so individuell Schuldigen ein Resozialisierungsprogramm. Mit dem Poldermodell werden alle diese Schritte praktisch schon gegangen.

Hans Boot

Hans Boot ist Dozent für Arbeitspsychologie in Amsterdam und Redakteur von Solidariteit, einer "Zeitschrift für eine streitbare Gewerkschaftsbewegung"

25. "Auf den Müll damit!" Gewerkschaftliche Kontroversen über den Freihandel

Autor: David Bacon · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:18

Die heftigen Proteste gegen die WTO in Seattle dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Thema der Sozialstandards in der internationalen Gewerkschaftsbewegung heftig umstritten ist. Dahinter steht die Frage, ob Freihandelsabkommen für ArbeiterInneninteressen nutzbar sind oder nicht. Und welche Interessen damit letztlich gemeint sind.

In Malaysias großen Elektronik-Fabriken arbeiten über 160.000 Menschen, meist Frauen - eine industrielle Arbeitskraft von der Größe des Silicon Valley. Die Unternehmer sind allesamt multinationale High-Tech-Giganten. Chips und Schaltkreise, die in Penang am Fließband montiert werden, werden exportiert, in der überwältigenden Mehrzahl in die USA, nach Japan und Westeuropa. Wie ihre Schwestern an den Bändern in Sunnyvale, müssen malaiische Elektronikarbeiterinnen harte Zeiten überstehen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren wollen. Faktisch ist die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Fabriken in beiden Regionen dieselbe: 0.

Dies liegt nicht etwa daran, dass die Arbeiterinnen keine Gewerkschaften wollten. Vor 10 Jahren haben die Fließbandarbeiterinnen von RCA Malaysia eine gegründet. Sie wollten sie vom Staat registrieren lassen, und ihnen wurde gesagt, dass sie nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein können, die eine ganze Branche organisiert. Erlaubt sei lediglich eine gewerkschaftliche Organisation auf der Ebene eines einzelnen Betriebs. Als die Arbeiterinnen daraufhin die Gewerkschaft als Betriebsgewerkschaft anerkennen lassen wollten, nannte sich RCA um in Harris Solid State und behauptete, eine völlig neue Firma zu sein. Über die Jahre hinweg hat RCA seitdem dreimal den Namen geändert, jedes Mal, um keine Gewerkschaften anerkennen zu müssen. Die ArbeiterInnen bei RCA haben immer noch keine kollektiven Verhandlungsrechte.

"ArbeiterInnen können dort wirklich keine Gewerkschaft aufbauen", sagt G. Rajasekaran, Generalsekretär des malaiischen Gewerkschaftsdachverbands. "Die Gesetze lassen das zwar zu, aber in der Praxis ist es unmöglich. Die Regierung behauptet, dass in Malaysia tausende von Jobs verloren gehen, weil die Gewerkschaften zu militant seien. Es scheint, als hätten die Unternehmer alle Regierungen in Asien davon überzeugt, den ArbeiterInnen gewerkschaftliche Organisierung und kollektive Verhandlungsrechte zu verweigern. Und US-Firmen sind mit an der Spitze, wenn es um Verstöße gegen gewerkschaftliche Rechte geht."

Rajasekaran äußerte sich in Seattle auf einem Forum anlässlich der WTO-Verhandlungen im letzten Jahr. Seine Beschreibung des Klassenkampfs bei RCA würde den ArbeiterInnen und Gewerkschaften in vielen Ländern der Dritten Welt bekannt vorkommen. (...)

Das WTO-Treffen in Seattle wurde aber auch von großen ArbeiterInnendemonstrationen begleitet, die die andere Seite der Globalisierung thematisierten - den Arbeitsplatzabbau in den Industrieländern, wo die Konzerne sich ein Wettrennen bei der Verlagerung von Produktionsstandorten zur Reduktion der Arbeitskosten liefern. (...)

Einer der DemonstrantInnen war Michael Everett, ein Arbeiter aus den Filmstudios Hollywoods. Everett und die "Hollywood Fair Trade Campaign" beschuldigten die Studios, ihre Produktionen nach Kanada und Mexiko zu verlagern und dabei die Investitionserleichterungen auszunutzen, die das NAFTA-Abkommen ... ermöglicht. "Die politisch Verantwortlichen in den USA haben ein Handelssystem installiert, das die Unternehmensprofite dadurch sichert, dass unsere Arbeitsplätze exportiert werden", sagt Everett. "Im Austausch für die bisherigen Subventionen aus Kanada, die das NAFTA-Abkommen verbietet, kehren die Studios jetzt den bisherigen Standorten und den dortigen Gemeinden den Rücken und betreiben den kompletten Ausverkauf der Arbeitsplätze in Hollywood." (...)

Doch nach Gewerkschaftsangaben gehen die Hollywood-Jobs nicht nur nach Kanada. Twentieth Century Fox drehte den Kassenschlager "Titanic" letztes Jahr in einer Maquiladora in Rosarito, 60 Meilen südlich der mexikanischen Grenze. In einem Szenario, das frappierende Ähnlichkeiten mit den Problemen der

malaysischen Elektronik-ArbeiterInnen aufweist, wurde die unabhängige und militante mexikanische Gewerkschaft mit Regierungshilfe aus den Studios verdrängt und durch eine unternehmerfreundliche Gewerkschaft ersetzt.

Sozialstandards gegen Globalisierung

Während Everett den Effekt der Globalisierung im Arbeitsplatzabbau in Hollywood sieht, drückt sich für südkoreanische GewerkschafterInnen die Globalisierung in der vollständigen Zerstörung der koreanischen Filmindustrie aus. "Die enorme Macht der Hollywood-Studios - eine der größten Quellen US-amerikanischer Dominanz in der Welt - zerstört die fragile koreanische Filmindustrie", heißt es in einem Statement des kämpferischen koreanischen Gewerkschaftsdachverbands KCTU. Die KCTU wirft der koreanischen Regierung unter Kim Dae Jung vor, die Quoten für im Ausland hergestellte Filme fallen gelassen zu haben. Mit dieser Maßnahme - vom Internationalen Währungsfond als Bedingung für Bürgschaftskredite gefordert - gebe die Regierung amerikanischem Druck nach. (...)

Die KCTU z.B. verurteilt den "strukturell undemokratischen Charakter der Globalisierungsideologie". Dieser führe "trotz aller Rhetorik seitens der Institutionen des globalen Kapitalismus von den Vorzügen des freien Marktes und der Liberalisierung" zu einer "immer tiefer werdenden Kluft in der Entwicklung und beim Wohlstand zwischen reichen und armen Ländern sowie zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung in jedem einzelnen Land."

Ron Judd, Vorsitzender des zentralen Arbeitsrates in Seattle, sagte, die WTO-Proteste sollten eine Botschaft "an alle Administrationen auf der ganzen Welt" sein, "dass nämlich die von ihnen formulierten Regeln den ArbeiterInnen und den lokalen Communities keinerlei Vorteil bringen und dass sie Ökologie- und Gesundheitsstandards untergraben. Es muss etwas passieren."

Doch obwohl sie alle vor einem gemeinsamen Problem stehen, wurde in Seattle auch klar, dass die Gewerkschaften international keineswegs darin einig sind, was denn zu geschehen habe. Die AFL-CIO glaubt, dass zukünftige Welthandelsregularien so fixiert werden können, dass sie ArbeiterInnenrechte und die Umwelt genauso schützen wie die jetzigen Regeln die Unternehmensprofite sichern. Der Gewerkschaftsdachverband forderte die WTO auf, in zukünftige Verträge fünf internationale Konventionen in Bezug auf die Arbeit aufzunehmen. Diese fünf Vereinbarungen - von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übernommen - sollen ArbeiterInnen überall das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und auf kollektive Verhandlungen mit den Unternehmern gewährleisten. Sie sollen Kinderarbeit drastisch einschränken, Zwangsarbeit verbieten und Diskriminierung ächten. (...)

Der jetzige ILO-Generalsekretär Juan Somavia sagt, dass seine Organisation "dabei ist, die sozialen Grundregeln der Weltwirtschaft zu etablieren." Doch auch Somavia glaubt nicht, dass Konventionen ein Allheilmittel sein können. "Es gibt keinen Impfstoff gegen die Krankheiten der Arbeit", gibt er zu.

Dennoch geht Barbara Shailor, Vorsitzende des Büros für internationale Beziehungen der AFL-CIO, davon aus, dass Schutzkonventionen, die in Handelsabkommen verankert sind, ArbeiterInnenrechte schützen können. Sie vergleicht sie mit den Bemühungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, faire Bestimmungen über Arbeitsbedingungen, wie den Mindestlohn und den Acht-Stunden-Tag, in den nationalen US-amerikanischen Gesetzen zu verankern. (...)

Die Forderung, die WTO solle Arbeitsstandards durchsetzen, wird von einigen Gewerkschaften aus den Industrieländern unterstützt, von anderen, vornehmlich aus den armen Ländern des Südens, jedoch abgelehnt. (...) Zwelinzima Vavi, Generalsekretär des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbands COSATU bemerkt: "Es gibt eine Kontroverse in den Ländern des Südens über Arbeitsstandards. Die Arbeiter sorgen sich um ihre Jobs und misstrauen diesen Vorschlägen als verkapptem Protektionismus seitens der Gewerkschaften in den Industrieländern."

Dennoch ist diese Idee für Vavi, Vorsitzender eines der weltweit kämpferischsten Gewerkschaftsdachverbände, einen Versuch wert. "Diese Standards sind nicht wirklich neu - sie schwirren seit Jahrzehnten herum. Der eigentliche Grund für den ganzen Protest liegt darin, dass jeder weiß, dass die ILO über keinerlei Durchsetzungsmechanismen verfügt. Viele Länder wissen, dass sie gegen die ILO-Konventionen verstoßen, aber die ILO kann nichts dagegen tun. Dieser Mangel an Durchsetzungsfähigkeit

ist selbst ein Faktor, der in den betreffenden Ländern Investitionen attraktiv macht." Vavi gibt zu, dass "es ein innerer Widerspruch ist, der WTO diese Verantwortung zu übertragen. Das heißt aber nicht, dass wir Gewerkschaftsrechte aus den Handelsabkommen heraushalten sollten. Das ist halt ein Kampf."

Das Misstrauen in den Trikont-Staaten wuchs noch, als US-Präsident Clinton das Thema der Arbeits- und Sozialstandards vor dem WTO-Treffen zur Sprache brachte. Lauthals verkündete er die Annahme einer ILO-Konvention zur Kinderarbeit durch die USA und forderte die anderen Regierungen auf, dasselbe zu tun. Was Clinton nicht sagte, war, dass diese Konvention lediglich Kinderprostitution und die extremsten Formen der Ausbeutung von Kindern verbietet. Die sehr viel weitergehende ILO-Konvention 138, die gegen die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gerichtet ist, wurde nicht ratifiziert. "Einer der wesentlichsten Kritikpunkte an der Haltung der US-Regierung ist ihre Doppelmoral", sagt Vavi. "Die meisten ILO-Konventionen hat sie selbst nicht ratifiziert. Gleichzeitig schreit sie nach der Durchsetzung der Konventionen überall sonst auf der Welt."

Doch die Differenz in der Sichtweise zwischen den Gewerkschaften des Südens und des Nordens ist sehr viel grundsätzlicher als der bloße Verdacht der Heuchelei. Bill Jordan, Vorsitzender der Internationalen Föderation Freier Gewerkschaften, sagte vor dem Forum in Seattle: "Wenn die WTO den Ruf des US-amerikanischen Präsidenten nach einer sozialen Dimension der Globalisierung nicht aufgreift, wird die Globalisierung selbst scheitern." Das Scheitern der Globalisierung, zumindest in ihrer jetzigen Form, ist aber genau das, was viele fortschrittliche GewerkschafterInnen wollen. Und zwar auf Grund der momentanen Handelsstrukturen, die durch die WTO symbolisiert werden und die die armen Länder des Südens zwingen, ihre Ökonomien zu öffnen und für internationale Investoren herzurichten. (...)

Sogar innerhalb der AFL-CIO glauben eine Reihe von Gewerkschaften nicht daran, dass die WTO ArbeiterInnenrechte durchsetzen kann. "Das ist, als wolle man den Fuchs zum Wächter des Hühnerstalls machen", sagt Brian McWilliams, Präsident der International Longshore and Warehouse Union (ILWU). (...) Die ILWU, als Gewerkschaft der Hafenarbeiter, verdankt ihre Existenz dem internationalen Handel. Aber sie hat aus ihrer radikalen Vergangenheit auch eine starke Tradition des Arbeiterklassen-Internationalismus geerbt. (...)Der ILWU-Präsident macht deutlich, dass die Definition der Arbeitsstandards erweitert werden sollte. Es sollten auch solche Regeln aufgenommen werden, die die USA selbst betreffen, wie etwa das Verbot von Streikbruch, das Recht auf freie Gesundheitsversorgung, existenzsichernde Löhne und der Schutz der Rechte von MigrantInnen.

So lange beim Lebensstandard eine dermaßen große Kluft zwischen armen und reichen Ländern herrscht, sagt Williams, werden Arbeitsplätze in Hochlohn-Ländern abgebaut, ob mit oder ohne WTO-Absprachen. Deshalb sollten die US-amerikanischen Gewerkschaften "gegenüber der US-amerikanischen Wirtschafts- und Militärpolitik, die diese Kluft verstärkt, eine kritische Haltung einnehmen", betont Williams.

Für George Becker, Präsident der Stahlarbeitergewerkschaft, sind die WTO und die Welthandelsstrukturen grundsätzlich fehlerhaft. "Da gibt es nichts für die arbeitende Bevölkerung, absolut gar nichts. Das Gesetz existiert ausschließlich zur Unterstützung der multinationalen Konzerne. Es ist nicht für die ArbeiterInnen da. Es gibt keine Möglichkeit, diese Abkommen durch ein Komma hier und ein anderes Wort da zu verbessern. Es sind ganz einfach nicht unsere Abkommen. Auf den Müll mit ihnen."

WTO: Vom Bock zum Gärtner

Nach McWilliams, Becker und ihren Bündnispartnern hat das NAFTA-Abkommen bereits zur Genüge gezeigt, dass ArbeiterInnenrechte so nicht durchsetzbar sind. Mit dem NAFTA-Abkommen wurde 1994 auch ein Begleitabkommen verhandelt, das North American Agreement on Labor Cooperation. Damit sollten die ArbeiterInnenrechte in Kanada, den USA und Mexiko geschützt werden. In den letzten fünf Jahren jedoch sind über 15 Fälle aktenkundig geworden, in denen insbesondere der mexikanischen und der US-Regierung vorgeworfen wird, die Arbeitsgesetzgebung nicht gestärkt zu haben, mit der Konsequenz, dass ArbeiterInnen gefeuert und Gewerkschaften zerschlagen worden sind. (...)

Die AFL-CIO entgegnet, dass die Zahnlosigkeit des NAFTA-Nebenabkommens durch Arbeitsschutzkonventionen im WTO-Abkommen korrigiert werden könne. Doch Mc Williams bezweifelt dies. Er weist darauf hin, dass die US-Regierung selbst bisher nur eine der fünf ILO-Konventionen ratifiziert hat. Und es sei mehr als unwahrscheinlich, dass die USA die WTO zur Anerkennung von Konventionen drängt, die sie

selbst nicht akzeptieren. "Wir haben eine der schlechtesten Bilanzen aller Industrieländer, was die Anerkennung internationaler Gewerkschaftsrechte angeht", sagt Mc Williams.

Im November 1999 hat AFL-CIO Präsident John Sweeney einen Brief des Komitees für Außenhandelspolitik unterzeichnet, in dem den Regierungszielen für die WTO-Runde in Seattle zugestimmt wird. Sweeney gehört diesem Beratergremium des US-Präsidenten genauso an wie führende Köpfe US-amerikanischer Unternehmen, die diesen Brief ebenfalls unterschrieben haben. Der Brief unterstützt die Regierung bei ihrem Versuch, für US-Unternehmen und Investoren einen größeren Zugang zu ausländischen Märkten zu erzielen. Sweeney erklärte, er habe die Zusicherung der Washingtoner Administration erhalten, dass sie umgekehrt auf die Errichtung einer Arbeitsgruppe zu Fragen der Arbeitsstandards drängen werde. In einer Stellungnahme der AFL-CIO wird diese Verpflichtung als "scharfe Abkehr von der bisherigen Position der Geschäftswelt" bezeichnet, "nach der ArbeiterInnenrechte in keiner Weise ein Thema für die WTO seien.". Die AFL-CIO fordert daneben einen harten Kampf, "um die WTO zu einer demokratischeren und verlässlicherenInstitution zu machen."

Der kanadische Gewerkschaftsdachverband CLC hat dieser Auffassung klipp und klar widersprochen. "Der Kampf von Gewerkschaften, ÖkologInnen und (sozialen) Bürgerrechtsgruppen geht um mehr als um einen Sitz am Verhandlungstisch oder um irgendwelche ‚Sozialklauseln' oder Umweltregularien", heißt es in einer Erklärung des CLC. "Wir sind entschlossen, das gesamte Handelsregime zu ändern."

Sweeneys Schritt hat auch viele amerikanische Gewerkschaftsführer vor den Kopf gestoßen. Steven Yokich, Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, ist aus Protest vom Vorsitz des Manufacturing and Industrial Committees der AFL-CIO zurückgetreten. (...) Yokich wies darauf hin, dass es seine Gewerkschaft, zusammen mit der ILWU, den Teamsters und der Gewerkschaft der Bundesangestellten, abgelehnt habe, auf der letzten AFL-CIO-Hauptversammlung im Oktober 1999 für die Unterstützung Al Gores bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen zu stimmen. Gores uneingeschränkte Unterstützung der Außenhandelspolitik der Regierung war dabei der entscheidende Stolperstein. (...)

Die AFL-CIO-Führung ist offensichtlich besorgt über die drohende Schlacht mit der Clinton-Administration über die Außenhandelspolitik. Auf der einen Seite mobilisierte die AFL-CIO ihre Mitglieder mit erheblichem Aufwand nach Seattle. Gleichzeitig aber will sie sie auch dazu bringen, genau die PolitikerInnen zu unterstützen, die sich für den Freihandel stark machen, insbesondere Al Gore.

US-Gewerkschaften unter Druck

Michael Everett aus Hollywood ist wahrscheinlich ihr schlimmster Albtraum. "Die Arbeiter in Hollywood werden keinen Finger krumm machen für PolitikerInnen, die ihre Jobs exportieren wollen", hatte er angekündigt. "Wir werden deren Kandidaturen nicht billigen, wir werden uns nicht für sie in die Einkaufszonen stellen, wir werden ihnen kein Geld geben und wir werden keinen einzigen Politiker irgendeiner Partei wählen, der Handelabkommen unterstützt, die uns unsere Jobs kosten." (...)

Der Außenhandel ist eindeutig das schwierigste Element bei der Neuordnung der Beziehungen zwischen den amerikanischen Gewerkschaftsmitgliedern und der Demokratischen Partei. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Freihandel die Grundlage jeder US-Regierung gewesen, egal ob von Republikanern oder Demokraten gestellt. Während des Kalten Krieges hat die antikommunistisch motivierte Unterstützung des Freihandels durch die Gewerkschaften diese in eine Reihe mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und militärischen Interventionen gebracht, vom Marshall-Plan bis zum Vietnam-Krieg.

Die Opposition der Gewerkschaften gegen den Freihandel ist nun der Faktor, der diese unhinterfragte Unterstützung in Frage stellt. (...) Gleichzeitig fordert die Handelsdebatte auch die traditionelle Sichtweise der US-Gewerkschaften auf die ArbeiterInnenklasse in den anderen Ländern der Welt heraus. Auch wenn es immer noch scharfe Meinungsverschiedenheiten gibt, so sehen doch inzwischen - zum ersten Mal seit den 40er Jahren - Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern in den USA, dass ihr Schicksal sehr eng mit dem der ArbeiterInnen in buchstäblich jedem anderen Land der Welt verbunden ist. Diese Erkenntnis in ein reales Solidaritätsprogramm zu gießen, ist die größte Herausforderung, der sich die US-Gewerkschaften gegenwärtig stellen müssen. (...)

David Bacon, San Francisco

Die Langfassung dieses Artikels kann im Internet über www.labournet.de bezogen werden

26. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Alltag der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:51

Tod durch Arbeit

970 Menschen haben 1999 an ihrem Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin ihr Leben verloren, 22 mehr als im Jahr 1998. Dies geht aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaften hervor, den diese am 24. März in Berlin vorgestellt haben. Die Gesamtzahl aller meldepflichtigen Arbeitsunfälle stagnierte 1999 bei knapp 1,2 Millionen. Nach Angaben des Dachverbandes der Berufsgenossenschaften ist der technische Arbeitsschutz in Deutschland inzwischen ausgereizt. "Ohne neue Ansätze müssen wir uns bei den Arbeitsunfällen auf eine Konsolidierung einstellen, nachdem die Zahlen viele Jahre deutlich und kontinuierlich zurückgegangen sind", so der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Walter Eichendorf.

(FAZ, 25.3.2000)

Gelungener Aprilscherz

Am Freitag, den 1. April, haben ca. 30 Obdachlose das Berliner Fünf-Sterne-Hotel Kempinski gestürmt. Sie protestierten damit gegen die Schließung von Notunterkünften in der Stadt. Unter dem Motto "Es sind noch Betten frei" drangen die Obdachlosen mit Sirenen, Lautsprechern und Plakaten in das Hotelfoyer ein.

(FAZ, 2.4.2000)

Keine Züge in Spanien

Trotz scharfer Kritik seitens der großen Gewerkschaften UGT und Commissiones Obreras befinden sich die spanischen Lokomotivführer seit Tagen in einem wilden Streik. Die kleine Gewerkschaft Semaf fordert knapp 10.000 DM im Jahr mehr für die Lok-Führer und Techniker und die Kontrolle über die Einstellung neuer Kollegen. Am 26. März meldeten sich 764 Lokführer wegen "psychologischem Druck" arbeitsunfähig und blieben zu Hause. Die Anführer des Streiks, d.h. die gesamte Semaf-Spitze, soll jetzt von der staatlichen Eisenbahngesellschaft Renfe entlassen werden. Ihnen werden Drohungen gegen arbeitswillige Kollegen und Sabotage an den Zügen vorgeworfen. Gegen 934 Streikende sollen Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

(FAZ, 27.3.2000)

Operation Schildkröte bei VW do Brasil

Die Volkswagen AG hat auf die "Operation Schildkröte" (Dienst nach Vorschrift) der Belegschaft von SÆo Carlos (vom 16.-18. März 2000) hart und unnachgiebig reagiert. Der stellvertretende Personalchef Fernando Tadeu Perez kündigte 22 Entlassungen an und schloss auch eine Schließung des Werkes nicht aus. Die "Operation Schildkröte" hatte zum Produktionsausfall von 870 Motoren in 3 Tagen geführt, ein Verlust von 14 Millionen Reais.

In SÆo Carlos werden von 459 VW-Arbeitern täglich 1.200 Motoren produziert. Mit sofortiger Wirkung gestrichen ist das Vorhaben, Dieselmotoren für den Export zu produzieren. Die Forderungen der Arbeiter von VW SÆo Carlos, die jüngst für die Abschaffung der Arbeitszeitkonten votiert hatten, lauten: Dieselbe Gewinnbeteiligung (2.100 Reais) wie in Groß SÆo Paulo und Taubaté, Verringerung der Arbeitszeit und Gleichstellung ihrer Einkommen mit jenen in der Region SÆo Paulo. Zum Vergleich: Die Löhne in SÆo Carlos gehen von 320 bis 440 Reais, der Durchschnittslohn in SÆo Paulo liegt bei 1.500 Reais. VW lehnt jede Gleichstellungsüberlegung ab.

Das VW Werk in SÆo Carlos hatte bereits durch zwei Prozesse in letzter Zeit Schlagzeilen gemacht. Zum einen hatte der Landesgerichtshof des Bundesstaates SÆo Paulo geurteilt, die Überlassung des Geländes an VW durch die Präfektur von SÆo Carlos sei illegal gewesen, und zum anderen wurde VW gerichtlich zu Umweltschutzmaßnahmen verpflichtet, da das Gelände im letzten noch erhaltenen Steppengebiet des Bundesstaates liegt.

(www.labournet.de)

Randale in China

Rund 20.000 entlassene Minenarbeiter im Nordosten Chinas haben ihre Unzufriedenheit über die nach ihrer Ansicht zu geringe Arbeitslosenhilfe mit gewalttätigen Protesten zum Ausdruck gebracht. Dabei blockierten sie Straßen und warfen Fensterscheiben ein. Nachdem die Polizei der Lage Ende Februar in Yangjiazhangzi nicht Herr wurde, entsandte die Regierung Soldaten.

Die Molybdän-Mine in dem Ort wurde im November geschlossen, weil die Lager erschöpft waren. Es handelte sich um die größte Nicht-Eisen-Mine Chinas. Den entlassenen Arbeitern sind 560 Yuan (rund 135 Mark) für jedes Jahr Zugehörigkeit zum Betrieb angeboten worden. Sie forderten aber 1.250 Yuan (rund 300 Mark), da die Mine freiwillig geschlossen habe.

Gegenwärtig versuchten Vertreter der Bergleute und der Regierung, eine Lösung auszuhandeln. In China kommt es nach der Schließung unrentabler Fabriken häufig zu Protesten von Arbeitern. Im Südwesten Chinas blockierten 500 Bergleute am 1.2.2000 eine Bahnlinie zwischen Guiyang und Kunming. Sie wollten damit gegen die bevorstehende Entlassung von 40.000 Kumpeln protestieren, wie das Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratische Bewegung mit Sitz in Hongkong am 3.4.2000 erklärte. Hunderte Polizisten hätten die Gleise rasch wieder geräumt.

(www.labournet.de)

27. "Die Gewerkschaft kriegt Probleme." Bonisile Mzeku über den Streik bei VW Südafrika

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:12

Auf Einladung des gewerkschaftlichen Bildungswerkes TIE und der Chemiekoordination hielt sich Bonisile James Mzeku vom 19. bis zum 29. März in der Bundesrepublik auf. Mzeku ist einer der 1.300 VW-Arbeiter, die das Werk in Uitenhage, Südafrika, seit Ende Januar diesen Jahres bestreiken. Hintergrund des Arbeitskampfes ist die Suspendierung von 13 kämpferischen Vertrauensleuten (Shopstewards) durch die Gewerkschaft NUMSA und ihre anschließende Entlassung durch VW. (vgl. ak 435 und 436) Der Konflikt zwischen der kämpferischen Basis und einer neuen Generation von Gewerkschaftsfunktionären schwelt dabei seit längerem. Er ist u.a. auch Ausdruck tief greifender Veränderungen in der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Das folgende Interview wurde vor einer Informationsveranstaltung in Hamburg geführt, die von der IG Medien und der Gruppe Blauer Montag am 28. März organisiert worden war.

Das wenige, was man hier über euren Streik mitbekommen kann, hört sich ein bisschen nach innergewerkschaftlichen Flügelkämpfen an. Für was wird im Augenblick in Uitenhage gekämpft? Was sind die Streikziele?

Erst 1999 haben wir im Betrieb eine Reihe junger Shopstewards abgewählt, die allzu kompromissbereit gegenüber dem VW-Management waren. Wir haben sie durch ältere, erfahrenere und kämpferische Kollegen ersetzt. Von Anfang an hat die Gewerkschaft (NUMSA) deren Entlassung betrieben. Schließlich sind die Kollegen im Januar auf Betreiben der NUMSA per Gerichtsbeschluss suspendiert und anschließend entlassen worden. Seitdem streiken wir dafür, dass die Geschäftsführung von VW Südafrika diese Kollegen wieder einstellt. Das ist das zentrale Ziel des Streiks.

Sowohl NUMSA als auch der Gewerkschaftsdachverband COSATU haben ja nun durchaus eine lange kämpferische Tradition. Mich würde schon interessieren, welche grundlegenden Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaften in Südafrika sich hinter diesem Konflikt verbergen. Oder handelt es sich um eine ganz spezifische Situation in Uitenhage?

In der Tat handelt es sich um einen grundlegenden Wandel innerhalb der Gewerkschaften nach der Parlamentswahl 1994. Viele alte Kader sind damals in die Regierungsstrukturen eingebunden worden. Und diejenigen, die nachgerückt waren, kümmerten sich eher um ihre eigene Zukunft und Karriere. Die Jungen, auch im Gewerkschaftsapparat, orientieren sich an der "modernen Welt". Ich will nicht sagen, dass sie "gierig" sind, aber sie sind sehr materiell, erfolgs- und statusorientiert.

Kann man sagen, dass ihr eine alte Arbeiteravantgarde im Betrieb repräsentiert, währen die neuen und jüngeren Kollegen eine ganz andere, mehr individualistische Orientierung haben? Seit ihr gewissermaßen die letzten Reste der alten Kampftradition aus der Apartheid-Zeit?

Ja, das kann man so sagen. Die neue GewerkschafterInnengeneration ist sehr viel stärker auf Kooperation mit der Geschäftsführung und Co-Management orientiert. Wir hingegen sehen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen immer schlechter werden und unser Lebensstandard kontinuierlich abgesenkt wird. Dagegen kämpfen wir, wir wollen die erkämpften Rechte der Arbeiter verteidigen. Den Jungen fehlen ganz einfach auch die Erfahrungen im Kampf gegen die Apartheid, der uns geprägt hat. Wenn ich meinen Kindern heute von der Apartheid erzähle, glauben sie, ich wolle sie auf den Arm nehmen.

Wie haben sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Südafrika, aber vor allem auch bei VW in den letzten Jahren verändert.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. 1998 haben wir aus Deutschland einen Exportauftrag erhalten für 60.000 Golf und Jettas. Das war nicht der erste Auftrag, und wir haben auch nichts gegen solche Exportaufträge an sich, aber mit diesem hatten wir große Probleme. Wir sollten nämlich verschärfte Rahmenbedingungen akzeptieren. Doch jene Bedingungen waren einfach inakzeptabel. Noch während der Apartheid haben wir die 40-Stundenwoche erkämpft, jetzt sollten wir wieder 45 Stunden arbeiten und dazu noch am Sonnabend. Neben der halbstündigen Mittagspause hatten wir zwei Teepausen von jeweils 10 Minuten. Eine sollte jetzt gestrichen werden.

Die versprochenen neuen Arbeitsplätze sahen so aus, dass 700 Leute mit Zeitverträgen für drei Monate eingestellt wurden, die in dieser Zeit sage und schreibe 20 Rand am Tag (ca. sieben DM) erhalten haben. Diejenigen, die dann nach unserer Intervention fest eingestellt wurden, haben dann 14 Rand in der Stunde bekommen, der offizielle Mindestlohn liegt aber bei 15 Rand pro Stunde.

In dieser Vereinbarung wurde auch ein Urlaubskorridor eingeführt. Die alte Regelung - genereller Betriebsurlaub im Dezember und Januar - sollte abgeschafft werden. Stattdessen sollten die Kollegen ihren Urlaub jeweils zu dem Tag nehmen, an dem sie bei VW angefangen hatten. Diese Urlaubsflexibilisierung beißt sich aber z.B. mit den Schulferien, die ebenfalls im Dezember/Januar sind. Wir können unseren Urlaub also nicht mehr zusammen mit unseren Kindern und Familien planen.

Diese Vereinbarung von 1998 ist damals von den neuen, jüngeren Shopstewards unterzeichnet worden. Die Gewerkschaft hatte uns darüber nicht informiert. Wir mussten also gegen eine gewerkschaftlich abgesegnete Vereinbarung mobilisieren. Und das war dann der Hebel, mit dem die NUMSA uns vorwarf, wir würden gegen die eigenen Shopstewards und gegen die Arbeiter mobilisieren.

Das ist nur ein Beispiel, ich könnte noch viele andere Verschärfungen nennen, gegen die es auch immer wieder kürzere Streikaktionen gegeben hat. Etwa die Streichung der für uns sehr wichtigen betrieblichen Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite für Schuluniformen oder bei Trauerfällen zur Ausrichtung der Begräbnisfeierlichkeiten; auf den ersten Blick Kleinigkeiten, für uns von enormer Bedeutung.

Habt ihr bei VW eine besondere Kampftradition, oder ist euer Kampf Ausdruck einer generellen Stimmung in Südafrika?

Nein, es ist schon Ausdruck einer allgemeineren Unzufriedenheit. NUMSA und COSATU werden für ihre unternehmerfreundliche Haltung breit kritisiert. Es ist eher die Frage, wer den Anfang macht. Allein in Uitenhage gibt es inzwischen drei, vier neue unabhängige Gewerkschaften in den verschiedenen Firmen, die aus Unzufriedenheit mit der NUMSA entstanden sind. Auch wir werden jetzt einer unabhängigen Gewerkschaft beitreten. Das bringt NUMSA durchaus vor Probleme, ihre Mitgliedschaft bröckelt.

Wie ist die momentane Situation in Uitenhage? Wird verhandelt?

Der Streik begann mit 4.000 Leuten. Nach dem Ultimatum der Geschäftsleitung (3. Februar 2000), dass den Kollegen nur über die Medien mitgeteilt wurde, sind 2.500 Kollegen in die Fabrik zurückgekehrt, wo sie unter drakonischen Bedingungen arbeiten müssen. 1.300 Kollegen sind ausgesperrt worden und führen den Streik weiter. Bisher sind alle unsere Bemühungen um Verhandlungen von der Geschäftsleitung abgeblockt und ignoriert worden. Diese Aussperrung ist vom VW-Hauptsitz in Deutschland gedeckt worden. Mit dieser Rückendeckung hat VW Südafrika alle Verhandlungsbemühungen von Seiten von Delegationen aus der Community, Kirchenleuten etc. abgelehnt.

Wie sieht eigentlich der Streikalltag in Uitenhage aus?

Das Uitenhage Crisis Committe (Unterstützungskomitee mit VertreterInnen aus anderen Betrieben und der Community, ak) trifft sich täglich. Ein bis zwei Mal die Woche halten wir größere Treffen ab. Es gibt Streikposten vor den Werkstoren. Und wir haben auch verschieden Märsche zum Werk organisiert. Und just in diesem Moment findet ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten unserer Region statt, wo über unsere Angelegenheit gesprochen werden soll. Wir haben große finanzielle Probleme. Für unsere Treffen müssen wir Busse und Taxis mieten, denn als Erbe der Apartheid liegen die Townships, in denen die Kollegen wohnen, weit außerhalb von Uitenhage, so dass weite Transportwege entstehen.

Was bedeutet die Aussperrung für euch konkret?

Die meisten Kollegen sind schon älter, seit 11 bis 30 Jahren im Betrieb, ich seit 19 Jahren. Viele stehen kurz vor der Rente und müssen jetzt um ihre Rentenansprüche fürchten. Und in unserem Alter werden wir kaum einen neuen Job finden. Wir kämpfen inzwischen also auch um unsere Existenz.

Wir sind auf Spenden angewiesen, um unseren Streik aufrecht zu erhalten. Wir erhalten finanzielle und andere Unterstützung von unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika, etwa aus Kapstadt. Wir haben auch Spenden und Solidarität auf internationaler Ebene bekommen, auch aus Deutschland, etwa von den KollegInnen der Chemiekoordination.

Am 5. April wird unser Fall vor dem CCMA (ein Schlichtungs- und Mediationsgremium, ak) verhandelt. Da wir von NUMSA nicht unterstützt werden, mussten wir uns einen Nicht-Gewerkschaftsanwalt nehmen. Das bedeutete für die Kollegen, die noch nicht aus der Gewerkschaft ausgetreten waren, den automatischen Gewerkschaftsausschluss.

Ziel deiner Reise ist es auch, offizielle Kontakte zur IG Metall und den Betriebsräten bei VW herzustellen. Wie erfolgreich bist du dabei bisher gewesen?

Bisher sind alle unsere Versuche, offizielle Kontakte zur IG Metall und zu VW-Betriebsräten herzustellen, gescheitert. Bei all den wenigen bisherigen Treffen beharrten die IG Metall-Funktionäre auf informellen Gesprächen, wenn sie überhaupt mit sich reden ließen. Angeblich soll unser Streik auf der Tagesordnung eines IG Metall-Treffens am 3. April stehen, und wir hoffen, dass sich daraus etwas Positives für uns ergibt.

Wie haben IG Metall und VW-Betriebsräte ihre Zurückhaltung begründet?

Sie sagen, wir seien eine informelle Gruppe, ohne offizielles Mandat, ohne offizielle Strukturen. Sie würden nur auf der Ebene von Gewerkschaft zu Gewerkschaft reden. Allerdings haben wir sehr große Unterstützung von der IG Metall-Jugend in Kassel erhalten. Deren Bemühungen, unser Anliegen auf die Tagesordnung einer Vertrauensleute-Sitzung in Kassel zu bringen, ist aber mit Geschäftsordnungstricks abgebügelt worden. In der Tat waren wir sehr enttäuscht, da wir bisher davon ausgegangen waren, dass wir eigentlich von früher her noch gute Kontakte zur IG Metall und zu VW hätten. Aber das scheint nicht mehr der Fall zu sein.

Wir sehen auch eine härtere Gangart von VW weltweit. Erst letzte Woche sind in Brasilien 23 Arbeiter entlassen worden, weil sie aus Protest gegen neue Flexibilisierungsanforderungen Dienst nach Vorschrift gemacht hatten. Überall wird uns gedroht, das die Fabriken geschlossen und nach Deutschland zurückverlagert werden. Ohne internationale Unterstützung sehe ich große Gefahren für die südafrikanischen Arbeiter, die bei transnationalen Firmen arbeiten.

Das ist ein gutes Stichwort. Es gibt ja einen Weltbetriebsrat (WBR) bei VW, der auch vor kurzem in Brasilien getagt hat. War euer Kampf dort Thema?

Wir haben zwei Kollegen nach Brasilien geschickt. Aber der WBR-Vorsitzende, Hans Uhl, hat sich geweigert, offiziell mit den Kollegen zu reden. Kollegen aus Puebla, Mexiko, die ähnliche Konflikte haben wie wir, sind ebenfalls nicht zur WBR-Sitzung zugelassen worden. Uhl war lediglich zu einem informellen Treffen im Hotel bereit und hat keinerlei ermutigende Signale übermittelt.

Bonisile, ich danke dir für dieses Gespräch.

28. Bildungsproduktion im globalisierten Kapitalismus. Hochschulen in Mexiko und Deutschland

Marktkonforme Umstrukturierung der Hochschulen in Mexiko und Deutschland

Autor: Christian Brütt, Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugend und Studenten; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:42

Was haben die Studierendenproteste in Mexiko-Stadt und die Diskussion über eine Hochschulreform in Deutschland miteinander zu tun? Für eine Diskussion um Übereinstimmungen bildungspolitischer Tendenzen ist insbesondere die Frage interessant, ob Studierende aus so verschiedenen Ländern wie Mexiko und Deutschland eine gemeinsame politische Position zu den Umstrukturierungsprozessen an den Hochschulen finden können. Aktueller Anlass für diese Debatte sind die seit über einem Jahr anhaltenden Studierendenproteste an der Universidad Nacional Autónoma de México (Unam), die Einladung des Allgemeinen Streikrates Consejo General de Huelga (CGH) der Unam zu einem Internationalen Studierendentreffen Ende April in Mexiko-Stadt und die im Mai/Juni anstehende Rundreise von zwei VertreterInnen des CGH durch verschiedene deutsche Städte. (1) Der folgende Text soll den Anstoß für eine weitergehende Diskussion geben. Ein Ausgangspunkt dafür ist, dass die Solidarität mit den Studierenden der Unam nicht auf Geldsammeln und Antirepressionsarbeit beschränkt bleiben kann. Sie muss eine politische Diskussion und die Suche nach einer gemeinsamen Perspektive beinhalten, will sie nicht die Fehler der "karitativen Einbahnstraßensolidarität" vergangener Jahre wiederholen.

Die größte Streikbewegung in Mexiko seit Ende der 60er Jahre entzündete sich im April 1999 an einem Punkt, der auch deutschen Studierenden Kopfzerbrechen bereitet: Francisco Barnes, Rektor der mit über 200.000 Eingeschriebenen größten Universität Lateinamerikas hatte zuvor angekündigt, die Studiengebühren von einem symbolischen Pfennigbetrag auf umgerechnet 300 DM pro Jahr zu erhöhen - viel Geld in einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung von weniger als zwei Dollar pro Tag leben muss.

Die Studierenden betrachteten die geplante Maßnahme als eine Attacke gegen das in Mexiko verfassungsmäßig verbriefte Recht auf eine kostenlose universitäre Ausbildung. Sie reagierten mit einem Streik, der sich schnell radikalisierte und Anfang Februar diesen Jahres durch die polizeiliche Räumung des Campus sowie die Inhaftierung von etwa tausend Mitgliedern des Streikrates vorerst beendet wurde. Die Proteste gehen allerdings mit Demonstrationen und kurzfristigen Besetzungsaktionenweiter. (3)

Die Studierenden pochten jedoch nicht nur auf die Einhaltung der Verfassung. Weitergehende Forderungen beinhalteten die Rücknahme von zulassungsbeschränkenden Maßnahmen, die Auflösung des universitätsinternen Polizeiapparates sowie die Einrichtung eines "demokratischen und resolutiven Kongresses". Auf diesem sollen Studierende, Lehrende, die Universitätsleitung und die technischen Angestellten über die Zukunft der Unam beraten und eine grundlegende Reform zur Demokratisierung der Universitätsstrukturen beschließen. Nicht zuletzt stellten sich die Studierenden auch gegen die befürchtete Privatisierung der Unam.

Die Forderungen des CGH verdeutlichen, dass die Probleme von Studierenden in Mexiko und Deutschland nicht so weit auseinander liegen, wie es der Ozean zwischen beiden Ländern glauben macht. Dennoch finden die Restrukturierung von Bildungspolitik und studentischer Protest in beiden Ländern vor dem Hintergrund sehr verschiedener gesellschaftlicher Kontexte statt.

Seit den 30er Jahren folgte Mexiko einem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodell, das als "importsubstituierende Industrialisierungspolitik" bezeichnet wird. Eckpfeiler dieser Variante "nachholender Entwicklung" waren der Aufbau eines umfassenden verstaatlichten industriellen Sektors und die Abschottung des Binnenmarktes durch protektionistische Maßnahmen. Aus dem Rohstoffe exportierenden "Dritte Welt Land" sollte ein "moderner Industriestaat" werden. Ziel war u.a. die ökonomische Unabhängigkeit von den westlichen Industrienationen, vor allem von den USA.

Bildungspolitik besaß in diesem wirtschaftlichen Konzept einen hohen Stellenwert. An staatlich finanzierten Universitäten sollten die Fachkräfte für den Einsatz in den nationalisierten Industrien ausgebildet werden. Staatlich bereitgestellte und kostenfreie Bildung nahm daher eine zentrale Rolle ein.

Mitte der 70er Jahre wurde das mexikanische Modell der "importsubstituierenden Industrialisierungspolitik" durch die globale Wirtschaftskrise tief erschüttert. "Neoliberale Umstrukturierung" hieß nun das Zauberwort. Maßgaben dieser Politik, seither verfolgt vom Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank im Zusammenspiel mit der in Mexiko seit 71 Jahren regierenden Elite Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), sind u.a. die Privatisierung staatlicher Betriebe und die Weltmarktöffnung der Wirtschaft. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Versuch "günstige Bedingungen" für Investitionskapital zu schaffen.

Die neoliberale Umstrukturierung machte auch vor dem mexikanischen Bildungsystem nicht halt. Es geht nicht mehr um die Qualifizierung von Fachkräften im Rahmen des Konzeptes einer "nachholenden Entwicklung", sondern um die direkte Anbindung der Universitäten an die privatwirtschaftlichen Interessen der Unternehmen, die in Mexiko investieren. Die neuen Funktionseliten werden zunehmend in privaten Universitäten in Mexiko und den USA ausgebildet, während große Bereiche der einst großzügig mit Mitteln versorgten staatlichen Hochschulen finanziell und intellektuell austrocknen.

Ein Jahr Studierenden-Proteste in Mexiko

Seit Beginn der 80er Jahre sind die Folgen der neoliberalen Politik in Mexiko am deutlichsten in der sich dramatisch zuspitzenden sozialen Polarisierung zu beobachten. Die Entschlossenheit und Radikalität des Streik an der Unam erklärt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass hier eine Generation um das Recht auf freie Bildung kämpft, die in den letzten Jahren den konstanten Zerfall ihrer sozialen Möglichkeiten erleben musste. So stammen zwei Drittel der Unam-Studierenden aus Familien der ehemaligen städtischen Mittelschicht, deren Durchschnittseinkommen in den vergangenen Jahren auf weniger als 1.200 DM im Monat sank.

"Aus hochschul- und finanzpolitischen Gründen ist die Einführung von Studiengebühren zur Qualitätssicherung des deutschen Hochschulsystems dringend geboten", fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Viel zu lange habe die Hochschulpolitik in Bund und Ländern auf dieses "wichtige Steuerungselement" verzichtet. Als 1970 Studiengebühren in Form eines "Hörergeldes" abgeschafft wurden, sparte sich die sozialliberal geprägte Politik jedoch keineswegs eine wirtschaftspolitische Steuerung.

Denn der Verzicht auf Studiengebühren war sowohl der Rede von "Bildung als Bürgerrecht" als auch der politischen Regulation der damaligen Wirtschaft geschuldet. Ökonomischer Problemdruck bestand im Mangel an akademischen Fachkräften, bürgerrechtlicher Druck in einer geringen Beteiligung von "bildungsfernen Schichten" (sprich: Arbeiterkindern) am existierenden Bildungssystem. Mit dem Verzicht auf Studiengebühren und der Einführung des BAföG waren zwei wesentliche Steuerungselemente gefunden worden, die sowohl dem wirtschaftlichen als auch demokratischen Ziel dienten.

Waren Studiengebühren bis in die 80er Jahre kaum Thema bildungspolitischer Diskussionen, haben sie seit den 90ern vor dem Hintergrund chronischer Unterfinanzierung der Hochschulen, steigender StudentInnenzahlen und larmoyant vorgetragener Qualitätsverlustängste bezüglich der akademischen Ausbildung, einen festen Platz in der Reformdebatte.

Bemerkenswert ist dabei eine neue Form der Verquickung wirtschaftspolitischer Ziele mit gerechtigkeitspolitischen Argumentationen. Das Recht des Citoyen bzw. der Citoyenne auf staatlich garantierte Bildung ist zur Pflicht des Bourgeois bzw. der Bourgeoise auf Optimierung des eigenen Humankapitals bei privater Finanzierung umgedeutet worden.

Debatte um die Hochschulreform in Deutschland

Ökonomisierung heißt auch, dass die innere Logik der Organisation Hochschule samt ihrer Inhalte nach betriebswirtschaftlichen Kriterien restrukturiert wird. Kurz: Die Logik der Ökonomie wird in das Innere der Hochschulen verlegt, während sie zuvor überwiegend äußerer Bezugsrahmen war.

Studiengebühren sind bei dieser "inneren Landnahme" und Durchkapitalisierung der Hochschulen ein Element neben anderen. Modellhaft stehen sich KundInnen (StudentInnen) und Dienstleister (Hochschulen) in einem

Vertragsverhältnis gegenüber, in dem die Reputation - und Finanzkraft - der letzteren vom Erfolg der ersteren abhängt. Über Gebühren sollen die StudentInnen zum Souverän gekürt werden, allerdings im Sinne des Marktes als KonsumentInnen (wer zahlt will eine Gegenleistung) und nicht als Mitglieder der Institution mit demokratischen Rechten. Die Hochschulen erhalten ihre Mittel zum einen von den studierenden KundInnen direkt und zum anderen durch die leistungsbezogene Mittelvergabe des Staats, wobei unter Leistung vor allem der möglichst schnelle und im Ergebnis gute Output an AkademikerInnen verstanden wird. Um dabei nicht durch vermeintlich unbegabte StudentInnen ins Hintertreffen zu geraten, muss der Hochschule die Möglichkeit zur Auswahl derjenigen eingeräumt werden, mit denen sie in Vertrag tritt.

Tendenziell wird der freie Hochschulzugang verstärkt durch die Hochschulen selbst eingeschränkt. Jede von der Hochschule angebotene Leistung muss außerdem im Sinne der Nachfrage des Marktes funktional für die (Aus)Bildung des studentischen Humankapitals sein, so dass extrafunktionale Angebote - wie vor allem viele geisteswissenschaftliche Fächer - zunehmend aus dem Programm gestrichen werden oder ein Absatzmarkt dafür gefunden werden muss.

Die zunehmende Durchkapitalisierung der deutschen Hochschulen verstärkt auch einen anderen Trend: 1982 setzte sich die StudentInnenschaft zu 23 Prozent aus der sogenannten "unteren Herkunftsgruppe" zusammen; 1997 waren es nur noch 14 Prozent. Ausländische StudentInnen erhalten auch in Zukunft kein BAföG und werden weiter nach Ende des Studiums zügig abgeschoben - es sei denn man benötigt sie dringend für den deutschen Arbeitsmarkt. (4)

Unvollständiges Resümee

Jenseits erheblicher Unterschiede zwischen den Hochschulsystemen in Mexiko und Deutschland erfolgt in beiden Ländern eine wettbewerbsstrategische Reorientierung staatlicher Politik. Während bei den nach wie vor staatlichen Hochschulen in Deutschland eine marktkonforme Reorganisierung im Inneren zu beobachten ist, wird in Mexiko direkter entstaatlicht. Privatuniversitäten sind dort das Mittel staatlicher Bildungspolitik. Deshalb liegen die Unterschiede eher in der Umsetzung, denn in den Zielen der Politik.

Gestreikt wurde auch an deutschen Hochschulen häufig. Während jedoch Mexikos Studierendenbewegungen stets zentral für die Konstituierung der Linken seit 1968 waren, kommentierte die Linke in Deutschland die studentischen Proteste der letzten Jahren eher kritisch bis ablehnend. Um eine eigenständige bildungspolitische Debatte aus linksradikaler Perspektive bemühen sich lediglich versprengte EinzelkämpferInnen.

Verknüpfungen zwischen der bildungspolitischen Situation in Mexiko und Deutschland lassen sich über eine Analyse der ökonomischen Umbrüche herstellen, die allgemein als "innere Landnahme" und fortschreitende Durchkapitalisierung bezeichnet werden können. In beiden Fällen gilt der Widerstand der marktkonformen Zurichtung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche, deren konkreter Aufhänger Studiengebühren, Hochschulzugangserschwerung und (Aus-)Bildung ökonomischer Funktionseliten sind.

Christian Brütt/Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Informationen dazu siehe: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/aktuell/unam/index.html

http://www.geocities.com/Baja/Mesa/9813/

2) Dieser Teil des Textes basiert wesentlich auf zwei Artikeln:

Gentili, Pablo: The permanent crisis of the public university. In: NACLA Vol.XXXIII, No.4 (Jan/Feb 2000). S.12-18.

Hernández Navarro, Luis: The UNAM stalemate. Mexico's student strike. In: NACLA Vol.XXXIII, No.4 (Jan/Feb 2000). S.19-23.

3) regelmäßig berichtet darüber die Tageszeitung La Jornada

http://www.jornada.unam.mx/index.html

4) Datenquellen: 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW); 13. Bericht nach § 35 BAföG. BT-Drs. 14/1927)

29. Von A bis ®Z? "Der Fall des Märchenprinzen" - ungekürzt und aktualisiert

Autor: Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:38

In Folge der Verhaftungen von Axel H., Harald G. und Sabine E. kam es innerhalb der autonomen Linken zu heftigen Diskussionen. Dabei spielt die Einschätzung des Kronzeugen Tarek Mousli, das Verhältnis zur RZ und militanter Politik überhaupt sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Solidaritätsarbeit eine große Rolle. Auch die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe meldete sich Anfang März dabei zu Wort. Da die gekürzte Fassung ihres Textes, die in der jungle world und der

Interim erschien, ungewollt Einladungen zu Missverständnissen enthielt, wurden wir gebeten, den vollständigen Text - mittlerweile leicht überarbeitet und aktualisiert - zu veröffentlichen.

Am 19.12.1999 stürmen mehrere Hunderschaften der Polizei den Mehringhof in Berlin. Am selben Tag werden zwei Mitarbeiter von Projekten des Mehringhofs in ihren Wohnungen verhaftet. Zeitgleich wird Sabine E. in Frankfurt verhaftet.

Die Durchsuchungen und die drei Verhaftungen werden von der BAW damit begründet, dass Tarek Mousli - der selbst am 23.11.99 wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet wurde - in umfangreichen Aussagen die drei Verhafteten als (ehemalige) Mitglieder einer Beliner RZ-Gruppe belastet habe. Außerdem befände sich ein Waffen- und Sprengstoff-Depot der RZ im Mehringhof. In den Medien wird Tarek Mousli als "Kopf der ‚Revolutionären Zellen`" (Der Tagesspiegel, 20.12.99) und "Plaudertasche" (Focus) gehandelt. In autonomen Zusammenhängen werden seine belastenden Aussagen als "Verrat eines Märchenprinzen" (Interim, 27.1.2000) gewertet, der sich dem Staatsschutz als "Kronzeuge" angeboten hat.

Tarek Mousli war seit Ende der 70er Jahre in militanten Zusammenhängen aktiv. In Kiel beteiligte er sich an Häuserkämpfen und im Anti-AKW-Kampf. Seit Anfang der 80er Jahre lebte er in Berlin und war dort in der autonomen Szene aktiv. Wir können uns an wenige Menschen erinnern, die auf eine so lange politische Geschichte zurückblicken können. Wir wissen nichts darüber, dass seine politische Praxis, sein Umgang mit anderen (Miltanten), irgendwelche hartnäckigen Zweifel genährt hätte. Dafür spricht - ungewollt zwiespältig - auch der Titel des Interim-Vorwortes "Der Verrat eines Märchenprinzen".

Um den Fakt umfangreicher, sich selbst und andere belastender Aussagen kreisen seit Wochen Spekulationen, Gerüchte, persönliche und politische Einschätzungen. Zwischen dem, was tatsächlich - aktenkundig - belastende Aussagen sind und was Gerüchte und Mutmaßungen sind, klafft eine unverantwortlich große Lücke. Nicht nur die Interim fragt sich, "warum es sein kann, dass einer wie Tarek so lange so viel macht und dann so umkippt".

Das eigene Erschrecken, die gemeinsame Fassungslosigkeit über "die schlimmste Form von Verrat an ehemaligen politischen FreundInnen, an einer ganzen Szene, an der Utopie gesellschaftlicher Veränderung" (Interim) ist spürbar. Die meisten Stellungnahmen verharren lähmend in Andeutungen und Appellen, nicht zu spekulieren, sich an keinen Gerüchten und Mutmaßungen zu beteiligen. Anstatt dem Stochern im Dunklen mit (aktenkundigen) Fakten zu begegnen, fordert dieser öffentliche Umgang geradezu zu Spekulationen heraus.

In der Interim Nr. 492 wird ein Text - kommentarlos - mit dem Titel "Einige Stichpunkte zur Biografie von Tarek Mousli" abgedruckt. Dort erfahren wir, dass er "sehr an formaler Anerkennung wie ‚schwarzen Gürteln` orientiert" war. Außerdem erfahren wir, dass Tarek "sowohl lang andauernde Beziehungen als auch etliche Affären" lebte. "In diesen, und das war schon zum damaligen Zeitpunkt bekannt, erzählte er immer wieder ausführlich, an was für tollen Geschichten er angeblich beteiligt sei, damit die Frauen auch gewiss merken, an was für einen tollen Hecht sie geraten waren." Dem Verfasser schwant wohl etwas, und er fährt schnell fort: "Das wäre jetzt purer Tratsch, wenn es nicht genau der Knackpunkt ist, über den Tarek 1995 und 1999 gestolpert ist."

Autonome Plaudereien

Zu guter Letzt erfahren wir noch, dass "sich Tarek immer mehr kulturell aus der ‚Kreuzberger Szene` (entfernt hat). Demonstrativ setzt er dies mit einer groß inszenierten Hochzeit mit seiner damaligen Freundin um." Warum wir - hämisch grinsend - wissen müssen, dass sie sich eineinhalb Jahre später wieder scheiden ließen, erfahren wir nicht. Genauso im Unklaren lässt uns der Verfasser, warum es wichtig ist, zu erfahren, dass Tarek Mousli eine deutsche Mutter und einen saudiarabischen Staatsbürger als Vater hat. Will er damit einen "Identitäts- und/oder Kulturkonflikt" andeuten?

Der Verfasser gibt vor, mit diesen biografischen Stichpunkten "den Konflikt für all die nachvollziehbarer zu machen, die ihn nicht persönlich kennen". Diese "Biografie" nähert sich vielem - am allerwenigsten der Frage, wie ein solcher Verrat zu verstehen ist. Alles wird angespielt und angedeutet: ein bisschen antipatriarchale Kritik, ein bisschen Kritik an (männlichem) Leistungsdenken. Und wer damit nichts (mehr) anzufangen weiß, wird mit dem Stichwort "etliche Affären" ebenfalls gut bedient.

Nehmen wir einmal für Augenblicke an, diese Biografie könnte tatsächlich auf die Frage: Wie kam es dazu, dass "einer wie Tarek so lange so viel macht und dann so umkippt" eine Antwort geben. Wo finden wir einen Menschen, der nicht (auch) nach "formaler Anerkennung" sucht? Wo finden wir einen Menschen, der absolute Verschwiegenheit, gerade auch gegenüber seiner Freundin, seinem besten Freund, in aller Konsequenz durchhält? Wo finden wir einen Menschen, der es mit den unbestimmbaren Codes autonomer Lebenswelten genau nehmen kann?

Diese Biografie, die darin versteckten Wegweiser in Richtung Verrat entwerfen als Gegenbild einen Menschen, den es nicht gibt - weder in den Reihen der Zapatistas, noch unter uns. Diesen Menschen gibt es nur als Fabelwesen - z. B. in Gestalt eines "Märchenprinzen". Diese Biografie schafft keine Aufklärung. Sie imaginiert eine Gemeinschaft von Märchenprinzen - die irgendwann einmal, im wirklichen Leben, kaputt gehen muss. Verrat ist eine Möglichkeit, die auffälligste. Die Rückkehr ins "normale" Leben die weit verbreitete.

Auch die Interim erliegt dem nahe liegenden Versuch, die selbst gestellten Fragen mit dem Klischee eines skrupellosen Verräters stillzulegen. In ihrem Vorwort weiß die Interim von einer "offenbar bereits lang ersehnte(n) Loslösung von seiner politischen Vergangenheit". Weniger "offenbar", ganz sicher ist sich die Interim, dass Tarek Mousli "alle und jeden ... verrät ... Seine Aussagen sind willkürlich, er kombiniert kreativ und auch wenn man/frau wenig oder sogar nichts mit ihm zu tun hatte, könnte er oder sie im Strom seiner Aussagen auftauchen."

Ganz in diesem Strom, zwischen Focus und autonomer Szene, taucht immer wieder eine "Liste von 50 Namen", eine "Lebensbeichte" auf - mal ist sie existent, mal wird sie gesucht, mal weiß man/frau es nicht so genau. Wir können - aus der Ferne - nicht beurteilen, was an all den Mutmaßungen, was daran Fakt ist. Nehmen wir jedoch an, es stimmt, dass Tarek Mousli "alle und jeden" verrät: Was hält jene ab, die das genau wissen, all das genau und nachvollziehbar öffentlich zu machen? Wer soll denn noch mit all diesen Andeutungen geschützt werden, wenn dem Staatsschutz alles - schwarz auf weiß - vorliegt?

Wir empfinden den Umgang mit diesem vermeintlichen Wissen falsch und gefährlich. Er nährt den Verdacht, dass das Beunruhigende an den gemachten Belastungen Tarek Mouslis nicht der Umstand ist, dass man von diesem "tollen Hecht" nichts anders erwartete, sondern dass man davon völlig überrascht ist.

Gefallener "Märchenprinz"

Nach all dem, was wir wissen, wurde Tarek Mousli gerade nicht als "Großmaul" geduldet, sondern als ein Mensch geschätzt, auf den sich viele jahrelang verlassen konnten. Warum hat Tarek Mousli bei seiner ersten Verhaftung im März 1999 "nur" sich selbst belastet, warum aber ein paar Monate später, im November/Dezember 1999 "alle und jeden"? Sind die Belastungen seiner früheren Freundin der einzige Grund, mit denen er - laut Interim-Gerücht - erst im November 1999 konfrontiert wurde? War das tatsächlich alles? Ist es wirklich nachvollziehbar, dass jemand "alles und jeden" verrät, wenn er durch seine frühere Lebensgefährtin verraten wurde?

Selbst wenn es stimmen soll, dass er auf Grund seiner Prahlereien mit RZ-Aktionen in Verbindung gebracht wird: Erklärt das wirklich, dass Tarek Mousli "alle und jeden" verrät, obwohl er genau weiß, dass die meisten Vorwürfe strafrechtlich verjährt sind? Sehen nicht zumindest einige einen Widerspruch in der Behauptung, Tarek Mousli habe sich Anfang der 90er Jahre ins "normale" Leben verabschiedet, während gleichzeitig in der

Begründung zur Durchsuchung des Mehringhofes steht, dass Tarek Mousli 1995 Sprengstoff von anderen (RZ-Mitgliedern) zur Aufbewahrung bekommen hat?

Man kann all diesen Fragen, die berechtigterweise zu Mutmaßungen und Misstrauen Anlass geben, mit dem Profil eines hemmungslosen Verräters glatt bügeln. Politisch halten wir diesen Umgang für fatal.

Seit Wochen wird viel Zeit damit verbracht, Gerüchte und Mutmaßungen weiterzureichen und vor ihnen zu warnen, sie einzusortieren und aus der Welt zu schaffen. In diesen breiten Strom aus lancierten Focus-Meldungen und Szene-Erkundungen kann man auch noch eine "Biografie" reinschütten.

Wir können verstehen, dass es leichter erscheint, sich gegen einen Verräter zu solidarisieren, als sich mit dem Konzept und der Geschichte der RZ/Rote Zora auseinander zu setzen, die über Jahre hinweg ein wichtiger Bezugspunkt automomer, militanter Politik war.

Wir können verstehen, dass man leicht der Versuchung unterliegt, die RZ-Geschichte als eine Art Flüchtlingspolitik zu begreifen, die man "fortentwickelt" hat, auch wenn dies in deutlichem Gegensatz zu den RZ-Erklärungen steht.

Wir wissen um die Schwierigkeit, sich gemeinsam zu der Geschichte der RZ zu verhalten - um die noch größere Schwierigkeit, sich zu den heutigen Bedingungen einer militanten Politik - gemeinsam - zu äußern.

Man kann all dem aus dem Weg gehen und die Durchsuchung des Mehringhofes als einen gezielten Versuch werten, einen "solch schwer kontrollierbare(n) Ort" (Presseerklärung des Mehringhofes, 20.12.99) zu kriminalisieren. Damit kann man Eitelkeiten befriedigen und vielleicht sogar "breite Empörung" schaffen. Das schafft Schwierigkeiten weg, die uns jedoch bei einer wirklichen Solidaritätsarbeit auf die Füße fallen werden.

Im Folgenden geht es nicht darum, die über 20-jährige Geschichte der RZ/Rote Zora nachzuzeichnen. Sie ist bereits bestens in "Früchte des Zorns" (Verlag ID-Archiv) dokumentiert. Wie andere auch haben wir einige RZ-Erklärungen und Erwiderungen noch einmal gelesen und sind auf Andeutungen und Nebensätze gestoßen, über die wir damals hinweggelesen haben, für deren Tragweite wir damals keine Anhaltspunkte hatten. Wir können nicht sagen, inwieweit diese den Verrat von Tarek Mousli (mit) erklären können. Das müssen andere tun.

Das Schweigen über die Geschichte der RZ

Das ist kein Grund, sich solange dumm zu stellen. Denn wenn es stimmt, dass Tarek Mousli RZ-Mitglied war, dann ist es nahe liegend, dass diese Auseinandersetzungen, die mit zur Auflösung der RZ/Rote Zora führten, auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen sind. Das entschuldigt keinen Verrat, das rechtfertigt keinen Verrat. Aber es beschreibt die Bedingungen für einen gemeinsamen politischen Prozess, der nicht den Verrat zum Ausgangspunkt der Solidaritätsarbeit macht, sondern das eigene Verhältnis zur militanten Politik. Diese ist weniger von Erfolgen, als von tiefen Rissen und reichlich Not-Brücken gezeichnet: Anschlags-Bundesligen, schwindende Zusammenhänge, trotzige Erklärungen, distanzierte Nachdenklichkeit, persönliche Zerstrittenheiten, gepflegte Selbstgerechtigkeiten, sich selbst überfordernder Aktivismus und bleierne Resignation stehen wortlos und/ oder verächtlich nebeneinander. Die Auseinandersetzung mit der RZ/Rote-Zora-Geschichte könnte ein Spiegel sein, in dem wir - fast unverzerrt - unsere eigene Geschichte wiederfinden können.

Die Solidaritätsarbeit steht vor einem Problem: Sie muss ein politisches Verhältnis zu etwas herstellen, was es nicht mehr gibt. Dieser enormen Schwierigkeit kann man aus dem Weg gehen, indem mann/frau sich entweder mit 1/2/3/4 Verhafteten aus persönlicher Verbundenheit solidarisiert oder eine Kontinuität (" Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle", Interim, Nr. 492) vortäuscht, die das faktische Ende der RZ/Rote Zora einfach leugnet. Ersteres wäre noch verständlich, zweiteres einfach nur verlogen.

Wir wünschen uns eine Solidarität, die nicht nur einzelnen Gefangenen gilt. Uns geht es um ein Verbunden sein mit einer militanten Politik, in der die RZ/Rote Zora ein möglicher Ausdruck war. Am aller wenigsten geht es darum, sich mit der RZ/Rote Zora zu identifizieren. Die viel größere Anstrengung besteht für uns darin, ihr dadurch eine Bedeutung zu geben, indem wir den Erfolgen und Niederlagen, den weitsichtigen Analysen und politischen Irrtümern einen Platz in unserem eigenen Denken und Handeln geben - nicht nur im Hinblick darauf, was war, sondern gerade auch im Blick darauf, was werden soll.

Man muss nicht in der RZ gewesen sein, um sich die Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der RZ und um sie herum zu vergegenwärtigen. All das ist dokumentiert, in vielen Erklärungen, Stellungnahmen und Erwiderungen. Dazu zu schweigen, macht den Weg frei, es dem Staatschutz und Focus zu überlassen, RZ-Geschichte nach ihrem Belieben zu schreiben und abzuwickeln.

1991 veröffentlichten die RZ die Erklärung "Gerd Albartus ist tot". Darin wirft die RZ "einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet", vor, ein RZ-Mitglied als "Verräter" zum Tode verurteilt zu haben. "Die Suche nach einer Antwort ... in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gefunden hätte, ohne dass es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen ... Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen." In dieser Erklärung wird ausgeführt, dass die Verbindung zu dieser "Gruppierung" auf einen Abschnitt in ihrer Geschichte verweist, "unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlussstrich gezogen haben". Konkret angesprochen wird die Flugzeugentführung 1976, an der sich zwei Palästinenser und zwei Mitglieder der RZ beteiligten. Ziel war es, die Freilassung von über 50 Gefangenen zu erzwingen. Ergebnis war die Erstürmung des Flugzeuges in Entebbe und der Tod des Kommandos. Der Versuch, die massiven Auseinandersetzungen um diese Gefangenenbefreiung auf eine operative Kritik ("dem Kommando (wurde) im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen ...(es hatte) bloß noch die Weisungen zu befolgen ..., die an anderer Stelle ... ausgegeben wurden") zu reduzieren, sollte sich rächen. "Dass die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht ..." Die Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der RZ gingen weiter: "Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort."

Zum einen ging es um die Flugzeugentführung selbst und um die Auswahl der Passagiere, die für einen Gefangenenaustausch festgehalten wurden. Die RZ kommen in ihrem Papier zu dem Schluss, dass es sich dabei um eine "Selektion ... entlang völkischer Linien" handelte, bei der ein - im Antizionismus verkleideter - Antisemitismus zu tragen kam, der um keinen Preis politisch mitzutragen ist.

Zum anderen wenden sich die RZ gegen ihre eigene, zurückliegende antiimperialistische Praxis, die sich nicht aus den Verhältnissen und Bedingungen hier begründete, sondern mit den weltweiten Kämpfen. Sie kommen zum Schluss, dass die "Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners ... nicht aus(reichen), um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen". Einer dieser politischen Gegensätze ist die Frage/und der Mythos nationaler Unabhängigkeit, in der die RZ den sozialen Gehalt der Revolution nicht aufgehoben sieht.

Die seit Mitte der 80er Jahre verübten Sabotageaktionen und Angriffe auf Institutionen und Personen, die den (deutschen) staatlichen Rassismus verwalten und exekutieren, kann als eine Konsequenz aus dieser Selbstkritik verstanden werden.

Diese Selbstkritik führte aber auch zu anderen Konsequenzen: Es kam zu "Brüche(n) in persönlichen Freundschaften ... die bis hin zu Trennungen gingen".

In einem Papier, das mit "RZ-Tendenz für die internationale soziale Revolution" unterschrieben ist, wird der Vorwurf erhoben, dass "das Papier zum Tod von Gerd ... gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet" ist. Darin deuten sie nicht nur ihre Kritik an der "wenig aufrüttelnden Flüchtlingskampagne" an, sondern machen auch aus ihrem Eindruck keinen Hehl, dass für sie das Gerd-Albartus-Papier die Suche nach, "eine(m) konstruktiven Platz zur Neugestaltung der Demokratie" ist, kurzum der "Ausstieg" aus militanter Politik: "Eine Diskussion mit Euch um Aufhören oder Weitermachen scheint mit Euch auf dem Hintergrund Eurer Entscheidung nicht mehr möglich."

Wer die Erklärung "Gerd Albartus ist tot" - als Außenstehende/r - liest, bekommt eine Vorstellung von den unterschiedlichen Konzepten und Begründungen militanter Politik. Und beileibe ist es kein RZ-Spezifikum, auf einen Punkt zuzusteuern, wo diese nicht mehr zusammen getragen werden können. Es mag viele Gründe für diese verächtliche Erwiderung auf die Kritik an der eigenen Praxis geben. Und noch einmal so viele Gründe für das vernichtende Urteil, Frieden mit dem System schließen zu wollen. In der kritisierten Erklärung finden man sie nicht.

Es spricht viel dafür, dass all das, was nur andeutungsweise in den Erklärungen und Erwiderungen zu finden ist, die Auseinandersetzungen innerhalb der RZ weiterhin bestimmte. Das kann u.a. der Erklärung: "Das Ende

unserer Politik", nun ein paar Monate später, im Januar 1992, entnommen werden. Diese Auflösungs-Erklärung wurde nicht von der RZ insgesamt, sondern nur von einem Teil verfasst. Darin greift sie noch einmal die Positionen im Gerd-Albartus-Papier auf, den Abbruch "damals üblicher internationale(r) Kontakte", um dann ihr eigenes sozialrevolutionäres Verständnis von Politik zu bilanzieren, vor allem die militanten Interventionen im Flüchtlingsbereich: "... wir fantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ... einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf ... und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen ... kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen." Damit erklärte dieser Teil der RZ etwas für gescheitert, was der internationalistischen Ausrichtung der RZ (Opec, Entebbe etc.) eine Theorie und Praxis entgegensetzen sollte, die sich an den Kämpfen hier orientiert.

Auch in diesem Papier sind Andeutungen enthalten, die weit über die Kritik an einer illusionären Bezugnahme auf Flüchtlinge und eine fehlende Verankerung militanter Politik hinausweist: "Mit dem Vorschlag ... im Jahre 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit füllen und die RZ über die Durststrecke bringen zu können. Unsere Gruppe konnte und wollte ... die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema ‚Antipatriarchalismus` nicht hinnehmen." Eine gemeinsame Politik mit "den Frauen der Roten Zora" scheiterte. Stattdessen wurde "ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe (gelegt)".

Die politischen und persönlichen Konsequenzen, die die Teile der RZ gezogen haben, die die Selbstkritik und politischen Schlussfolgerungen im Gerd-Albartus-Papier nicht teilten, sind nicht veröffentlicht. Genauso wenig lässt sich nachvollziehen, welche praktischen Schritte die Teile der RZ und Rote Zora gegangen sind, die ihre antipatriarchale Kritik innerhalb und außerhalb der RZ-Zusammenhänge in ihre politischen Praxis einbeziehen wollten.

Tatsächlich geht die letzte Aktion einer RZ-Gruppe auf das Jahr 1991 bzw. 1995 zurück. Seitdem sind keine Aktionen der RZ/Rote Zora mehr dokumentiert. Es spricht viel dafür, dass die RZ/Rote Zora nicht an der staatlichen Repression gescheitert ist, sondern an inneren Auseinandersetzungen, für die es keine gemeinsame politische Praxis mehr gab.

Im Rückblick auf die RZ/Rote Zora gibt es nicht nur wertvolle grundsätzliche Einschätzungen und mit sichtbarer Zustimmung aufgenommene Aktionen, die für viele damals Anstoß für ihr eigenes Handeln und Denken waren. Dazu zählen auch die hier angerissenen Brüche und Trennungen, Unterstellungen und Andeutungen, politische Ausstiege und persönliche Rückzüge. Sie spiegeln nicht nur die Geschichte der RZ/Rote Zora wider. Darin können sich auch all die - ohne Häme und Distanzierung - wiederfinden, die sich einst gerne zur autonomen, militanten Bewegung zählten.

Spiegel der "eigenen Geschichte"

Wer angesichts der Repression und der Verhaftungen die Geschichte der RZ/Rote Zora am liebsten weglassen will, wer die Dimension der belastenden Aussagen von Tarek Mousli mit einer "Verräter-Biografie" zu versenken versucht, landet hilflos im Vorwort der Interim: "Für uns ist es selbstverständlich, sich prinzipiell mit denen zu solidarisieren, die vom Staat kriminalisiert werden."

Wenn wir zur Geschichte der RZ/Rote Zora schweigen, werden "andere" auf Fragen Antworten geben. So berichtete der Focus in einer seiner letzten Ausgaben, dass an der Ermordung von Gerd Albartus Carlos und das RZ-Mitglied Weinrich beteiligt gewesen sein sollen. Das Erschreckende an dieser Meldung ist, dass der Wahrheitsgehalt mit dem wochenlangen Schweigen eher zu- als abnimmt.

Anerkennenswert greift die So oder So! in ihrer März-Ausgabe diese Befürchtungen auf: "Die BAW erklärte vor kurzem, in Berlin demnächst Johannes Weinrich wegen der Erschießung des RZ-Militanten Gerd Albartus 1987 im Nahen Osten anklagen zu wollen. Bereits Ende der 90er war Magdalena Kopp, eine ehemalige Aktivistin der Gruppe Internationaler Revolutionäre (oder: ‚Carlos-Gruppe`) mittels des VS-Spezialisten für Aussteiger ‚Benz` aus ihrem Exil in Venezuela in die BRD zurückgeführt worden. Der Focus berichtete von umfangreichen Aussagen Kopps, die sich auch auf den Tod von Gerd Albartus bezogen. Laut Kopps Version

sei Gerd von einem ‚Volksgericht` der ‚Carlos-Gruppe` wegen angeblicher ‚Agententätigkeit` angeklagt und dann per Kopfschuss liquidiert worden. Unglaubwürdig klingt das nicht."

Anforderung an die Solidaritätsarbeit

Sicherlich können auch ganz persönliche Umstände und Entscheidungen eine Rolle bei Aussageverweigerung oder Verrat spielen - gerade dann, wenn ein politischer Lebenszusammenhang in sich zusammen, eine gemeinsam getragende Utopie, auseinandergebrochen ist. In einem solchen Fall trifft staatliche Repression möglicherweise auf Menschen, die ganz unterschiedliche Konsequenzen daraus gezogen, wenig oder gar nichts mehr miteinander zu tun haben. Damit ist nicht nur Tarek Mousli gemeint.

Solidarität entsteht am allerwenigsten darüber, dass man die Verhafteten als Opfer staatlicher Repression in Schutz nimmt. Das Ziel dieser staatlichen Repression ist nicht die Zerschlagung einer existierenden RZ-Struktur, sondern die Rache an einem militanten Konzept, das sich ihrer Logik, ihrer Ordnung, ihren Fahndungsrastern - mehr oder weniger erfolgreich - über 20 Jahre entzog. Dieses Konzept hatte - geschichtlich betrachtet - eine große Bedeutung im Rahmen radikaler Systemopposition. Sich dazu in Beziehung zu setzen - von heute aus - ist Teil einer Solidaritätsarbeit - unabhängig davon, wie sich die einzelnen Verhafteten juristisch und/oder politisch dazu verhalten werden.

autonome L.U.P.U.S.-Gruppe

30. Deutschlands Weg zur militärischen Sonne. Eine Buchrezension

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Militarismus; NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:37

Ein Autor aus dem tendenziell antideutschen Spektrum schreibt über Deutschland, die Nato und das Kosovo und den jüngsten Waffengang Deutschlands; das weckt Erwartungen, je nach Standpunkt eher freudige oder ärgerliche. Matthias Küntzel bedient diese Erwartungen nicht; vielmehr legt er eine detaillierte und materialreiche Analyse vor und vermeidet Parteinahme für einen der am Krieg beteiligten Akteure. Man mag über einzelne Bewertungen streiten, seine Argumentationslinien sind nachvollziehbar und man wird sich mit ihnen auseinander setzen müssen.

Küntzel zeichnet den Verlauf der Vorkriegsentwicklung nach, beschreibt die jeweiligen Interessen und Strategien. Dass in deren Bewertung Deutschland etwas schlechter wegkommt als Andere, ist der Tatsache zuzuschreiben, dass es nach wie vor eine der vornehmsten Aufgaben friedliebender Menschen ist, die KriegstreiberInnen des "eigenen" Landes zu kritisieren.

Zwei Ereignis- und ihnen folgend Analysestränge bestimmen die Gliederung des Buches: die Entwicklung in der Region, speziell im Kosovo, und diejenige in und zwischen den NATO-Ländern, mit Schwerpunkt Deutschland. Als Ausgangspunkt zur Betrachtung der innerjugoslawischen Ereignisse wählt Küntzel den kosovo-albanischen Aufstand von 1981, der bürgerkriegsähnliche Ausmaße hatte. Die Parteizeitung der jugoslawischen KommunistInnen sprach von einem "traumatischen Schock" und auch bürgerliche Kommentatoren tun sich bis heute mit einer Beschreibung der Ursachen schwer. Küntzel sieht den "rätselhaften Aufstand von 1981" als den "Ausgangspunkt, der die spätere Entwicklung hin zum Kosovo-Krieg erst erklärbar macht. Er hat nicht nur den serbischen Nationalismus aus seinem Dämmerschlaf geweckt, sondern auch die Gründungskader der späteren ‚Befreiungsarmee von Kosovo`, kurz: UCK, maßgeblich geprägt." (S.16)

Die Verantwortung dieser beiden Hauptakteure für die weitere Entwicklung zeigt er im Folgenden entlang einer chronologischen Darstellung: Der albanische Nationalismus zielte von Anfang an auf Eigenständigkeit des Kosovo und späteren Anschluss an Albanien, auch wenn diese Option in Albanien selbst von vielen nicht geteilt wurde und wird. Ideen von "ethnischer Reinheit" gab es ebenso schon sehr früh, wie die Vorstellung, alle AlbanerInnen der Region in einem Staat vereinen zu wollen: Montenegro, (Rest-) Serbien, Bosnien, Mazedonien, Griechenland und Italien wären betroffen.

Der serbische Nationalismus (von einer starken emotionalen Verachtung für alles "Albanische" geprägt) stellte dem den Anspruch auf unbedingten Macht- und Souveränitätserhalt entgegen. Dabei entwickelte Belgrad weder vor noch nach Beginn des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawien ein Interesse an den Lebensverhältnissen im Kosovo. Solange nur die Machtverhältnisse klar waren und die AlbanerInnen sich in die subalterne Rolle begaben, die der serbische Chauvinismus ihnen zuwies, wurden sogar die doppelstaatlichen Strukturen der Rugova-Republik ignoriert, also geduldet.

Im Buch wird klar, dass in den innerjugoslawischen Abläufen ein Schlüssel für die Gesamtentwicklung liegt: "Die UCK ist keine Kreation westlicher Geheimdienste, sondern das Produkt einer speziellen Konstellation, die von den Besonderheiten des albanischen Nationalismus und der Belgrader Machtpolitik im Kosovo sowie von der operativen Starthilfe deutscher Nachrichtendienste und der Freisetzung enormer Waffenbestände in Albanien geprägt worden ist." (S.59f)

Ein neues Epizentrum

Der speziellen Rolle Deutschlands geht Matthias Küntzel im Weiteren nach. Er folgt dabei einer Metapher, die Strobe Talbott, stellvertretender Außenminister der USA und wichtiger Clinton-Berater, am 4. Februar 1999 benutzt hatte. Das war unmittelbar vor Rambouillet, und Talbott erläuterte die US-Position vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Wenn das Wohlergehen der USA auch weiterhin von der Entwicklung in Europa abhänge und sie sich bewusst sei, dass Europa sich gegenwärtig neu definiere und ordne, dann

"erkennen wir die Rolle der Bundesrepublik als Epizentrum dieser Prozesse - Erweiterung und Expansion, Ausdehnung und Vertiefung - an und begrüßen sie". (S.77, Talbott direkt zitierend)

Der erdbebenkundliche Fachbegriff des "Epizentrums" ist dem Autor entscheidend: "Erdbeben sind ‚großräumige Erschütterungen des Erdbodens, bei denen akkumulierte Spannungen in der Erdkruste meist plötzlich ausgeglichen werden` heißt es im Brockhaus - Naturwissenschaften und Technik. Die neue Weltordnung wird großräumig erschüttert durch Spannungen in ihrem Gefüge, die auf Grund der Konkurrenz zwischen den Großmächten und der Verschiebung von Kräfteverhältnissen ausgelöst und akkumuliert werden und die mit der Unvermeidlichkeit und der Elementargewalt eines Naturereignisses danach streben, ‚meist plötzlich` ausgeglichen zu werden." (S.77) "Epizentrum" bezeichnet ebenfalls den genau über dem Erdbebenherd liegenden Ort an der Oberfläche (hier also die BRD) und deutet somit auf eine im Inneren verborgene Ursache - in Küntzels Interpretation "die unsichtbaren und unerkannten Wirkungskräfte einer Vergangenheit..., die in Auschwitz kulminierte." (S.78)

Mit vielen Fakten und Zitaten weist der Autor nach, dass deutsche Außenpolitik spätestens seit 1989/90 in der Region nicht nur kein Interesse an stabilen Grenzen zeigte, sondern im Gegenteil ethnisch-nationalistische Separation ermutigte und dabei eine deutlich antiserbische Linie verfolgte. Paradigmatisch wird der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz zitiert: "Von allergrößter Gefährlichkeit erscheint die Reklamierung der (bedrohten) ‚Stabilität` in Europa. Denn wenn einzelne Nationen in ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen festgehalten werden, so schafft dies alles Andere als wirkliche (friedensfähige) Stabilität." (S.93) Schon 1995 wurde in einer deutsch-albanischen Grundsatzerklärung das staatliche Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-AlbanerInnen anerkannt, wohl wissend, dass das ohne Krieg nicht zu haben sein würde. (S.104)

Der Regierungswechsel in Deutschland im Herbst 1998 bedeutete keinerlei Bruch in der deutschen Kosovo-Politik: Am 9. Oktober 1998 bekräftigten Schröder und Fischer in Washington, niemand solle hoffen, "dass wir einen weniger entschiedenen Kurs als die bisherige Regierung fahren" werden; (S.132) am 12.10. wird der NATO-Generalsekretär autorisiert, Truppen für den Kosovo-Einsatz dem NATO-Oberbefehlshaber General Clark zu unterstellen, was am 13. Oktober geschieht. Eine Entscheidung, die drei Tage später im Bundestag bei 62 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen nachträglich gebilligt wird. In der Folgezeit taten sich bekanntermaßen Scharping und Fischer mehr noch als Schäuble und Konsorten als Kriegshetzer hervor. Küntzel zeigt auf, dass auch in den Fachministerien auf Beamtenebene die Kontinuität gewahrt blieb.

Folgte die deutsche Kosovo-Politik also "einem klaren, in sich stimmigen Konzept: Frontstellung gegen Belgrad, Parteinahme für die Kosovo-Albaner, die eine Loslösung von Jugoslawien forderten, Orientierung auf ein gegen Serbien durchzukämpfendes NATO-Protektorat, das die Abtrennung des Kosovo vorwegnimmt," (S.139) so kann für die anderen westlichen Großmächte davon nicht die Rede sein.

Kontinuität deutscher Politik wird gewahrt

Die US-Administration war über ihr Verhältnis zum Kosovo gespalten, ihre Politik lange schwankend. Die Widersprüche wurden gelegentlich am Agieren ihrer beiden wichtigsten RepräsentantInnen nach außen, Madeleine Albright und Richard Holbrook, deutlich. Zielte das Auftreten der Außenministerin häufig auf Verschärfung und Konflikteskalation, erzielte umgekehrt Clintons Sondergesandter noch am 12. Oktober 1998 eine Einigung mit Milosevic, die die serbisch-jugoslawische Führung auch weitestgehend umsetzte. Entgegen der üblichen veröffentlichten Darstellung, die USA seien schon damals zum Krieg entschlossen gewesen, belegt Küntzel, dass im Oktober 1998 die Meinungsbildung darüber in der US-Administration noch keineswegs abgeschlossen war. Das geschah erst im November/Dezember und obwohl sich im Kosovo die Situation merklich entspannt hatte, lief nunmehr die gesamte Entwicklung auf den NATO-Krieg hin.

Obwohl auch die UCK mit einer Strategie der Spannung versuchte, das Ihre dazu beizutragen, waren dafür im Wesentlichen außerhalb des Kosovo liegende Interessen verantwortlich. Aus Sicht der USA spielt die NATO die entscheidende Rolle, um ihre Präsenz in allen für sie relevanten Bereichen der europäischen Politik zu sichern. Auch die Demonstration der eigenen militärischen Überlegenheit über die Partner, die ja auch Konkurrenten sind, ist bedeutsam. Schließlich gab es schon spätestens seit dem 2. Golfkrieg ein Interesse an einer selbstdefinierten und (auch und gerade vom UN-Sicherheitsrat) unkontrollierten Verfügungsmacht über

dieses wichtige Instrument US-amerikanischer Außenpolitik. Dieses ließ sich in der speziellen Situation des Kosovo leicht als gemeinsames NATO-Anliegen inszenieren.

Die formal gemeinsam getroffenen NATO-Ratsentscheidungen vom 12./13. Oktober 1998 hatten gezeigt, dass die USA in der Lage und bereit waren, militärische Aktionen auch außerhalb des alten NATO-Gebietes zu unternehmen und dass sie dazu den UN-Sicherheitsrat nicht brauchten. Ein Interesse, das sich durchaus mit dem der BRD deckte, aber in Widerspruch zu Frankreich und Großbritannien stand.

Kampf der Giganten

Darauf hatten diese beiden am 4. Dezember 1998 öffentlich reagiert: In der Erklärung von St. Malo forderten sie eigene, von der NATO unabhängige militärische Kapazitäten der EU. Als Atommächte wäre innerhalb einer EU-Militärmacht ihr bisheriger Vorsprung vor der BRD wieder hergestellt gewesen. Aber es wurde auch "die mit der Einführung des Euro sich zuspitzende ökonomische Rivalität (zwischen EU und USA - Anm. WR) hierdurch auf die Ebene militärischer Machtbeziehungen ausgedehnt." (S.149) Schon in dieser Erklärung wird der Einsatz "irgendwo im ehemaligen Jugoslawien" als möglicher Ort für eine eigene militärische Einheit der EU genannt.

In den Tagen von Rambouillet schien es zeitweilig, als hätten Briten und Franzosen erkannt, dass ein Krieg in Jugoslawien US-amerikanischen und deutschen Interessen eher nützen könnte als ihren eigenen. Aber wie sagte Rudolf Scharping am 25. Februar 1999 vor dem Bundestag wohl auch in ihre Richtung gewandt: "Wer eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordert, darf sich nicht abseits stellen, wenn im europäischen Namen und europäischen Idealen entsprechend gehandelt wird." (S.153)

So waren die Interessen der vier wichtigsten Länder der NATO aus je eigenen Gründen und in einem komplizierten Geflecht von Widersprüchen und Übereinstimmungen gleichermaßen auf den Krieg im Kosovo gerichtet. Dass der spezifische deutsche Bündnispartner in der Region, der albanische Nationalismus, dieses Ziel teilte, war ein Vorteil für die BRD. Ihr alleiniges oder hauptsächliches Produkt war der Krieg nicht, aber er entsprach ihrem Interesse, nicht zuletzt, weil er es ihr ermöglichte, auf die militärisch-politische Großmachtebene zurückzukehren, ohne sich zu isolieren. "Der Krieg gegen Jugoslawien (hat) Deutschland einen Platz an der Sonne verschafft", resümiert Matthias Küntzel, "und damit zugleich den Schattenumriss ausgeweitet, den das völkische Element der deutschen Außenpolitik auf die künftigen Entwicklungen Osteuropas wirft." (S.205)

War der Krieg also ein "Übergangskrieg..., der sich in dieser Konstellation kaum je wiederholen wird" (S.201) und hat er auch einen Beitrag zur "Neuordnung" der Beziehungen unter den Großmächten geleistet, (S.202) so sind seine Konsequenzen und Folgen doch in vielem noch nicht absehbar. Sicher ist, dass er nicht nur keinen Beitrag zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen leistete, wie es uns gerade in Deutschland verkauft wurde, sondern man wird Matthias Küntzels pessimistischer Prognose zustimmen müssen, dass er ein schlechtes Beispiel war, dem andere folgen werden.

Werner Rätz, Bonn

Matthias Küntzel: Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo. Elefanten Press, Berlin 2000, 256 Seiten, 34,90 DM

31. Von links nach rechts. Die ideologischen Ursprünge des Faschismus

Zeev Sternhell über die ideologischen Ursprünge des Faschismus

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:02

Dass linker und rechter "Extremismus" gleichermaßen zu verurteilen und letztlich "Rot gleich Braun" sei, gehört hier zu Lande zur Staatsdoktrin. Gebildete Antikommunisten, die den Ursprung des Bösen links lokalisieren, glänzen zusätzlich mit dem Argument, schließlich sei selbst Mussolini anfangs ein revolutionärer Sozialist gewesen. In der Tat gab es, nicht nur in Italien, Anfang des 20. Jahrhunderts viele, die von links nach rechtsaußen wechselten. Wie das möglich war und welche "revolutionären" Elemente in die faschistische Ideologie eingegangen sind, hat der israelische Politologe Zeev Sternhell erforscht. Seine Studien sind für Anhänger der Totalitarismustheorie enttäuschend - und für Linke lehrreich.

Seit Ende vergangenen Jahres liegt Sternhells Klassiker endlich auch in deutscher Übersetzung vor: "Die Entstehung der faschistischen Ideologie", dessen französische Originalausgabe ("Naissance de l'idéologie fasciste") schon 1989 erschien. Der Hamburger Edition, dem Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, muss man für die Herausgabe des umfänglichen Werkes danken - auch wenn das Motiv für diese verlegerische Entscheidung fragwürdig ist: Denn Sternhell und seine Mitautoren Mario Sznajder und Maia Asheri werden vom Verlag quasi als Verfechter der totalitarismustheoretischen "Linie" des Instituts präsentiert. Sternhells Studie, so der Klappentext, zeige "die Bedeutung der revolutionären Ideologie für die Entstehung des Faschismus", mehr noch: "den gemeinsamen theoretischen Kern der später feindlichen Brüder".

In Wahrheit zeigt Sternhell etwas anderes: Schon in der Einleitung definiert er die faschistische Ideologie als "das Produkt der Verschmelzung des organischen Nationalismus mit der antimaterialistischen Marxismusrevision". Dass unter Faschismus der Nationalsozialismus nicht mit gemeint ist, stellt er ebenfalls schon am Anfang klar. Denn Faschismus und Nationalsozialismus "unterscheiden sich in einer fundamentalen Frage: Die Grundlage des deutschen Nationalsozialismus war der biologische Determinismus, der Rassismus in seiner extremsten Ausprägung, und die Vernichtung der Juden."

Der Beitrag ehemaliger Linker zur faschistischen Ideologie besteht gerade nicht darin, dass sie marxistische Elemente eingebracht hätten. Vielmehr gingen sie von einer "antimaterialistischen und antirationalistischen Revision" des Marxismus aus, um schließlich bei dessen totaler Negation zu landen. "Revolutionär" blieb ihre Ideologie nur insoweit, als sie gegen das am Anfang des 20. Jahrhunderts herrschende System des politischen Liberalismus gerichtet war. Das Lager des "revolutionären Revisionismus" bekämpfte zwar denselben Feind wie die linke Minderheit in der Zweiten Internationale (Lenin, Luxemburg etc.): den sozialen Reformismus, wie er in der deutschen Sozialdemokratie zur höchsten Blüte herangereift war. Damit allerdings enden die Gemeinsamkeiten - auch das hebt Sternhell ausdrücklich hervor.

Führender Ideologe des "revolutionären Revisionismus" war der Franzose Georges Sorel. Auf ihn beriefen sich später nicht nur die revolutionären Syndikalisten Frankreichs und Italiens (von denen die meisten Faschisten wurden), sondern auch Mussolini höchstpersönlich. Sorel, ein "guter Schüler von Marx" (Sternhell), brach zunächst mit der marxistischen Ökonomie und bekannte sich zum Privateigentum und zur freien Entfaltung der Marktwirtschaft, blieb aber seinem Verständnis nach ein Revolutionär und hielt am Klassenkampfgedanken fest. Sozialreformen und Demokratie würden das Proletariat nur vom Kampf um seine Befreiung abhalten, der Bruch mit dem als dekadent betrachteten System setze dagegen eine "totale moralische Revolte" voraus - dazu mobilisiere aber nicht die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen, sondern der Glaube an die Kraft "sozialer Mythen".

In diesem Punkt sieht Sternhell die "Originalität der Sorelschen Marxismusrevision", die zugleich einen totalen Bruch mit dem "reflektierenden und diskursiven Denken" bedeutet, dem sie eine "religiöse Mentalität, die gegen die rationalistische aufbegehrt", entgegensetzt. Der Sorelsche Mythos "erschafft Legenden, die der Mensch lebt, statt die Geschichte zu leben, er erlaubt, einer erbärmlichen Gegenwart zu entfliehen, gewappnet mit einem unerschütterlichen Glauben". Der wichtigste Mythos, der die soziale Polarisierung vorantreibt, ist für

Sorel der Generalstreik. Dabei kommt es für ihn nicht darauf an, "ob der Generalstreik eine teilweise Wirklichkeit oder ein Erzeugnis der Volksfantasie ist".

Erst 1909, zwölf Jahre nach dem Beginn seiner Marx-Revision, brach Sorel mit dem Sozialismus. Später verbündete er sich mit den Ultra-Nationalisten der Action francaise. Sorels Wirkung beruht auf seinen Schriften, vor allem den Réflexions sur la violence ("Über die Gewalt"), die neben der Mythentheorie auch ein Loblied auf die Gewalt enthalten: Sie sei "das einzige Mittel..., das den durch Humanitätsideen abgestumpften europäischen Nationen noch bleibt, um ihre ehemalige Energie wiederzufinden." Entsprechend erhoffte sich Sorel "einen großen Krieg, der Männer an die Macht bringen würde, die den Willen zu regieren hätten, oder eine gewaltige Zunahme der proletarischen Gewalt..."

Den entscheidenden Durchbruch erlebten Sorels Ideen in Italien. In Abgrenzung zum Reformismus der Sozialistischen Partei (PSI) konstituierten sich dort 1902 die "revolutionären Syndikalisten" (sindacato = Gewerkschaft), die den Mythos des Generalstreiks übernahmen und dem Parteisozialismus die "direkte Aktion gewerkschaftlich organisierter Arbeiter" entgegensetzten. Sie verstanden sich zwar als linke Opposition, ihre führenden Theoretiker (Labriola, Leone, De Ambris u.a.) sprachen sich aber ebenso wie Sorel für die von staatlichen Interventionen freie Marktwirtschaft aus. Die von ihnen konzipierte "Gesellschaft freier Produzierender" kann als Vorläuferin des faschistischen Korporativismus gelten.

Georges Sorel und der Mythos der Gewalt

Den entscheidenden Schritt nach rechts taten die meisten revolutionären Syndikalisten Italiens, als sie 1914 den Eintritt ihres Landes in den Krieg forderten (eine Minderheit hatte schon 1910 den Kolonialkrieg in Libyen unterstützt). Damit vollzogen sie nach, was syndikalistische und nationalistische Ideologen jahrelang gepredigt hatten: Der Krieg sei der "Frühling des Fortschritts" (Orano), und die "proletarische Nation Italien" müsse sich ihren Platz in der Welt erkämpfen (Corradini) - letztere Formel wiederholte Mussolini noch Mitte der 30er Jahre, um den Überfall auf Äthiopien zu rechtfertigen. Gleichzeitig erhofften sich die Syndikalisten vom Krieg den Umsturz der sozialen Verhältnisse Italiens.

Sternhells Mitautor Mario Sznajder beschreibt den "langen Weg", den die revolutionären Syndikalisten seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zurücklegten: Ausgehend von der Revision der marxistischen Ökonomie, über die "direkte Aktion" im Generalstreik, brachen sie mit dem Sozialismus und sahen fortan in der Nation die revolutionäre Kraft. Die Ideologie des Nationalsyndikalismus (ausgearbeitet von De Ambris, Lanzillo, Panunzio, Orano und Olivetti) entsprach dem Frühprogramm des Faschismus. So war es durchaus folgerichtig, dass sich am Ende die meisten Syndikalisten mit den Faschisten verbündeten. Auch die Rechtsentwicklung Mussolinis entsprach dieser inneren Logik und darf keineswegs auf realpolitischen Opportunismus reduziert werden.

Dass Sternhell und seine Mitautoren die Rolle der Ideologie beim Aufstieg des Faschismus möglicherweise überschätzen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen: Aber ihr Buch befasst sich eben ausdrücklich nur mit der Ideologie. Die Warnung, die Sternhell in seinem Epilog ("Die Anziehungskraft des Faschismus") formuliert, ist jedenfalls berechtigt: "... es genügt nicht, wenn ein Denker die irrationale Komponente im menschlichen Verhalten gelten lässt, um ihn sofort zum Faschisten zu stempeln. Wird diese Grundlage jedoch zum System erhoben, wird der Rationalismus als Grundlage der sogenannten materialistischen Systeme abgelehnt, so stehen dem Faschismus Tür und Tor offen." Als Mittel der Massenmobilisierung gegen den Liberalismus, den Marxismus und die Demokratie führe der Antirationalismus zwangsläufig zu faschistischem Denken, "wenn er mit einem starken Kulturpessimismus, einem ausgeprägten Kult der Gewalt und der aktivistischen Eliten einhergeht". Diese drei letztgenannten Ideen sind aber auch Teilen der Linken nicht ganz fremd.

Die linke Debatte über das Buch, am breitesten geführt in Jungle World (Nr.1-4/2000), hat leider nicht nur kenntnisreiche Beiträge (vor allem der ak-Autoren Jean Cremet und Bernhard Schmid) hervorgebracht - sie offenbart daneben auch Oberflächlichkeit und ideologische Borniertheit. Der erste Rezensent der Jungle-World-Serie, Jochen Baumann, meinte offenbar, das Buch gar nicht erst lesen zu müssen: So findet er "die Ergebnisse der Studie dürftig" - dass es darin ausdrücklich nicht um den Nationalsozialismus geht, ist ihm entgangen. Baumann unterstellt, für Sternhell sei der Faschismus "weder rechts noch links"; schließlich behauptet er, für den Faschismus an der Macht seien seine "vorgeblich revolutionär-syndikalistischen Wurzeln" ohne Bedeutung. Für Baumann ist der siegreiche Faschismus nichts weiter als ein Instrument "der alten herrschenden Gruppen". Dass er gleichzeitig äußerst erfolgreich den Konsens der "Massen" organisierte,

erscheint dem Rezensenten als Marginalie. Baumann schreibt: "Der Faschismus als Praxis beruhte in Frankreich, Italien und Deutschland auf der Diktatur einer kleinen Elite, einer hierarchischen, ständische Prinzipien reklamierenden Gesellschaftsvorstellung, die organisch-nationalistisch verklausuliert wurde. Ihre Stützen waren das Militär und nicht die Arbeiter, die kapitalistische Klassenstruktur blieb, außer in Rhetorik und Propaganda, unangetastet."

Diese - gelinde gesagt - unvollständige Beschreibung nimmt Gerhard Scheit (konkret 2/2000) zum Anlass, schnell mal eine Theorie des Nationalsozialismus zu verkünden. Darin ist auch das getilgt, was in Baumanns Darstellung richtig beschrieben ist (u.a. der Klassencharakter der faschistischen Diktatur): "... der Nationalsozialismus in der Praxis war die Diktatur der Volksgemeinschaft; diese Diktatur bedurfte weder der ‚Stütze` des deutschen Militärs noch der deutschen Arbeiter, weil beide in ihr aufgingen, so weit sie den Vernichtungskrieg vorbereiteten und ausführten. Und die Volksgemeinschaft bestand nicht aus Rhetorik und Propaganda, wo sie nur aktiviert wurde; sie realisierte sich in der Verfolgung und Vernichtung der Juden."

Diktatur der Eliten oder der Volksgemeinschaft?

So ist der Faschismus bei Baumann nichts weiter als die "Diktatur einer kleinen Gruppe", bei Scheit die Diktatur der "Volksgemeinschaft", die keine Klassen mehr kennt, sondern nur noch Deutsche. Auch wenn der "antifaschistische Widerstand der Arbeiterklasse unter der Führung der KPD" in der DDR-Geschichtsschreibung maßlos übertrieben wurde, die Gruppe der aktiven Widerständler zahlenmäßig unbedeutend war - es gab neben Opfern und Tätern auch "Zuschauer" (Raul Hilberg), Menschen, die zwischen "Zustimmen, Hinnehmen und Mitmachen - aber auch ‚Abtauchen`, Sich-Distanzieren, mitunter auch Sich-Widersetzen" (Alf Lüdtke) schwankten. Karl Heinz Roth warnt denn auch davor, "die durch die NS-Diktatur in noch nie zuvor da gewesener Intensität zur zweiten Realität erhobene Massenpropaganda zur Integration des ‚Arbeitertums` für bare Münze zu nehmen." Für ihn ist klar, dass "die historische Wahrheit zwischen den beiden Extremen von Widerstandsmythos und Integrationslegende" zu suchen ist. (1)

Was den italienischen Faschismus angeht, wurde das Zusammenspiel von Gewalt und Konsens, auch die Bedeutung der pseudo-revolutionären Ideologie bei der Gewinnung des Konsenses, schon Anfang der 1920er Jahre von führenden VertreterInnen der Kommunistischen Internationale deutlich gesehen. (vgl. dazu Artikel in der nächsten ak-Ausgabe) Hinter diese bemerkenswert klaren Analysen sollte die linke Debatte acht Jahrzehnte später nicht zurück fallen.

Js.

Anmerkung:

1) Die zitierten Aufsätze von Alf Lüdtke und Karl Heinz Roth sind dokumentiert in Heft 5/1993 der "Berliner Debatte. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs", Schwerpunktthema "Deutsche Faschismus-Forschung - Positionen".

Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini; Hamburger Edition 1999, 410 Seiten,

68 DM

32. Der DFB und seine Skandale. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 3: 1945 bis 1999

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Geschichte; Geschichte der BRD; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:11

Im zweiten Teil unserer Serie (ak 436) ging es um den Beitrag des DFB zur Stabilität des Nazi-Regimes. Die Unterwerfung des Verbandes, die Treuebekenntnisse an den "Führer" waren nicht in erster Linie die Folge von Opportunismus, sondern von ideologischer Nähe zum Nationalsozialismus. Im dritten und letzten Teil beschreibt Dietrich Schulze-Marmeling, wie der DFB auch nach Kriegsende seiner deutschnationalen Linie treu blieb. Die politische Geschichte des DFB zwischen 1945 und heute ist eine Geschichte von Skandalen.

Ja, sie dachten sich das schön: Wäre es nach dem DFB gegangen, dann wäre die braune Vergangenheit des Verbandes anlässlich seines 100. Geburtstags unerwähnt geblieben. Die immerhin 620 Seiten starke offizielle Festschrift geriet diesbezüglich zu einem "Meisterstück im Verdrängungswettkampf". (Der Spiegel) Von der durch den DFB-Präsidenten Egidius Braun zuvor großmäulig angekündigten Aufarbeitung der Geschichte war in diesem Werk weit und breit nichts zu spüren. Ursprünglich wollte man die Jahre 1933 bis 1945 sogar nur im Statistikteil abhandeln. Der DFB hatte damit die Chance verpasst, dem Beispiel anderer schuldbelasteter Institutionen zu folgen und sein Verhalten während der NS-Zeit ohne Rücksicht auf Namen und Ansehen der involvierten Personen aufzuarbeiten. Stattdessen spielte der Verband zunächst unverändert und in arroganter Weise das Unschuldslamm.

Gegen den Willen des DFB und obwohl die Archive des Verbands für kritische Historiker weiterhin geschlossen blieben, wurde im Jubiläumsjahr jedoch einiges über die braune Vergangenheit zu Tage befördert. Erstmals musste Egidius Braun öffentlich einräumen, dass einige DFB-Funktionäre während der NS-Zeit "schwere Schuld" auf sich geladen hätten.

Die Gründe für die Zurückhaltung des DFB liegen wohl nicht nur in dem für Verbände dieser Art üblichen "Familiendenken", demzufolge das Ansehen verstorbener Mitglieder nicht beschmutzt werden darf und dessen Verdienste die Schwere seiner Fehler prinzipiell überwiegen. Hinzugesellt sich eine ideologische Kontinuität, die man als konservativ bis rechtskonservativ charakterisieren kann und die offensichtlich ein Hindernis für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte darstellt.

Der DFB blieb auch nach 1945 ein politischer Verband, fest verankert im rechten Lager, aus dem sich auch das Gros seiner Funktionäre rekrutierte. Diese machten nie einen Hehl aus ihrer Nähe zum politischen Konservativismus. Der DFB der Bundesrepublik war eindeutig schwarz gefärbt. Die Nähe zu den Unionsparteien und eine deutsch-nationale Grundeinstellung waren viele Jahre lang gewissermaßen Voraussetzungen für den innerverbandlichen Aufstieg.

Demokratisierung und Entnazifizierung gingen am DFB weitgehend vorbei. Über den "neuen" DFB und den dort vorherrschenden alten Geist schrieb 1951 Dr. Georg Xandry, zu Zeiten des Hitler-Regimes Hauptgeschäftsführer des Verbandes: "Mit dem Jahr 1949 (wuchs) der neue, im Grunde aber alte DFB wieder empor. In ihm beseelte der gleiche Geist, der gleiche Wille, das gleiche Streben die Männer, die heute dem Fußball organisatorisch den Weg weisen." In einer offiziellen DFB-Geschichte hieß es einige Jahre später, die Gleichschaltung der Vereine 1938/39 sei "nach dem üblichen nazistisch-kommunistischen Muster" erfolgt. Autor dieser Zeilen war ausgerechnet jener Mann, der 1937 vom Reichssportführer von Tschammer und Osten extra zum Zwecke dieser "Gleichschaltung" zum Pressewart gekürt wurde: Carl Koppehehl.

Die offizielle Geschichtsschreibung des DFB wurde in den 50ern und 60ern von Leuten dominiert, die sich mit dem NS-Regime arrangiert und identifiziert hatten. "Eine absurde Situation: Die Verbandshistorie - insbesondere während des nationalsozialistischen Regimes, aber auch davor - fiel im Deutschen Fußballbund der Nachkriegszeit überwiegend in die Zuständigkeit jener Führungsfiguren, die sich den Nazis mehr oder weniger aus Überzeugung angedient hatten und nun die Chance erhielten, ihren Verband und sich selbst zu entlasten. Die ideologischen Anfälligkeiten und Schnittmengen zwischen Nazis und Fußballverband darzulegen, die politische Beflissenheit des Verbands zu schildern, hätte Schuldbewusstsein, kritisches Umdenken und selbstkritisches Vermögen vorausgesetzt. An all dem fehlte es. Das hauseigene Geschichtsbild des DFB fiel entsprechend aus." (Arthur Heinrich)

Als das DFB-Team 1954 erstmals Weltmeister wurde, hieß der Verbandsboss Peco Bauwens. Bauwens trennte vom Nationalsozialismus zwar dessen mörderischer Antisemitismus, nicht aber dessen aggressiver Nationalismus. Für Bauwens war die Nationalmannschaft eine Art "Ersatz-Wehrmacht" und Instrument seiner revanchistischen Gelüste. Der Triumph von Bern war für ihn nicht nur Ergebnis eines fußballerischen Kräftemessens, sondern "zu aller eigentlichen Freude auch noch eine ganz besondere Genugtuung, Genugtuung im wahrsten Sinne des Wortes. Er (der Sieg, d.A.) zeigt nämlich der FIFA ganz deutlich, welchen Fauxpas sie beging, als sie Deutschland ... eine Vertretung in der FIFA verweigerte." (Deutschland war 1942 aus der FIFA ausgeschlossen worden.)

Mit Bauwens für Führerprinzip und Revanchismus

Auf der Siegesfeier beschwor Bauwens den altgermanischen Donnergott Wotan und geißelte die "welsche Missgunst" der WM-Gastgeber. Die beim Finale vom Stadiondach verschwundene deutsche Fahne hätten die Spieler "im Herzen getragen". Die Elf um Kapitän Fritz Walter sei die "Repräsentanz besten Deutschtums im Ausland" gewesen. An die Adresse des re-souveränisierten Österreichs sagte Bauwens: "Aus der Enklave, die da bei Konstanz liegt, ich weiß jetzt den Namen nicht mehr genau..., die ausgeschlossen ist von unserem deutschen Land, wurde die Bitte geäußert, dass der Wagen (mit der heimkehrenden Mannschaft) auch dort halten sollte... Ein Appell an die Bundesbahn, diese prachtvolle Institution ... hatte dann auch Erfolg, und so konnten wir das Zeichen der Treue dieser Deutschen in der Enklave, die nicht mit unserem Vaterland vereint sein dürfen, entgegennehmen."

Als Bauwens dann auch noch das "Führerprinzip" als Erfolgsgeheimnis des neuen Weltmeisters hervorhob, beendete der Bayerische Rundfunk die Live-Übertragung vorzeitig. Staatssekretär Bleck vom Innenministerium beeilte sich, die Bedeutung der chauvinisistischen Ausfälle des DFB-Bosses im Sinne einer Schadensbegrenzung zu relativieren: "Man darf die politischen Äußerungen des Herrn Bauwens nicht ernster nehmen als Äußerungen des Bundeskanzlers über die Technik des Fußballspiels." Auch Bundespräsident Theodor Heuss sah sich zu einem Seitenhieb genötigt: "Der gute Bauwens, der meint offenbar, gutes Kicken sei schon gute Politik."

Im August 1955 reiste die Nationalelf zu einem Länderspiel nach Moskau, nur wenig später sollte Bundeskanzler Adenauer die sowjetische Hauptstadt besuchen. Um zu verhindern, dass der DFB-Präsident weiter auf internationalem Parkett politisches Porzellan zerschepperte, erwog das Innenministerium ernsthaft, Bauwens einen Schnellkurs in Staatsbürgerkunde zu verordnen.

1975 wurde Hermann Neuberger DFB-Präsident. Als saarländischer Fußballfunktionär hatte sich Neuberger nach dem Kriege vehement gegen den Anschluss des saarländischen Verbands an den französischen Fußballbund gestemmt. Neubergers Ehefrau sagte später: "Wir haben immer auf den Koffern gesessen, drei Mal auf die Ausweisung aus dem Saarland gewartet. Mein Mann war zu deutsch gesinnt."

Stramm deutschnational und rechtskonservativ blieb Neuberger auch in der sozialliberalen Ära, von der der Verband nur auf dem Spielfeld heimgesucht wurde. Als das Weltturnier 1978 in Argentinien stattfand, herrschten dort rechtsextremistische Militärs. Parteien und Gewerkschaften waren verboten; 15.000 Bürger saßen aus politischen Gründen in Gefängnissen und Lagern, viele der Gefangenen wurden gefoltert; Tausende wurden verschleppt und bestialisch ermordet. Die demokratische Öffentlichkeit war empört, nicht jedoch der DFB-Präsident, der erklärte: "Ich bin mit dem Begriff der Diktatur sehr vorsichtig, weil wir sonst sehr viele Länder als Diktatur ansprechen müssten."

Neuberger begnügte sich aber nicht mit Neutralität, sondern ergriff offen Partei für ein Regime, dessen blutrünstige ordnungspolitische Pläne der Gouverneur der Provinz Buenos Aires mit den Worten zusammenfasste: "Erst werden wir die Sympathisanten töten, dann die Kollaborateure, danach die Indifferenten und zum Schluss die Lauen." Der DFB-Präsident: "Die Wende zum Besseren (!) trat mit der Übernahme der Macht durch die Militärs ein." Die traurige Wahrheit war, dass der Terror des Regimes im Sinne der FIFA und ihrer Funktionäre war, deren Interesse einzig und allein einem reibungslosen Verlauf des Turniers galt. Dies korrespondierte mit den propagandistischen Absichten des Regimes, der internationalen Öffentlichkeit mittels der WM Normalität vorzugaukeln.

Während der Hitler-Zeit hatte es in Argentinien gewisse Sympathien mit den Nazis gegeben, und nach dem Zusammenbruch des Regimes fand dort eine Reihe von Nazi-Verbrechern Unterschlupf vor der Verfolgung

durch die Alliierten. Einer, der sich in dieser Szene tummelte, war der Nazi-Oberst und dekorierte Weltkrieg-II-Kampfflieger Hans-Ulrich Rudel, dem Neuberger gestattete, das deutsche WM-Quartier in Ascochinga zu besuchen. Dem in journalistischer Funktion erschienenen Ex-Nationalspieler Günter Netzer wurde indes der Zutritt verweigert. Rudel war unter den deutschen Kampffliegern Hitlers Lieblingskiller gewesen und blieb auch nach dem Kriege ein erklärter Nazi.

Zum Zeitpunkt seines Besuchs bei der Nationalmannschaft fungierte Rudel als Galionsfigur der neofaschistischen Deutschen Volksunion (DVU), deren Vorsitzender Dr. Gerhard Frey mit dem "Weltkriegshelden" durch deutsche Lande tourte. Motto der Veranstaltungsreihe: "Noch ist Deutschland nicht verloren!" Den Saalschutz organisierte der mittlerweile verstorbene Nazi-Terrorist Michael Kühnen. Kühnen, dem die NPD zu gemäßigt war, avancierte in dieser Zeit zum Kopf eines neuen militanten Nazibandenwesens. Rudels Besuch in Ascochinga war im Übrigen nicht sein erster in einem Trainingslager der DFB-Elf. Bereits bei der WM 1958 durfte Rudel dem Team seine Aufwartung machen.

Der DFB und die "geistig-moralische Wende"

Die Kumpanei der DFB-Führung mit dem Alt-Nazi stieß auf scharfe Kritik: Heinz Galinski, damals Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Westberlin, sprach von einem "Skandal" und forderte, der DFB-Pressesprecher Gerhardt "sollte im Interesse des Sports schnellstmöglich zur Verantwortung gezogen werden." Der damalige Jungsozialist und heutige Bundeskanzler Gerhard Schröder konstatierte eine "Provokation aller Demokraten". Den selbstherrlichen Neuberger focht dies alles nicht an: "Herr Rudel ist meines Wissens Bundesbürger mit vollen Rechten wie die Protestierenden, und ich hoffe doch nicht, dass man ihm seine Kampffliegertätigkeit während des Zweiten Weltkrieges vorwerfen will." Die Kritik am Rudel-Besuch komme "einer Beleidigung aller deutschen Soldaten des Krieges gleich."

Beifall erhielt Neuberger nur von der rechtsradikalen Presse: Die Deutsche Nationalzeitung, deren Dauerthema die Leugnung des Holocausts war, sprach von einer "Ehrung der deutschen Nationalmannschaft durch Oberst Rudel", und das NPD-nahe Blatt Deutsche Wochenzeitung jubelte: "Schmähung Oberst Rudels vom DFB zurückgewiesen. Mannhafte Deckung des Deutschen Fußballbundes."

Noch zwei Jahre vor Ascochinga hatte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Georg Leber Bundeswehr-Generäle vom Dienst suspendiert, die Rudel zu einem Traditionstreffen eingeladen hatten. Aber anders als die Generäle überlebte Neuberger seine Rudel-Affäre - die DFB-Führung blieb auf Rechtskurs und von demokratischen Einflüssen gänzlich unbehelligt. DFB-intern galten andere Spielregeln als "draußen" in der Gesellschaft. In der FAZ schrieb Joachim Fest über den DFB des Jahres 1978, der Verband sei "autoritär geführt, ein Relikt aus obrigkeitsstaatlichen Verhältnissen: So existiert der DFB, trotz seines Millionenanhangs, merkwürdig abseits dieser Gesellschaft und vielfach auch im Widerspruch zu ihren Normen und Vorstellungen."

Nach dem Regierungswechsel von 1982 kam es zur völligen Verschmelzung von DFB und CDU. Der DFB gebärdete sich als Vorreiter des Kohl'schen Projekts einer "geistig-moralischen Wende." Die Nationalmannschaft wurde darauf verpflichtet, die Nationalhymne zu singen, und dem Trikot der Elf wurden die Nationalfarben hinzugefügt. Kohl später: "Als in den Schulen nicht mehr die Nationalhymne gesungen wurde, hat der DFB in den Stadien den Text auf der Anzeigetafel leuchten lassen." Und Berti Vogts, der sich unumwunden als Ziehsohn des Bundeskanzlers definierte ("Für mich war es immer selbstverständlich, von ‚meinem Bundeskanzler` zu sprechen"), erzählte voller Stolz: "Die Nationalhymne wurde erst ab 1985 wieder gesungen. Da waren wir Deutschen wieder so selbstbewusst und mutig, dass wir sagten: ‚Die Hymne singen wir im Ausland, jetzt singen wir sie auch in eigenen Stadien.`"

Die Verzahnung von Politik und Nationalmannschaft gestaltete sich nun enger als jemals zuvor seit Gründung der Republik. Der Fußball-Feuilletonist Norbert Seitz über Kohls DFB-Kampagne: "1984 in Frankreich begann sein unaufhaltsamer Marsch durch die Stadien, Camps und Kabinen. Zwischen Derwalls Debakel 1984 und Vogts Triumph 1996 bearbeitete er das Leder so intensiv, bis es ihm in Wembley wie nach einer geheimen Regie zu gehorchen schien."

Deutschnational ins dritte Jahrtausend

Nach dem EM-Finale 1996 wurde das Flugzeug mit der Nationalmannschaft auf seinem Rückflug zeitweise von vier Bundeswehr-Tornados eskortiert - als ob sich die Spieler auf dem Rückweg von einer außenpolitischen Mission befunden hätten. Im WM-Studio wetterten Kohl und sein Verehrer Vogts gemeinsam gegen das "Volk der Krankfeierer". (Als "leuchtendes Vorbild" für die richtige Einstellung diente allerdings mit Thomas Helmer ein SPD-Mitglied...) Kein anderer Sportverband ergriff in diesen Jahren so offen für die CDU Partei wie der DFB, und kein anderer Sportverband durfte sich einer derartig innigen Umarmung erfreuen. Als 1998 das Wahlvolk Kohl in den Ruhestand versetzte, hielt Egidius Braun ein Trostpflästerchen parat: Der entthronte Kanzler wurde mit der Ehrenmitgliedschaft im DFB belohnt, eine Ehre, die bis dahin noch keinem Politiker zuteil geworden war.

War der DFB der Ära Hermann Neuberger noch rechts vom konservativen Mainstream angesiedelt, so rückte er unter dessen Nachfolger Egidius Braun wieder mehr ins Zentrum dieser Gesellschaft, das allerdings seinerseits eine Verschiebung zur rechten Seite hin erfuhr.

Politische Peinlichkeiten blieben auch unter Braun nicht aus. So 1994 die Ansetzung eines Länderspiels gegen England auf den 20. April. Datum, Gegner und Austragungsort steckten voller politischer Brisanz, war doch der 20. April des "Führers Geburtstag", das Berliner Olympiastadion ein Schaustück der NS-Architektur und England ein ehemaliger Kriegsgegner. Das Vorhaben wirkte wie ein Pendant zu Kohls Politik an den Gräbern von Verdun und Bitburg: Versöhnung auf der Basis der Gleichbehandlung von Tätern und Opfern. In einer Talk-Show ließ der damalige Präsident des Berliner Fußballverbands, ein gewisser Otto Höhne, die Katze aus dem Sack: "Wir wollen einen Beitrag zur Bewältigung der deutschen Geschichte leisten." Seinen Kritikern schmetterte der Funktionär entgegen: "Sie waren damals doch gar nicht dabei!" - was in diesem Land gewöhnlich heißen soll: "So schlimm, wie Sie es immer darstellen, war es im Nationalsozialismus gar nicht."

DFB-Pressesprecher Wolfgang Niersbach setzte noch eins drauf, indem er, auf die Kritik aus den USA angesprochen, behauptete: "80 Prozent der amerikanischen Presse ist in jüdischer Hand." Auf die Frage nach seiner Informationsquelle gab Niersbach die Deutsche Gesellschaft für Tourismus an. Selbige sollte sich allerdings als äußerst dubiose Adresse entpuppen. Die Gesellschaft, die in den USA Werbung für Deutschland betreibt, wurde Gegenstand einer Anfrage im Bundestag, nachdem bekannt geworden war, dass es sich bei ihr um einen Tummelplatz für Rechtsradikale und Antisemiten handelte.

Arthur Heinrich zieht ein Fazit der politischen Geschichte des DFB: Sie "bewegt sich im deutschen Mainstream. Mit Kaiserreich und Naziherrschaft kam man ohne weiteres klar, mit dem republikanischen Intermezzo und der Präsenz der Alliierten nach 1945 hatte man so seine Probleme. (...) Reaktionär ist der Deutsche Fußballbund bis heute geblieben, auch wenn das nicht mehr tagtäglich durchschlägt."

Obwohl Globalisierung und Kommerzialisierung an der letzten Bastion eines nationalvölkischen Fußballs kräftig nagen und Verband wie Nationalmannschaft an Bedeutung eingebüßt haben, soll sich an der politischen Ausrichtung des DFB nichts ändern. Dafür soll Brauns designierter Nachfolger Gerhard Mayer-Vorfelder sorgen. In der Politik wurde der trinkfeste CDU-Rechtsaußen aussortiert. Für den Job des DFB-Bosses soll es indes noch reichen - Ribbeck lässt grüßen. Immerhin kennt der Mann die Gründe für den hundserbärmlichen Kick unserer Nationalmannschaft: "Hätten wir 1918 nicht die Kolonien verloren, dann hätten wir Spieler aus Deutsch-Südwestafrika in der Nationalelf."

Dietrich Schulze-Marmeling

Literaturempfehlungen:

Gerhard Fischer/Ulrich Lindner: Stürmer für Hitler. Vom Zusammenspiel zwischen Fußball und Nationalsozialismus, Göttingen 1999 (2. Auflage)

Arthur Heinrich: Der Deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte, Köln 2000

Dietrich Schulze-Marmeling (Hg.): Fußball für Millionen. Die Geschichte der deutschen Nationalmannschaft, Göttingen 1999

33. "Papa, was ist ein Fremder?" Buchrezension

Autor: Katrin Kraus · Rubrik: Rassismus-Debatte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:04

Unverkennbar ist in Jellouns Buch die französische Theorietradition der Auseinandersetzung mit Rassismus, wie sie vor allem durch die Arbeiten von Etienne Balibar und Albert Memmi bekannt ist, auch wenn "Papa, was ist ein Fremder?" gerade keine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus anstrebt, sondern ein breiteres Publikum ansprechen soll. Dass sich der deutsche Rassismusdiskurs wesentlich von dieser Tradition unterscheidet, wird bereits an der Übersetzung des Buchtitels "Le rasisme expliqué à ma fille" mit "Papa, was ist ein Fremder?" deutlich: Wird im Französischen von Jelloun mit "Rassismus" das Problem klar benannt und auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft verortet, gerät "der Fremde" in der deutschen Übersetzung zum erklärungsbedürftigen Phänomen. Damit spiegelt die Übersetzung die Tradition des deutschen Rassismus-Diskurses wider, der "Rassismus" lange Zeit nur im Nationalsozialismus oder in anderen Ländern verortet hat und für die Gegenwart höchstens von "Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit" zu sprechen bereit war. Durch diese "Problemdefinition", die "Ausländer" und "Fremde" als Kern des Problems angibt, wird gleichzeitig die deutsche Mehrheitsgesellschaft von der Verantwortung zur "Problemlösung" entlastet - denn wenn die "Fremden" das Problem verursachen, dann sind sie auch für die Lösung verantwortlich. Diese "Umdefinition" des Rassismus zur Fremdenfeindlichkeit ist keine rein sprachliche Angelegenheit, sie enthält bereits eine grundlegende Umdeutung eines gesellschaftlichen Problems.

"Papa, was ist ein Fremder?" kann im Wesentlichen zwei potenzielle Zielgruppen ansprechen: Zum einen ein kindliches Publikum im Rahmen einer Vorlesesituation, hier ermöglicht es vor allem, über seine Inhalte ins Gespräch zu kommen. Allerdings bedarf das Vorlesen einer geübten kindlichen "Zuhörerschaft", denn geboten wird in erster Linie Information und weniger Unterhaltung.

Zum anderen liefert es denjenigen Jugendlichen oder Erwachsenen grundlegende Informationen, die sich bisher noch nicht mit Rassismus auseinander gesetzt haben. Gerade in dem von Tabus, "Normalisierungsdebatte" und Problemverleugnungsstrategien abgesteckten Feld der deutschen "Rassismus-Diskussion" kann ein solches Buch interessierten LeserInnen einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex ermöglichen. Hilfreich für dieses Unterfangen sind vor allem die vielfältigen Erklärungen und Begriffserläuterungen - und auch die Wiedergabe der scheinbar "naiven" Fragen von Meriem, der Tochter Jellouns, die sich sicherlich auch einige Erwachsene stellen, aber eben nicht zu fragen wagen. Beispiele hierfür sind etwa die ausführliche Begründung, warum es keine "Rassen" gibt (S. 30 ff.) oder die Auseinandersetzung um die Gefährlichkeit von Kollektivcharakteren, wie z.B. "die Schotten", "die Zigeuner" (S. 54 ff.), aber auch die Erklärung von Begriffen wie "Antisemitismus" (S. 67 ff.) oder "Kolonialismus" (S. 79 ff.).

Gerade auf Grund dieser beiden unterschiedlichen Potenziale - dem Gesprächsanlass und dem grundlegenden Themeneinstieg - wird Jelloun seinem eigenen Anspruch gerecht, einen "pädagogischen Text" (S. 8) geschrieben zu haben. Allerdings bleibt offen, ob er damit auch sein Publikum erreichen kann. Tahar Ben Jelloun wollte "ein Buch für alle", aber in erster Linie für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren schreiben. Ob Kinder in diesem Alter tatsächlich aus eigenem Antrieb zu diesem Buch greifen, ist fraglich. Den größten Zuspruch wird "Papa, was ist ein Fremder?" meiner Ansicht nach unter interessierten Erwachsenen finden, die einen allerersten, leicht zu lesenden Einstieg in die Auseinandersetzung suchen.

Zum pädagogischen Duktus des Buches passt auch der große Stellenwert, der der Erziehung im Rahmen der Entstehung bzw. auch der Bekämpfung von Rassismus beigemessen wird. Dass Erziehung als Vermittlung von gesellschaftlichem Wissen eine große Rolle bei der Kontinuität von Rassismus spielt, ist unstrittig. Aber die exponierte Stellung, die Jelloun der Erziehung einräumt, lässt historische Bezüge vermissen, die zur "Erklärung" von Rassismus notwendig sind. Auf Meriems Frage "Also kann eigentlich jeder ein Rassist werden?" (S. 11) antwortet Jelloun beispielsweise, das hänge von der Erziehung ab. Bezüge zur europäischen Gewaltgeschichte als historischer Grundlage für den heutigen Rassismus fehlen in Jellouns Buch weitgehend. Ein Manko, das auch in folgender Passage deutlich wird: "Es ist so viel einfacher, jemandem, den man nicht kennt, zu misstrauen, ihn abzulehnen, als ihn zu mögen. Das liegt an unserem natürlichen Argwohn Unbekannten gegenüber, von dem ich dir anfangs erzählt habe." (S. 50) - nicht nur möchte ich hinzufügen.

Denn das Problem des Rassismus besteht ja nicht in erster Linie in der Unkenntnis der anderen, sondern in der scheinbaren Gewissheit über den Charakter und die Absichten der "Fremden" und der auf diesem Wissen aufbauenden Abstimmung des eigenen Verhaltens. Hier spielt das historisch begründete und im kollektiven Gedächtnis und den Traditionen einer Gesellschaft aufgehobene "Wissens" über die "Fremden" eine entscheidende Rolle.

Trotz dieses Fehlens historischer Bezügen, deren Berücksichtigung bei einer tieferen Auseinandersetzung mit Rassismus unabdingbar ist, ist dem Buch Jellouns ein noch breiter Kreis an Leserinnen und Lesern zu wünschen, was hoffentlich mit der im Mai erscheinenden Taschenbuchausgabe gelingen wird.

Katrin Kraus,Trier

Tahar Ben Jelloun: Papa, was ist ein Fremder? Gespräch mit meiner Tochter. Rowohlt-Verlag, Berlin 1999, 109 Seiten, gebundene Ausgabe 29,80 DM

Die Rowohlt-Taschenbuchausgabe

erscheint im Mai, 12,90 DM

34. "Dann kannst du dem ins Herz gucken" - über Rio Reiser

Autor: DSe · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:22

In seinen Liedern steckt etwas Grenzen überschreitendes, etwas, dass nach einem gesellschaftlichen Aufbruch, Umbruch - nach einer neuen Welt sucht. Eine neue Welt, die viele Linke im Westen in den 70er Jahren suchten und die in den 90er Jahren die Menschen in der DDR erträumten. Die Rede ist von Rio Reiser, der wie kaum ein anderer deutscher Musiker und Linker voller Leidenschaft über die Verzweiflung in der Gegenwart und die Hoffnung auf eine gerechte Welt in der Zukunft sang.

Im Oktober 1988 reiste Rio Reiser für zwei Konzerte nach Berlin Ost, in die Hauptstadt der DDR. Auf einer Doppel-CD und als Video hat das RioReiserArchiv Ende letzten Jahres dieses Ereignis veröffentlicht. In der Seelenbinder-Halle, einem ehemaligen Schlachthof am Prenzlauer Berg und inzwischen wie die DDR abgerissen, spielte Rio Reiser vor insgesamt 12.000 ZuschauerInnen. Nicht nur, dass es eine echte Freude ist, die CDs zu hören. Eine Gänsehaut ist nicht zu vermeiden, wenn Rio Reiser in Ostberlin am Klavier die Zugabe "Der Traum ist aus" spielt. Da steigt nicht nur die eigene Geschichte, die Scherben-Feten in einem kleinstädtischen und selbstverwalteten Jugendzentrum hoch. So leidenschaftlich, wie wir dieses einzigartige "Dieses Land ist es nicht" mitzubrüllen verstanden, so bewegend und historisch vermutlich bedeutender, ist es, wenn 1988 zwölftausend DDR-Bürger ihrer Wut, ihrem Ärger, ihrem Frust und ihren Sehnsüchten freien Lauf lassen - und mitsingen, was die Stimme hergibt.

Organisiert wurden die Konzerte von der Freien Deutschen Jugend, der FDJ. Rainer Börner, heute im RioReiserArchiv tätig, war damals der Sekretär, der Rio in die DDR holte. Um Rio Reiser nicht in Form von Marx-Engels-Werken oder Meisner Porzellan bezahlen zu müssen, hatte Wörner den Radiosender und Devisengeber DT 64 als Mitveranstalter gewonnen. DT 64 erhielt das Recht, das Konzert aufzuzeichnen. Glücklicherweise, denn nur dadurch konnte jetzt diese CD veröffentlicht werden.

Dass ein Rio Reiser Konzert auch 1988 in der DDR keine Selbstverständlichkeit war, liegt auf der Hand. Nicht nur in Westdeutschland waren die frühen Scherben-Stücke quasi mit Rundfunkverbot belegt. Das war in der DDR nicht anders.

Ostberlin 1988: " ... dieses Land ist es nicht"

Allerdings ist es doch überraschend, dass Rio Reiser lediglich eine Auflage für seine beiden Konzerte in der Hauptstadt bekam: "Keine Macht für Niemand" sollte er nicht spielen. Eine erstaunliche Übereinstimmung, die die FDJ-Zentrale da mit verschiedenen K-Gruppen aus Westdeutschland zeigte, die dieses Stück ja in den 70ern ebenfalls als nicht "pc" verurteilt hatten. Rio Reiser hielt sich an diese alberne Auflage und eröffnete das Konzert mit "Alles Lüge".

Eine andere Form von Zensur übte das DDR-Fernsehen. Dieses hatte zwar die Konzerte aufgezeichnet, das Material dann aber fernsehgerecht auf einen 90 Minuten Beitrag gekürzt. So mussten natürlich Stücke ausgelassen werden. Dass aber ausgerechnet "Der Traum ist aus" weggeschnitten wurde, kann kaum ein Versehen oder eine musikalische Verirrung der Dame oder des Herrn am Schneidetisch gewesen sein. Fatal an dieser ideologischen Schneidetechnik ist, dass nun das Stück auf dem Video ärgerlicherweise fehlt. Denn wie in der BRD wurden auch beim DDR-Fernsehen lediglich die gesendeten Beiträge archiviert. Das Rohmaterial ist weg. Auf diese Weise werden jedoch die Doppel-CD (über zwei Stunden) und das ebenfalls jetzt veröffentlichte Video zu einer Art Zeitdokument über Zensur, Medien- und Kulturpolitik der DDR.

Für Rainer Börner hat niemand "meine Stimmung, mein Lebensgefühl in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der DDR besser getroffen als Rio mit seinen ersten beiden Solo-Platten" und er erwähnt "Blinder Passagier" und "Wann". Das dürfte kaum eine Einzelmeinung gewesen sein. Wie eigentlich kann das sein, das West-Reiser für den Ost-Börner derartiges zu Wege brachte? Wenn sich Linke in Westdeutschland unter dem "Menschenfresser" eine Gemengelage aus Bonzen, Technokraten und Schreibtischtätern vorstellten, dann war das eben in der DDR nicht anders. Stasi, Technokraten und Bonzen gab es eben auch dort. Und wenn das "Zauberland" abbrennt, dann handelte das von der DDR - oder von gescheiterten Träumen einer Westlinken.

In die Herzen von Ost und West

Legt man die westdeutsche linke Phasentheorie über Rio Reiser an, dann gibt es zwei bis drei davon. Die erste bis Mitte der 70er Jahre, in der die Texte klar und eindeutig Klassenkampf forderten, Texte, die "mit kämpferischer Agitation und mit klarer Freund-Feind-Benennung" daher kamen, wie es in ak 394 heißt. Doch schon Mitte der 70er Jahre folgte der Abstieg: Reiser stellte "seine Verzweiflung an den Zuständen und seine Sehnsucht nach individuellem Glück" in den Mittelpunkt (ebd.). Nach dieser Lesart stellte der Wegzug aus Berlin-West und die LP "Wenn die Nacht am tiefsten ist" eine "völlige Kehrtwendung der Textaussagen" (ebd.) da. Der dritte Reiser, der dann Mitte der 80er Jahre die deutschen Gassenhauer-Hitparaden im Verbund mit der Plattenfirma Sony stürmte, war für die einschlägige Westlinke der tiefe Abgrund. Der aber war offenbar noch ausreichend, einem großen DDR-Publikum das besagte Lebensgefühl zu vermitteln. Interessant dürfte dabei sein, was all die Menschen, die Rio Reiser in der Hauptstadt erlebten, erhofften: Westanschluss? Einen neuen demokratischen Sozialismus? Beides? Sicher dürfte nur eines sein: Der Traum ist aus ...

"Wenn dieser Typ das Maul aufmacht ..."

Ohne Frage sind Rio Reisers Texte und er selbst immer politisch gewesen. Dass sich der Inhalt seiner Texte veränderte, dass er sich nicht mehr in reiner Politpropaganda begnügte und sich statt dessen mit Themen beschäftigte, in denen es immer auch um die eigene Befindlichkeit ging, ist gut und nicht schlecht. Jedenfalls wenn man berücksichtigt, dass seit Mitte der 70er Jahre überall von der Krise der Linken, der Krise der Autonomen, der Krise des Marxismus etc. gesprochen wurde. Angesichts all dieser Krisen war und ist es doch nur vernünftig, sich damit auseinander zu setzen, wie es einem selbst in diesem Prozess geht. Dies umso mehr, als doch schon zu dieser Zeit viele ehemalige AktivistInnen, viele, die Ende der 60er mit losgezogen waren, die Welt zu verändern, unter dem Druck der Kaderorganisationen, in heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen und einer massiven Linienwächterei zerrieben wurden, unter der Last der Termine zusammenbrachen. Fast wie in Notwehr zogen sich die Betroffenen radikal zurück, verabschiedeten sich allzu häufig in die vermeintliche Privatheit. Lust und persönliches Glücklichsein waren eher Gegensatz zum politischen Kampf, denn die Bedingung dafür.

Reiser hat in seinen Texten immer die Sehnsucht nach einer neuen Welt, nach einem glücklichen Miteinander verbunden mit dem Frust und der Ohnmacht, die er mit einer marginalisierten Linken in Westdeutschland teilte. Der Mann hat sein Leiden an der Realität im Kapitalismus, im Staate BRD offen gelegt. Schade nur, dass ein größerer Teil der radikalen Linken so offenkundig nicht dazu bereit war, über die eigenen Sehnsüchte, Hoffnungen und Enttäuschungen öffentlich nachzudenken und zu fühlen. Da dürfte viel nachzuholen sein.

Dass Rio Reiser nach der Wende in die PDS eintrat und deren Europawahlkampf mit einem Song unterstützte, macht vor diesem Hintergrund deutlich, wie tief die Hoffnung auf eine gerechtere Welt in dem Mann verwurzelt war. Natürlich ist es kurios sich vorzustellen, dass ein alter Anarchist und Staatsfeind nun ausgerechnet in der SED-Nachfolge-Partei eine solche politische Hoffnung erblickte. Doch nicht nur er, zahlreiche andere West-Linke hegten mit der PDS zunächst ja die Erwartung, dass es für eine linke Alternative, für einen Aufbruch in der neuen BRD mit angeschlossener DDR reichen könnte, das aus den Scherben der DDR eine neue gesamtdeutsche Linke mit gesellschaftlicher Relevanz entstehen könnte. Auch für diese Zeitung spielte das seinerzeit eine herausragende Rolle und immerhin war auch diese Geschichte mit ausschlaggebend für die Auflösung des ehemaligen Herausgebers (KB) von ak.

Rio Reiser suchte die Gemeinsamkeiten mit den Menschen, in dem er die Grenzen zwischen dem Hier und Jetzt und einer hoffnungsvollen Zukunft abschritt. Davon ist er nie abgewichen! Dass er damit in Teilen der Westlinken, in der die Abgrenzung zum obersten Gebot erhoben wurde, nicht landen konnte und daher nicht besonders gut ankam, ist das eine. Dass er damit aber vielen Mut machte, sich für ihren Traum einzusetzen, ist das andere. Lutz Kerschowski, der als damaliger DDR-Musiker mit seiner Band im Vorprogramm des Konzertes auftrat und bis zum Tod von Rio Reiser mit ihm zusammen arbeitete und lebte, brachte es auf den Punkt: "Wenn dieser Typ singt, wenn der den Mund auf macht, dann kannst du dem ins Herz gucken." Von dieser Sorte Linker dürfte es gern mehr geben.

DSe

Wann?

Du sagst, du willst die Welt nicht ändern, und ich frag mich, wie machst Du das nur?

Du bist doch kein Geist in der Flasche und du bist auch kein Loch in der Natur.
Denn nach jedem Schritt, den du gehst und nach jedem Wort, das du sagt,
Und nach jedem Bissen, den du isst, ist die Welt anders als sie vorher war.
Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?
Wie, wenn ohne Liebe? Wer, wenn nicht wir?
Du sagst, du willst die Welt nicht retten, das ist dir alles ne Nummer zu groß.
Und die Weltenretter war'n schon so oft da, nur die meisten verschlimmern's bloß.
Und doch fragt mich jeder neue Tag, auf welcher Seite ich steh.
Und ich schaff's einfach nicht, einfach zuzusehen, wie alles den Berg runtergeht.
Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?
Wie, wenn ohne Liebe? Wer, wenn nicht wir?
Du sagst, du willst die Welt nicht ändern, dann tun's eben andere für dich.
Und der Wald, in dem du vor Jahren noch gespielt hast, hat plötzlich ein
steinernes Gesicht.
Und die Wiese, auf der du gerade noch liegst, ist morgen ne Autobahn.
Und wenn du jemals wieder zurückkommst, fängst alles wieder von vorne an.
Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?
Wie, wenn ohne Liebe? Wer, wenn nicht wir?
Aus "Blinder Passagier" (1987)

35. Unter Sternen. Die Rio-Reiser-Scherben-Nacht zum 50. Geburtstag mit Konzert in der Volksbühne

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:24

Berlin, 30. 4. 2000, 22.30 Uhr

Es geht nicht nur um Musik, nicht nur um Texte, wenn wir uns im freien Geist von Rio Reiser in der Walpurgisnacht treffen, um eine Bestandsaufnahme über Sinn und Unsinn dieser Welt zu versuchen. Rio wäre in diesem Jahr 50, und die Gruppe Ton Steine Scherben 30 geworden.

Ton Steine Scherben wurde mit allen menschlichen und gesellschaftlichen Problemen persönlich und postalisch konfrontiert, immer in der Hoffnung, wenn schon nicht die Eltern, die Politiker, der Pfarrer oder Lehrer bei der Bewältigung von Problemen helfen können - so doch möglicherweise eine Band, die auf ihre Fahne den Ruf der Freiheit, Unabhängigkeit und ununterdrückter Liebe geschrieben hat. Aus dieser Post spiegelt sich ein ganzes Spektrum ungelöster Probleme, Zukunftsängste, Resignation und auch oftmals ein unerbittlich kämpferischer Ruf wider. Schauspieler der Volksbühne lesen aus solchen Texten von und an Rio Reiser. Kai Sichtermann von Ton Steine Scherben, Jens Johler und Christian Stahl stellen ihr neues Buch "keine Macht für Niemand" (Schwartzkopf und Schwartzkopf) vor. Ist der Traum aus? - fragen sich im Anschluss Mitglieder der Scherbenfamily und Zeitzeugen.

Im Roten Salon spielt DIE FLUT, eine Band aus Bremen, die in konzertanter Form Songs von Rio Reiser zu Gehör bringt und im Grünen Salon eine junge Theater- und Musikgruppe aus Bad Nauheim das Hörspiel von Hoffmanns Comic Theater & Ton Steine Scherben "Herr Fressack und die Bremer Stadtmusikanten" als Musical. Im Parkett-Café gastiert das Theater Bochum mit "Teufel, hast du Wind", einem Piratenstück von Rio Reiser. Den Höhepunkt erreicht die Rio Reiser-Nacht mit einem Konzert der Band "Neues Glas aus alten Scherben". Musiker von Ton Steine Scherben und der Rio Reiser-Band mit dem Sänger Michael Kiessling präsentieren ihre neue Live-CD. Eine Session mit der Scherbenfamily beschließt das Konzert.

Vor dem Haus eröffnet Klaus der Geiger das Spektakel. DJ Speiche legt für alle Unermüdlichen im Roten Salon auf, die im Anschluss auf die Maidemo wollen.

36. Kanaksprak. Kanak Attak und Zaimoglu in Hamburg

Kanak Attak und Feridun Zaimoglu in Hamburg

Autor: dk · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:45

Etwa 200 Leute drängelten sich am 16. März in den kleinen, schummrigen, leicht kellermäßigen Veranstaltungsraum der "Schilleroper" in Hamburg. Angesagt war "sound und text", eine Lesung mit Feridun Zaimoglu und Imran Ayata und Musik von Aziza A. (voc) und Turgay Ayaydinli (sax) sowie vom Plattenteller. Geladen hatte die Hamburger Sektion von "Kanak Attak", der neue Sound gegen die Zuschreibung ethnischer Identitäten, gegen liberales Multikulti und dessen Profiteure, Deutsche wie "Kanaken-Creme".

Das Publikum war jung, schätzungsweise zwischen Mitte 20 und 30, meistens sogenannte MigrantInnen (auch wenn sie in ihrer Mehrheit diese Bezeichnung wahrscheinlich so von sich weisen würden), die stadtbekannten AktivistInnen der weißen deutschen Antira- und FlüchtlingsunterstützerInnen-Szene fehlten. Alle Anwesenden waren sehr hip, sehr cool und vermutlich sehr intellektuell. Man könnte denken, auf das aktuelle Pendant zu den jungen ExistenzialistInnen aus den 50er Jahren zu treffen: Statt der schwarzen Kleidung heute Streetwear; statt schwarzer Sonnenbrillen lässiges Kaugummi-Kauen; statt Sartre und Camus Zaimoglu und Dekonstruktivismus; statt Bebop HipHop. Die postmoderne Version der intellektuellen Subversion von Jazz, Beat, Existenzialismus und Situationismus, alle irgendwie links, poststrukturalistisch geprägt und im kultur- und ethno-kritischen Diskurs bewandert.

Das Intro von Aziza A. und Turgay Ayaydinli - über eine Stunde nach offiziellem Veranstaltungsbeginn - war tatsächlich nur ein Intro, schade eigentlich, denn diese Stimme, begleitet von einem sehr ausdrucksstarken Saxofon, hätte ich mir durchaus länger anhören können. Überraschend auch die Songs in türkischer Sprache mit starken Jazz-Elementen. Ich gebe zu, hier mehr Rap oder zumindest funkigere Sachen erwartet zu haben.

Doch die eigentlichen Zugnummern des Abends waren Feridun Zaimoglu und Imran Ayata. Zaimoglu, der neue Star am Literaturhimmel, die Stimme der Straße, der proletarischen und subproletarischen Kids der zweiten und dritten Generation. Imran Ayata, Mitglied von Kanak Attak, einem losen Zusammenschluss von - meist jungen - KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, mit pop- und kulturkrischem Background, von Frankfurt am Main ausgehend inzwischen auch in Berlin und Hamburg aktiv.

Die Lesung war auf hochinteressante Weise sehr polar ausgelegt. Abwechselnd lasen beide Autoren sehr unterschiedliche Texte und in einem sehr unterschiedlichen Vortragsstil.

Zaimoglu las hauptsächlich aus "Koppstoff", weniger aus seinen sprachlich radikaleren Büchern "Kanaksprak" und "Abschaum". Er artikuliert die - vornehmlich subproletarische - türkischstämmige Jugend aus den ärmeren Vierteln der Großstädte, die Kids von der Straße. Sein Vortragsstil wirkt manchmal etwas betont Gangsta-like. Er präsentiert literarische Selbstportraits "migrantischer" Jugendlicher, ohne Rücksicht auf Political Correctness, daher sehr erfrischend in den Brüchen: etwa die Überlegungen junger Frauen zum nicht-existierenden Zusammenhang von Klamotten und Denkvermögen; die Fantasien eines männlichen Halbstarken - des "Löwen von Istanbul", die Ausführungen zu Sinn und Zweck von Goldkettchen um kanakische Männerhälse im Gegensatz zu deutschem hippie-pennermäßigem Schlabberlook.

Im Kontrast dazu Ayata, der cool-intellektuelle Vertreter von Kanak Attak. Er liest aus einem längeren Text über "Sabri Abis Männercafe", einen türkischen Männertreff in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs, ein Ort, "der mir gefällt", u.a. weil man dort prima Fußball gucken kann und vor allem eines nicht ist: nämlich Migrant. Ayata trägt soziologisch-dekonstruktivistisch reflektierte Betrachtungen über dieses Cafe und seine Besucher (in wenigen Ausnahmen auch Besucherinnen) vor und stellt dabei vielschichtige Überlegungen an zu Fans, Galatasaray, Nationalismus, PC-Jargon, sexistischem Fluchen etc. Hier spricht der hippe, intellektuelle, männliche Doktorand, der Adorno zitieren kann, weder Getto-Kid noch weißer Deutscher ist, schon eher "Kanaken-Creme", zu der er aber auch nicht gehören will.

Die Differenz zwischen Zaimoglu und Ayata/Kanak Attak ist nicht nur eine literarische. Sie ist auch politisch. Zaimoglu präsentiert die rebellische und vielfach gebrochene MigrantInnenidentität als positiven Bezugspunkt.

Kanak Attak lehnt dies ab. Die Gruppe ist bekannt geworden durch ein Manifest, in dem sehr rigoros gegen jede Form der Ethnisierung - auch in der soften Version des linksliberalen Multikulturalismus - Front gemacht wird. Trotz der rebellischen Selbstbezeichnung als "Kanaken" geht es Kanak Attak um eine antinationale Positionierung, die auch die Gefahr von Selbstethnisierung überwindet. Eine Position also, die Identitätspolitik ablehnt und damit durchaus auch in einem kritischen Spannungsfeld zu linken Selbstorganisationsversuchen unter MigrantInnen steht.

Aber die eigene Positionierung in all dem Identitäts-Wirrwarr fällt offensichtlich schwer. Einerseits lässt man kein gutes Haar an "Hybridität" und "Mültikülturalizm". Andererseits scheinen die Kanak-Attak-AktivistInnen aber geradezu Paradebeispiele für die modernen Uneindeutigkeiten und (Identitäts-)Grenzüberschreitungen zu sein. Wenn "Kanake" bei Zaimoglu als selbstbewusster Ehrentitel - gewissermaßen die deutsche Variante von "Nigger", wie sich die schwarzen HipHopper in den USA nennen (durchaus zum Entsetzen mancher von Black Power geprägten schwarzen Eltern) - authentisch klingt, hört sich das bei Kanak Attak doch leicht unglaubwürdig an. Und trotz aller Ablehnung von kategorisierenden Zuschreibungen: Gerade mit der Selbstbezeichnung als "Kanaken" bleibt Kanak Attak dem Identitätsdiskurs verhaftet und bezieht sich auch auf ihn. Der beim ersten Hören erfrischend provokante Slogan "Kanak Attak ist Haltung" wirkt beim weiteren Zuhören schal. Welche Haltung denn? Das fragt man sich sehr bald, und bekommt keine rechte Antwort.

dk

Kanak Attak im Internet:

www.matrosen.de

37. Mit 120 beats per minute zur Rebellion

Autor: Hz · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:35

Give out but don`t give up" war der Titel der 1994 veröffentlichten CD von "Primal Screams", ein Mainstream-Album, dass von der Kritik verrissen wurde. Es war das erste, was ich von der Gruppe hörte - ich war begeistert. Rhythm&Blues der feinsten Art, nahe bei den Rolling Stones, nur viel besser als die damals schon vom Mythos zehrende aufgeblasene Alt-Herren Supergroup. Also, etwas originäres, was Menschen meiner Sozialisation so sehr lieben. Mir war nicht klar, dass "Primal Scream" schon damals für etwas vollkommen anderes standen, als diese Platte suggerierte.

Ursprünglich war die Band als Neben-Produkt des Drummers Bobby Gillespie von "Jesus and Mary Chain" gegründet worden. Er engagierte die Gitarristen Andrew Innes und Robert Young, die noch heute bei der "Scream Gang" sind und verließ Mitte der 80er Jahre "Jesus and the Mary Chain". Früh begann die englische Band erste Techno-Einflüsse einzubauen. Zusammen mit dem DJ Andrew Weatherall gelang ihnen ein in den angesagten Danceclubs oft gespielter Undergroundhit. Ihr Album "Screamadelica " nahm vieles vorweg, was sich heute The Prodigy, Underworld und andere auf ihre Fahne heften.

Ein erstes Crossover zwischen Acid, Dub und traditionellem Rock hatte die Technomusik mainstreamfähig gemacht. Davon unbelastet, lernte ich die Gruppe über die Rhythm&Blues-Ecke kennen und besorgte mir 1997 ihr nächstes Album "Vanashing Point". Der darauf enthaltene Song "Kowalski" brachte es in die britische Top 10. Kowalski ist auch ein Schlüssel zur inhaltlichen Sequenz des gesamten frühen "Scream Gang"-Projekts. Kowalski ist die Figur eines ehemaligen Rennfahrers aus dem Film "Vanashing Point" (Fluchtpunkt San Franzisko), der wegen permanenter Geschwindigkeitsübertretungen von der Polizei quer durch die Wüste von Nevada gejagt wird. Als er seine Ausweglosigkeit erkennt, entschließt er sich, in den Tod zu rasen. Diese Gesetzesübertretungen werden exemplarisch als individuelle Rebellion an der Figur des Kowalski festgemacht. Diese Rebellion des einzelnen gegen ein übermächtiges System, welches - wie es in den Texten der Band heißt - die "Seele raubt" bzw. "die Seele auf Eis legt" - ist durchgängiges Thema bei "Primal Scream". Musikalisch musste ich überbeißen und die Triphop- bzw. Acidelemente in mein gängiges Hörschema einarbeiten. Das gelang nicht ohne Probleme, war aber im Endergebnis ein Gewinn.

Bei der Sprunghaftigkeit, mit der "Primal Scream" die Genres wechselte, war nie klar, ob das Ausloten neuer musikalischer Grenzen primär dem exorbitantem Drogenkonsum von Gillespie oder einem künstlerischem Gesamtkonzept folgte.

Wie auch immer: Die neue CD "XTRMNTR" geht in der musikalischen und textlichen Umsetzung der Systemkritik über den nur individuellen Akt der Verweigerung weit hinaus. Mit 120 beats per minute wird der Imperialismus der USA und die Verrottetheit des Kapitalismus gegeißelt. "... Lookout Kid, they keep it all hid, you think you are free but you aint free, just free to be hit ..." heißt es da in einem Titel. England gilt der Band als "51th state of Amerika". Dies hat zwar schon von "New Model Army" getan, ist nicht sehr differenziert, aber doch eine Beschreibung von Realität. "Primal Scream" haben sich radikalisiert. Die etwas heuchlerische Kritik einiger Musikredaktionen wirft Gillespie vor, er betreibe in seinen politischen Texten einen volkshochschulhaften Belehrungsimpetus. Aber vermutlich hat diese Kritik eher damit zu tun, dass dem Kritiker die Sicht der Dinge nicht passt? Oder ist das lediglich die Ablehnung der einst mal eigenen Position? Denn auch im Musikgenre ist es durchaus normal, sich gegenüber alten (linksradikalen) Jugendsünden geläutert zu zeigen.

Musikalisch geht's in die Vollen. Die Disharmonien überwiegen, werden aber immer noch rechtzeitig aufgelöst. "Primal Scream" vollziehen eine Fusion von Funk-, Techno-, Hardrock-, Freejazz und Rapelementen. Nur "Keep your Dreams" auf "XTRMNTR" bringt all die wunderschönen Rhythm&Blues-Akkorde in brillanter Schönheit. Auf der Bühne ist die Band in Deutschland dieses Jahr wohl nicht mehr zu sehen. Eines der letzten Konzerte habe ich Anfang April im Hamburger "Grünspan" gesehen. Es brauchte Zeit, sich der Umsetzung der zivilisatorischen Kritik zu nähern. Es war laut, sehr rhythmisch und gut. Auf der Bühne standen neben Gillespie sieben weitere Musiker. Drei Gitarren, die eine enorme Akkordwand aufbauten; ein Bass, der mit dem Schlagzeug den Rhythmus in massiver Form, aber nie statisch in den Raum legte; zwei Blechinstrumente, die sowohl die Freejazzpassagen, als auch die Funkelemente der Musik ausformulierten und endlich ein Klavier,

von einem der Gitarristen gespielt, das den Rock`n`Roll an Mann und Frau brachte. Die zweite Zugabe war der Klassiker "Kick out the Jam" von MC5, aufgelöst in einer absoluten Freejazzkakophonie. Mutig!

Hz

Diskografie: 1987 Sonic Flower Groove; 1989 Primal Scream; 1991 Screammadelica; 1994 Give out but d'ont give up; 1997 Vanashing Point; 2000 EXTRMNTR, 1996 auf dem Soundtrack zu Trainspotting

Joseph Arthur -

der etwas besondere Singer/Songwriter

Die erste Platte von Joseph Arthur wurde von Peter Gabriels "Real World" Projekt ermöglicht. Die zweite "Come to where Im from" erscheint bei Virgin und Arthur darf sie als Vorgruppe von Ben Harper anbieten. Harper, der zur Zeit im Norden Italiens und der Schweiz tourt, ist eine der exzellentesten Adressen aus diesem Musikfeld, die neue CD wurde von niemand geringerem als T Bone Bunett produziert.

Wer so viel Zuspruch erfährt, muss schon über besondere Talente verfügen. Der Mann ist ein Multitalent: Nicht nur die Musik, sondern gleich auch noch das Cover der CD ist vollständig von ihm selbst gestaltet. Die Musik ist nie glatt, dennoch schön. Leicht gebrochen, behandelt er - wie sollte es anders sein - die Abseiten des Lebens. Manchmal rockt es, manchmal ist es eher relaxed. Halt wie im richtigen Leben. Bei seinen Konzerten spielt er mit Kenny Wollesen und Tony Scherr, beide aus New York.

Eine absolute Empfehlung für alle Fischgräten, denn Arthurs einziges Konzert in Deutschland findet am 18. April im Logo in Hamburg statt. Wer da nicht hingeht, hat sich den Abend versaut.

Hz

38. Cyberwar. Bundesregierung pusht neues Bedrohungsszenario

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak437/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:32

"Schlimmer als Pearl Harbour" könnten Angriffe aus dem Cyberspace die amerikanische Nation treffen, predigen in den USA einflussreiche Sicherheitsexperten im Verein mit der CIA seit gut zwei Jahren. Nun hat auch die Bundesregierung die Bedrohung aus dem World Wide Web entdeckt. Eine geheim tagende Arbeitsgruppe der Regierung mit Namen Informationstechnische Bedrohungen für Kritische Infrastrukturen (Kritis) ist zu dem Ergebnis gekommen, künftig könnten "gezielte Angriffe aus dem Internet" an die Stelle der "kriegerischen Auseinandersetzung im herkömmlichen Sinne" treten.

Nun wird also", bilanziert die Süddeutsche Zeitung am 3. April, "auch in Deutschland das Horrorszenario entwickelt, dass die Rechenanlagen zentraler ziviler Einrichtungen wie der Polizei, des Gesundheitswesens oder der Energiewirtschaft zu Zielen politisch extremistischer oder gekaufter Hacker-Terroristen werden könnten und so die empfindliche Infrastruktur des Landes geschädigt oder sogar zerstört werden könnte."

Tatsächlich laufen die kritischen Rechner bei Polizei oder Militär, bei Versorgungsunternehmen, Banken oder großen Firmen "stand alone" oder in strikt nach außen abgeschirmten Netzen. Die ansonsten viel geschmähten Datenschutzregelungen mit ihren Vorschriften zur Datensicherheit haben dazu übrigens ein gut Teil beigetragen.

Sonderlich viele Fakten können daher das Cyberwar-Schreckensbild nicht illustrieren. Unter den in der Kritis-Studie aufgezählten Schadensfällen findet sich gerade ein einziger, der auf einen gezielten Angriff (durch eine serbische Hackergruppe namens "Schwarze Hand") zurückgehen soll - der Rest sind "übliche" Computerprobleme, Schlampereien bei der Erstellung und dem (Nicht-)Test von Software etc. Dafür sind die Schlussfolgerungen der noch unter Kanther eingesetzten Arbeitsgruppe, die sich aus Sicherheitsexperten der Ministerien und Geheimdienste zusammensetzt und vom Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) koordiniert wird, um so dramatischer: "Herkömmliche Unterscheidungen wie die zwischen Krieg und Nichtkrieg, zwischen öffentlichen und privaten Interessen, kriegerischen und kriminellen Handlungen oder politischen und geographischen Grenzen verschwimmen im Cyberwar."

Die vorgeschlagenen Maßnahmen erschöpfen sich dementsprechend keineswegs in einer Schwachstellenanalyse und dem Ausbau technischer und organisatorischer Sicherheitsansätze. Darüber hinaus fordert die Geheim-AG die Entwicklung eines Lage- und Informationssystem KRITIS für die Bundesregierung, die "Einrichtung von Tiger Teams beim BSI" in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft als "schnelle Eingreiftruppe" bei akuten Gefährdungen und die "Entwicklung von technischen Verfahren zur aktiven Abwehr (!) von IT-(Informationstechnik-)Angriffen". Und schließlich postuliert sie "rechtlichen Klärungsbedarf, ob und inwieweit Angriffe, welche mit Hilfe von IT-Mitteln gezielt und koordiniert auf kritische Infrastruktursysteme in Deutschland vorangetragen werden, einer kriegerischen Auseinandersetzung im herkömmlichen Sinne entsprechen. Begriffe wie Krise, Spannungs- oder gar Verteidigungsfall bekommen in der Zukunft eine vielleicht neue Bedeutung." Vom realen Ist-Zustand - untergeschobene Comics auf Nato-Websites oder ein paar Stunden Systemausfall bei yahoo.com - sind die Kritis-Autoren so unversehens zu der propagandistischen Rechtfertigung von "Kriseneinsätzen" und der Konstruktion neuer, angeblich völkerrechtlich legitimer Kriegsgründen gelangt.

Die bereits vor zwei Jahren in der New York Times kolportierte Vermutung von Kritikern, das Gerede vom Cyberwar sei eine reine PR-Strategie, um mehr Mittel für die mit der Internet-Sicherheit beauftragten Regierungsbehörden loszueisen, ist sicher nicht ganz unberechtigt. Immerhin wurden schon 1998 in den USA 500 Mio. US-Dollar in Sicherung von Computernetzen gesteckt, kürzlich hat US-Präsident Clinton diese Summe auf zwei Mrd. US-Dollar erhöht.

Weit gravierender ist jedoch die Befürchtung, die Warnungen sollten die Erlaubnis zu schärferen Staatskontrollen über den internationalen Datenfluss im Internet rechtfertigen. Auch die Kritis-Verfasser kommen immer wieder auf die "Anonymität" des Internetzugangs als besonders kritischen Punkt zurück. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter sekundiert: "Das Internet", zitiert der Spiegel (14/00) dessen Chef, "ist ein unkontrollierbarer Raum."

Türöffner "Cyberwar"

Innenminister Schily wirbelt schon mächtig, dass dies nicht so bleibt. Im Februar hat er eine weitere "Task Force" aus Spezialisten des BKA, des Bundesinnenministeriums und des BSI eingesetzt, die die Bedrohungen analysieren und Abwehrmaßnahmen entwickeln soll. Es gehe hier schließlich, so Schily, "keineswegs um technische Spielereien, sondern um Taten, die mit allen Mitteln verhindert werden müssen". (Berliner Morgenpost, 16.2.)

Und schließlich trifft sich, unter maßgeblicher Mitwirkung des Bundeswirtschaftsministeriums und der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IBAG), eine dritte nichtöffentlich tagende Expertenrunde, die sich Arbeitskreis zum Schutz von Infrastrukturen (Aktis) nennt. "Dort sitzen die Sicherheitschefs von Großkonzernen wie Deutsche Bank, Lufthansa, Siemens, Dasa und Telekom zusammen mit Vertretern von TÜV, Eisenbahnbundesamt, Bundesbank, Gesellschaft für Reaktorsicherheit, BKA und Ministerien." (Spiegel, ebd.)

In der Praxis sind die USA schon wesentlich weiter: Dort werden in einer Datenbank die "Bedrohungen, Taktiken und Aktivitäten gesammelt und ausgewertet"; diese Datenbank enthält "außerdem alle relevanten Informationen aus zivilen und militärischen Regierungsbehörden sowie aus der Privatwirtschaft". Das Zentrum zum Schutz der nationalen Infrastruktur (NIPC), das sie aufbaut und betreibt, hält mit seiner Feinddefinition weniger hinter dem Berg als die deutschen Stellen: "Zu den Angreifern gehören", so NPIC-Chef Dough Perrit, ",Cyber-Söldner`, Milizen, Personen, die zivilen Ungehorsam begehen oder protestieren, Terroristen und Aktivisten." (Berliner Morgenpost, ebd.)

Alles soll möglich werden

Das ufer- und grenzenlose Bedrohungsszenario "Cyberwar" - vernichtende Attacken können ohne Vorwarnung kommen, von praktisch jeder und jedem und von überall auf der Welt - bereitet einer Diskussion um ebenso allumfassende Verteidigungs- und Gegenangriffs-Strategien den Weg, in denen alle Mittel gerechtfertigt sein sollen. Weder die Privatsphäre von BürgerInnen, noch Verfassungsgrundsätze wie die Trennung von Militär, Geheimdiensten, Polizei und privaten Unternehmen, noch die Souveränitätsrechte anderer Staaten sollen als Grenzen akzeptiert werden.

j., Hamburg

Quellen:

Ein Entwurf des bisher nicht veröffentlichten Kritis-Berichts findet sich im WWW unter userpage.fu-berlin.de/~bendrath/kritis-12-1999.html. Verschiedene Artikel in Telepolis (www.heise.de/tp/special/info) sowie die Infowar-Mailingliste (infowar.de.listbot.com) liefern Hintergrundmaterial zur Entwicklung in den USA und zur militärtheoretischen Debatte.

39. Der Tod eines Hamsters

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:19

Moorhühner werden in der Redaktion bis heute nicht erschossen. Das heißt aber nicht, dass verdiente RedakteurInnen nicht andernorts dem frohen Geballere auf diese armen Hühnchen frönen. Da ist zum Beispiel der Genosse dk., der mit 915 Punkten den grausigen Rekord beim bewaffneten Abschlachten dieser schutzwürdigen Tierchen, die auf der Liste der aussterbenden Arten inzwischen weit oben stehen, hält. Das kann kein Zufall sein. Denn eben dieser herzlose und gemeine Genosse Redakteur zeigte keinerlei Mitleid, als er von der Redaktion aufgefordert wurde, in dieser ak etwas über den Mord an einem Hamster zu schreiben und die Machenschaften der Tier-Mafia anzuprangern. Was war geschehen? Auf den WiSo-Seiten der letzten Ausgabe druckten wir ahnungslos das Foto eines Hamsters, der es sich mit einer leckeren Haselnuss im Laufrad gemütlich machte. Was wir nicht wussten: der Hamster war zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Ermordet, wie das Hamburger Abendblatt uns leider erst nach Erscheinen der Zeitung aufklärte. Die miese Bande einer Werbeagentur hatte für dieses Foto von der Tier-Mafia einen toten Hamster angefordert. Und was macht die Mafia, umgeben von lebenden possierlichen Tierchen? Eiskalt schnappt sie sich den wehrlosen Hamster und ermordet ihn. Auf übelste Art und Weise, wie wir nun vermuten. Denn dem um die Ecke gebrachten Hamster sind Verletzungen, die auf äußerliche Gewaltanwendung schließen lassen, nicht anzusehen. Entweder wurde er mit einem kleinen Dolch von hinten erstochen oder die haben ihn vergiftet. Arsen scheidet aus, denn der arme Hamster zeigt keine Spuren der typischen blauen Lippen.

Doch trotz dieser Brutalität lehnte es dk. ab, in dieser Ausgabe Stellung zu nehmen und die LeserInnen aufzuklären. Wie die Werbeagentur, die nicht die Ermordung verlangt, sondern lediglich einen toten Hamster bestellt haben will, redet sich der Genosse raus: nicht er habe das Foto für die Seite ausgewählt. Ein billige und infame Ausrede, die wir hiermit öffentlich machen!

Bei Ausreden fällt mir aber auch noch was anderes ein: Wir haben hier immer noch eine erkleckliche Anzahl von wunderbaren Postkarten, die Werbung machen sollen für eine ebenfalls vor dem Aussterben stehende linke Zeitung. Warum fordert ihr die nicht an? Seid ihr gar ebenso herzlos wie unser Redaktions-Genosse? Weidet ihr euch gar an den Leiden einer armseligen Redaktion, die sich bald nicht mehr die Wurst für die Margarine-Stulle leisten kann? Doch wohl nicht. Also schnell zum Telefon, Fax oder Mailanschluss geflitzt und folgendes an uns senden: "Hiermit bestelle ich reichlich Exemplare der Werbe-Postkarte für ak, um damit meinen Beitrag zum Artenschutz zu leisten. Ich versichere, dass ich nach besten Kräften dafür sorgen werde, dass meine Mitmenschen über das Leiden dieses bedrohten Exemplars erfahren und sich durch tatkräftiges Abonnieren für den Fortbestand dieser Art einsetzen werden." Brav!

Und es ist ja nicht so, dass wir euer Engagement nicht belohnen. Im Gegenteil. Für alle, die uns ein Jahres-Abo vermitteln und alle, die ak neu abonnieren, haben wir hier eine wunderbare CD liegen, auf der sich die geballte Ladung von fast 4.000 ak-Artikeln befindet und die Jahrgänge von 1993 bis Oktober 1999 umfasst. Mit diesem Magazin lässt sich vortrefflich statt auf Moorhühner auf den Klassenfeind zielen. Da haben doch alle was davon!

Bestellungen von Postkarten und Abos könnt ihr wie immer vertrauensvoll an folgende Adresse richten:

ak-redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, tel: 040 - 401 701 74, fax: 040 - 401 701 75 oder per Mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de.

Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung!

40. An die Börse ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:20

Erst mal vielen Dank, an all diejenigen, die mitgeholfen haben, dass auf dem Spendenkonto sich inzwischen stolze 50.213 DM befinden und damit ein wichtiger Beitrag für die weitere Zukunft dieser Zeitung geleistet ist.

Doch noch reicht das Ergebnis leider nicht aus. Bleibt das so, haben wir als modern denkende Menschen nur noch eine Chance, die Finanzlücken zu stopfen: Ran an die Börse! Natürlich nicht in der Form, dass wir nun den Börsengang dieser Zeitung und ihres Verlages vorbereiten werden. Das wäre zwar auf gewisse Art sicher auch noch mal eine interessante Überlegung. Aber angesichts der derzeitigen Lage linker Projekte muss wohl noch sehr viel Arbeit in die Vorbereitung eines solchen Schrittes gesteckt werden. Das lassen wir aber einstweilen. Auch einen anderen Weg zur Börse wollen wir möglichst vermeiden. Doch es ist mehr als ein leichtes Grübeln, wenn man den Börsengang von Infineon bedenkt. Hätten wir mit der Spendenkasse Aktien gezeichnet und dann noch das schweinische Glück gehabt, diese auch zu bekommen, dann wäre dieser Artikel schon überflüssig, dann hätten wir ein dickes Konto, könnten brutal in die ak-Werbung einsteigen, Werbeflächen ohne Ende buchen, die Zeitung in Vierfarben drucken, die Abopreise senken und noch fünf neue RedakteurInnen einstellen! Aber schön dumm - wir haben eben keine Infineon-Aktien gekauft. Für T-Online ist es nun auch schon wieder zu spät. Aber ob unser Spendenziel erreicht worden wäre, ist ja nicht mehr klar.

Ja, Ja, wir ahnen es ja schon. Ihr haltet sowieso nichts von solchen Überlegungen. Aber keine Sorge. Noch ist es ja nicht so weit. Und diese Börse meinen wir vorerst auch noch nicht, wenn wir sagen: Ran an die Börse!

Wir meinen schlicht und einfach die Börse, die sich in euren Gesäßtaschen, in euren Jacken- und Handtaschen oder gar unterm Kopfkissen befindet. Denn wenn ihr eure Börsen jetzt nicht noch einmal auf das Genaueste inspiziert und auch den letzten Geldschein auf das Spendenkonto des Vereins überweist, - gehen wir zwar nicht weiter an eure, dann aber vielleicht doch an die Börse. Revolutionäres Ehrenwort.

Ihr habt es also in der Hand, die revolutionäre Moral hoch zu halten und zu verhindern, dass wir zu Verrätern an eben dieser Moral werden. Solltet ihr mit den entsprechenden Überweisungen allerdings zögern, dann unterstellen wir Euch einfach mal ganz kollektiv, dass eure Börsen nur deshalb leer sind, weil ihr all euer Geld bereits an der Börse für euch arbeiten lasst. Und das wollt ihr doch sicher nicht! Na also!

Eure ak -Redaktion

Spendet auf das Konto:

E. Seidel, Konto Nr.: 116 838 203

BLZ: 200 100 20

Verwendungszweck: Spende Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Summe bis 09.03.00 46.388,00

W.I., München 100,00

C.B., Horst 50,00

M.B., Berlin 300,00

H.F., Hamburg 125,00

B.W., Frankfurt 200,00

W.B., Hamburg 120,00

B.I., Münster 100,00

R.Z., xy 100,00

M.B., Hermersdorf 50,00

J.W., München 100,00

M.H., Madrid 50,00

M.D., Frankfurt 50,00

G.O., Berlin 100,00

M.H., Berlin 100,00

H.P., Aglasterhausen 30,00

I.B., Hamburg 500,00

P.P., Hamburg 400,00

M.T., Hamburg 200,00

Ch.K., Helmstedt 1.000,00

W.W., Berlin 150,00

Summe bis 07.04.00 3.825,00

Summe gesamt 50.213,00

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:43

Biopolitik

Die Zeitschrift des BUKO, alaska, lädt zum zweiten Kampagnentreffen gegen Biopolitik und Expo 2000 ein.

Bremen, 14.4. bis 16.4. im Paradox. Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle 040/393156 oder alaska 0421/72034

Krieg und Menschenrechte

Ein Jahr nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und der rot-grünen Kriegserklärung für die Menschenrechte lädt die Hamburger Bürgerschaftsgruppe REGENBOGEN - für eine neue Linke zu der Veranstaltung "Linke - Krieg - Menschenrechte" ein. Thomas Ebermann, Martin Diekmann, Uli Cremer und Heike Sudmann nehmen an der Diskussionsveranstaltung teil.

Hamburg, 19.4., um 20 Uhr im Gemeindehaus der Christuskirche, Bei der Christuskirche 4 (U2)

Flüchtlingskongress

"Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" lautet das Motto des Flüchtlingskongress (näheres in ak 436).

Jena, 20.4. bis 1.5.,

Infos: 03641/665214 oder

www.humanrights.de/congress

Rechte an der Hochschule

Gudrun Hentges, die Mitherausgeberin des Buches "Alte und neue Rechte an den Hochschulen", referiert über ungenügende Entnazifizierung an den deutschen Hochschulen und geht auf die personellen und inhaltlichen Kontinuitäten ein. Thema des Vortrages wird auch der neoliberale "Umbau" der Universitäten sowie die Entwicklung studentischen Bewußtseins und akademischer (Un-)kultur sein. Veranstalter sind der Antifa-Arbeitskreis, die Arbeitsstelle Neonazismus und andere.

Düsseldorf, 26.4., um 20 Uhr im ZAKK (Studio), Fichtenstr. 40

Mayday

Äh, war da was? 1. Mai, vielleicht

unter Global Action Day:

www.globalaction.home.pages.de

Abschiebung nach Ghana und Gambia

"Ghana und Gambia: dumping ground für Flüchtlinge aus Europa?" Das fragen sich der Flüchtlingsrat Hamburg und die GWA St. Pauli-Süd e.V.. Die beiden Länder gelten als "verfolgungsfreie Herkunftsländer" in die in den letzten Monaten Flüchtlinge anderer Nationalität abgeschoben werden. Zum großen Bedauern deutscher Behörden fand sich bisher keines dieser Länder dazu bereit, AfrikanerInnen ohne Papiere zurückzunehmen.

Ulla Jelpke (PDS) berichtet von ihrer Westafrikareise und den dort geführten Gesprächen. Flüchtlinge, BetreuerInnen und RechtsanwältInnen werden über die Anhörungen, Abschiebungen und den möglichen Widerstand dagegen diskutieren.

Hamburg, 4.5., um 19.30 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Jüdische

Displaced Persons

150.000 jüdische Displaced Persons (DPs) - Überlebende aus KZs, Flüchtlinge aus Polen - lebten zum Teil bis in die 50er Jahre in westdeutschen Lagern. Die britische und US-amerikanische Politik gegenüber den DPs in den Lagern und die Haltung der Deutschen sind Themen des von Klaus Mellenthin geleiteten Wochenendseminars.

Hamburg, 5. bis 7.5, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 34. Anmeldung bis 28.4. bei der VHS Hamburg, Schanzenstr. 75-77, 20357 HH unter der Kursnr. 1701M20, Seminargebühr 58 DM

Rechte und Pflichten

Gisela Notz hält einen Vortrag zum Thema "Keine Rechte ohne Pflichten". Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe oder Arbeit im Dritten Sektor - je weniger Geld für soziale und kulturelle Aufgaben ausgegeben wird, desto lauter wird das Lob für Eigeninitiative und Selbsthilfe. Diese Tätigkeiten sollen mit einem "Bürgergeld", mit "Schattenlöhnen" oder nur mit einem Schulterklopfen honoriert werden. Wie sind die Zusammenhänge von "Freiwilligen-Arbeit", "Bürgerarbeit" und Pflichtarbeit? Die VeranstalterInnen, u.a. die Gruppe "Arbeitswut", wollen darüber hinaus nach Zukunftsmodellen suchen, die die Aufhebung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten zum Ziel haben.

Reutlingen, 10.5., um 20.30 Uhr im Café Nepomuk, Unter den Linden 3

Gegen das Vergessen

Seit Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre erschien in der Zeitschrift radikal die Geschichtsserie "Gegen das Vergessen". Die elfteilige Serie über sozialrevolutionären Widerstand und Verweigerung in deutschen Landen erscheint als Reprint im UNRAST-Verlag. Der Infoladen Frankfurt lädt ein zur Buchvorstellung mit anschließender Diskussion.

Frankfurt, 10.5., 20 Uhr,

Café ExZess, Leipziger Str.91

Feministische Politik

Der erste feministische Politikwissenschaftlerinnentag bietet eine breite Palette an Themen: Inhalte und Methoden feministischer Forschung, der frauenpolitischen Dauerbrenner 218, Rassismus in der feministischen Theorieentwicklung, frauenspezifische Fluchtgründe und Alternativen zur "Homo-Ehe". Als Referentinnen zu Gast sind neben anderen Ingrid Kurz-Scherf, Birgit Sauer und Christina Schenk.

Marburg, 12.5. bis 14.5., Infos und Anmeldung: Ayla Satilmis c/o Politikwissenschaftliches Institut, Wilhelm-Röpke-Str. 6. 35037 Marburg

Bilanz des Kommunismus

Die Bürgerinitiative für Sozialismus (Hannover), die Zeitschrift Sozialismus (Hamburg) sowie einige ProfessorInnen der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin veranstalten den Kongress "Jahrhundertbilanz des Kommunismus". Die Themenpalette reicht von Fragen der Demokratie und Menschenrechten, der Parteidisziplin bis hin zu nationalstaatlichen Interessen sowie KommunistInnen im antifaschistischen Widerstand.

Berlin, 12.5. bis 14.5., Fachhochschule für Wirtschaft. Infos und Anmeldung: Kongressbüro c/o Redaktion Ossietzky, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin oder ESPOO@t-online.de

"Verdächtige Gene"

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Expo 2000 - der Traum von der schönen einen Welt des Kapitals" der Gruppe Projekt Archiv hält Erika Feyerabend einen Vortrag über Gentechnik. Sie beleuchtet die Zusammenhänge zwischen humangenetischer Forschung und der Kapitalisierung des Körpers, wobei die

Disziplinierung und Kontrolle der Reproduktionsfähigkeit und Sexualität von Frauen eine besondere Rolle spielt.

Oberhausen, 17.5. um 19 Uhr,

Drucklufthaus, Am Förderturm 27, Tel.:0208/23037

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per e-mail, per Post oder als Fax

Annahmeschluss für ak 438 ist der 2. Mai 2000

42. 13./14. Mai in Hamburg Sa 11.00 - 19.00 Uhr / So 10.00 - 15.00 Uhr

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:47

Der Kosovokrieg und seine Folgen

Seminar des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik in Zusammenarbeit mit der Redaktion von ak - analyse & kritik

13./14. Mai in Hamburg

Sa 11.00 - 19.00 Uhr / So 10.00 - 15.00 Uhr

Vor einem Jahr wurde die serbische Unterdrückungspolitik im Kosovo von der NATO zum Vorwand genommen, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien einen Krieg zu führen. Unter Beteiligung der Bundeswehr wurde die neue NATO-Strategie der Selbstmandatierung mit einem Dauerbombardement aus der Luft umgesetzt. Unter dem Vorwand einer humanitären Intervention für die Einhaltung der Menschenrechte wurde das Völkerrecht ignoriert und ein 77 Tage währender Krieg begonnen.

So durchsichtig die Argumentation der Militärs und politischen Kriegstreiber auch war, blieb der Protest gegen diesen Krieg doch marginal. Einer der wesentlichen Gründe dürfte in der realen Politik der jugoslawischen Führung gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen im Kosovo zu suchen sein.

In der Erklärung der ak-Redaktion vom April 1999 hieß es: "Eine solche gegen die NATO gerichtete Politik ist nicht misszuverstehen als Unterstützung für die Menschen verachtende Strategie und Praxis des Milosevic-Regimes, das im Kosovo mit brutalsten Mitteln eine nationalistische und rassistische Politik der ethnischen Vertreibung verfolgt. Es geht nicht um die Legitimierung der offiziellen serbischen Politik, sondern um die Bekämpfung der Kriegspolitik der eigenen Oberen ..." (ak 425 vom 15.4.99)

Das Seminar wird folgende Komplexe behandeln:

1) Was waren die Kriegsursachen? Welche Interessen wurden verfolgt?

Referent: Uli Cremer (Autor des Buches Neue NATO - neue Kriege?)

2) Welche militärstrategischen Konsequenzen wurden aus dem Krieg gezogen?

Wohin entwickeln sich die NATO und die WEU?

Referent: Volker Böge (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

3) Wie wurde die "Heimatfront" zugerichtet? Die Rolle der Medien im Krieg

Referent: Hermann Werle (Gegeninformationsbüro Berlin)

4) Der Krieg und die Positionen der Friedensbewegung und Linken

Referent: Jens Renner (ak-Redaktion)

Das Seminar findet am 13./14. Mai in Hamburg statt. Kostenbeitrag: DM 10,-

Anmeldungen bitte an: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 040-401 701 74 (Fon), 040-401 701 75 (Fax), ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:48

Antirassistisches Grenzcamp

Der Reader zum Antirassistischen Grenzcamp im August 1999 im Dreiländereck bei Zittau liefert uns keine ausgefeilten Analysen zur Flüchtlingspolitik oder zu rassistischen Strukturen in der Grenzregion. Dokumentiert wird vielmehr der Ablauf des Camps, der Streit mit den örtlichen Behörden um den Zeltplatz und die Aktionen, die in den zehn Tagen des Camps stattgefunden haben. Spannend wird es erst im zweiten Teil, in dem Diskussionsbeiträge zu verschiedenen Konfliktpunkten veröffentlicht sind. Zwar schreiben die AutorInnen oft in einer verquasten Sprache - die Beiträge sprechen aber fast durchweg entscheidende Fragen an, die dann entstehen, wenn eine Gruppe von rund 1000 Menschen nicht nur ein Camp (mit Essen, Wasserversorgung, Schutz vor Angriffen etc.) organisieren, sondern auch noch (alltags-)politische Entscheidungen fällen muß. Neben der Kritik an der konsumistischen Haltung vieler TeilnehmerInnen taucht immer wieder die Frage nach funktionierenden Entscheidungsstrukturen auf. Hier bemängeln die OrganisatorInnen des Camps, dass es neben den Großplena zunächst keine verbindliche Delegiertenstruktur gab. Im Diskussionsteil abgedruckt ist außerdem eine ausführliche Antwort einiger FrauenLesben auf die Resolution, die von einigen anderen FrauenLesben während des Camps abgegeben wurde und dort wegen ihres totalisierenden Anspruches kritisiert wurde. Auch der Debatte um das Camp-Motto "Keine Grenze ist für immer" und der Kritik daran wird Platz eingeräumt. Das Thema, das für den meisten Zündstoff gesorgt hat, ist die Auseinandersetzung über den Umgang mit der einheimischen Bevölkerung und über die politische Vermittlung von Aktionen und Provokationen. Inwieweit muss bei Provokationen differenziert werden zwischen Menschen, die einfach nur in der Region wohnen, und Menschen, die tatsächlich aus rassistischen und nationalistischen Motiven heraus handeln? Welchen Sinn haben antirassistische "Anti-Wohlstandsaktionen"? Der Reader kann dazu beitragen, die Defizite und Konflikte während des Camps zu reflektieren und es beim nächsten Mal besser zu machen.

Grenzcamp-Reader 1999; Bestelladresse: kein mensch ist illegal, c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 030/6938318; 54 Seiten, 4 DM

Kolibri Citrone

... heißt das leuchtend gelbe Papier, auf dem die neue Ausgabe der Wiener Zeitschrift Vor der Information gedruckt ist. Die Herausgeberinnen verstehen es als unmittelbare Reaktion auf die Wahlen in Österreich und die Regierungsbeteiligung der FPÖ. So ist das Schwerpunktthema "Antirassistische Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven". Nicht und bzw. oder, der Punkt zwischen beiden Schlagworten ist bewusst gewählt: keine feministischen Perspektiven ohne antirassistische Öffentlichkeit und umgekehrt. Sieben sorgfältig ausgewählte Beiträge beleuchten aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Frage nach radikalen antirassistischen, feministischen und öffentlichkeitsbildenden Praxen jenseits von Anerkennungs- oder Integrationspolitik, Sozialarbeit, Sensationalismus und "Nischenschmuck". In der Kritik besteht Einigkeit bei den Verfasserinnen der Texte, die u.a. aus dem Umfeld von Kanak Attak und Migrantinnenorganisationen kommen. Weniger Einigkeit besteht hinsichtlich der Strategien, wobei die Debatte um Identität zum politischen Kristallisationspunkt gerät. Insbesondere zwei Autorinnen markieren die Pole dieses Spannungsfeldes. Antke Engel hält die herrschaftsfreie Repräsentation von Differenz für eine Illusion und propagiert in ihrem theoretisch etwas überladenen Beitrag die Verwirrung heteronormativer und ethnisch geschichteter Normalität durch "queer-feministische und kanakische Angriffe auf die Nation" - eine Spielart radikal anti-identitärer Ansätze. Encarnacion Gutierrez Rodriguez hingegen, die aus der Sicht von Frauen im Kontext von Diaspora, Exil und Migration schreibt, plädiert für die strategische und bündnisorientierte Anwendung politischer Identitätskonstruktionen in der antirassistischen und feministischen Praxis. Als Ausstellungsobjekt für die Kunsthalle Exnergasse in Wien konzipiert, kann die erste Seite der Zeitung - die nur der überdimensional groß geschriebene Titel ziert - auch als Plakat aufgehängt werden. Auf Fotos und grafische Spielereien wurde komplett verzichtet. Dafür bleibt viel Raum für die Vorstellung politischer Initiativen und Literatur zum Thema.

Vor der Information - Schwerpunktnummer: Antirassistische Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven, 1999/2000. Säulengasse 7/15. A-1090 Wien; 24 Seiten im Format 57x40 cm; 70 ATS (10 DM) bzw. 100 ATS (incl. 30 ATS Spende an das FrauenLesebenMigrantinnen Bündnis Wien/Linz/Bregenz)

Die Alliierten und der Holocaust

Der Fischer Taschenbuch Verlag hat seine umfangreiche Reihe "Die Zeit des Nationalsozialismus" im Februar um ein Buch erweitert, das im Original schon 1984 erschienen ist: "Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden" heißt die deutsche Übersetzung; in einem 1998 geschriebenen Nachwort geht der Autor, David S. Wyman, ein US-Bürger "skandinavisch-protestantischer Abstammung", auch auf die Rezeptionsgeschichte seines Buches ein, insbesondere auf die von William D. Rubinstein formulierte Gegenposition, zugespitzt in dem Satz: "Kein einziger Jude, der dem nazistischen Völkermord zum Opfer fiel, hätte durch irgendeine Aktion der Allierten gerettet werden können." (zu Rubinsteins Buch vgl. auch ak 411) Wyman dagegen behauptet, "Zehntausende oder gar Hunderttausende" wären zu retten gewesen, wenn insbesondere die US-Regierung nur gewollt hätte. Insbesondere die Bombardierung von Auschwitz wäre Wyman zufolge möglich gewesen. Das ist ebenso zweifelhaft wie die ziemlich willkürlich geschätzte Zahl. Wymans Anklage gegen Gleichgültigkeit und antijüdische Vorbehalte bei alliierten Politikern und Staatsbeamten ist ehrenwert. Seine Formel ",Endlösung` in Europa - Antisemitismus in den USA" suggeriert allerdings Mittäterschaft der USA oder zumindest komplizenhaftes Wegschauen. Das kommt - ungewollt - der NS-Propaganda-Behauptung nahe, "niemand" habe die in Deutschland verfolgten Juden haben wollen. Wymans Buch sollte mit besonders kritischer Aufmerksamkeit gelesen werden.

David S. Wyman: Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden; Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) Februar 2000; 511 Seiten, 26,90 DM

Giordano Bruno

Vor 400 Jahren, am 17. Februar 1600, wurde in Rom der Philosoph Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Acht Jahre lang hatte er in den Gefängnissen der Inquisition gesessen, war gefoltert und schließlich zum Tode verurteilt worden. Unsterblich blieb sein Satz an die Adresse der Richter: "Mit größerer Furcht verkündet Ihr wohl das Urteil gegen mich, als ich es entgegennehme." Als Ketzer und Märtyrer, der seinen Überzeugungen bis in den Tod treu blieb, wurde Bruno seit der Aufklärung zur Identifikationsfigur. In seinem Buch über Giordano Bruno stellt Paul Richard Blum Brunos Philosophie im Zusammenhang mit seiner Biografie vor und zeigt dabei auch, dass Brunos Märtyrertum nicht so geradlinig und frei von Zweifeln war, wie das in seiner späteren Heroisierung erschien. Bruno, 1548 in Nola bei Neapel geboren, trat mit 17 Jahren in den Dominikanerorden ein und wurde acht Jahre später zum Priester geweiht. 1576 geriet er erstmals unter Häresieverdacht. Nach seiner Flucht aus Neapel zog er durch die geistigen Zentren Europas. Er lehrte die Unendlichkeit der Natur und die Vielheit der Welten und akzeptierte das kopernikanische Weltsystem zumindest als mathematische Hypothese. Gleichzeitig anerkannte er die Existenz Gottes und vermied den Bruch mit der Kirche. Noch während des Inquisitionsprozesses erklärte er seine Absicht, sich der Kirche zu unterwerfen. Seine Einlassung, er sei missverstanden worden und werde über all seine Schriften vor dem Heiligen Stuhl Rechenschaft ablegen, wurde von den Richtern jedoch nicht als Widerruf anerkannt, sondern als Beharren auf ketzerischen Lehren. Auf eine Rehabilitierung Brunos durch den Vatikan wird man wohl noch lange warten müssen.

Paul Richard Blum: Giordano Bruno; München (C.H. Beck) 1999 - beck'sche reihe denker; 170 Seiten, 24 DM

44. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:50

Falsche Interpretationen?

Betr.: "Zwei Filme zum Holocaust - Einmal zum Lachen, einmal zum Weinen", ak 436

Einige notwendige Anmerkungen zur Filmbesprechung:

1) Da heißt es "Die Geschichte der - nennen wir sie Holocaust-Filme - ist eine Geschichte von Kontroversen". Damit hat sich der Autor geschickt der Auseinandersetzung um Filme wie Charlie Chaplins Der große Diktator oder Ernst Lubitschs Sein oder Nichtsein entzogen, behandeln diese zwar das Thema Faschismus, aber nicht den organisierten Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas. Das hindert Tim Gallwitz aber nicht daran, im folgenden Absatz eine Reihe Filmen zu verhackstücken, die sich im allgemeinen mit dem Phänomen des europäischen Faschismus beschäftigen, ohne dabei zwangsläufig das Thema Judenvernichtung zu behandeln: Da werden in einem Atemzug Filme abgekanzelt, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

Interessant ist, was der Autor hierbei unterschlägt; etwa Istvan Szabos Sunshine, der zwar sicherlich kein Meistwerk ist, allerdings mit der Szene von der bestialischen Ermordung eines ungarischen Juden im KZ eine der eindringlichsten Szenen der 90er-Jahre zum Thema geliefert hat.

Bei der Aneinanderreihung von Filmen zum Themenkomplex Faschismus in Europa, die Tim Gallwitz unter dem Begriff "Holocaust" subsumiert, stellt sich eine Frage: Warum eigentlich wird in einer linksradikalen Zeitung mit dem Titel analyse & kritik Faschismus nur noch als "Shoah" verstanden; gibt's für Euch keine systematische Ausrottung von Sinti & Roma, Schwulen, Behinderten und anderen mehr; ganz zu schweigen von der systematischen Verfolgung und Vernichtung der europäischen Arbeiterbewegung?

2) Insgesamt ist den Bemerkungen von Tim Gallwitz zu Steven Spielbergs Produktion Die letzten Tage von James Moll nicht zu widersprechen. Allerdings ist auch hier interessant, was der Autor auslässt: Da wird in Spielbergs/Molls Film ein Überlebender aus Ungarn befragt, der angibt, dass er im Angesicht der Verfolgung in den illegalen Widerstand gegangen sei und dort bis Kriegsende (sprich bis zur Befreiung durch die Rote Armee) gekämpft habe. Schnitt: Moll/Spielberg interessieren sich offenbar nicht für militanten antifaschistischen Widerstand. Stattdessen werden gegen Ende des Films die USA als Zufluchtsort für Verfolgte aus aller Welt in einer Art und Weise gefeiert, dass es einem schon fast übel wird.

3) Zu Mihaileanus Zug des Lebens: Ich habe den Film zwischenzeitlich zwei Mal gesehen. Dieser Film wendet sich an ein Publikum, das weiß, wovon die Rede ist. Das bei jeder Einstellung auf die idyllischen Viehwaggons des falschen Deportationszuges die Zustände in den wirklichen Vernichtungszügen im Auge hat und auch sonst zu erkennen weiß, dass dies keine realistische Geschichte sein will. Vielmehr bewegt sich Zug des Lebens von vornherein auf den Spuren der biblischen Legende vom Auszug der Kinder Israels aus Ägypten, was im Film übrigens gleich zu Beginn direkt angesprochen wird. Und natürlich ist dies eine unrealistische Utopie; allerdings eine, bei der auch Sinti und Roma vorkommen. Zudem fällt beim zweiten Sehen die Tonspur auf, in der immer wieder aus dem Off gehetzter Atem zu hören ist, der sich angesichts des letzten Bildes im KZ wohl nur als der Atem des Insassen interpretieren lässt.

Wenn in der Filmbesprechung Tim Gallwitz meinte, dass man sich bei diesem Film "in der Art eines Ablasshandels zwei Stunden Judenvernichtung light gibt, um im Gegenzug von jeglicher Verantwortung freigesprochen zu sein", dann hat er nicht verstanden, worum es dem - jüdischen - Filmemacher ging. Oder glaubt er ernsthaft, die Trauer um eine vernichtete Kultur sei weniger stark wenn man sich ihren Reichtum betrachte als wenn man Leichenberge anschaue, die im übrigen - zumindest im Kino und mehr als 50 Jahre später - sehr viel anonymer und distanzierter anzuschauen sind. (...)

Mit solidarischem Gruß,

Lutz, Filmkritiker aus Köln

45. Arbeit à la Card

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/auf437.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:auf437

1. Mai 2000: Und wieder fließt das Bier in Strömen, wabert Bratwurstduft durch Festzelte, sprechen Gewerkschaftsfunktionäre markige Worte. Vielleicht gehtÆs diesmal etwas staatsmännischer zu, denn immerhin ist der DGB Regierungspartei - nicht nur indirekt über die rot-grüne Regierung mit dem Kollegen Riester. Auch ganz direkt - im Bündnis für Arbeit - übernehmen die Gewerkschaften nationale Leitungs- und Lenkungsaufgaben. Es ist geradezu ein Wesenszug der neuen Sozialdemokratie, dass die Gewerkschaften aktiv in die Gestaltung des neuen Bündnisses von Neoliberalismus und autoritärem Staat eingebunden werden.

Die deutschen Gewerkschaften stehen fest an der Seite der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft. Sie unterwerfen sich nicht nur der Standortlogik, sie propagieren sie auch. Wenn BMW die britische Marke Rover verscherbelt, jubeln die Betriebsräte. Der Klotz am Bein ist weg, BMW bleibt in München, deutsche Arbeitsplätze sind gesichert, zum Teufel mit den britischen Radikalinskis. Internationale Solidarität ist für deutsche Gewerkschaften ein Fremdwort. Wenn woanders gekämpft wird, ist das hier eher Anlass zu Sorge und Argwohn, erst recht wenn diese Kämpfe nicht nach hiesigen Ordnungsvorstellungen und auf Ansage von Gewerkschaftszentralen ablaufen.

Die VW-Arbeiter, die seit Ende Januar in Uitenhage, Südafrika, für die Wiedereinstellung der von ihnen gewählten Vertrauensleute streiken, laufen sich weltweit vergeblich die Hacken ab, um Kontakte mit der IG Metall oder VW-Betriebsräten zu bekommen.

Die Unwilligkeit der DGB-Gewerkschaften, in einer globalisierten Ökonomie über globale Solidarität von unten nachzudenken, gipfelt in einer reaktionären Abwehrhaltung gegen eine der wesentlichen Ergebnisse von Globalisierung: der internationalen Arbeitsmigration. Während der DGB eifrig mithilft, den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb fit zu halten, zieht er auch in der aktuellen Debatte um die Greencards die nationale Karte. Lediglich der Tonfall unterscheidet die Gewerkschaftsfunktionäre von Jürgen Rüttgers "Kinder statt Inder"- Kampagne. Die Botschaft ist dieselbe: Germans first!

Zur Tarifrunde 2000 Seite 4

Zur Greencard-Diskussion

Seite 5

Zum Fall Rover/BMW

Seite 19

Zum VW-Streik

in Südafrika Seite 24

46. Bildung marktkonform

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/bild.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:bild

Mexikanische Studierende auf Rundreise

In Hamburg fällt ein Föhn ins Wasser, in Peking ein Mensch vom Fahrrad. Mehr scheinen die Proteste der Studierenden in Mexiko und die Debatte um eine Hochschulreform in Deutschland auf den ersten Blick nicht gemein zu haben.

Seit dem Hacker-Movie 23 wissen wir, dass nichts zufällig gleichzeitig geschieht. Doch auch jenseits verschwörungstheoretischer Thesen gibt es im Bereich der Bildungspolitik Gemeinsamkeiten über den Ozean hinweg - das Lösungswort heißt wie meistens: globalisierter Kapitalismus. In diesem spielt Wissensproduktion eine wichtige Rolle. "Qualitätssicherung" heißt es hier, "Ausbildung von Funktionseliten für die Interessen der Privatwirtschaft" dort.

Gemeint ist in beiden Fällen die marktkonforme Umstrukturierung der Hochschulsysteme. Drastische Erhöhung der Studiengebühren, Verschärfung der Zulassungsbeschränkungen, finanzielle Austrocknung "nicht-funktionaler" Fachbereiche und Privatisierung der Disziplinen "mit Zukunft" heißen die Mittel.

In Mexiko soll dafür sogar eine der heiligen Kühe der Revolution geschlachtet werden: das verfassungsmäßige Recht auf kostenlose Bildung. Gegen eine Zukunft ohne soziale Perspektiven rebellieren dort seit einem Jahr tausende von Studierenden. Sie treffen dabei auf harte staatliche Repression.

Im Mai und Juni werden zwei VertreterInnen der mexikanischen Studierendenbewegung nach Deutschland kommen. Über ein Jahr Protest an mexikanischen Hochschulen, die Hochschulreformdebatte in Deutschland und Ansätze für gemeinsame Perspektiven des Widerstandes berichten wir

auf Seite 25

47. Dem Kranich die Flügel stutzen

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/kranich.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:kranich

Die Kampagne kein mensch ist illegal hat sich für die nächsten Monate viel vorgenommen. Sie will Lufthansa dazu bringen, vom schmutzigen Geschäft mit der Abschiebung zu lassen.

Rund 10.000 Flüchtlinge werden jährlich alleine vom Frankfurter Rhein-Main-Flughafen aus abgeschoben, die Hälfte davon in Linienmaschinen der Lufthansa. Um bei den Passagieren kein Aufsehen zu erregen, werden die "Schüblinge" über die Hintertreppe in die Maschine verfrachtet und in die letzte Reihe bugsiert. Diskretion ist alles für die Airline.

Genau an diesem Punkt will die Kampagne ansetzen. Die oft mit massiver Gewalt erzwungenen Abschiebungen sollen öffentlich gemacht werden. Denn immer wieder kommt es dabei auch zu schweren Verletzungen oder sogar zum Tod von Flüchtlingen.

"Der Vorstand der Lufthansa wird auf das Geschäft mit der Abschiebung erst verzichten, wenn das Image der Fluggesellschaft auf dem Spiel steht", zeigt sich die Kampagne kein mensch ist illegal zuversichtlich.

Seite 9

48. Quelldatei sp000408.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/sp000408.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:sp000408

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

www.akweb.de E-Mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.

49. Rio Reiser & Kanak Attak

CD-Datei: daten/aksuche/ak437/unten437.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:437:unten437

Im Mittelpunkt stehen sie selbst: Ihre Erfahrungen und Betrachtungen über die Welt, über die sie nachdenken und über die sie berichten. Mit Musik, Texten und mit Literatur. Die Rede ist von Rio Reiser und dem Projekt Kanak Attak. Wie in einem Brennspiegel lässt sich an den Texten von Rio Reiser die Entwicklung der (radikalen) Linken in der BRD von den 70er Jahren bis zu seinem viel zu frühen Tod 1996 nachvollziehen. Verstanden haben ihn nicht nur BRD-Bürger. Im Oktober 1988 spielte Rio Reiser in der Hauptstadt der DDR. Seine Botschaft, die er täglich selbst durchlitt, die Sehnsucht nach Veränderung, nach einer Welt ohne Unterdrückung, sprach auch viele Menschen der DDR an. Über Rio Reiser, Herz und Politik in Ost und West.

Seite 32

Um eine ganz andere Grenzüberschreitung geht es bei Kanak Attak. Meist in der zweiten und dritten Generation in Deutschland lebend, lehnen sie "Mültikülti" ebenso ab wie eine Einordnung in Form von "Identitäten". Mit derartigen Einordnungsmerkmalen wollen sie nichts zu tun haben, wenn sie über ihren Ort in dieser Gesellschaft nachdenken. Kanak Attak ist Haltung, behaupten die Beteiligten. Aber welche? Seite 33